Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V.

Jahresbericht **2016 | 2017**

iste

Industrieverband Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V. (ISTE)

Haus der BaustoffIndustrie
Gerhard-Koch-Straße 2
73760 Ostfildern/Scharnhauser Park
Tel. 0711 32732-100, Fax -127
verband@iste.de
www.iste.de

MASSENSTRÖME
DER STEINE- UND ERDENINDUSTRIE
IN BADEN-WÜRTTEMBERG

bitte aufklappen

INDUSTRIEVERBAND STEINE UND ERDEN BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.

JAHRESBERICHT 2016 | 2017

Vorwort 2
Leitbild des ISTE 4
Grußwort Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL, Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau des Landes Baden-Württemberg 5
WIRTSCHAFTSPOLITIK 6
TARIFPOLITIK UND ARBEITSRECHT 18
ROHSTOFFSICHERUNG UND RAUMORDNUNG 26
TECHNIK UND NORMUNG 38
UMWELT- UND NATURSCHUTZPOLITIK 60
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT 82
Veranstaltungen im Überblick 98
Organisationsstruktur des ISTE 104
In Personalunion betreute Organisationen 106
Gremien des ISTE 108
Netzwerk des ISTE 111
Statistik 116
Impressum 118

EXKURSE

Morgenrunde mit Steinkunde 16
Rohstoffbedarfsanalyse Region Hochrhein-Bodensee 35
Baustoff-Technik-Tag 2017 57
Medaillenregen für ISTE-Mitglieder 70
Abbaustätten – Fabriken für Biologische Vielfalt 80
19. Baustoff-Recycling-Tag 89
Junioren-Fachexkursion 102

MASSENSTRÖME der Steine- und Erdenindustrie ..... Ausklapp vorne
ROHSTOFFGEWINNUNG in Baden-Württemberg ..... Ausklapp hinten

MASSENSTRÖME DER STEINE- UND ERDENINDUSTRIE IN BADEN-WÜRTTEMBERG

ROHSTOFFGEWINNUNG
in Steinbrüchen, Baggerseen, Kiesgruben und Bergwerken

NATURSTEINE
39,5 Mio t
Karbonatgesteine, hochreine Kalke,
Vulkanite, Metamorphite und Plutonite

KIESE UND SANDE
38,3 Mio t

ZEMENTROHSTOFFE 7,0 Mio t incl. Ölschiefer

STEINSALZ 5,0 Mio t

SONSTIGE 2,3 Mio t
Sulfatgesteine, Ziegeleirohstoffe,
Naturwerksteine, etc.

ROHSTOFFBEDARF IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Ca. 100 Mio t / Jahr
werden benötigt für
Wohnungs- und Hochbau,
Verkehrsinfrastuktur,
Düngemittel,
Medikamente,
Umwelttechnik,
Farben, Papier,
Keramik ...

Zuschlag für R-Beton 0,07 Mio t

Asphaltherstellung 2,2 Mio t

Straßen-, Wege-, Erdbau 7,1 Mio t

Mehr als 99 % der Rc-Baustoffgemische werden im Straßen-, Wege- und Erdbau und in der Asphaltherstellung recycelt. Der Anteil recycelter Gesteinskörnungen für Beton beträgt derzeit 0,8 %.

RC-BAUSTOFFGEMISCHE 9,4 Mio t

Aufgrund des begrenzten Materialrückflusses kann der Anteil recycelter Gesteinskörnungen bei gleichbleibendem Gesamtbedarf max. 10 % betragen.

Aus 9,6 Mio t Bauschutt und Straßenaufbruch werden durch Stofftrennung und Sortierung 9,4 Mio t Rc-Baustoffgemische.

BAUSCHUTT UND STRASSENAUFBRUCH 9,6 Mio t

BAU- UND ABBRUCH-ABFÄLLE 36,3 Mio t

Bau- und Abbruchabfälle aus selektivem Rückbau von Gebäuden und technischen Bauwerken, Straßenaufbruch und Bodenaushub werden auf ihre Verwertbarkeit untersucht.

VERFÜLLUNG 18,6 Mio t

BODEN UND STEINE 25,4 Mio t

Rund 19 Mio t Boden und Steine werden im Rahmen der Rekultivierungsverpflichtungen von Gewinnungsstätten zur Verfüllung, Oberflächengestaltung und Herstellung von Böden für land- und forstwirtschaftliche Folgenutzung verwertet.

DEPONIE
1,3 Mio t 6,8 Mio t

0,2 Mio t in Recyclinganlagen aussortierte Bau- und Abbruchabfälle müssen aufgrund von Schadstoffbelastungen auf Deponien beseitigt werden.

Rund 2,7 Mio t Bau- und Abbruchabfälle werden auf Deponien verwertet.

Rund 5,4 Mio t Bau- und Abbruchabfälle müssen aufgrund von Schadstoffbelastungen auf Deponien beseitigt werden.

Quellen: Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau / Rohstoffbericht 2015
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg / Abfallbilanz 2016
Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. 2016

Die notwendige Rohstoffgewinnung schafft mitunter bizarre Landschaften, die an ferne Kontinente erinnern. Die dabei entstehenden speziellen Biotope bieten seltenen Tieren und Pflanzen einen wertvollen Lebensraum und uns Menschen eine unverzichtbare Rohstoffquelle.

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

im Wohnungsbau, aber auch im Verkehrsinfrastrukturbau geht es voran. Das war nach Jahren der knappen Kassen und des politischen Zögerns auch bitter nötig.

Diese erfreuliche Feststellung ist alles andere als selbstverständlich. Wie oft haben wir immer wieder angemahnt, mehr in Straßen, Brücken, Schienenwege und Wasserstraßen zu investieren, sowie den Wohnungsbau am echten Bedarf auszurichten. Wie oft sind diese Mahnungen verklungen, ohne dass etwas Nennenswertes geschah! Zumeist war es der Hinweis auf fehlende Finanzmittel, der den Wünschen nach mehr Geld für Baumaßnahmen den Garaus machte. Dann aber auch die Tatsache, dass Bauen vielfach als unpopulär und damit für Politiker als unattraktiv galt.

In dieser Hinsicht ist einiges im Wandel. Der Verweis auf leere Kassen in Land und Bund greift nicht mehr angesichts von Milliardenüberschüssen der öffentlichen Hand. Und inzwischen haben auch die meisten Bürger verstanden, dass sie ihre Verkehrsinfrastruktur nicht dauerhaft nutzen können, ohne sie gehörig in Schuss zu halten. Und viele, die eine bezahlbare Wohnung suchen, haben Pech – vor allem in den begehrten Metropolregionen. Die Bürger wissen, dass etwas geschehen muss, und zwar schnell. Deshalb haben auch viele Politiker das Thema Bauen wieder entdeckt.

Aber wird das auch so bleiben? Der Investitionsbedarf in den Tief- und Hochbau beläuft sich auf viele Milliarden Euro. Diese Summen scheinen auch mittelfristig zur Verfügung zu stehen. Gefahr droht also weniger aus der finanziellen Ecke.

Gefahr droht vielmehr von der Rohstoffsicherung selbst. Es ist in Zukunft nämlich keineswegs mehr gesagt, dass Steine, Kies und Sand auch wirklich dort abgebaut werden können, wo es eigentlich nach Rechtslage möglich wäre. Zwei Brennpunkte in unserem Land seien stellvertretend für viele lokale und regionale Konflikte genannt:

Präsident Peter Röhm (rechts) und Hauptgeschäftsführer Thomas Beißwenger

Dotternhausen und Dellenhau … Jeder dieser Fälle hat seine individuellen Hintergründe und Umstände. Aber gemeinsam ist ihnen, dass Rohstoffgewinnung in Teilen der Öffentlichkeit und manchmal auch in der Politik auf Ablehnung stößt.

Noch nie war es so einfach und wirkungsvoll, über soziale Medien gut vernetzt und in Bürgerinitiativen bestens organisiert gegen Erweiterungen oder Neuaufschlüsse lautstark zu protestieren. Die schweigende Mehrheit hingegen, die gut mit Gewinnungsstätten leben kann und oft genug von ihnen lebt, wird weit weniger wahrgenommen. Sie alle aber, Gegner, Befürworter und Schweiger, brauchen täglich unsere Rohstoffe.

Deshalb dürfen wir nicht nachlassen, die Öffentlichkeit über die gesellschaftlich unverzichtbare Funktion und Aufgabe unserer Industrie zu informieren. Wer von Klimaschutz spricht, kann logischerweise nichts gegen regional geförderte Rohstoffe mit ihren kurzen Transportwegen haben. Wer zu vertretbaren Preisen bauen will, bezieht seine Rohstoffe nicht vom anderen Ende der Welt, sondern von nebenan. Und nebenbei: es ist nicht fair, im Wohlstand zu leben und Belastungen – wohin auch immer – zu exportieren.

Baden-Württemberg ist ein rohstoffreiches Land. Zwei Drittel aller hier benötigten Rohstoffe kommen aus über 350 Gewinnungsstätten der Steine- und Erdenindustrie. Im Gegensatz zu den Metall- und Energierohstoffen versorgt sich das Land bei den Baurohstoffen zu 100 Prozent selbst. Seit vielen Jahrzehnten liegt der Rohstoffbedarf bei rund 100 Mio. Tonnen/Jahr oder rund ein Kilogramm pro Einwohner und Stunde.

Unsere Forderungen nach Rohstoffsicherung in den Regionen sichern den Rohstoffbedarf zukünftiger Generationen. Unsere Anstrengungen dienen dem Erfolg unserer Betriebe in 30 bis 50 Jahren. Genauso langfristig müsste verantwortliche Politik denken.

Ein Schritt in Richtung Verlängerung der Rohstoffsicherung wurde mit der neuen Verwaltungsvorschrift Regionalplanung geleistet. Das Wirtschaftsministerium wollte den Wunsch der Koalitionäre im Landtag umsetzen und die Planungszeiträume um bis zu zehn Jahre verlängern, das Umweltministerium hat dies leider verhindert. Heraus kamen nur fünf Jahre. Schade.

Das alles versuchen wir im ISTE zu kommunizieren. Das alles sollte und muss aber auch von der Politik mitgetragen werden, egal, ob sie in der Regierungsverantwortung oder in der Opposition ist. Allen muss klar sein: Rohstoffsicherung ist Daseinsvorsorge!

Ohne heimische Rohstoffe wird unser Land nicht nur wirtschaftlich zurückfallen, sondern auch klimapolitisch. Deshalb brauchen wir eine Rohstoffstrategie, die weit in die Zukunft reicht. Am besten eine, die nicht nur das Prinzip der kurzen Transportwege durch regionale Abbaustätten beinhaltet, sondern die auch den Natur- und Artenschutz umfasst. Denn auch hier brauchen wir Regionalität, etwa um Trittstein-Biotope zu ermöglichen. Dieses Thema will das Umweltministerium in den nächsten Monaten anpacken. Wir sind gespannt.

Peter Röhm
Präsident des
Industrieverbandes Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V.

Thomas Beißwenger
Hauptgeschäftsführer des
Industrieverbandes Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V.

LEITBILD DES ISTE

Die Belegschaft des ISTE
setzt sich mit großem Engagement für
die Interessen der Mitglieder ein.

LIEBE PARTNER DES ISTE,

Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, regionale Wirtschaftspolitik zur Deckung des Rohstoffbedarfs, ausgewogene Tarif- und Sozialpolitik für 500 Unternehmen mit 800 Werken und 15.000 Beschäftigten sowie die Bereitstellung von Baustofftechnologie zur Sicherung unseres Lebensstandards – diesen wesentlichen Zielen verpflichten sich die Mitglieder des ISTE.

ISTE-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter pflegen in engem Schulterschluss mit ehrenamtlich tätigen Unternehmerinnen und Unternehmern einen intensiven und offenen Dialog mit Öffentlichkeit, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Mitgliedern des Verbandes.

Die Verbindung von Ökologie, Ökonomie und Sozialem hat eine jahrzehntelange Tradition und spiegelt sich unter anderem in der gemeinsamen Erklärung „Nachhaltige Rohstoffnutzung in Baden-Württemberg" von NABU, IG BAU und ISTE aus den Jahren 2000 und 2012 wider.

Der Verband ist in branchenspezifische Fachgruppen gegliedert, die transparent, demokratisch und vorausschauend zwischen Haupt- und Ehrenamt wirken. Systematisch und regelmäßig werden von den Gremien Aufgaben erörtert, Forschungsprojekte konzipiert und durchgeführt, Resultate überprüft und den Mitgliedern zur Beschlussfassung vorgelegt und abschließend dokumentiert.

Oftmals sind neue gesetzliche Bestimmungen Anlass, dass der ISTE aktiv wird: Wir stellen Auswirkungen auf die Öffentlichkeit und die Branche dar, zeigen Chancen und Risiken auf und vertreten somit unternehmensübergreifend eine Meinung, die aus hoher fachlicher Kompetenz resultiert. Dieses Vertrauen in den ISTE gilt es täglich neu zu erarbeiten. Es ist unser „Rohstoff" als Dienstleister.

Ressourcen und Technologien optimal und zielgerichtet nutzen, Verantwortung für Menschen übernehmen, Risiken und Beeinträchtigungen minimieren, regional verantwortungsbewusst agieren – zu diesen Leitlinien stehen stellvertretend für die ISTE-Mitglieder tagtäglich alle ISTE-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Ostfildern, den 30. Juni 2017

GRUSSWORT

Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit
und Wohnungsbau des
Landes Baden-Württemberg

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Wirtschaft und Politik stehen vor der Herausforderung, heute Entscheidungen treffen zu müssen, deren Konsequenzen uns noch lange Zeit begleiten werden. Wir müssen jetzt die Weichen richtig stellen, um die Stärken des Standorts Baden-Württemberg für die Zukunft zu erhalten.

Die digitale Transformation wird jede Branche und jeden Wirtschaftszweig grundlegend verändern. Mit unserer breit angelegten Initiative Wirtschaft 4.0, die auch die Themen Planen, Bauen und Betreiben umfasst, sind wir hier gemeinsam mit unseren Partnern wie dem Industrieverband Steine Erden Baden-Württemberg e.V. auf dem richtigen Weg, um die Unternehmen bei der Digitalisierung zu unterstützen.

Ein weiteres zentrales Handlungsfeld der Landesregierung ist der Wohnungsbau. Die Gebäude, die wir heute bauen, beeinflussen unsere Wohn- und Lebensqualität für die nächsten Jahrzehnte. Angemessener Wohnraum ist auf dem Weg, sich zu einem Luxusgut zu entwickeln. Der Wohnungsmangel, den wir im Land stellenweise konstatieren, ist nicht mehr nur noch das Problem Einzelner, sondern Herausforderung für alle geworden. Zudem kann dieser Mangel auch für unsere Wirtschaftsunternehmen zu einem Standortnachteil werden. Die Politik unternimmt vor diesem gesellschaftlichen Hintergrund erhebliche finanzielle Anstrengungen zum weiteren Ausbau der Wohnraumförderung. Das Land stellt für sein neues Förderprogramm Wohnungsbau BW 2017, das nach intensiven Beratungen am 3. April 2017 in Kraft getreten ist, in diesem Jahr ein Bewilligungsvolumen im Umfang von einer Viertelmilliarde Euro bereit. Unser Ziel ist es aber nicht nur schnell bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, sondern diesen Zuwachs so zu gestalten, dass Immobilien vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und neuer Entwicklungen zum Beispiel im Bereich smart home & living zukunftstauglich sind.

Das Wirtschaftsministerium aktualisiert die Verwaltungsvorschrift über die Aufstellung von Regionalplänen und die Verwendung von Planzeichen. Festlegungen zur Rohstoffsicherung können künftig für Sicherungsgebiete auf rund 25 Jahre ausgelegt werden. Ziel dieser Ausweitung des bisherigen Planungszeitraums von rund 20 Jahren ist es, mit diesem planerischen Rahmen in Zukunft eine noch langfristigere Rohstoffvorsorge für die Bauwirtschaft mit regionalen und heimischen Baurohstoffen zu ermöglichen.

Wir packen die zahlreichen Herausforderungen engagiert an – mit Kreativität und Offenheit für neue Wege. Dazu braucht die Politik starke Partner: Ich freue mich, mit dem Industrieverband Steine Erden einen engagierten, konstruktiven und streitbaren Partner zu haben. Ich freue mich darauf, dass wir auch in Zukunft weiterhin eng zur Stärkung des Standorts Baden-Württemberg zusammenarbeiten.

Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau des Landes Baden-Württemberg

»Ein Land, das seine Infrastruktur vernächlässigt, wird seine Wirtschaftskraft und letztendlich auch seine Lebensqualität verlieren. Der Standort Baden-Württemberg braucht mehr politisches Engagement und weniger Bürokratie für dringend nötige Bauaufgaben.«

Peter Röhm,
Röhm Kies GmbH & Co. KG,
Wendlingen,
Präsident des ISTE

DAFÜR STEHEN WIR:

Das Funktionieren unserer Wirtschaft hängt nicht nur vom unternehmerischen Können ab. Auch die Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Industrie müssen stimmen. Der ISTE wirkt aktiv mit, die Wirtschaft unseres Landes leistungsfähig zu erhalten und Arbeitsplätze zu sichern.

In Baden-Württemberg gibt es über 500 Unternehmen, die mineralische Rohstoffe gewinnen, weiterverarbeiten oder gebrauchte mineralische Rohstoffe aufbereiten und verwerten. Insgesamt geschieht dies in rund 800 Werken mit 15.000 Beschäftigten. Die Branche erwirtschaftet einen Gesamtumsatz von rund fünf Milliarden Euro pro Jahr im Land.

Pro Einwohner und Jahr müssen etwa zehn Tonnen Gestein aus der Natur entnommen werden, damit beispielsweise Häuser, Bürogebäude, Straßen, Bahnlinien und Radwege gebaut werden können. Insgesamt werden so jährlich je nach Konjunktur landesweit zwischen 80 und 100 Mio. Tonnen mineralische Rohstoffe gewonnen.

Gebrauchte Baustoffe werden durch Baustoffrecycling und Verwertung im Kreislauf gehalten. So werden heute bis zu 90 Prozent des Bauschutts und des Straßenaufbruchs verwertet.

Der ISTE steht für heimische Rohstoffe und heimische Märkte, für dezentrale Strukturen und kurze Transportwege und für einen nachhaltigen und sparsamen Umgang mit Ressourcen.

Der ISTE vertritt die Interessen seiner Mitglieder bei Gesetzgebungen und Verordnungen des Landes und des Bundes. Er ist zu allen wirtschaftlichen und politischen Themen im Gespräch mit dem Parlament, der Regierung und der Verwaltung des Landes Baden-Württemberg. Diese Gespräche finden auch mit den Bürgerinnen und Bürgern des Landes statt.

EIN LAND, IN DEM BRÜCKEN UND STRASSEN VERROTTEN, WIRD SELBST VERROTTEN

Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Die Verkehrsinfrastruktur ist sträflich unterfinanziert. Was heute beim Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur versäumt wird, kann später nicht nachgeholt werden. Nur eine zweckgebundene Pkw-Maut wird die Probleme lösen können.

Der ISTE setzt sich mit der „Aktion Pro Mobil" gemeinsam mit dem Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie e.V. (LVI) und mit den Industrie- und Handelskammern dafür ein, dass Mobilität heute und in Zukunft ideologiefrei, intelligent und bezahlbar bleibt.

Weitere Informationen unter www.lvi.de/Aktion_Pro_Mobil/Pro_Mobil.htm

WOHNUNGSBAUPOLITIK – DAS DACH ÜBER DEM KOPF DARF NICHT ZUM LUXUSGUT WERDEN

Der Wohnungsbau wurde in Baden-Württemberg jahrelang leichtfertig vernachlässigt. Vor allem in den Ballungszentren steigen die Mieten. Junge Familien, Senioren und gering verdienende Menschen sind vom Wohnungsmangel in den Ballungsräumen besonders betroffen.

Der ISTE setzt sich gemeinsam mit den Partnern der Initiative „Impulse für den Wohnungsbau" im Land und auf Bundesebene für eine bessere Wohnraumpolitik ein.

Weitere Informationen: www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de

ENERGIEPOLITIK – STROM MUSS BEZAHLBAR BLEIBEN

Baden-Württemberg hat eine einmalige Wirtschaftslandschaft. Die Unternehmen müssen weiter sicher und bezahlbar mit Strom versorgt werden. Steigende Energiekosten gefährden die industrielle Wertschöpfung in Baden-Württemberg.

Baden-Württemberg hat einen enormen Nachholbedarf beim Bau von bezahlbarem Wohnraum. Von den 60.000 benötigten Wohneinheiten pro Jahr schaffen wir derzeit gerade einmal die Hälfte.

Unsere Interessen werden durch den Bundesverband Baustoffe – Steine Erden e.V. (BBS) auf Bundesebene und im Land durch den Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie e.V. (LVI) vertreten. In beiden Verbänden ist der ISTE eingebunden und beide Verbände unterhalten Arbeitsausschüsse zum Thema Energie und Energiepolitik. Ferner kooperiert der ISTE mit dem Großabnehmerverband Energie Baden-Württemberg e.V. (GAV).

Für den künftigen Umbau der Energieversorgung (dezentrale Kraftwerke, Speicher und Netze) sind mineralische Baustoffe notwendig, die von den Regionalverbänden vorausschauend gesichert werden müssen.

Weitere Informationen unter www.energieintensive.de

Wer bauen will, braucht Rohstoffe. Hier informiert sich die wohnungsbaupolitische Sprecherin der Grünen, Susanne Bay, über die Rohstoffgewinnung in einem Muschelkalksteinbruch unweit von Heilbronn über die verbrauchsnahe Gewinnung von mineralischen Rohstoffen.

KONJUNKTUR BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Südwestwirtschaft weist insgesamt eine stabile Konjunktur auf. Ein dynamischerer Auftragseingang aus dem In- und Ausland sowie eine gute Stimmung unter den Südwestfirmen signalisieren, dass das aktuelle Konjunkturmuster mindestens bis zur Jahresmitte 2017 intakt bleiben dürfte. Daher kann für das 1. Quartal 2017 von einem realen BIP-Wachstum in Höhe von 1½ % gegenüber dem Vorjahresquartal ausgegangen werden.

2017 dürften die Verbraucherpreise stärker steigen als noch 2016 (+0,4 % zum Vorjahr), da aufgrund des auslaufenden Basiseffekts bei Rohstoffpreisen mehr Geld für Energie bezahlt werden muss. Damit würden die Konsumenten über einen geringeren Kaufkraftzuwachs als noch 2016 verfügen. Der Arbeitsmarkt befindet sich weiter in guter Form. Im Gesamtjahr 2016 lag die Arbeitslosenquote bei 3,8 % und damit nochmal 0,1 Prozentpunkte unter dem bereits sehr niedrigen Wert von 2015. Von August bis Oktober stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 1,6 % zum Vorjahr.

BADEN-WÜRTTEMBERGISCHE BAUWIRTSCHAFT BLICKT AUF EIN ERFOLGREICHES JAHR 2016 UND IST SEHR OPTIMISTISCH FÜR 2017

Die baden-württembergische Bauwirtschaft hat 2016 insgesamt 14,57 Mrd. Euro umgesetzt und damit 8,3 % mehr als 2015. Allein der Dezember ließ mit einem außergewöhnlichen Umsatzanstieg um 38,7 % die Zahlen im letzten Monat des Jahres nochmals sprunghaft nach oben schnellen. Grund hierfür war in erster Linie die milde Witterung im Südwesten, die es den Bauunternehmen ermöglichte, ihre hohen Auftragsbestände trotz Winterperiode zügig abzuarbeiten. Gute Umsatzzahlen verzeichnete vor allem der Wohnungsbau, der zwischen Januar und Dezember letzten Jahres um 9 % auf 5,5 Mrd. Euro zulegte sowie der Öffentlichen Bau mit einem Anstieg um 10,5 % auf 4 Mrd. Euro. Auch der Wirtschaftsbau zeigte gegen Jahresende deutliche Erholungstendenzen und kletterte 2016 um 5,9 % auf 5 Mrd. Euro. Insgesamt wurden auf den Baustellen im Land rund 118 Mio. Arbeitsstunden geleistet, ein Plus von 3,3 %.

Erfreulich robust zeigte sich im letzten Jahr auch der Arbeitsmarkt. So wuchs die Zahl der Beschäftigten in der baden-württembergischen Bauwirtschaft um 3,6 % auf durchschnittlich 95.820. Gleichzeitig stiegen die gemeldeten offenen Stellen im Monatsdurchschnitt auf etwa 1.500. Der Markt für qualifizierte Fachkräfte sei praktisch leergefegt klagen die Bauunternehmen. Besonderer Bedarf herrsche an Polieren und Bauingenieuren. Aber auch Baulehrlinge seien immer schwerer zu finden. 2016 lag deren Zahl in Baden-Württemberg bei etwa 5.600 Auszubildenden.

HAUPTVERBAND BAUINDUSTRIE

Der Auftragsbestand im deutschen Bauhauptgewerbe (Betriebe > 20 Beschäftigte) erreichte zum Jahresende 2016 ein neues Rekordniveau. Er lag mit 34,7 Mrd. Euro um 23,4 % bzw. 6,6 Mrd. Euro höher als ein Jahr zuvor. Damit sind die Betriebe des Bauhauptgewerbes sechs Monate im Voraus ausgelastet. Ende Dezember 2016 lag in den Betrieben des Bauhauptgewerbes zudem die Zahl der Erwerbstätigen um 11.500 höher als ein Jahr zuvor. Auf jeden von ihnen entfiel ein Auftragsbestand von 83.000 Euro, dies waren 80 % mehr als zum Ende der langen Baukrise im Jahr 2005 und 20 % mehr als vor einem Jahr. Zwischen den Bausparten gab es eine nahezu gleichgerichtete Entwicklung. Ende 2016 lag der Auftragsbestand im Wohnungsbau und im öffentlichen Bau um 22,5 % höher als ein Jahr zuvor, im Wirtschaftsbau waren es 24,7 %.

Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie und der Zentralverband des deutschen Baugewerbes sind aufgrund des Auftragsbestands Ende September 2016 und der positiven gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingen zuversichtlich und rechnen für das Baujahr 2017 mit einem Umsatzwachstum von 5 %. Ein starkes Wachstum wird in allen Bausparten erwartet, wenn auch auf unterschiedlich hohem Niveau. Weiterhin erwarten die Verbände einen Anstieg der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe um 10.000.

Zur Herstellung von Beton wird Zement benötigt. Hier eines der Zementwerke in Baden-Württemberg.

Im Berichtsjahr wurde die erste „Kelchstütze" betoniert, die einmal das Dach des neuen Bahnhofs tragen wird. Betontechnologie und Ingenieurkunst vom Feinsten mitten in Stuttgart.

BAUSTOFFINDUSTRIE

Nach dem erfreulichen Jahr 2016 mit einem Zuwachs der Baustoffproduktion von 3,3 % rechnet der Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V. (bbs) auch für 2017 mit einer weiterhin dynamischen Baunachfrage, die auch in der Bauzulieferindustrie für entsprechende Zuwächse sorgen dürfte. Flankiert wird der Bauaufschwung von der insgesamt positiven gesamtwirtschaftlichen Lage. Der Branchenverband rechnet für 2017 bei mineralischen Baustoffen mit einer Erhöhung der Produktion um 2 %.

BAUNACHFRAGE IM LAND

AUFTRAGSEINGÄNGE

In der Jahresbilanz 2016 erzielte die Südwestindustrie im Vorjahresvergleich ein Auftragsplus von 16,3 %. Nach Feststellung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg stiegen die Auftragseingänge im Hochbau zum Vorjahr um insgesamt 22,1 %. Damit wurde ein ähnlicher Aufschwung wie im Jahr 2012 erreicht.

Weiterhin gibt es große Unterschiede zwischen den Sparten. Den größten Zuwachs erfuhr mit knapp 30% der Wirtschaftshochbau. Der Wohnungsbau konnte fast 16% zulegen. Im öffentlichen Hochbau, der in 2014 stark eingebrochen war, konnte die positive Entwicklung aus dem Jahr 2015 mit 11% beibehalten werden.

Im Tiefbau blieb ein Auftragsplus von rund 10 %. Den größten Zuwachs erfuhr mit 14,4 % der öffentliche Tiefbau (ohne Straßenbau). Die Auftragseingänge im Wirtschaftstiefbau und Straßenbau sind im Vergleich zum Vorjahr lediglich um 14,0 bzw. 4,0 % angestiegen.

BAUGENEHMIGUNGEN IM LAND

Auch bei den Baugenehmigungen ist im Vorjahresvergleich ein positiver Trend (+ 8,5 %) zu erkennen. Im Wohnungsbau sind 12,1 % mehr Genehmigungen zur Errichtung neuer Gebäude erteilt wurden.

Der Zuwachs der Baugenehmigungen im Nichtwohnungsbau und darunter Wirtschaftsbau von etwa 6 % macht Hoffnung, dass sich in 2017 das Niveau halten lässt. In dieser Sparte erfuhr der öffentliche Bau mit 38 % einen starken Anstieg der Baugenehmigungen.

Für das laufende Jahr 2017 zeigt sich der Indikator im Bauhauptgewerbe im Februar noch sehr positiv (+ 4,2 %). Die Umsätze im Bauhauptgewerbe verhalten sich allerdings tendenziell fallend (-8,7 %).

Vielfach fordern Politiker, Massengüter auf die Schiene zu verlagern. Häufig kämpfen wir um den Erhalt von Gleisanschlüssen wie hier zusammen mit MdB Matthias Gastel (2.v.l.) und dem Lärmbeauftragten des Landes, MdL Thomas Marwein (3.v.l.) bei der Fa. Wibo in Ottenhöfen.

VERKEHRSPOLITIK

Die Qualität der Verkehrsnetze ist eine wichtige Grundlage für eine dauerhaft gute wirtschaftliche Entwicklung von Unternehmen, Branchen und Regionen in Deutschland. Moderne Verkehrswege sind Basis für Mobilität, Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Damit dies so bleibt, muss Deutschland seine einst vorbildliche Verkehrsinfrastruktur wieder zu einem starken Standortvorteil machen.

Die dringende Notwendigkeit zeigt das aktuelle Ranking des Weltwirtschaftsforums zur Wettbewerbsfähigkeit auf. Im Jahr 2008 lag die Qualität der deutschen Straßen mit Platz 4 weltweit in der Spitzengruppe. Sie liegt im Jahr 2016 nur noch auf Platz 16 und hat gegenüber dem Vorjahr noch einmal drei Plätze eingebüßt. Auch bei Schienenwegen, Häfen und Flughäfen ist die deutsche Verkehrsinfrastruktur in diesem Ranking nicht mehr auf den vorderen Rängen. Dies muss sich ändern!

Die Daehre-Kommission bezifferte das nachzuholende Defizit in der Verkehrsinfrastruktur auf mindestens 7,2 Milliarden Euro pro Jahr für einen Zeitraum vom 15 Jahren für Straße, Schiene und Wasserstraße von Bund, Länder und Kommunen. Man muss anerkennen, dass es sowohl der Daehre- als auch der Bodewig-Kommission gelungen ist, den immensen Finanzbedarf für die Infrastruktur in der öffentlichen Wahrnehmung zu platzieren.

Vorratsplanung in Baden-Württemberg auf niedrigem Niveau

Vorratsplanung Quelle: Hauptverband der Deutschen Bauindustrie	**Bedarfsplanprojekte mit bestandskräftigem Planfeststellungsbeschluss ohne Baufreigaben** Stand März 2015 (ohne ÖPP)		**BMVI-Investitionspaket Baufreigaben** Stand 20. Juli 2015		**Vorratsplanung = Differenz angemeldete Projekte zu BMVI-Investitionspaket**		**Anteil am Bundesfernstraßennetz**
	Mio. Euro	Anteil	Mio. Euro	Anteil	Mio. Euro	Anteil	Anteil
Bayern	1.192	35,7 %	621	23,2 %	571	56,3 %	17,3 %
Hessen	664	19,9 %	390	14,6 %	274	27,0 %	7,7 %
Baden-Württemberg	**558**	**16,7 %**	**537**	**20,0 %**	**21**	**2,1 %**	**10,5 %**
Rheinland-Pfalz	260	7,8 %	293	10,9 %	0	0,0 %	7,3 %
Niedersachen	164	4,9 %	173	6,5 %	0	0,0 %	11,8 %
Sachsen-Anhalt	160	4,8 %	115	4,3 %	45	4,4 %	5,0 %
Thüringen	145	4,3 %	42	1,6 %	103	10,2 %	4,0 %
Nordrhein-Westfalen	103	3,1 %	128	4,8 %	0	0,0 %	12,9 %
Mecklenburg-Vorpommern	81	2,4 %	97	3,6 %	0	0,0 %	4,9 %
Sachsen	14	0,4 %	14	0,5 %	0	0,0 %	5,6 %
Berlin-Brandenburg	0	0,0 %	18	0,7 %	0	0,0%	7,4%
Hamburg	0	0,0 %	181	6,8 %	0	0,0%	0,4%
Schleswig-Holstein	0	0,0%	70	2,6 %	0	0,0 %	4,0 %
Summe	**3.341**	**100,0 %**	**2.679**	**100,0 %**	**1.014**	**100,0 %**	**100,0 %**

Unsere Verkehrsinfrastruktur ist weit über der Belastungsgrenze. Erhalt, Ausbau und Neubau sowie neue Konzepte sind notwendig. Investitionen in die Erhaltung der Infrastruktur sind Beiträge zur Sicherung des Volksvermögens.

VERKEHRSPOLITIK DES BUNDES

Für die Verkehrsinfrastrukturpolitik insgesamt war 2016 ein gutes und erfolgreiches Jahr. Der Investitionshochlauf für Bundesverkehrswege ging in die Umsetzung. Mit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 und der Verabschiedung des Fernstraßenausbaugesetzes wurden wichtige langfristige Prioritäten für Erhaltung, für Engpassbeseitigung auf bedeutenden Verkehrsachsen und für Mobilität im ländlichen Raum gesetzt.

Für die Fernstraßen sieht die Bundesregierung eine klare Steigerung gegenüber 2016 vor, zudem wurde in der Finanzplanung für die Folgejahre angesichts des ab 2019 drohenden Investitionsrückgangs nachgebessert. Nennenswerten Anteil an den erhöhten Mitteln hat das Zukunftsinvestitionsprogramm 2016 bis 2018, dessen Wegfall anschließend durch zusätzliche Mittel aus der Lkw-Maut aufgefangen werden soll. Eine langfristige Verstetigung der Infrastrukturmittel ist damit jedoch nicht gesichert.

Die Erstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans (BVWP) hatte die Verbände bereits in den letzten Jahren beschäftigt. Mitte März 2016 wurde dann der Entwurf des BVWP 2030, also für die Zeit von 2016 bis 2030, vorgestellt und kurz darauf das öffentliche Beteiligungsverfahren eröffnet. Die Darstellung und Bewertung der Projekte sowie die grundsätzliche Konsistenz bei den Zielen wurden in einer gemeinsamen Stellungnahme durch die Aktion pro Mobil gewürdigt, ein zu starker Umweltfokus sowie die erneute Überzeichnung in Verbindung mit der ungeklärten Finanzierung wurden jedoch bemängelt.

Wer hätte es gedacht? Die neue Bundesautobahngesellschaft wird kommen. Die Länderverkehrsminister hatten parteiübergreifend bis zuletzt auf der bisherigen Auftragsverwaltung beharrt. Zur Umsetzung der Pläne ist eine Änderung des Grundgesetzes mit Zweidrittelmehrheiten im Bundestag und Bundesrat erforderlich. Ob das bis jetzt nur in Eckpunkten bekannte Konzept einer bundeseigenen Verkehrsinfrastrukturgesellschaft gegenüber der Auftragsverwaltung tatsächlich von Vorteil ist, muss sich in den Präzisierungen zeigen. Für die Zukunft ist wichtig, dass für den Erhalt der Infrastruktur dauerhaft und langfristig ausreichende Mittel bereitgestellt werden. Für große Projekte müssen die Gelder zudem überjährig zur Verfügung stehen.

Auch die lange umstrittene Pkw-Maut kommt. Nachdem die EU-Kommission Vorbehalte geäußert hatte, rechnete niemand mehr mit einer Umsetzung in der laufenden Legislaturperiode. Durch das vergleichsweise geringe Finanzaufkommen bei hohem Aufwand kann das Konzept jedoch nicht überzeugen. In jedem Fall muss aber gewährleistet sein, dass die Einnahmen aus der Pkw-Maut komplett zweckgebunden in den Finanzierungskreislauf „Straße" fließen.

Die aktuelle Herausforderung wechselt von der Finanzierung zur Planung und Umsetzung. Der Mangel an baureifen Projekten gefährdet die Umsetzung des Investitionshochlaufs. Zusätzlich bleibt der Fachkräftemangel bei den Planungs- und Verwaltungsbehörden eine gewaltige Herausforderung. Angesichts des aufgelaufenen Investitionsstaus ist entscheidend, Planungsverfahren zu vereinfachen und Projektabläufe zu beschleunigen. Die mobile Zukunft mit einer modernen Verkehrsinfrastruktur ist eine Zukunftsaufgabe und sollte sich im nächsten Koalitionsvertrag nach der Bundestagswahl 2017 entsprechend widerspiegeln.

Gleiche Ziele im Bereich der Verkehrsinfrastruktur hat die Landesvereinigung Bauwirtschaft.
Kontaktpflege wie beim Tag der Bauwirtschaft 2017 mit der Politik sind wichtig, hier mit Verkehrsminister Winfried Hermann und Elenie Auer vom Landesverband der Bauwirtschaft Baden-Württemberg e.V.

VERKEHRSPOLITIK DES LANDES

Ein Kritikpunkt der vergangenen Jahre war, neben der offensiveren Herangehensweise an Neu- und Ausbauprojekte im Straßenbau, die Leistungsfähigkeit der personell ausgedünnten Straßenbauverwaltung. Inzwischen wurden nun sukzessive Stellen in der Straßenbauverwaltung ausgeschrieben und besetzt. Für die Jahre 2015/2016 wurden in beiden Jahren je 50 Neustellen geschaffen. Dadurch zählt die Straßenbauverwaltung in Baden-Württemberg wieder rd. 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und kann so die anstehenden Bauaufgaben im Straßenbau zeitnah umsetzen. Den laufenden Stellenaufwuchs begrüßen wir ausdrücklich.

Die Landesregierung legt nach wie vor den Schwerpunkt auf die Erhaltung der Straßen und Brücken. Jährlich werden unter Berücksichtigung der Sanierungen an Straßen 120 Mio. Euro und Brückenbauwerken weitere 20 Mio. Euro benötigt. Aufgrund ungewöhnlich vieler Baufreigaben des Bundes im Jahr 2016 und dadurch erhöhter Planungsmittel für diese Maßnahmen, wurden lediglich 90,4 Mio. Euro verwendet.

Für die Sanierung der Landesstraßen einschließlich der Brücken stehen im Jahr 2017 planmäßig rund 92 Mio. Euro zur Verfügung, die entsprechend der Dringlichkeit von Erhaltungsmaßnahmen investiert werden. Die Mittel für den Neu- und Ausbau verharren dem gegenüber 2016 bei rd. 50 Mio. Euro. Unsere Position ist: Erhaltung machen, ohne den Neubau zu vernachlässigen!

Auf Grundlage der Zustandserfassung wurde das Erhaltungsprogramm der Landesstraßen für die Jahre 2017 bis 2020 priorisiert. Es beinhaltet die Sanierung von 1.174 Erhaltungsabschnitten mit einer Gesamtlänge von rd. 1.000 Straßenkilometern. Im Erhaltungsprogramm der Bundesstraßen für den Zeitraum 2017 bis 2019 sind 758 Erhaltungsabschnitte mit einer Gesamtlänge von 828 Straßenkilometer eingeplant. Um das Auftreten von Hitzeschäden („Blow-ups“) an älteren und oft unterdimensionierten Betonfahrbahnen in Baden-Württemberg zu vermeiden, wurde bereits 2015 ein bis 2025 laufendes Programm zur Sanierung aller betroffenen Autobahnabschnitte aufgestellt. Von den im Programm insgesamt enthaltenen 380 Kilometern konnten in den letzten beiden Jahren 55 Kilometer saniert werden. In diesem Jahr werden weitere Maßnahmen an rund 38 Kilometern durchgeführt.

KOMMUNALER VERKEHR

Die Frage nach der Zukunft der Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) dominierte so manche Diskussion mit Verkehrspolitikern in der Vergangenheit. Die GVFG-Länderprogramme für den kommunalen Straßenbau laufen Ende 2019 nun endgültig aus. Die Länder bekommen die bisherigen Finanzzuweisungen des Bundes in Höhe von 1,3 Mrd. Euro pro Jahr durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer kompensiert. Von der Landesregierung erwarten wir, dass für Projekte nach GVFG mindestens die bisherigen Mittelansätze der in der Vergangenheit zugewiesenen Bundesmittel für den kommunalen Verkehr ausgegeben werden.

VERBÄNDEBÜNDNIS „AKTION PRO MOBIL“

Im ersten Halbjahr 2016 beschäftigte sich die Aktion Pro Mobil primär mit der Landtagswahl. Um einerseits die Positionen im Vorfeld zu vermitteln, aber auch nach der Wahl, mit Blick auf die künftige Koalition und deren politische Pläne. Breiten Raum nahm in dieser Phase der Entwurf des Bundesverkehrswegeplans ein, zu dem die Initiative eine gemeinsame Stellungnahme erarbeitete. In den regelmäßigen Sitzungen diskutierten die Mitglieder darüber hinaus vielfältige Themen, beispielsweise die Vor- und Nachteile von ÖPP-Projekten, den Feldversuch für Lang-Lkw oder das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz.

Weiteres Schwerpunktthema war die Diskussion um eine Bundesfernstraßengesellschaft, die nach der Einigung im Oktober 2016 zwischen Bund und Ländern ab 2020 großen Einfluss auf den Straßenbau in Baden-Württemberg haben wird. Die Mitglieder des Verbändebündnisses sind sich einig, dass ein derart gravierender Eingriff enorme Folgen auf die Straßenbauverwaltung hat und äußerten die Sorge, dass die neue Gesellschaft möglicherweise nur sehr langsam handlungsfähig sein werde. Ferner bestehen Bedenken, dass die Verlagerung aller Kompetenzen auf den Bund eine Vernachlässigung der Infrastruktur abseits der großen Achsen zur Folge haben könnte. Der ländliche Raum, wo im Land zahlreiche mittelständische Unternehmen angesiedelt sind, wäre hierbei besonders betroffen. Die AKTION PRO MOBIL wird den Prozess kritisch konstruktiv begleiten.

Mineralische Baustoffe sind unersetzlich. Ob bei der Kalkung einer Baugrube oder bei einer der zahlreichen Bahntunnelbaustellen zwischen Stuttgart und Ulm.

GSV-LANDESBEAUFTRAGTER FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

Die gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung umweltgerechter Straßen- und Verkehrsplanung e.V. (GSV) engagiert sich für verkehrs- und umweltgerechte Verkehrskonzepte sowie deren Umsetzung. Die Organisation hat rd. 250 Mitglieder, vor allem Bürgermeister und Landräte. Die Aufgabe der GSV ist es, der oft schweigenden Mehrheit der Unterstützer von Baumaßnahmen eine Stimme zu geben. Die GSV unterstützt Bürgeraktionen und Bürgerinitiativen für den Bau von Ortsumgehungen und Lückenschlüsse. Ziel ist die Nutzung der Bürgerbewegung zur Verbesserung der jeweiligen Infrastruktur vor Ort.

Der ISTE fördert zusammen mit weiteren Partnerverbänden seit einigen Jahren die Arbeit der GSV.

WUSSTEN SIE SCHON?

Das Straßennetz von Baden-Württemberg besteht aus
- 1.054 km Bundesautobahnen
- 4.231 km Bundesstraßen
- 10.043 km Landesstraßen
- 12.094 km Kreisstraßen

Quelle: Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg

WOHNUNGSBAUPOLITIK

Ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum in Baden-Württemberg zu schaffen, sei eines der wichtigsten Anliegen der Landesregierung. Auf Initiative von Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL wurde deshalb die Wohnraum-Allianz Baden-Württemberg ins Leben gerufen.

Am 8. Dezember 2016 hat sie im Rahmen der zweiten Sitzung der Wohnraum-Allianz Baden-Württemberg die bisher erzielten Ergebnisse vorgestellt. Die Wohnraum-Allianz hat es geschafft, innerhalb von vier Monaten zu einer Vielzahl konkreter Vorschläge zu gelangen, die dazu beitragen können, den Wohnungsbau zügig voranzubringen.

Die Wohnraum-Allianz Baden-Württemberg, die aus ca. 50 Vertreterinnern und Vertretern der Wohnungs- und Kreditwirtschaft, der kommunalen Spitzenverbände, des Natur- und Umweltschutzes sowie der im Landtag vertretenen Fraktionen besteht, wurde im Juli 2016 gegründet. In vier Arbeitsgruppen wurde seither zu den Themen „Finanzierung und Förderung“, „Bauplanungsrecht einschließlich Flächengewinnung“, „Bauordnungsrecht“ sowie „Miet- und Wohnungsrecht“ in mehreren Sitzungen beraten.

Die Wohnraum-Allianz unterstützt die Pläne der Landesregierung, im ersten Quartal des Jahres 2017 erstmals ein einheitliches Förderprogramm „Wohnungsbau BW 2017" auf den Weg zu bringen. Die Wohnraum-Allianz hat zu dem künftigen Förderprogramm bereits ein Bündel von Maßnahmen beschlossen: So soll das Land im Rahmen der Wohnraumförderung u.a. der Zuschussförderung breiteren Raum geben. So könne ein weiterer Anreiz geschaffen werden, indem neben das Förderdarlehen wahlweise ein umfassender Zuschuss tritt, der das Darlehen vollständig ersetzen kann – ein wichtiger Baustein angesichts der anhaltenden Niedrigzinsphase.

Die durch die Marktentwicklung bedingte starke Erhöhung des Mietenniveaus führt dazu, dass an hochpreisigen Standorten nicht mehr gewährleistet ist, dass der Wohnungsbestand an wohnberechtigte Mieter vermietet werden kann. Um dem entgegen zu wirken, spricht sich die Wohnraum-Allianz für eine Anhebung der Einkommensgrenzen in der Mietwohnraumförderung um etwa zehn Prozent aus. Dass die Dauer der Sozialbindungen auch auf 30 Jahre ausgedehnt werden kann, wird zudem als wichtiger Schritt zur Gewinnung solcher Bindungen angesehen. Dies gelte ebenso im Bereich der Eigentumsförderung. Auch hier führe der Anstieg der Grundstückskosten dazu, dass auch Bezieher mittlerer Einkommen vielerorts nicht mehr in der Lage sind, Wohneigentum zur Selbstnutzung zu bilden. Eine Erhöhung der Einkommensgrenzen um etwa 10 Prozent bei der Förderung selbst genutzten Wohneigentums wird daher ebenso von der Wohnraum-Allianz dringend befürwortet. Das Wirtschaftsministerium strebt darüber hinaus eine Ausweitung der so genannten Gebietskulisse an, um künftig Sozialwohnraum im ganzen Land zu ermöglichen. Hierzu signalisierte auch die Wohnraum-Allianz bereits Zustimmung.

Weiter hat sich die Wohnraum-Allianz dafür ausgesprochen, eine Wohnungsbedarfsprognose für Baden-Württemberg erstellen zu lassen.

Die Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Bauordnungsrecht' wurde von der Wohnraum-Allianz nach kontroverser Diskussion nicht verabschiedet. Gerade hierin sieht der ISTE aber die größten Hemmnisse für das Bauen, was nicht zuletzt zu hohen Baulandpreisen führt.

Im Frühjahr 2017 solle das Gremium erneut zusammenkommen, um weitere Empfehlungen auf den Weg zu bringen.

ENERGIEPOLITIK

Der ISTE vertritt seine Mitglieder auch in der Energiepolitik. Dieses Feld, das nicht nur in unserer Branche ganz besonderer Aufmerksamkeit bedarf, bearbeitet der ISTE nicht selbst. Vielmehr werden die Interessen der Steine- und Erdenindustrie in der Energiepolitik durch Fachleute im Bundesverband Baustoffe – Steine Erden e.V. vertreten und im Land durch die Kollegen des Landesverbands der Baden-Württembergischen Industrie e.V.

Für die Energieberatung und Auskunft in einzelnen Fragen stellt der ISTE für die Mitglieder auf Wunsch Kontakte zu Fachleuten aus seinem Netzwerk her.

Politiker sind in unseren Abbaustätten und Werken willkommene Gäste. Hier war Umweltstaatssekretär Dr. Andre Baumann (2.v.r.) zu Gast in Istein. Natürlich wurde er begleitet von Gemeinderäten, dem Bürgermeister und der Landrätin und Vorsitzenden des Regionalverbandes Hochrhein-Bodensee, Marion Damann.

FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

VERKEHRSPOLITIK

- Investitionshochlauf weiterführen. Überschüsse aus öffentlichen Haushalten müssen verstärkt in Investitionen fließen.
- Planungsbeschleunigung voranbringen
- Nutzerfinanzierung ausbauen
- Bereitstellung und Verstetigung der Mittel zum Bau der wichtigen Projekte des Bundesverkehrswegeplans (A 8 Albaufstieg, A 6 bis zur Landesgrenze)
- Erhöhung der Planungsmittel an die Länder durch den Bund
- Erprobung von innovativen Fahrzeugkonzepten in der Baustoffindustrie (5-Achser mit 40 Tonnen)
- Engagement der Landesregierung in Berlin für alle Verkehrsträger
- Erhöhung der Planungs- und Projektmanagementkapazitäten in der Straßenbauverwaltung
- Bereitstellung ausreichender Mittel für die Sanierung von Brücken im Zuge von Landesstraßen

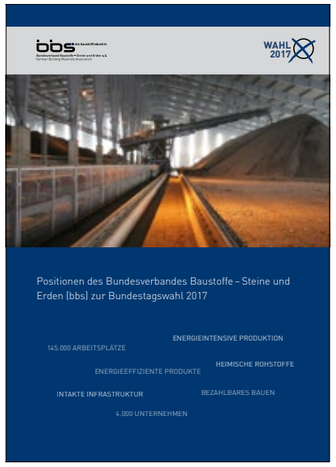
WOHNUNGSBAUPOLITIK

- Bauordnungsrecht vereinfachen
- Bauland bereitstellen
- Grunderwerbsteuer senken
- Landeseigenes Förderprogramm Wohnungsbau mit einem Volumen von 100 Mio. Euro p. a.
- Verdoppelung der linearen Abschreibungssätze von 2 auf 4 Prozentpunkte
- Einführung einer erhöhten Abschreibung bei energetischen und altersgerechtem Neubau („Klimaschutz-AfA")
- Realisierung der steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung

ENERGIEPOLITIK

- Energiewende bezahlbar gestalten
- Keine nationalen Alleingänge beim Klimaschutz
- Industrielle Basis sichern
- Kosteneffiziente Umsetzung der Energiewende
- Gewährleistung der Versorgungssicherheit
- Wettbewerbsfähige Ausgestaltung der Energiebesteuerung, des Emissionshandels und des EEG
- Investitionsfreundliche Regelungen zur Förderung des energieeffizienten Bauens und Wohnens

Forderungen unseres Bundesverbandes Baustoffe Steine und Erden e.V. (bbs) für die nächste Legislaturperiode siehe www. baustoffindustrie .de



EXKURS MORGENRUNDE MIT STEINKUNDE

Die Begrüßung und Einführung der „Morgenrunde mit Steinkunde“ findet im Foyer des Hauses der Abgeordneten statt,die von nun an täglich an die Regionalität und Schönheit von Naturwerkstein erinnert werden.

Albrecht Lauster (l.), Vorsitzender der Fachgruppe Naturwerkstein im ISTE, erläutert die Besonderheiten des Cannstatter Travertins den Abgeordneten Raimund Haser, CDU (2.v.l.), und Josha Frey, Die Grünen (r.).

DER ISTE LÄDT POLITISCHE ENTSCHEIDUNGSTRÄGER ZU NEUEM INFORMATIONSFORMAT

Es waren zwei ungewöhnliche Spaziergänge durch Stuttgarts Kulturmeile, zu welchen der ISTE Landesparlamentarier und ihre Mitarbeiter eingeladen hatte. Zwei Stunden vor Sitzungsbeginn im Landtag hatten diese im März und im April die Gelegenheit, die unmittelbare Umgebung des Landtags und des Hauses der Abgeordneten mit neuen Augen zu sehen – und zwar aus dem Blickwinkel eines Geologen, zweier Architekten und eines Naturwerkstein-Herstellers. Das Alltägliche neu entdecken – darum ging es bei der „Morgenrunde mit Steinkunde“, zu welcher der ISTE nunmehr in unregelmäßigen Abständen einlädt.

Vier Beispiele hatten sich die Referenten aus Wissenschaft, Baukunst und Industrie herausgepickt: das Haus der Abgeordneten, das Haus der Geschichte, die Musikhochschule und die Neue Staatsgalerie. Gemeinsam mit der gegenüberliegenden Staatsoper bilden sie die Stuttgarter Kulturmeile. Ihre Planer aus Alt- und Neuzeit haben auf die Verwendung regionaler Naturwerksteine gesetzt und damit ein unverwechselbares, stadtbildprägendes Ensemble geschaffen.

NICHT IMMER SICHTBAR, ABER UNVERZICHTBAR

In seiner Begrüßungsrede wies ISTE-Hauptgeschäftsführer Thomas Beißwenger darauf hin, dass Naturwerksteine zwar die am deutlichsten sichtbaren Produkte der Steine und Erdenindustrie sind, aber beim Gesamtaufkommen nur 0,1 Prozent ausmachen (siehe Massenstromgrafik im vorderen Ausklapp). Allerdings sei die Wertschöpfung bei einer Tonne Naturwerkstein ungleich höher als z. B. bei einer Tonne Schotter oder Kies.

„Der überwiegende Anteil mineralischer Rohstoffe verrichtet seine Aufgabe viel unspektakulärer im Verkehrsinfrastruktur- und Hochbau, in der Umwelttechnik oder als Zusatzstoffe in Medikamenten, Düngemitteln, Farben, Papier, Zahnpasta ... In Baden-Württemberg werden jährlich ca. 100 Mio. Tonnen mineralische Rohstoffe benötigt“, so Beißwenger.

VOM GNEIS ZUM CANNSTATTER TRAVERTIN

Zum Glück ist Baden-Württemberg ein rohstoffreiches Land, das seinen Bedarf an mineralischen Rohstoffen zu hundert Prozent selbst decken kann, ergänzte Dr. Wolfgang Werner, der Leiter des Referats Landesrohstoffgeologie beim Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau in Freiburg (LGRB).

Insgesamt gebe es in Baden-Württemberg rund 86 verschiedene Gesteinssorten und viele von ihnen würden auch als Naturwerksteine verbaut. Die Palette reicht von den z. B. als Bord- oder Pflastersteine verbauten Gneisen mit einem Alter von ca. 500 Millionen Jahren bis hin zum Cannstatter Travertin, der mit einem Alter von 100.000 Jahren als jüngstes an der Kulturmeile verwendetes Gestein deren Fassaden prägt.

Blick in den Maulbronner Steinbruch, in dem die Steine für das Welterbe Kloster Maulbronn und für das Opernhaus in Stuttgart (rechts) gewonnen wurden. Der Steinbruch ist noch heute in Betrieb.

In Stuttgart wurden u. a. die Staatsoper (Bild), das Neue Schloss, der Königin-Olga-Bau, die Katholische Domkirche St. Eberhard und das Marienhospital aus Maulbronner Schilfsandstein errichtet.

Vier architektonische Schmuckstücke der Stuttgarter Kulturmeile hatten die Referenten ausgesucht, um Abgeordneten des Landtags das Thema „Naturwerksteine“ näher zu bringen.

Stephan Gerstner vom Architekturbüro Orange blu erläutert die durchgängige Fassadenkomposition von Neuer Staatsgalerie, Musikhochschule, Haus der Geschichte und Haus der Abgeordneten.

OB LÄNGS ODER QUER: „I LIKE THEM ALL“

Architekt Manuel Schupp, geschäftsführender Gesellschaft des Büros Orange blu und langjähriger Mitarbeiter des Stararchitekten James Sterling, der Vaters der Neuen Staatsgalerie, lüftete das Geheimnis ihrer unverwechselbaren Naturstein-Fassade. Die großen Travertin-Platten wurden nämlich sowohl in Längs- als auch in Querrichtung aus den Natursteinblöcken gesägt. Als Sterling die Musterplatten sah, wollte er sich nicht für eine Art des Schnitts entscheiden und beschied „I like them all!“. Die Neue Staatsgalerie sei übrigens das jüngste Gebäude in Deutschland, das unter Denkmalschutz gestellt wurde.

Beim zweiten Spaziergang begleitete und informierte die Gäste Stephan Gerstner, der ebenfalls der Geschäftsleitung von Orange blu angehört.

REGIONALE NATURWERKSTEINE– EIN AUSLAUFMODELL?

Albrecht Lauster, der Chef der Lauster Steinbau GmbH und Lieferant der markanten Fassaden-Gesteine bekannte auf der Morgenrunde, dass er zunächst gezögert habe, als er den Wunsch des britischen Star-Architekten der Postmoderne vernahm: „Wir konnten uns nicht vorstellen, dass man diese völlig unterschiedlich gesägten Travertin-Platten mischen kann!“ Aber auch als langjähriger Hersteller von Naturwerksteinen habe er hier noch dazugelernt.

Weitere Stuttgarter Fassaden können übrigens nicht mehr mit Cannstatter Travertin gestaltet werden. Der Steinbruch in Stuttgart Bad Cannstatt musste einer Freizeitnutzung weichen. Er teilt damit das Schicksal vieler Naturwerksteinbrüche in Baden Württemberg (siehe Ausklapp hinten).

NICHT NUR SCHÖN, SONDERN AUCH UMWELTFREUNDLICH

Grund für das Schwinden der heimischen Naturwerksteinbrüche sind vor allem billige Konkurrenzprodukte aus Übersee, die unter zweifelhaften Umwelt- und Sozialstandards hergestellt werden. Thomas Beißwenger richtete deshalb am Ende der Morgenrunde an die anwesenden Landtagsabgeordneten eine klare Botschaft: „Verbrauchsnahe, dezentrale Produktion, kurze Transportwege und eine daraus resultierende günstige Umweltbilanz – das alles sind Vorteile unserer heimischen Rohstoffe. Naturwerksteine sind nur ein Beispiel von vielen. Wer ‚Ja‘ sagt zum Klimaschutz, der sollte auch Ja‘ sagen zu regionalen Rohstoffen“.

Morgenrunde mit Steinkunde auf youtube anschauen

Fassadengestaltung mit Weiler Schilfsandstein am Haus der Abgeordneten. Zusammen mit Cannstatter Travertin prägt er weitere Gebäude der Stuttgarter Kulturmeile.

Der Cannstatter Travertin prägt gemeinsam mit dem Weiler Schilfsandstein die Fassaden des Hauses der Geschichte, der Neuen Staatsgalerie (Bild) und der Musikhochschule.

Stuttgarter Wahrzeichen aus Crailsheimer Muschelkalk: Hauptbahnhof (Bild), Wirtschaftsministerium, Neubau des Kronprinzenbaus

»Die Tarifverträge sichern einheitliche Arbeitsbedingungen in der Branche, müssen aber stetig der sich ändernden Arbeitswelt angepasst werden. Dies ist entscheidend, um die Tarifautonomie auf Dauer zu erhalten.«

Martin Kronimus,
Kronimus AG, Iffezheim
Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses des ISTE

DAFÜR STEHEN WIR:

Der ISTE steht für faire und marktgerechte Arbeitsbedingungen in unserer Branche. Der ISTE steht für die Regelung einheitlicher Arbeitsbedingungen im Flächentarifvertrag und über die Branchenzweige hinweg. Der ISTE setzt sich für branchenspezifische Lösungen ein, wo dies erforderlich ist, z. B. in Form der Arbeitszeitflexibilisierung über den gesamten, zwölfmonatigen Jahreslauf oder die Möglichkeit witterungsbedingter Kündigungen, die selbstverständlich immer mit der Wiedereinstellungszusage verbunden sind.

Die Tarifpolitik ist ein Herzstück der Arbeit des ISTE. Der ISTE schließt als Arbeitgeberverband – derzeit mit der IG BAU – die branchenspezifischen Flächentarifverträge für die Beschäftigten der Steine- und Erdenindustrie in Baden-Württemberg ab. Diese Tarifverträge finden auf die Mehrheit der Arbeitsverhältnisse in unserer Branche Anwendung.

TARIFPOLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

In Deutschland werden Entgelte und Arbeitszeiten von den Tarifvertragsparteien grundsätzlich ohne staatliche Einflussnahme ausgehandelt. Grundlage ist die in Art. 9 des Grundgesetzes geregelte Koalitionsfreiheit: „Das Recht zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet."

Durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns und damit verbundener Regelungen zur Tarifautonomie ist dieses Grundrecht spürbar eingeschränkt worden. Noch entscheiden aber die Tarifvertragsparteien in Deutschland maßgeblich über Höhe und Entwicklung des Personalaufwandes und damit über gut 70 Prozent des Volkseinkommens.

Der Branchentarifvertrag gibt den Arbeitsverhältnissen einen verlässlichen Rahmen. Er entlastet die betrieblichen Arbeitsbeziehungen von Konflikten und erspart den Unternehmen erheblichen eigenen Aufwand bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen. Für den Branchentarifvertrag sprechen also überzeugende Argumente:

15.000 direkt Beschäftigte arbeiten in der Steine- und Erdenindustrie Baden-Württembergs.

Der Branchentarifvertrag

- hält weitgehend Konflikte aus den Betrieben heraus und sichert so den Betriebsfrieden,
- nimmt den Unternehmen die zeit- und kostenintensiven Tarifverhandlungen ab,
- ist bei der Regelung komplexer Rechtsmaterien vor allem für kleine und mittlere Betriebe eine große Entlastung,
- ermöglicht durch die Friedenspflicht während der Laufzeit störungsfreie Lieferbeziehungen,
- kann auch gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen berücksichtigen.

Gemessen an diesen Zielen müssen die Tarifverträge fortlaufend den sich ändernden Bedingungen angepasst und modernisiert werden. Ergänzt werden diese Regelungen durch die exklusiv in unserem Rahmentarifvertrag gegebene Möglichkeit kurzfristig witterungsbedingt zu kündigen.

Das System, die Arbeitsbedingungen tarifvertraglich zu regeln, ist durch die Gesetzgebung zum Mindestlohn u. a. aber ernsthaft in Gefahr. Hier muss politisch ein Umdenken einsetzen, um nicht die über Jahrzehnte bewährten Branchentarifverträge zum Auslaufmodell zu machen.

Der ISTE vertritt die Interessen seiner Mitglieder im Bereich der Tarifpolitik auch auf Bundesebene über die Sozialpolitische Arbeitsgemeinschaft Steine und Erden (SPA) mit Sitz in Berlin.

RAT UND TAT IN EINZELFÄLLEN

Der ISTE bietet seinen Mitgliedern, ob mit oder ohne Tarifbindung, alle Leistungen des klassischen Arbeitgeberverbandes und damit umfassende Rechtsberatung im Arbeits- und Sozialrecht. Dazu gehört die schnelle und fundierte arbeits- und sozialrechtliche Beratung und Vertretung durch eigene Fachjuristen

- bei der Vertragsgestaltung,
- bei der Vertragsbeendigungen, wo möglich im Wege einvernehmlicher Lösungen, wo nötig durch Kündigung,
- in behördlichen Verfahren, zum Beispiel beim Integrationsamt,
- in Verhandlungen und Verfahren nach dem Betriebsverfassungsgesetz,
- in Verhandlungen mit Sozialversicherungsträgern (zum Beispiel Rentenversicherung, Berufsgenossenschaft,...) oder
- in Verhandlungen mit der Gewerkschaft.

Besonders kleinere und mittlere Unternehmen ohne eigene Rechtsabteilungen profitieren von den zusätzlichen Leistungen für die tägliche Personalarbeit, wie

- dem kostenlosen Zugang zu branchenspezifischen und auf die Tarifverträge abgestimmten Mustern, zum Beispiel Arbeitsverträge,
- regelmäßige Schulungen, gezielt auch für fachfremde Verantwortungsträger der Mitgliedsunternehmen.

Die individuelle Beratung ist nicht nur für die Mitglieder eine wichtige Dienstleistung. Für den Verband ist sie auch ein Instrument, um von generellen (Fehl-) Entwicklungen zu erfahren, die dann auf politischer Ebene, in Tarifverhandlungen und nötigenfalls auf dem Rechtsweg im Interesse aller Mitglieder verhindert oder rückgängig gemacht, kompensiert oder abgewendet werden müssen.

Tarifabschluss 2016 / 2017:
Der Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses des ISTE, Martin Kronimus, und der Verhandlungsführer der IG BAU, Harald Schaum, einigen sich nach drei anstrengenden Verhandlungsrunden am 22. Juni 2016.

Reine Männerarbeit im Steinbruch war gestern: Auch Frauen begeistern sich für die Arbeit mit schwerem Gerät.

TARIFVERHANDLUNGEN UND TARIFABSCHLUSS 2016

Zu Beginn der Verhandlungsrunde 2016 forderte die IG BAU eine in der Höhe nicht nachvollziehbare Anhebung der Entgelte um 5,35 % neben u. a. der überproportionalen Anhebung der Ausbildungsvergütungen und einer Klarstellung in der Regelung zur Übernahme von Auszubildenden.

Die erste Verhandlungsrunde fand am 16. März 2016 in Esslingen in sachlicher Atmosphäre statt, führte jedoch zu keiner Annäherung. Im Mittelpunkt der zweiten Verhandlungsrunde am 27. April 2016 in Böblingen standen die wirtschaftlichen Daten einerseits und die Erwartungen der Beschäftigten auf einen Abschluss wie im Jahr 2015 andererseits. Die Arbeitgeber machten jedoch deutlich, dass gegen eine solche Lohn- und Gehaltserhöhung die wirtschaftlichen Daten sprechen. So liegen die Inflationsrate 2016 bei nur ca. 0,3 %, das erwartete Wirtschaftswachstum in der Steine- und Erdenindustrie bei 1,0 % und der Produktivitätszuwachs bei geringen 0,1 bis 0,5 %.

Die IG BAU hatte dennoch die, in ihrer Höhe nicht begründete Forderung im Laufe der Verhandlung nicht reduziert. Die Verhandlungen wurden schließlich auf den nächstmöglichen Termin vertagt.

Erst in den späten Abendstunden der dritten Verhandlungsrunde am 22. Juni 2016 in Esslingen konnte ein Zweijahresabschluss vereinbart werden. Ab 1. Juni 2016 erhöhten sich die Tarifentgelte um 2,4 % und ab 1. Mai 2017 nochmals um 2,2 %. Erneut wurden die Zusatzvereinbarung des Tarifabschlusses 2012 zu § 6 Leiharbeit und § 7 Übernahme von Auszubildenden (im Lohntarifvertrag – §§ 5, 6 im Gehaltstarifvertrag) auch in den Tarifabschluss 2016 wieder aufgenommen. Die Regelung zur Übernahme der Auszubildenden wurde dahingehend ergänzt, dass sie für solche Ausbildungsverhältnisse bis zum Ende der Ausbildung anzuwenden sind, die zum Zeitpunkt der Geltung der Bestimmung des Tarifvertrages vereinbart wurden.

Außerdem haben sich die Tarifvertragsparteien dazu verpflichtet, ab Oktober 2016 Verhandlungen über die Ausgestaltung der Entgeltstrukturen im Rahmentarifvertrag aufzunehmen und den Rahmentarifvertrag an die gesetzlichen Bestimmungen anzupassen.

Die zweijährige Laufzeit des Tarifvertrags bringt Planungssicherheit für die Betriebe und der Lohnzuwachs für das zweite Jahr wurde von der Verhandlungskommission des ISTE allgemein als angemessen angesehen. Der Tarifabschluss wurde daher seitens des ISTE einstimmig angenommen.

RAHMENTARIFVERTRAGS-VERHANDLUNGEN 2017

UMFRAGEERGEBNISSE ZU ENTGELTSTRUKTUREN

Zur Vorbereitung der vereinbarten Verhandlungen zum Rahmentarifvertrag wurde seitens des ISTE im Sommer 2016 eine Umfrage zur Lohnstruktur und den im Sozialpolitischen Ausschuss des ISTE herausgearbeiteten Problemfeldern durchgeführt. Die Ergebnisse wurden anonym ausgewertet.

Bestätigt hat sich dabei, dass die tariflichen Entgelte im Bereich einfacher Tätigkeiten nicht nur im Vergleich zu anderen Branchen, wie dem Reinigungsgewerbe, spürbar zu hoch sind, sondern auch innerhalb der Steine- und Erdenindustrie nicht mehr das Maß der üblichen Vergütung darstellen. Dasselbe gilt auch für die tariflichen Entgelte für Kraftfahrer.

Überrascht hat das Ergebnis der Umfrage insofern, als mehr als erwartet, nämlich 10 % der gewerblichen Arbeitnehmer über alle Fachgruppen als Helfer mit einfachen Arbeiten beschäftigt werden. In der Betonfertigteilindustrie sind es mit 20 % erwartungsgemäß die meisten. Die Kraftfahrer machen über alle Fachgruppen 16 % der gewerblich Beschäftigten aus, in der Transportbetonindustrie sind es sogar 62 % der gewerblich Beschäftigten. Die Umfrage hat bestätigt, dass ein Weg gefunden werden muss, zumindest bei Neueinstellungen in den kritischen Lohngruppen deutlich niedrigere, auf dem Arbeitsmarkt übliche und angemessene Tarifentgelte zu vereinbaren.

Menschen gewinnen, verarbeiten und transportieren Gestein mit Hilfe moderner Maschinen. Harte körperliche Arbeit gibt es in den Steinbrüchen kaum noch. Dafür sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze auch im ländlichen Raum.

Erste Gespräche mit der IG BAU fanden sowohl im Oktober 2016, als auch im Februar 2017 in kleiner Runde statt, haben aber keine Annährung gebracht.

Unsere Forderung nach einer spürbar niedrigeren Einstiegslohngruppe als die bisherige Lohngruppe 1 und unser Angebot, im Gegenzug über der Lohngruppe 6 spürbar höhere tarifliche Vergütungen zu regeln, lehnte die IG BAU ab. Eine niedrigere Lohngruppe als die bisherige Lohngruppe 1 sei nicht verhandelbar und eine Lohnvereinbarung über der Lohngruppe 6 nicht nötig. Die IG Bau bestreitet generell, dass Helfer in den Betrieben der Steine- und Erdenindustrie eingesetzt wären, sowie Kraftfahrer in nennenswertem Umfang.

ANPASSUNG AN GESETZLICHE BESTIMMUNGEN

Einigkeit besteht mit der IG BAU über die Anpassung einiger weniger tariflicher Regelungen, die mittlerweile von der Gesetzgebung oder Rechtsprechung überholt sind. Details sind aber auch dort in vielen Punkten strittig.

Die IG BAU fordert zusätzlich, im Rahmentarifvertrag für die Arbeitszeitkonten eine Obergrenze der Guthabenstunden einzuführen und den Geltungsbereich der Tarifverträge auf alle Beschäftigten auszuweiten ohne die bisherige Untergrenze der Wochenarbeitszeit. Die davon betroffene Beschäftigung auf geringfügiger 450-Euro-Basis lehne sie politisch ohnehin ab und wolle deshalb auch keine Tarifvereinbarung, die eine solche Beschäftigung erleichtere.

Mit der IG Bau wurde vereinbart, das weitere Vorgehen nach beiderseitiger interner Beratung im Mai 2017 abzustimmen.

ZEITARBEIT UND WERKVERTRÄGE

Die neuere, im Personalwesen maßgebliche Bundesgesetzgebung erleichtert die Arbeit nicht.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den angeblich missbräuchlichen Einsatz von Werkverträgen einzudämmen, u. a. durch Erweiterung von Mitbestimmungsrechten. In unserer höchst arbeitsteiligen Wirtschaft ist die Zusammenarbeit im Wege von Werkverträgen aber kein Ausnahme- sondern ein wesentlicher Normalfall. Auch ist es eine falsche Wahrnehmung, dass massenweise die Vertragsfreiheit zum Abschluss von Werkverträgen missbraucht würde, um über in Wahrheit abhängige Beschäftigungsverhältnisse zu täuschen. Dank des Einsatzes unserer Spitzenverbände ist es gelungen, die Ergänzungen der Werkvertragsregelungen im Wesentlichen auf Klarstellungen zu beschränken.

Zu begrüßen ist insbesondere, dass im Gesetzestext nun kein Kriterienkatalog für die Feststellung eines Arbeitsverhältnisses mehr enthalten ist. Das gilt auch für die entfallene Beweislastumkehr. Die nunmehr vorgeschlagene Definition des „Arbeitnehmers“ stellt die geltende Rechtslage dar.

Die Steine- und Erdenindustrie bietet ein vielfältiges und interessantes Berufsausbildungsangebot. Momentan gibt es über 700 Ausbildungsstellen.

Gewerbliche Berufe	Kaufmännische Berufe
Betonfertigteilbauer/-in	DH-BW-Studium Betriebswirtschaft
Betonstein- u. Terrazzohersteller/-in	Industriekauffrau/-mann
Beton- und Stahlbetonbauer/-in	Kaufmann/-frau für Büromanagement
Baustoffprüfer/-in	
Baugeräteführer/-in	**Laborberufe**
Bautechniker/-in	
Bauzeichner/-in	Baustoffprüfer/in
Energieelektriker/-in	Chemielaborant/in
Natursteinmechaniker/-in	
Industriemechaniker/-in	
Elektroniker/-in	
Aufbereitungsmechaniker/-in Naturstein	
Aufbereitungsmechaniker/-in feuerfeste/keramische Rohstoffe	
Aufbereitungsmechaniker/-in Sand und Kies	
Verfahrensmechaniker/-in Baustoffe	
Verfahrensmechaniker/-in Transportbeton	
Verfahrensmechaniker/-in vorgefertigte Betonerzeugnisse	
Verfahrensmechaniker/-in Gipsplatten oder Faserzement	
Verfahrensmechaniker/-in Kalksandsteinindustrie oder Porenbeton	

Inzwischen ist das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) verabschiedet worden und seit dem 1. April 2017 anzuwenden.

Kritisch bewerten wir unverändert folgende Punkte:

Das gesetzliche Verbot, Zeitarbeitnehmer im unmittelbar bestreikten Betrieb einzusetzen, ist unverhältnismäßig. Dies stellt einen gravierenden Eingriff in die Arbeitskampfparität dar und auch eine mit der grundgesetzlich geschützten negativen Koalitionsfreiheit des Leiharbeitnehmers nicht vereinbare, faktische Streikpflicht. Solche Komplettverbote sehen selbst die Tarifverträge in der Tarifgemeinschaft der Zeitarbeit nicht vor.

Die Regelung, wonach ein Verstoß gegen die Überlassungshöchstdauer ein Arbeitsverhältnis zwischen Zeitarbeitnehmer und Entleiher begründet, schießt über das eigentliche Gesetzesziel hinaus, den Leiharbeitnehmer zu schützen. Kritisch sehen wir besonders, dass erneut auslegungsbedürftige gesetzliche Regelungen über Monate und u. U. Jahre rechtssichere Vertragsgestaltungen erschweren. Im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung hat dies besonders gravierende Folgen: vermehrt wird als Folge falscher rechtlicher Bewertung die Entstehung von Arbeitsverhältnissen mit den eingesetzten Fremdarbeitskräften angeordnet.

In diesen wichtigen Diskussionen zu Gesetzgebungsvorhaben werden die Interessen der ISTE-Mitglieder durch die Mitgliedschaften des ISTE in den Landes- und Bundesspitzenverbänden bestmöglich vertreten.

BUNDESMINDESTLOHNGESETZ

Infolge des Mindestlohngesetzes (MiLoG) gilt seit dem 1. Januar 2015 ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde, der für die Zeit ab dem 1. Januar 2017 erstmals angehoben wurde auf 8,84 Euro. Für bestehende Tarifverträge bestand eine Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2016. Auf die Tarifverträge für die Beschäftigten in der Steine- und Erdenindustrie in Baden-Württemberg haben diese Bestimmungen einen unmittelbaren Einfluss, obwohl die unterste Lohngruppe weit über dem vorgesehenen gesetzlichen Mindestlohn liegt. Das Mindestlohngesetz hat z.B. die Gestaltungsmöglichkeiten für Arbeitszeitkonten stark beschnitten, ohne dass eine dafür wirksame Tariföffnungsklausel bestünde.

Einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn halten wir nach wie vor für rechts- und tarifpolitisch verfehlt. Die zunehmend staatliche Mitwirkung in der Bestimmung von Mindestarbeitsbedingungen stellt ein Risiko für die über Jahrzehnte erfolgreich im Land gelebte Tarifautonomie dar. Wo es erforderlich erscheint, konnten auch ohne den allgemeinen Mindestlohn bereits durch das Arbeitnehmerentsendegesetz (AentG) und das Mindestarbeitsbedingungengesetz (MiArbG) sowie durch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) Mindestlöhne eingeführt werden, die in Branchen mit einem geringen Lohnniveau eine Absicherung von Mindestentgelten gewährleisten.

Wir sehen jede Form von staatlicher Lohnfestsetzung, insbesondere über die bestehenden Regelungen AentG, MiArbG und AVE hinaus, als Gefahr für die Tarifautonomie. Pauschale Eingriffe in das Tarifgefüge hebeln gültige Tarifverträge aus und ignorieren die Expertise und Problemnähe der Tarifvertragsparteien. Auch wird so das Zusammenwirken der abgestimmten Tarifregelungen, wie beispielsweise das Verhältnis von Grund- und Leistungsentgelt ignoriert und der Gestaltungsspielraum der Tarifvertragsparteien empfindlich eingeschränkt. So sind die Regelungen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit auch in unserem Rahmentarifvertrag für Teilzeitkräfte durch das Mindestlohngesetz „nebenbei" massiv eingeschränkt worden. Dies ist weder zum Nutzen der betroffenen Arbeitnehmer noch der Arbeitgeber. Am Ende wird so die Tarifbindung gefährdet und deren Nutzen in Frage gestellt. Das Mindestlohngesetz ist ein nicht gerechtfertigter Eingriff in die grundrechtlich verankerte Tarifautonomie, der nicht hingenommen werden darf. Das Mindestlohngesetz muss dringend eine Öffnung für tarifliche Regelungen erhalten.

RockStars gesucht!
Auf der Internetseite www.iste.de können ISTE-Mitgliedsbetriebe ihre Ausbildungsplätze veröffentlichen. Auch über www.baudeinezukunft.de werden Ausbildungssuchende auf die ISTE-Seite geleitet.
Über 300 Ausbildungsplätze von über 70 Firmen in 215 Werken sind gemeldet.

Mit den beiden Ausbildungskarten des GeoKoffers informiert die Steine- und Erdenindustrie über Berufsfelder und Ausbildungsgänge in der Baustoffindustrie für Menschen mit oder ohne Abitur.

Heinz Sprenger und Arne Hilt (beide ISTE) referieren bei der Personalleiterschulung über den Mindestlohn und das betriebliche Eingliederungsmanagement.

EINZELBERATUNG

Die Beratung und Vertretung vor den Arbeits- und Sozialgerichten gehört zu den selbstverständlichen Leistungen des Verbandes. Besteht besonderer Beratungsbedarf, der über das Übliche und Mögliche hinausgeht, vermittelt der ISTE bewährte Fachanwälte im Arbeitsrecht, die unseren Mitgliedern zum Teil im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen zu besonders günstigen Konditionen zur Verfügung stehen.

Für die Beratung und Begleitung bei nur einer Kündigung und der Vertretung im anschließenden Kündigungsschutzprozess sparen die Mitglieder bei einem Bruttomonatsentgelt des Mitarbeiters von 2.600,00 Euro durch die Unterstützung des Verbandes ca. 1.500,00 Euro an Anwaltshonorar nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG).

Die tägliche Unterstützung unserer Mitglieder reicht von der rechtssicheren Verlängerung eines befristeten Arbeitsverhältnisses bis zur Verhandlung mit dem Betriebsrat über die Einführung der tariflichen Arbeitszeitflexibilisierung im Betrieb.

Über konkrete Erfahrungen und Ereignisse in der Einzelberatung zu berichten, verbietet sich selbstredend. Zu bemerken ist aber, dass einen Schwerpunkt in der Beratungspraxis in den letzten Jahren sehr aufwändige Auseinandersetzungen um fristlose Kündigungen bilden. In diesen Verfahren steht regelmäßig auf allen Seiten wenig Verhandlungsspielraum zur Verfügung, aber viel auf dem Spiel. Ein sehr hohes Maß an Leidensfähigkeit ist seitens der Arbeitgeber gefordert. Ihnen wird nicht selten von den Richtern am Arbeitsgericht in einer sicheren „Hinterher-Betrachtung" vorgeworfen, sie seien zu Beginn zu nachlässig gewesen und am Ende zu empfindlich. Mit der nötigen Erfahrung, dem Blick für das machbare und (möglichst) frühzeitiger Beratung und Vorbereitung lässt sich dennoch Vieles lösen. Dafür stehen wir den Mitgliedern mit Rat zur Seite.

Die individuelle Beratung ist nicht nur für die Mitgliedsunternehmen eine wichtige Dienstleistung, sondern für den Verband auch ein Instrument, um von generellen (Fehl-) Entwicklungen zu erfahren. Beispielhaft zu nennen sind die zahlreichen Auseinandersetzungen um die Abgeltung von Resturlaub oder die Eingruppierung bei einfachsten Arbeiten.

Die Abgeltung von Urlaub aus der Zeit langanhaltender Erkrankungen war seit der vielbeachteten „Schultz-Hoff-Entscheidung" des EuGH im Jahr 2009 heftig umstritten. Der EuGH hatte entschieden, dass während langanhaltender Erkrankung der Urlaub nicht wie bisher verfallen könne. Wir haben in der Folge stets vertreten, dass jedenfalls die tarifvertraglichen Ansprüche in unserer Branche eigenständig geregelt sind und daher nicht den Verfallsregelungen des gesetzlichen Urlaubs und der EuGH-Rechtsprechung dazu unterliegen. Inzwischen ist das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg in einem Musterprozess unserer Rechtsansicht gefolgt.

Wiederholt kommt es zu Auseinandersetzungen darüber, ob Mitarbeiter, die nicht Reinigungsarbeiten aber andere einfache Arbeiten, wie z. B. das Absacken verrichten, in die Einstiegslohngruppe einzuordnen wären. Eine gerichtliche Entscheidung ist bisher nicht nötig geworden. Dennoch belasten solche Auseinandersetzungen unnötig das Arbeitsklima im Betrieb.

Erst aus der täglichen Beratungspraxis ergibt sich in diesen und anderen Fällen, welche Klarstellungen oder Änderungen z. B. im Rahmentarifvertrag künftig mit der IG BAU verhandelt werden müssen. So greifen Rechtsberatung, Tarifpolitik und politische Forderung nahtlos ineinander.

Äußerst erfolgreich und rasch ausgebucht waren unsere Personalleiterschulungen in Ostfildern. Unsere Juristen stehen mit Rat und Tat zur Verfügung.

VERANSTALTUNGEN

Die für die Personalarbeit wichtige Quintessenz aus Verbandsarbeit und Einzelberatung geben wir im Rahmen unserer Schulungen regelmäßig weiter.

Im Herbst 2016 fand eine Personalleiterschulung zu den Themen Mindestlohn, betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) und krankheitsbedingte Kündigung statt, die bereits nach kürzester Zeit ausgebucht war.

In der Schulung wurde über bereits gesammelte Praxiserfahrung mit dem Mindestlohngesetz berichtet und weiter informiert. Auch das betriebliche Eingliederungsmanagement in Verbindung mit der krankheitsbedingten Kündigung konnte praxisnah erörtert und vermittelt werden.

Dabei kamen natürlich der persönliche Erfahrungsaustausch sowie die Diskussion in der Runde nicht zu kurz.

Die im Mai 2017 angebotenen Personalleiterschulungen zum Thema Arbeitsvertragsgestaltung und Arbeitsvertragsabschluss waren ebenfalls innerhalb kürzester Zeit ausgebucht, so dass ein Alternativtermin im Juni angeboten wird.

Es ist uns wichtig, in der täglichen Arbeitspraxis Erleichterungen zu schaffen und über die einzelnen Vertragsbestandteile Aufklärung und Hintergrundwissen zu vermitteln

FACHVERANSTALTUNGEN

Neben den Schulungen zu reinen Personalthemen für die Geschäftsführungen und Personalleiter, nutzen wir den Vorteil von Fachveranstaltungen, spezifische Themen anzusprechen.

Die persönlichen Kontakte auf unseren Veranstaltungen zu den externen und eigenen Referenten schließlich erleichtern die weitere individuelle Beratung, die nicht im Rahmen einer Schulungsveranstaltung erfolgen kann.

20. September 2016
PERSONALLEITERSCHULUNG – MINDESTLOHN, BETRIEBLICHES EINGLIEDERUNGSMANAGEMENT, KRANKHEITSBEDINGTE KÜNDIGUNG
in Ostfildern

18. und 23. Mai 2017, 27. Juni 2017
PERSONALLEITERSCHULUNG – ARBEITSVERTRAGSGESTALTUNG UND ARBEITSVERTRAGS-ABSCHLUSS
in Ostfildern

FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

- Das Bildungszeitgesetz muss aufgehoben werden. Ohne die versprochene wirksame Anrechnungsregelung für betriebliche Fortbildungen ist dieses Gesetz eine unzumutbare Belastung der Arbeitgeber. Eine Tariföffnungsklausel muss aufgenommen werden.
- Das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz muss mit der im Gesetz angelegten Überprüfung ersatzlos aufgehoben werden.
- Das Bundesmindestlohngesetz muss dringend eine Öffnung für tarifliche Regelungen erhalten und besonders im Bereich der Arbeitszeitflexibilisierung den Arbeitsvertragsparteien mehr Gestaltungsspielraum einräumen.
- Die Möglichkeit Werk- oder Dienstverträge zu vereinbaren darf ebenso wenig eingeschränkt werden, wie die Möglichkeit zur Überlassung von Arbeitskräften. Der Gesetzgeber muss sich in diesem Feld auf den Schutz von Arbeitnehmern beschränken und darf nicht den Markt reglementieren. Keinesfalls darf in diesem Zusammenhang weiter die Tarifautonomie eingeschränkt werden.

»Rohstoffsicherung liegt im übergeordneten öffentlichen Interesse. Sie muss von den Regionen stringent, realisierungsorientiert und weit in die Zukunft gerichtet angelegt sein. Danach müssen alle Beteiligte gemeinsam diese Gebiete erfolgreich durch komplexe Genehmigungsverfahren führen. Nur so kann die Versorgung der Gesellschaft mit Rohstoffen dauerhaft sichergestellt werden.«

Oliver Mohr,
Meichle + Mohr GmbH, Immenstaad,
stellvertretender Vorsitzender
des Umwelt- und
Rohstoffausschusses im ISTE

DAFÜR STEHEN WIR:

Der ISTE bündelt die Belange der Rohstoffwirtschaft und tritt gegenüber der Regional- und Landesplanung und den betroffenen Fachbehörden als Interessensvertreter und fachlicher Ansprechpartner auf. Tätigkeitsschwerpunkt ist die aktive Begleitung der Rohstoffsicherung in den Regionalplänen der zwölf Planungsregionen im Land. Darüber hinaus bringt sich der ISTE in sämtlichen überörtlichen Planungen ein, die in direktem oder indirektem Zusammenhang zu den Rohstoffgewinnungsstätten des Landes und deren Gesteinsvorkommen stehen.

Ziel ist eine nachhaltige Rohstoffsicherung. Dafür werden in den überörtlichen Plänen und Programmen die räumlichen Voraussetzungen geschaffen – durch Gebietsdarstellungen für die langfristig vorsorgende Sicherung sowie die geordnete Aufsuchung und Gewinnung von standortgebundenen Rohstoffen.

VERBRAUCHSNAHE ABBAUSTÄTTEN SIND WICHTIG

Angestrebt wird eine dezentrale Verteilung der Rohstoffgewinnungsstätten und der zu sichernden Flächen über das Land. Hierdurch werden Transportwege minimiert und Emissionen durch den Verkehr vermieden. Eine Reduzierung der Zahl der Gewinnungsstätten soll durch die Regionalplanung aus Sicht des ISTE vermieden werden, um keine übermäßigen Beeinträchtigungen an wenigen Großstandorten entstehen zu lassen. Die Rohstoffe werden überall benötigt, so dass die Akzeptanz von mehr, aber kleineren Abbaustätten mit geringeren Umweltauswirkungen einer gerechteren Verteilung Rechnung trägt.

VEREINZELTE NEUAUFSCHLÜSSE SIND NÖTIG

Bestehende Abbaustätten sollen bis zur Neige abgebaut werden. Der Erweiterung ist gegenüber Neuaufschlüssen der Vorzug zu geben. Letztere sind aber nicht ausgeschlossen und für die mittel- und längerfristige Sicherstellung der Rohstoffgewinnung unerlässlich.

Nicht einmal 0,2 Prozent der Fläche des Landes wird vorübergehend für die Rohstoffgewinnung, hier ein Muschelkalksteinbruch in Hohenlohe, genutzt. Der Zugriff auf heimische Ressourcen muss auch für die nachfolgenden Generationen sichergestellt werden.

Diese Neuaufschlüsse sind an Standorten mit hoher Rohstoffmächtigkeit und -qualität mit möglichst geringen Nutzungskonflikten und geringen Abraummächtigkeiten zu errichten. Die Mitnutzung bestehender Werksinfrastruktur ist vorteilhaft, insbesondere auch von Schiffsverladeanlagen an Rhein und Neckar. Die Abbaustätten in Baden-Württemberg werden unter Berücksichtigung aller relevanten Schutzgüter optimiert. Schließlich sollen die Produkte entsprechend ihrer Qualität einer möglichst hochwertigen Verwendung zugeführt werden. Um in der Regionalplanung die tatsächlichen Schwierigkeiten in den Genehmigungsverfahren, beim Grunderwerb und beim Abbau selbst angemessen zu berücksichtigen, ist auf eine den wirtschaftlichen Erfordernissen angepasste Dimensionierung der Vorranggebiete durch die Beachtung von entsprechenden Zuschlägen aus dem Rohstoffsicherungskonzept Stufe 2 und darüber hinaus Sicherungsgebiete über die Lagerstätten festzulegen.

BEDARFSUNABHÄNGIGE ROHSTOFFSICHERUNG

Der ISTE befürwortet eine Festlegung von Abbaugebieten für mindestens 25 Jahre, außerdem eine bedarfsunabhängige, dauerhafte Rohstoffsicherung, um langfristig die Zugänglichkeit zu bauwürdigen Rohstoffvorkommen sicherzustellen. Die Überplanung dieser Vorkommen durch bauliche, wasser- oder naturschutzrechtliche Vorhaben ist mit einer nachhaltigen Entwicklung nicht vereinbar.

Die Rohstoffwirtschaft leistet durch die Berücksichtigung der vorgenannten Grundsätze einen wesentlichen Beitrag für funktionierende regionale Wirtschaftskreisläufe und stellt insbesondere im ländlichen Raum dauerhaft Arbeitsplätze zur Verfügung. Der ISTE setzt sich intensiv dafür ein, dass diese Strukturen erhalten und gefördert werden und Baden-Württemberg seinen Baustoffbedarf weiterhin aus heimischen Lagerstätten decken kann.

WAS SIE SCHON IMMER ÜBER IHREN STANDORT WISSEN WOLLTEN!

Nachhaltige Rohstoffsicherung und Rohstoffgewinnung braucht raumbezogene Geodaten zu Lagerstätten und Umweltinformationen. Hierzu wurde www.GisInfoService.de 2005 vom ISTE geschaffen und über das Leitprojekt „GeoRohstoff" der Kommission für Geoinformationswirtschaft des Bundeswirtschaftsministeriums bundesweit für die mineralische Rohstoffindustrie und ihre Verbände weiterentwickelt. GisInfoService bietet neben den Basisinformationen wie Luftbilder und Schutzgebiete nicht nur für die Rohstoffwirtschaft die Möglichkeit zur Einbindung betriebsspezifischer Rauminformationen. Zusätzlich zur Basisversion steht für die Unternehmen eine ausgefeilte und zeitgemäße wie kostengünstige Grundstücksverwaltung zur Verfügung.

Weiter Informationen unter
www.GisInfoService.de

Jurakalkgewinnung auf der Hegaualb für Splitte, Schotter, Gemische, Brechsande, Mehle und mehr

Umweltstaatssekretär Dr. Andre Baumann auf der Sitzung des Umwelt- und Rohstoffausschusses in Walzbachtal-Wössingen mit Thomas Beißwenger, Tino Villano (Vorsitzender des Ausschusses) und Oliver Mohr (stellv. Vorsitzender) v.l.n.r.

ISTE AUSSCHUSS FÜR UMWELT- UND ROHSTOFFPOLITIK

Der Ausschuss für Umwelt- und Rohstoffpolitik des Industrieverbandes hat sich im Berichtszeitraum am 29. September 2016 in Walzbachtal und am 28. März 2017 in Ostfildern getroffen und über die aktuellen Entwicklungen in Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltungshandeln und Projektarbeit ausgetauscht. In dem über 30 Teilnehmer zählenden Ausschuss sind Umwelt- und Rohstofffachleute aller Fachgruppen des ISTE vertreten und beraten die Geschäftsstelle in praktischen Auswirkungen von Verordnungen und Gesetzesvorhaben.

In der Sitzung am 29.09.2016 wurde als neuer Vorsitzender des Ausschusses Tino Villano, Opterra Zement GmbH, Walzbachtal-Wössingen und als sein Stellvertreter Oliver Mohr, Meichle + Mohr GmbH, Immenstaad gewählt.

Umwelt-Staatssekretär Dr. Andre Baumann stellte als Gast in dieser Sitzung die Ziele der Landesregierung aus dem Koalitionsvertrag dar. Für die Steine-Erdenindustrie wird demnach die Erarbeitung einer Rohstoffstrategie von großer Bedeutung für die künftige Entwicklung der Rohstoffsicherung und der Zulassung von Steine-Erden-Vorhaben sein. Im Juni 2017 werden wir die Vorstellungen des Umweltministeriums zur Rohstoffstrategie vorgestellt bekommen. Der ISTE sichert eine konstruktive Mitarbeit zu.

REGIONALPLAN-FORTSCHREIBUNGEN ZUR ROHSTOFFSICHERUNG

Die meisten Planungsregionen in Baden-Württemberg führen derzeit Fortschreibungen oder Änderungen ihrer Regionalpläne im Bereich der Rohstoffsicherung durch. Die Stadien der Prozesse und Verfahren sind sehr verschieden und werden vom ISTE mit begleitet.

Raumnutzungskonflikte nehmen zu, Abwägungsbelange, normative Vorgaben und der teils massive Widerstand verschiedener Interessensgruppen engen den planerisch leicht erzielbaren Gestaltungsspielraum immer mehr ein. Der weitere Gestaltungsspielraum muss gegenüber den anderen Interessensgruppen ausführlich begründet werden, wodurch die Fortschreibungsverfahren immer mehr Zeit in Anspruch nehmen. Der ISTE setzt sich entschieden für eine nachhaltige Rohstoffsicherung auf regionaler Ebene ein. Leider ordnen einzelne Regionalpolitiker die übergeordnete Aufgabe der Rohstoffsicherung ihren kommunalen oder persönlichen Interessen unter, beschaffen sich für diese Position Mehrheiten und schaden somit der Branche und anderen Raumentwicklungen erheblich. Diese Aktivitäten sind seit rund zwei Jahren verstärkt zu beobachten und sollten unbedingt wieder auf eine sachlich, fachliche Basis gestellt werden.

Auf örtlicher Ebene müssen die Unternehmen durch eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit den Bürgerinnen und Bürgern die Notwendigkeit der Rohstoffgewinnung und -sicherung erläutern und für die nötige Akzeptanz werben. Der ISTE unterstützt seine Mitgliedsbetriebe durch Broschüren, Informationstafeln und Flyer. Außerdem wünscht sich die Rohstoff gewinnende Industrie eine breitere Unterstützung der Landes-, Regional- und Kommunalpolitik, da private und öffentliche Vorhaben auf Baustoffen basieren, die kostengünstig, umweltfreundlich, qualitativ hochwertig und unter zeitgemäßen Arbeitsbedingungen aus heimischen Rohstoffen produziert werden.

Region	Verbindlicher Regionalplan Teil Rohstoffe	ISTE-Aktivität	Stand Fortschreibung 30. Mai 2017
Bodensee-Oberschwaben	2003	Ja	Vorentwurf zu Gebieten veröffentlicht
Donau-Iller	2006	Ja	Entwurf in Erarbeitung
Heilbronn-Franken	2006, 2011 Änderung	Nein	
Hochrhein-Bodensee	2005, 2014 Änderung	Ja	Entwurf in Erarbeitung
Mittlerer Oberrhein	2006 Festgestein 2015 Lockergestein	Ja	Aufstellungsbeschluss erfolgt
Neckar-Alb	2015, 2017 Änderung	Nein	
Nordschwarzwald	2015	Nein	
Ostwürttemberg	1998	Ja	Teilfortschreibung nicht beschlossen
Rhein-Neckar	2014	Nein	
Schwarzwald-Baar-Heuberg	2010	Ja	Vorüberlegung zur Fortschreibung einschl. Änderung an versch. Standorten
Stuttgart	2010	Ja	Regionalplanänderung in Vorbereitung
Südlicher Oberrhein	1999	Ja	Regionalplan im Genehmigungsverfahren

REGION BODENSEE-OBERSCHWABEN

Der Regionalverband hat im Mai 2017 einen informellen Vorentwurf der künftigen Rohstoffvorrang- und -vorbehaltsgebiete veröffentlicht. Die Systematik wurde zuvor in der Sitzung des Planungsausschusses erläutert. Derzeit liegen die detaillierten Informationen zu den Gebieten sowie der Umweltbericht noch nicht vor.

Die Unternehmen waren aufgerufen, die dargestellten Gebiete hinsichtlich ihres Zuschnitts zu prüfen und dem Regionalverband zeitnah Änderungsbedarfe zukommen zu lassen. Der ISTE hat dies gebündelt und konnte so bereits vor dem formellen Beteiligungsverfahren geeignete Anpassungen vorbringen.

Durch die zeitlichen Verzögerungen sind, wie bereits bisher erfolgt, Zielabweichungs- und Raumordnungsverfahren erforderlich. Dies zeigt den dringenden Überarbeitungsbedarf des alten Teilregionalplans aus dem Jahr 2003. Ob die festgelegten Gebiete den Rohstoffbedarf decken können, kann nach Vorliegen der genauen Gebietskulisse ermittelt werden. Ebenso ist zu prüfen inwieweit die textlichen Festlegungen den Anforderungen der Industrie entsprechen um pragmatischere Vorgaben zu erhalten als dies im bisherigen Teilregionalplan der Fall war.

Der Regionalverband ist aufgerufen, den bereits seit sieben Jahren laufenden Prozess zur Rohstoffsicherung zeitnah ins Verfahren zu bringen und den Satzungsbeschluss herbeizuführen. Für Ende des Jahres 2017 ist die Beschlussfassung für die Offenlage vorgesehen. Aus Sicht der Industrie muss eine Auskopplung und Vorziehen der Rohstoffsicherung aus der Gesamtfortschreibung in Betracht gezogen werden, wenn der aktuelle Zeitplan nicht zu halten ist.

REGION DONAU-ILLER

Der Regionalverband Donau-Iller hat im Jahr 2016 gemeinsam mit dem ISTE und dem Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau die Betriebserhebungen für die Fortschreibung des Regionalplans durchgeführt. Entsprechend des ambitionierten Zeitplans des Regionalverbands, der bisher auch eingehalten werden konnte, hat der ISTE zum Jahresende 2016 die Interessensgebietsmeldung samt Bedarfsberechnung dem Regionalverband übergeben. Die knappen Fristsetzungen sind zu begrüßen, da diese Voraussetzung für einen schnellen Fortgang des Verfahrens sind. Der Industrieverband wird den Regionalverband daran erinnern, dass der Anspruch einer schnellen Bearbeitung in beide Richtungen besteht. Bisher gibt es keinen Grund daran zu zweifeln.

Derzeit nimmt das LGRB die rohstoffgeologische Bewertung der Gebiete vor. Sollten für eine Beurteilung Erkenntnisdefizite bestehen, kann die Industrie noch zur Nachlieferung von rohstoffgeologischen Informationen aufgefordert werden. Die vom LGRB als zumindest wahrscheinlich bauwürdig eingestuften Vorkommen werden dann vom Regionalverband hinsichtlich der Festlegungsmöglichkeit als Vorranggebiete überprüft und eine Gebietskulisse zusammengestellt. Dies ist bis Ende des Jahres 2017 zu erwarten.

REGION HOCHRHEIN-BODENSEE

Im Herbst 2016 wurde das vom Regionalverband Hochrhein-Bodensee in Auftrag gegebene Gutachten zur Rohstoffnachfrage und zur Verwendung der Rohstoffe und der daraus hergestellten Produkte vorgestellt. Es dient der Versachlichung der Rohstoffsicherungsplanung in den drei Landkreisen am Hochrhein. Lesen Sie hierzu mehr im Exkurs ab Seite 35.

Die Rohstoffindustrie sieht sich in dieser Region häufig dem Vorwurf ausgesetzt, heimische Rohstoffe in die benachbarte Schweiz zu verkaufen. Tatsächlich liegen viele Kieswerke direkt am Hochrhein an der Schweizer Grenze oder sogar in den Exklaven und haben daher ein Marktgebiet, das idealisiert einem Kreis um das Werk entspricht und das

Abbau von Zementrohstoffen im Landkreis Karlsruhe mit beruhigten Bereichen für Kleingewässer und Sukzession

Verfüllte Bereiche mit aufkommender Sukzession, Muschelkalkwand, Wasserhaltung und Erschließungsflächen auf engem Raum

daher zur Hälfte südlich des Hochrheins und damit auf Schweizer Gebiet liegt. Die Landesgrenze spielt daher für den Lieferverkehr von Baustoffen, der auf kurze Wege angewiesen ist, keine Rolle. Tatsächlich bleiben die in die Schweiz gelieferten Rohstoffmengen deutlich hinter der idealisierten Hälfte zurück. Ebenso erfolgen auch unersetzliche Einfuhren von Primär- und Sekundärrohstoffen in die Region.

Es ist festzustellen, dass eine Beschränkung der Kiesförderung auf die regionale Eigenversorgung eine Absatzsteuerung darstellen würde, die der marktwirtschaftlichen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland widersprechen würde. Ferner ist es gemäß Außenwirtschaftsgesetz nicht möglich, die Rohstoffproduktion hinsichtlich der mengenmäßigen Verteilung auf die Region und einen Exportanteil zu beschränken.

In der Region stellt sich die Herausforderung, eine dezentrale Versorgungsstruktur, insbesondere im westlichen Regionsteil, aufrecht zu erhalten. Eine Konzentration auf wenige, große Standorte erhöht die Anfälligkeit einer gesicherten Rohstoffversorgung erheblich.

Der ISTE unterstützt den Regionalverband derzeit durch eine eigene Bedarfsberechnung und eine Interessensgebietsmeldung, die im Rahmen der Regionalplanfortschreibung mit als Planungsgrundlage verwendet werden soll.

REGION MITTLERER OBERRHEIN

Der Regionalverband Mittlerer Oberrhein hat am 7. Dezember 2016 den Aufstellungsbeschluss für die Gesamtfortschreibung des Regionalplans gefasst. Da der Teilregionalplan Sand und Kies noch vergleichsweise aktuell ist, er wurde am 25. September 2015 verbindlich, werden die Vorranggebiete für Lockergesteine nicht in der Gesamtfortschreibung mitbetrachtet, sondern unverändert übernommen.

Der ISTE ist der Auffassung, dass für die Steinbrüche in der Region eine Überarbeitung der Vorranggebiete erforderlich ist, da diese Teilfortschreibung bereits seit 2006 verbindlich ist und somit große Teile der gesicherten Rohstoffmengen bereits abgebaut wurden. Ebenso wurden damals nicht allen Steinbrüchen entsprechende Rohstoffsicherungsgebiete zugeordnet. Dies gilt es nun unter den aktuellen Rahmenbedingungen zu überprüfen.

REGION NECKAR-ALB

Die Verbandsversammlung des Regionalverbands Neckar-Alb hat am 14. Februar 2017 den Satzungsbeschluss des ersten Änderungsverfahrens des Regionalplans gefasst. Mit diesem Änderungsverfahren werden bei vier Steinbrüchen überwiegend Sicherungsgebiete in Abbaugebiete umgewandelt und kleinere neue Flächen für die Rohstoffgewinnung dargestellt. Der Regionalverband schafft damit für die betroffenen Werke die Grundlage für eine kontinuierliche Rohstoffversorgung und sichert den Erhalt der Standorte.

Bedauerlich ist die Ausgliederung eines Standortes aus dem Verfahren aufgrund nicht absehbarer Positionen des Landratsamtes, die von den bisherigen Auffassungen abgewichen sind. Zur mittelfristigen Fortführung des Rohstoffabbaus wird ein erneutes Verfahren erforderlich. Dieses kann dann gegebenenfalls erneut mit anderen Standorten verknüpft werden, um Verwaltungsaufwand beim Regionalverband zu minimieren.

Die Genehmigung der Regionalplanänderung durch das Wirtschaftsministerium ist Ende Juni 2017 erfolgt. Sie erlangt nach Veröffentlichung im Staatsanzeiger Rechtskraft.

Werksteingewinnung für den Garten- und Landschaftsbau aus geeigneten Muschelkalkbänken in einem Steinbruch im Neckartal

Ehemaliger Baggersee in Oberschwaben – heute Naturschutzgebiet und europäisches Vogelschutzgebiet

REGION OSTWÜRTTEMBERG

Die Verbandsversammlung des Regionalverbands Ostwürttemberg hat noch keinen Satzungsbeschluss für den Teilregionalplan Rohstoffsicherung gefasst. Der stringente Teilregionalplan, der für alle Werkstein-, Schotter-, Kalk- und Zementwerke der Region sowie für verschiedene Sandvorkommen auf Grundlage einer einheitlichen Planungssystematik geeignete Vorranggebiete vorsieht, konnte aufgrund verschiedener Bedenken an Einzelstandorten, insbesondere dem Grundwasserschutz und dem LKW-Verkehr nicht verabschiedet werden. Diese Belange können jedoch erst in den individuellen Genehmigungsverfahren im Detail bearbeitet werden. Für den weiteren Fortgang der Teilfortschreibung sollen zu den betroffenen Standorten weitere Informationen zur Erläuterung mit einfließen, um Bedenken auf regionalplanerischer Ebene ausräumen zu können.

Durch den nicht gefassten Satzungsbeschluss verknappt sich die Rohstoffsituation an einzelnen Standorten erheblich. Da nun zeitnah kein Satzungsbeschluss absehbar ist, müssen für diese Steinbrüche Einzelfalllösungen gefunden werden, die mit Zeit-, Verwaltungs- und Kostenaufwand für die Unternehmen, aber auch für die betroffenen öffentlichen Stellen, verbunden sind. Die Geschäftsstelle des Regionalverbands, die Landratsämter und die höhere Raumordnungsbehörde haben hierzu ihre konstruktive Zusammenarbeit versichert, um für die betroffenen Standorte Planungssicherheit zu schaffen.

Dennoch ist aus Sicht des Industrieverbandes zeitnah der gesamte Teilregionalplan Rohstoffsicherung zu beschließen, um ein geeignetes Konzept für die Rohstoffgewinnung in der gesamten Region und damit eine langfristige Sicherheit für die Rohstoffversorgung für alle Unternehmen zu erhalten.

REGION SCHWARZWALD-BAAR-HEUBERG

Der ISTE hat für die Abbaustätten im Jahr 2016 eine Abfrage im Sinne eines Rohstoffmonitorings für das Gebiet der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg vorgenommen. Ziel war es, zu ermitteln, ob der Teilregionalplan Rohstoffsicherung aus dem Jahr 2010 im Rahmen der Gesamtfortschreibung des Planes einer Überarbeitung bedarf. Die Ergebnisse sind an den Standorten entsprechend des jeweiligen Abbaufortschritts sehr unterschiedlich ausgefallen: Im Ergebnis besteht dringender Überarbeitungsbedarf an etwa einem Drittel der Vorranggebiete. Diese Standorte wurden der Geschäftsstelle des Regionalverbands vorgestellt. Der ISTE wird hierzu im Jahr 2017 eine Interessensgebietsmeldung zu diesen Standorten erarbeiten, deren Gebiete der Regionalverband im Sinne von Änderungen in der Fortschreibung mit festlegen soll.

REGION STUTTGART

Nach einem dringenden Änderungsbedarf an einem Standort hat der Verband Region Stuttgart angeregt, eine regionsweite Prüfung vorzunehmen, ob noch an weiteren Steinbrüchen Bedarf besteht, den im Jahr 2009 beschlossenen Regionalplan zu ändern. Hintergrund hierzu ist, den Verfahrensaufwand zu minimieren, indem mehrere Standorte gebündelt werden.

Die Abfrage des ISTE hat an wenigen Steinbrüchen einen Änderungsbedarf ergeben, so dass der Regionalverband nun an drei Standorten neue oder geänderte Vorranggebiete festzulegen beabsichtigt. Ein Aufstellungsbeschluss ist bisher nicht erfolgt, wurde aber für die zweite Jahreshälfte 2017 avisiert.

Mit der Änderung können drei Schotterwerke im Großraum Stuttgart ihren Fortbestand sichern und zu einer dezentralen Versorgung mit Baustoffen auf kurzen Wegen beitragen.

REGION SÜDLICHER OBERRHEIN

Die Verbandsversammlung hat die Gesamtfortschreibung des Regionalplans Südlicher Oberrhein am 8. Dezember 2016 beschlossen. Aufgrund der Gebietsreduzierungen im zweiten Offenlageentwurf stellt der Plan für einige Unternehmen nur ein Minimum für einen Weiterbetrieb mit Perspektive dar. Leider ist auch festzustellen, dass

Mischbetthalle eines Zementwerkes auf der Schwäbischen Alb

Kiesgewinnung im Trockenabbau mit Verfüllung in Oberschwaben

einzelne Kieswerke in der Region mit Schiffsverlademöglichkeit keine Vorranggebiete für Erweiterungen oder Satellitenabgrabungen erhalten. Die Bemühungen des ISTE um geeignete, verträgliche Einzelfalllösungen waren teilweise, nicht jedoch an allen Standorten, erfolgreich. So wird auch in dieser Region ein Rückgang der Kieswerke, insbesondere derer mit Schiffsverladung erfolgen, wenn auch in geringerem Umfang als am Mittleren Oberrhein.

Auf der anderen Seite legt der Regionalplan rund 40 Vorranggebiete für Kies und 18 für Steinbrüche fest. Diese verteilen sich überwiegend auf bestehende Standorte, aber auch auf einzelne Neuaufschlüsse. Die regionale Rohstoffversorgung wird für die kommenden 20 Jahre sichergestellt. Inwieweit mit den festgelegten Sicherungsgebieten der darauffolgende 20-Jahres-Zeitraum angesichts der Realisierungsunsicherheiten vollständig abgedeckt werden kann, ist fraglich.

Es ist davon auszugehen, dass das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau den Regionalplan noch im Laufe des Jahres 2017 genehmigen wird und die Unternehmen auf dieser Grundlage die fachrechtlichen Zulassungsverfahren zu einem positiven Ende bringen können.

VWV REGIONALPLÄNE

Die Verwaltungsvorschrift über die Aufstellung von Regionalplänen und die Verwendung von Planzeichen befindet sich derzeit in Überarbeitung. Der ISTE hat sich auch in einer zweiten Beteiligungsrunde mit eingebracht. Der ISTE begrüßt, dass in dem Entwurf die Ausdehnung der fakultativen Bemessungszeiträume auf je 25 Jahre aufgegriffen wurde. Der Verband hat zur fachlichen Begründung der Position zahlreiche Gespräche mit Verwaltung, Politik und Verbänden geführt. Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft hat jedoch den fakultativen Planungszeitraum von 25 Jahren für die Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe abgelehnt und diese Position durchgesetzt. Im gemeinsamen Amtsblatt des Landes wurde die Verwaltungsvorschrift am 28. Juni 2017 bekannt gemacht. Sie tritt am 1. Juli 2017 in Kraft.

GISINFOSERVICE

NEUER TECHNISCHER DIENSTLEISTER: WHEREGROUP GMBH & CO. KG

Seit Mitte 2016 ist die WhereGroup GmbH & Co.KG (mit Sitz in Berlin, Bonn und Freiburg) neuer technischer Dienstleister von GisInfoService und übernimmt sämtliche GIS-Projekte der in medias res GmbH. Stefan Giese (vormals Geschäftsführer von in medias res) ist seit 1. September 2016 Projektleiter bei der WhereGroup und leitet die neue Niederlassung in Freiburg.

Die WhereGroup wurde im Jahr 2007 als eine Fusion der Unternehmen CCGIS, Geo-Consortium und KARTA.GO in Bonn gegründet und hat mittlerweile ca. 30 Mitarbeiter. Als mittelständischer Dienstleister ist sie spezialisiert auf die professionelle Anwendung und Integration von Open Source Software und kann sich auf eine langjährige Erfahrung im Umgang mit Geodaten berufen. Sie verfügt über beste Referenzen bei Kommunen, Landes- und Bundesbehörden, Forschungseinrichtungen sowie Unternehmen jeder Größe. Verantwortlich für alle technischen Belange von GisInfoService ist Jörg Thomsen (WhereGroup Berlin).

Kiesgewinnung im Grundwasser am Mittleren Oberrhein

Stubensandsteinbruch mit Seilsäge zur Werksteingewinnung im Schönbuch

UMSTELLUNG DER BASISSOFTWARE VON GISINFOSERVICE AUF MAPBENDER3.0

Die Basissoftware, auf die sich die Internetanwendung GisInfoService stützt, ist das von der WhereGroup entwickelte Content Management System Mapbender.

Da die bisher genutzte Version Mapbender 2.7.3 keine zukunftssichere Technologie gewährleisten kann und ihre Weiterentwicklung von der WhereGroup eingestellt wird, ist ein Versionswechsel zu Mapbender3 erforderlich.

Die Mapbender3-Migration wird im Laufe des Jahres 2017 stattfinden und einige Vorteile mit sich bringen:

- eine moderne und zeitgemäße Benutzeroberfläche,
- aktuelle Basissoftwarekomponenten: Web Application Framework Symfony2, JQuery und OpenLayers,
- aktuelle PHP Version und damit auch hoher Sicherheitsstandard,
- flexibler Layerbaum.

Die Kosten für die Migration der GisInfoService „Basisanwendung" werden von den Rohstoffverbänden (BIV, ISTE, VERO, VSE und UVMB und ABBM) übernommen. Während die Umstellung der Basis Variante von GisInfoService auf Mapbender3 in der Mitte des Jahres geplant ist, wird die Anpassung des Grundstückmoduls wohl bis in den Spätherbst hinein dauern.

NEUERUNGEN BEIM GRUNDSTÜCKSMODUL

Im Laufe des Jahres 2016 sowie Anfang 2017 wurde das Flurstücksdatenblatt beim Grundstücksmodul von GisInfoService in einigen Bereichen aktualisiert und an die Bedürfnisse der Nutzer angepasst. So existiert nun ein neues Feld „Straßenname" bei den Stammdaten eines Flurstücks. Außerdem gibt es beim Flurstücksdatenblatt die separaten Unterpunkte „Buchhaltung" (mit den entsprechenden Reitern Geschäftsbereich, Buchungskreis, Kontonummer, Kostenstelle, Inventar-Nummer etc.) sowie „Grundsteuer" mit Angaben zum Grundsteuerbescheid, Einheitswert und Grundsteuermessbetrag.

PERSONELLER WECHSEL BEI DER ANWENDERBERATUNG

Katja Schaber-Mohr, die bisher für die operative Beratung von GisInfoService zuständig war, hat sich zu einer beruflichen Veränderung entschieden. Ihr Aufgabengebiet übernahm Dr. Dagmar Hoffmann, die seit Dezember 2016 neue Mitarbeiterin des ISTE ist. Frau Dr. Hoffmann ist Geologin und war einige Jahre im Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB, im Regierungspräsidium Freiburg) sowie für rohstoffgewinnende Firmen in Deutschland tätig.

VERANSTALTUNGEN:

5. Juli 2016
FORSTRECHTLICHER AUSGLEICH
und Anforderungen an den Ausgleich von Natura 2000-Lebensraumtypen bei der Rohstoffgewinnung

15. Juli 2106
GIS-NUTZERWORKSHOP

29. November 2016
19. GENEHMIGUNGS-VERFAHRENSSEMINAR
Verwaltungsvorschrift Regionalpläne, Umweltrechtsbehelfsgesetz, Mantelverordnung, TA Luft, Evaluierung und Überarbeitung Ökokontoverordnung, Kompensationsverordnung Baden-Württemberg

6. Dezember 2016
ARBEITSKREIS GRUNDSTÜCKS-MODUL GISINFOSERVICE

16. Januar 2017
WINTERARBEITSTAGUNG 2017
Vorstellung und Ziele der Landesregierung zur Rohstoffstrategie

7. Februar 2017
INFORMATIONSVERANSTALTUNG ZU FLACHWASSERZONEN
an Baggerseen am Oberrhein

Informationsveranstaltung eines Unternehmens zur Erweiterung eines Baggersees am mittleren Oberrhein

FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

- Die Rohstoffsicherung als hoheitliche Aufgabe der Daseinsvorsorge muss so gestaltet werden, dass eine langfristige Rohstoffsicherung auf allen Ebenen gegeben ist. Die Rohstoffsicherung und -gewinnung bedarf durch die Ortsgebundenheit der Lagerstätten eines besonderen Schutzes und muss bedarfsunabhängig erfolgen.
- Die Unternehmen der Rohstoffindustrie in Deutschland benötigen eine höhere Planungs- und Investitionssicherheit. Hierfür müssen insbesondere die Planungszeiträume in der Regionalplanung sowie die Genehmigungszeiträume erweitert werden.
- Die Akzeptanz der Rohstoffgewinnung muss politisch gestärkt werden. Die Verbesserung dieser Akzeptanz ist gemeinsame Aufgabe von Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Es muss möglich sein, gesellschaftlich wichtige Vorhaben auch gegen den Widerstand Einzelner zügig durchzusetzen.
- Zügige Umsetzung der Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag „Wir werden die Rohstoffstrategie des Landes fortschreiben“
- Politische Unterstützung der regionalen Rohstoffsicherung bei den Fortschreibungen der Regionalpläne und Vermittlung der Erforderlichkeit einer dezentralen und nachhaltigen Rohstoffgewinnung gegenüber der Bevölkerung und sonstigen Interessensgruppen.
- Verlängerung der Laufzeiten der Genehmigungen für Gewinnungsvorhaben bzw. Durchsetzung der Regelungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes, um sie ins richtige Verhältnis zur üblichen Verfahrensdauer zu setzen.
- Anpassung der raumordnungsrechtlichen und nachgeordneten Regelungen an die Erfordernisse einer langfristig ausgerichteten, nachhaltigen Rohstoffsicherung. Hierzu gehören insbesondere: Erweiterung des Planungszeitraums für Rohstoffsicherungsgebiete und Einrichtung einer vorkommensbezogenen Rohstoffsicherung; raumordnerische Sicherung von Vorkommen mit großer Mächtigkeit und von guter Qualität unabhängig von derzeitigen Nutzungsinteressen um künftigen Generationen den Zugang zu erhalten.
- Keine Überfrachtung von Raumordnungsverfahren und Regionalplanungen mit Prüfungsinhalten, die ins (ggf. sehr viel spätere) Zulassungsverfahren abgeschichtet werden können.
- Bereitstellung von mehr Fachpersonal für die mit der Rohstoffsicherung und -gewinnung befassten öffentlichen Stellen, insbesondere für das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau zur Sicherstellung einer zügigen und sachgerechten Bearbeitung von Daueraufgaben, wie z.B. der rohstoffgeologischen Kartierung oder der Erkundung hochwertiger Gesteinsvorkommen mit dem Ziel der Sicherung einer langfristigen Zugänglichkeit.

Temporär beruhigte Steinbruchwand im Sinne eines Biotopschutzes auf Zeit

Granitsteinbruch im Landkreis Waldshut

EXTERNES BEDARFSGUTACHTEN

Der Regionalverband Hochrhein-Bodensee hat die SST Ingenieurgesellschaft in Aachen mit der Erstellung einer Bedarfsanalyse für die Gewinnung und Verwendung primärer und sekundärer Rohstoffe bis 2055 im Planungsbereich des Regionalverbands Hochrhein-Bodensee beauftragt.

Anlass ist die Fortschreibung des Regionalplans im Bereich Rohstoffsicherung. Da die Festlegung der Vorranggebiete bedarfsbezogen erfolgt, soll dieses Gutachten ergänzend zu den Fördermengen eines längeren Zeitraums der Vergangenheit auch künftige wirtschaftliche Entwicklungen sowie die Bevölkerungsentwicklung mit ermitteln. Dabei werden auch die Substitutionspotentiale durch nicht-mineralische Rohstoffe und Recyclingbaustoffe mit einbezogen. Diese Zahlen sollen den Planungshorizont bis ins Jahr 2055, die Rohstoffsicherung nimmt der Regionalverband für rund 40 Jahre vor, abbilden. Eher informativen Charakter hat das Gutachten zur Verwendung der Rohstoffe und die Lieferbeziehungen in dieser Grenzregion.

Die Abschätzung der volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen legt eine Vorausberechnung des Statistischen Landesamtes zur Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung zugrunde. Demnach ist einerseits mittelfristig mit einer Steigerung der Bevölkerungszahl in der Region zu rechnen und andererseits auch mit einer stärkeren Zunahme an Haushalten. Hierfür werden Baustoffe benötigt, ebenso wie für die Infrastruktur und den Gewerbebau, die im Zusammenhang mit steigender Einwohnerzahl und Ansprüchen an die Lebens- und Wohnverhältnisse stehen. Ebenso wurden Szenarien der Wirtschaftsentwicklung für die Region Hochrhein-Bodensee zugrunde gelegt. Eine nähere Betrachtung fanden hierzu die Branchen außerhalb der Bauwirtschaft, die Produkte der Steine-Erden-Industrie abnehmen, wie z.B. die Metallerzeugung oder die Landwirtschaft. Größter Abnehmer von mineralischen Rohstoffen ist die Bauwirtschaft, auch hierfür wurden Entwicklungstrends zum Bauvolumen in verschiedenen Bereichen ermittelt.

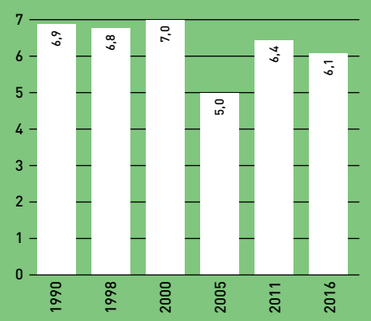
Die Versorgungssituation der Region Hochrhein-Bodensee mit mineralischen Rohstoffen stellt sich so dar, dass sie vollständig auf die Einfuhr von Zementen, Steinsalz, Sulfatgesteinen und sonstigen Spezialrohstoffen angewiesen ist. Daneben werden auch Metallrohstoffe und Energierohstoffe vollständig eingeführt. Demgegenüber ist die Eigenversorgung mit gebrochenen Natursteinen, Sanden und Kiesen gewährleistet. Durch die lange Grenze mit der Schweiz erfolgt auch ein Austausch in beide Richtungen in die grenznahen Räume.

GERINGER FLÄCHENBEDARF

Die in Anspruch genommenen offenen Abbauflächen in der Region liegen bei nur 0,11 % der Regionsfläche. Dies ist unter allen kiesdominierten Regionen der geringste Wert in Baden-Württemberg. Dies resultiert einerseits durch vergleichsweise mächtige nutzbare Lagerstätten, andererseits durch Dominanz des Trockenabbaus, der im Vergleich zur Nassauskiesung regelmäßig schneller rekultiviert werden kann.

Beispielhaft wird in dem Gutachten der Rohstoffbedarf für verschiedene größere Bauprojekte in der Region dargestellt, wie z. B. die Fortführung der Hochrheinautobahn A 98 oder das Pumpspeicherwerk in Atdorf. Gerade diese Projekte, die nicht regelmäßig in einer Region umgesetzt werden, zeigen, ob die Rohstoffsicherung solide geplant ist, Betriebe entsprechende

Gesamtrohfördermenge Region Hochrhein-Bodensee in Mio. t



Kombinierter Nass- und Trockenabbau von Kiesen und Sanden im Landkreis Konstanz. Im Hintergrund: Gewerbegebiet auf ausgekiesten Flächen.

Informationsveranstaltung des Regierungspräsidiums Freiburg zu einem Raumordnungsverfahren zum Neuaufschluss einer Kiesgrube im Landkreis Konstanz

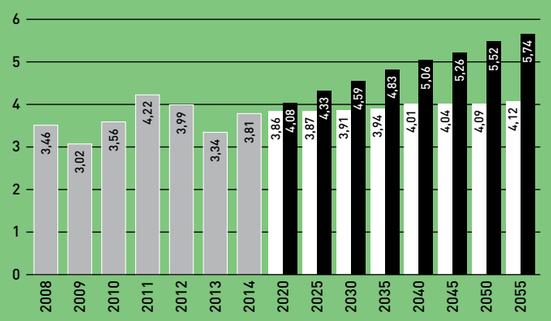
Kapazitäten aufbauen können und der Rohstoffbedarf aus der Nähe gedeckt werden kann. Es ist jedoch auch festzustellen, dass der durch zeitlich befristete Großvorhaben ausgelöste Bedarf nur einen geringen Anteil des „Grundbedarfs" über 40 Jahre hinweg ausmacht. Über das Land hinweg sind sowohl Beispiele bekannt, die Engpässe für die Baurohstoffversorgung für Bauvorhaben aufzeigen, als auch Beispiele, die die Leistungsfähigkeit der Branche u. a. aufgrund guter planerischer Grundlagen dokumentieren.

HOLZ ALS SUBSTITUT?

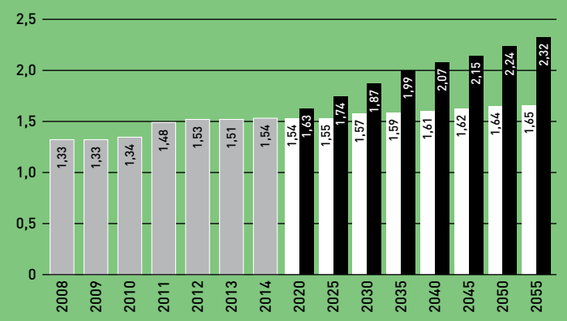
Sehr aufschlussreich ist das untersuchte Substitutionspotential von mineralischen Rohstoffen durch Holz. Baden-Württemberg nimmt unter den Bundesländern beim Wohnbau mit Holz einen Spitzenplatz ein. Eine Steigerung von derzeit 23,7 % auf 28,7 % würde nur rund 100.000 Tonnen mineralische Rohstoffe ersetzen, nur gut ein Tausendstel der gesamten Rohfördermenge im Land oder die Fördermenge eines kleinen Steinbruchs oder einer kleinen Kiesgrube. Bezogen auf die Rohstoffsicherung der Region Hochrhein-Bodensee ist dies eine vernachlässigbare Größe.

Für die Prognose der Rohstoffnachfrage bis ins Jahr 2055 wurden bei den Unternehmen die Mengen der hergestellten Baustoffe und deren Verwendungsbereiche ermittelt. Somit wurden verschiedene Wirtschaftssektoren als Kunden identifiziert und die jeweilige Entwicklung anhand der Prognosen zur Wirtschaftsentwicklung quantifiziert. Ebenso wurden regionalen Besonderheiten für die einzelnen Branchen Rechnung getragen und Anpassungsfaktoren berücksichtigt. Für Sande und Kiese wird für das Zieljahr in der unteren Variante eine Produktionsmenge auf etwa dem derzeitigen Niveau von rund 4 Mio. Tonnen p. a. und in der oberen Variante eine Steigerung auf bis zu 5,7 Mio. Tonnen prognostiziert. Hierdurch wird deutlich, dass diese Mengen nur durch einen Erhalt der bestehenden Standorte und Neuaufschlüsse gedeckt werden können. Ein Hochfahren der Förderung an wenigen Standorten würde deren Lagerstätten schnell erschöpfen und die dezentrale Versorgung gefährden. Für die Rohstoffgruppe Naturstein ergibt sich für das Jahr 2055 ein prognostizierter Zuwachs auf 1,65 bzw. 2,32 Mio.Tonnen, für die untere Variante ist dies bereits ein Zuwachs von knapp 10 %. Für die anderen Rohstoffgruppen ergeben sich aufgrund der geringeren Zahl an Abbaustätten sehr unterschiedliche Entwicklungen in den berechneten Varianten.

Produktionsmengen von Kies und Sand in Mio. t



Produktionsmengen von Naturstein in Mio. t



Abbau von hochreinen Kalksteinen für Weiß- und Branntkalke im Landkreis Lörrach

Bauschuttrecyclinganlage im Landkreis Waldshut

BAUSCHUTT UND STRASSENAUFBRUCH ALS BESTANDTEIL REGIONALER ROHSTOFFVERSORGUNG

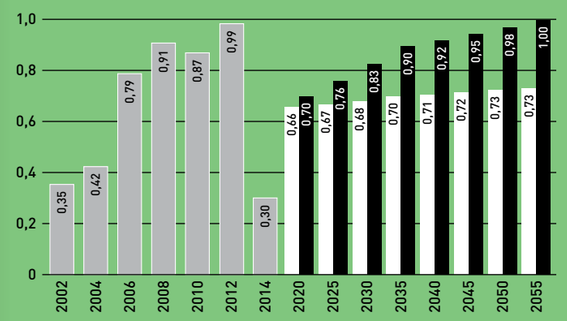
Neben den Primärrohstoffen wurde auch das Aufkommen von Baurestmassen und Straßenaufbruch für die Herstellung von Recyclingbaustoffen untersucht und für das Zieljahr 2055 prognostiziert. Für die vergangenen Jahre sind hierbei starke jährliche Schwankungen auffällig, die bei den Baurestmassen zwischen 0,3 Mio. Tonnen im Jahr 2014 und rund 1 Mio. Tonnen im Jahr 2012 sowie bei 20.000 Tonnen im Jahr 2002 und 170.000 Tonnen im Jahr 2008 beim Straßenaufbruch liegen. Die Prognosen bewegen sich zwischen einem leichten Zuwachs und erreichen in der oberen Variante knapp die jeweiligen Spitzenwerte. Eine weitere Steigerung darüber hinaus wird limitiert durch den Anfall der Baurestmassen.

WEITBLICK FÜR ROHSTOFFSICHERUNG UNUMGÄNGLICH

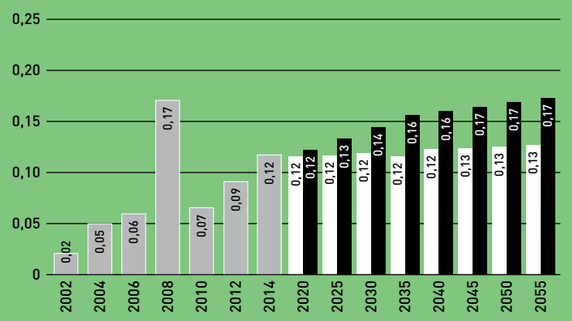
Als Fazit wird festgestellt, dass eine Bemessung der Rohstoffsicherung auf Basis der Fördermengen der vergangenen Jahre in der Region Hochrhein-Bodensee aufgrund der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung zu einer Unterversorgung der Region führen würde. Dies gilt bereits für die pessimistische untere Variante der Berechnung und in sehr viel erheblicherem Umfang für die obere Variante. In der Konsequenz müssten neben den bereits bisher eingeführten Rohstoffgruppen auch Sande und Kiese sowie Natursteine über den bisherigen Umfang hinaus aus anderen Räumen in die Region eingeführt werden, um die Versorgungssituation beizubehalten. Dies würde einerseits die mittelständisch geprägte Unternehmensstruktur schädigen und andererseits andere Räume zusätzlich durch Abbautätigkeit und zusätzlichen Schwerverkehr belasten. Folglich muss die Rohstoffsicherung der Region, wie z. B. bei der Sicherung der Trinkwasserversorgung, sehr langfristig denken, Unsicherheiten wie Grundstücksverfügbarkeit, geologische Verhältnisse und Genehmigungsrisiken einbeziehen, um Planungssicherheit zu gewährleisten.

Quelle: Bedarfsanalyse für die Gewinnung und Verwendung primärer und sekundärer Rohstoffe bis 2055 im Planungsbereich des Regionalverbands Hochrhein-Bodensee. (Hrsg.: Regionalverband Hochrhein-Bodensee, 2016)

Aufkommen an Baurestmassen in Mio. t



Aufkommen an Straßenaufbruch in Mio. t



Quellen: Regionalverband, LGRB, ISTE

»Normen und Regelwerke müssen so gestaltet sein, dass einheitliche Spielregeln für alle Produktgruppen der Gesteinsindustrie gelten. Der Wettbewerb im Markt entscheidet dann darüber, ob runde, eckige oder gebrauchte Gesteinskörnungen zum Zuge kommen.«

Peter Rombold,
Rombold & Gfröhrer GmbH & Co. KG,
Vorsitzender der Fachgruppe
Naturstein im ISTE und
des Güteschutzes Naturstein
Baden-Württemberg e.V.

DAFÜR STEHEN WIR:

Eine der wesentlichen Aufgaben der Abteilung Technik im ISTE ist es, Normen, technische Regelwerke und Umweltstandards aktiv mitzugestalten, sodass die Produkte der heimischen Steine- und Erdenindustrie sowie die daraus hergestellten Bauprodukte auch weiterhin uneingeschränkt verwendet werden können. Dazu gehört die kompetente technisch-wissenschaftliche Betreuung bei Produktion, Marktzutritt und Verwendung von Baustoffen. Ein interdisziplinäres Team von Ingenieuren, Geologen, Mineralogen und Baustoffprüfern entwickelt organisationsübergreifend qualifizierte, praxisnahe und effiziente Konzepte. Die Erfahrungen aus der Praxis werden in neuen oder aktualisierten Regelwerken berücksichtigt. Umsetzungshilfen für die Anwender werden bereitgestellt. Ein umfassendes Schulungsangebot für die Produzenten sowie die individuelle Beratung in technischen Fragen runden das Leistungsspektrum ab. Der ISTE setzt sich für vergleichbare und praxisgerechte Marktvoraussetzungen ein. Technische Lieferbedingungen für primäre und sekundäre Baustoffe dürfen sich ausschließlich am Verwendungszweck orientieren.

AKTIVE MITARBEIT IN DEN ENTSCHEIDENDEN GREMIEN SICHERT MITTEL- UND LANGFRISTIG UNSEREN MARKTZUTRITT

Um den Marktzutritt sicherzustellen, arbeiten ehrenamtliche Unternehmensvertreter und ISTE-Mitarbeiter in Normungsgremien mit und bringen so ihren Sachverstand und Erfahrungen ein. Dies ist deshalb für die Baustoffindustrie wichtig, weil die Orientierung der Mitarbeiterstruktur der technischen Gremien aus den Bereichen Wirtschaft, Verwaltung, Ingenieurbüros und Wissenschaft nicht regionalspezifisch ist, sodass die Auswirkungen von neuen Prüfverfahren oder Anforderungskriterien von den Ausschüssen nicht immer zutreffend eingeschätzt werden.

Durch die aktive Mitarbeit der Fachgruppen und personelle Vernetzung in die Unternehmen werden Märkte gesichert, neue Verwendungsmöglichkeiten und Innovationen geschaffen. Der ISTE vertritt direkt sowie indirekt über die Bundesverbände die Interessen seiner Mitglieder in den europäischen Gremien und nationalen Spiegelausschüssen.

Über seine Fachgruppen Sand und Kies, Naturstein, Transportbeton sowie Recycling-Baustoffe und Boden wirkt der ISTE in den technischen Gremien des Deutschen Institutes für Normung (DIN), der Forschungsgesellschaft für das Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) und des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton (DAfStb) mit.

Die wesentlichen Gremien der FGSV für den Bereich Straßenbau, in welchen der ISTE vertreten ist, sind beispielhaft folgende:

- Arbeitsgruppe 5:
  Erd- und Grundbau
- Arbeitsgruppe 6:
  Gesteinskörnungen, ungebundene Bauweisen
  - Arbeitsausschuss 6.1:
    Gesteinskörnungen
  - Arbeitsausschuss 6.2:
    Industrielle Nebenprodukte und Rc-Baustoffe
  - Arbeitsausschuss 6.3:
    Schichten ohne Bindemittel
  - Arbeitsausschuss 6.5:
    Ländliche Wege
  - Arbeitsausschuss 6.6:
    Pflasterdecken und Plattenbeläge
- Arbeitsgruppe 7 und 8:
  Asphalt- und Betonbauweisen

Darüber hinaus arbeiten wir mit Unterstützung des Ehrenamts in den technischen Gremien unserer Bundesverbände Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V. (BBS), Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO), Bundesverband der Deutschen Transportbetonindustrie e.V. (BTB) und Bundesvereinigung Recycling-Baustoffe e.V. (BRB) mit.

Weil neue Europäische Normen in das nationale Regelwerk umgesetzt werden müssen und bestehende Normen überarbeitet werden, ist die permanente Mitwirkung der Landesverbände in den Gremien bei der Aktualisierung und Fortschreibung des Regelwerks für die Sicherstellung des Marktzugangs entscheidend.

LANDESSPEZIFISCHE GEOLOGISCHE VORAUSSETZUNGEN MÜSSEN BEI DER NORMUNG BERÜCKSICHTIGT WERDEN

Über die Fachgruppen werden Prüfdaten von Gesteinskennwerten ermittelt, gesammelt, ausgewertet und in die Fortschreibung der Regelwerke für Gesteinskörnungen, Baustoffgemische, Asphalt und Beton in die entscheidenden Gremien eingebracht. Der ISTE arbeitet hierzu eng mit folgenden Organisationen zusammen: BÜV-ZERT, Baustoffprüfgesellschaft mbH, Güteschutz Naturstein, QRB und ARGE BETON.

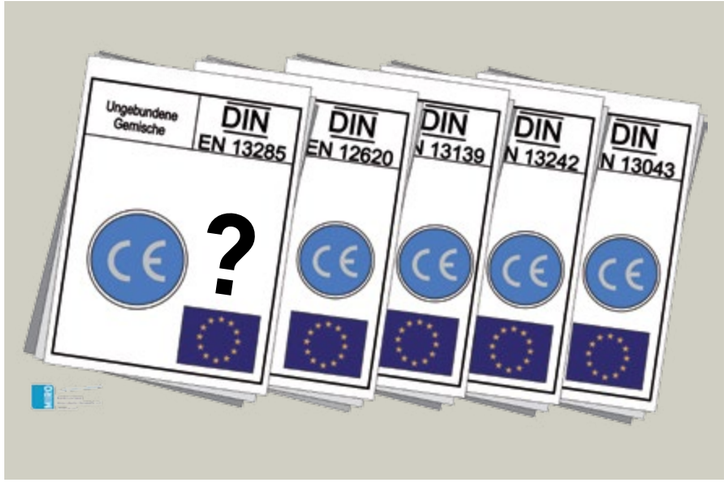
Baggerseen entstehen durch die Gewinnung von Sand und Kies, mit 40 Prozent immer noch wichtigster mineralischer Rohstoff des Landes. Durch Verwaltungsrestriktionen wird er immer knapper.

So kann für die Unternehmen sichergestellt werden, dass Baustoffe aus Baden-Württemberg mit den spezifischen geologischen Eigenschaften dauerhaft in einem möglichst breiten Anwendungsspektrum verwendet werden können. Dadurch können regionale Rohstoffvorkommen umweltfreundlich und wirtschaftlich in der Nähe der Gewinnung verwendet werden. Weite Transportwege und unnötige Kosten werden vermieden.

Bei komplexeren Fragestellungen führen die Fachgruppen eigene Forschungsvorhaben durch. Dabei spielen Langzeiterfahrungen und Praxiserprobung unter realistischen Einsatzbedingungen eine wesentliche Rolle.

Der ISTE pflegt den fachlichen Austausch mit Hochschulen, Materialprüfungsanstalten und der Verwaltung.

Bei unvollständigen oder falschen Ausschreibungen von Baustoffen bietet der ISTE im konkreten Fall seinen Mitgliedern individuelle Beratung und Unterstützung.



Beim Baustoff-Technik-Tag 2017 informierte der ISTE über den Bearbeitungsstand der für die Gesteinsbranchen relevanten europäischen Normen.

GESTEINSBAUSTOFFE

BERICHT AUS DER TECHNISCHEN GREMIENARBEIT

EUROPÄISCHE NORMUNG FÜR GESTEINSKÖRNUNGEN UND UNGEBUNDENE GEMISCHE – STAND DER BEARBEITUNG

Die folgenden Ausgaben der für unsere Branche relevanten Produktnormen behalten voraussichtlich bis Herbst 2018 ihre Gültigkeit:

- DIN EN 12620:2008-7
  Gesteinskörnungen für Beton
- DIN EN 13139:2002-08
  Gesteinskörnungen für Mörtel
- DIN EN 13043:2002-12
  Gesteinskörnungen für Asphalt
- DIN EN 13242:2008-03
  Gesteinskörnungen für ungebundene und hydraulisch gebundene Gemische
- DIN EN 13383-1:2002-08
  Gesteinskörnungen für Wasserbausteine
- DIN EN 13450:2003-06
  Gesteinskörnungen für Gleisschotter
- DIN EN 13285:2010
  Ungebundene Gemische – Anforderungen

Die 2. Generation der europäischen Gesteinskörnungsnormen wurde durch den zuständigen Normenausschuss DIN NA 005-07-15 an die Bauprodukteverordnung (BauPVO) angepasst, redaktionell überarbeitet und untereinander vereinheitlicht. Technische Kommentare werden in ein zweistufiges Abstimmungsverfahren im europäischen Normeninstitut CEN TC 154 und seinen Untergremien umgesetzt. Die Beratung der gesammelten europäischen Kommentare im europäischen Normeninstitut CEN TC 154 ist abgeschlossen, so dass die Schlussentwürfe zur formellen Schlussabstimmung im Frühjahr 2017 eingereicht wurden. Eine Veröffentlichung des gesamten Normenpakets für Gesteinskörnungen wird in 2017 angestrebt. Erst nach einer einjährigen Übergangsfrist kann mit einer Veröffentlichung im europäischen Amtsblatt und somit dem Ersatz der oben angegebenen Normausgaben gerechnet werden.

Die DIN EN 13285 „Ungebundene Gemische für den Straßenbau“ wurde durch das europäischen Normeninstitut CEN TC 227 als künftig harmonisierte Norm nach BauPVO vorbereitet und zur formellen Abstimmung eingereicht. Der zeitliche Ablauf: Veröffentlichung und Inkraftsetzung durch Erscheinen im europäischen Amtsblatt ist ähnlich wie beim Normenpaket „Gesteinskörnungen“.

Die nationalen Anwendungsdokumente in Deutschland müssen an die überarbeiteten Normen angepasst werden. Die Überarbeitung soll vor Ablauf der festgelegten Übergangsfrist bzw. dem Erscheinen der Normen im europäischen Amtsblatt abgeschlossen sein. Bei den Anwendungsdokumenten handelt es sich um die DIN 1045-2 (Beton) sowie die TL Gestein-StB und erstmalig im gleichen System auch die TL SoB-StB für den Straßenbau. Ab diesem Zeitpunkt gelten dann für alle wesentlichen Gesteinskörnungsprodukte sowie für Gemische die gleichen Regeln.

Der ISTE hat bei der Überarbeitung der oben angegebenen Normen in Form von Stellungnahmen und Gremienarbeit mitgewirkt. Im Rahmen der Überarbeitung der nationalen Anwendungsdokumente sind zudem die technischen Gremien des Bundesverbandes MIRO und die FGSV-Gremien miteinbezogen.

Geplant ist nach Inkrafttreten der DIN EN 13285 eine Aufnahme der „ungebundenen Gemische für den Straßenbau“ in die „Verbändeempfehlung“ als Ersatz für die TL G SoB-StB.

Der ISTE wird vor dem Inkrafttreten der neuen Normen Umsetzungshilfe durch Schulungen anbieten und über die Neuerungen rechtzeitig per Newsletter informieren.

Für die technische Öffentlichkeitsarbeit stellt der ISTE Rollups zum Thema Verwendungsmöglichkeiten der Alpine Moräne zur Verfügung.

UNSICHERHEIT BEZÜGLICH DER UMSETZUNG DER WESENTLICHEN ANFORDERUNG NR. 3 „HYGIENE, GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ“ NACH EU-BAUPVO

Für Diskussionen sorgt die Forderung der EU KOM, bereits für die oben beschriebene 2. Generation der europäischen Gesteinskörnungsnormen, die Umweltprüfung mit den neuen Elutionsverfahren des europäischen Normeninstitut CEN TC 351 durchzuführen und „Umweltklassen“ zu bilden. Der Verweis auf nationale Regelungen sei nicht akzeptabel. Allerdings wurden die Elutionsverfahren für Bauprodukte durch das CEN TC 351 erst Ende 2016 als Vornormen verabschiedet, die Validierungsphase wurde noch nicht eingeleitet (siehe unten: Kapitel „Bauproduktenverordnung und umweltrelevante Merkmale“). Auch ist noch völlig ungeklärt, wie die Umsetzung in den harmonisierten Produktnormen im Detail erfolgen soll (siehe Kapitel „Vorschläge zur Umsetzung von Mandat 125/rev durch Produkt-TCs“). Bemerkenswert ist, dass die EU KOM Teile des oben beschriebenen Normenpakets auf ihre so genannte „blocking list“ gestellt hat, weil u.a. die Umweltbelange noch nicht hinreichend umgesetzt seien.

PRÜFNORMEN UND PRÜFVORSCHRIFTEN FÜR GESTEINSKÖRNUNGEN

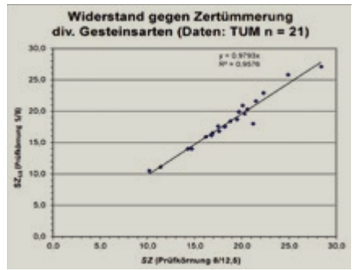
Im Arbeitsausschuss NA 062-03-13 AA „Gesteinskörnungen – Prüfverfahren, Petrographie, Probenahme und Präzision“ erfolgen die periodischen Überprüfungen der EN-Normen zur Bestimmung der Eigenschaften von Gesteinskörnungen für die Verwendung als Baustoff. Es wird dabei überprüft, ob die EN-Normen noch dem Stand der Technik entsprechen und auf Grundlage dieser Überprüfung werden Normen bestätigt, überarbeitet oder zurückgezogen.

Der Arbeitsausschuss beschäftigt sich momentan mit der Revision der folgenden Normenvorhaben:

- DIN EN 932-5 rev.:
  Prüfverfahren für allgemeine Eigenschaften von Gesteinskörnungen –
  Teil 5: Allgemeine Prüfeinrichtungen und Kalibrierung
- DIN EN 933-1 rev.:
  Prüfverfahren für geometrische Eigenschaften von Gesteinskörnungen –
  Teil 1: Bestimmung der Korngrößenverteilung – Siebverfahren
- DIN EN 933-3 rev.:
  Prüfverfahren für geometrische Eigenschaften von Gesteinskörnungen –
  Teil 3: Bestimmung der Kornform – Plattigkeitskennzahl
- DIN EN 933-8 rev.:
  Prüfverfahren für geometrische Eigenschaften von Gesteinskörnungen –
  Teil 8: Beurteilung von Feinanteilen – Sandäquivalent-Verfahren

Die Prüfung des Sandäquivalentwertes ist seit den 80er-Jahren des 20. Jahrhunderts in Baden-Württemberg bei Baustoffgemischen aus Kalkgestein in den Ergänzungen zu den Technischen Lieferbedingungen für Baustoffgemische und Böden zur Herstellung von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau aus Qualitätsgründen bauvertraglich verankert. Durch die Überarbeitung der Prüfnorm EN 933-8 und der damit einhergehenden geänderten Versuchsdurchführung zur Begrenzung der Feinanteile vor der Bestimmung, ergab sich für die Baustoffgemische aus Kalkgestein Handlungsbedarf.

Die bereits im letzten Jahresbericht angekündigte Erstellung eines speziellen Teils in der Reihe der TP Gestein-StB auf unsere Initiative hin über die Gremien der FGSV ist inzwischen erfolgt. Der im FGSV-Arbeitskreis 6.1.2 erarbeitete Vorschlag wird mit der nächsten Lieferung der Lose-Blatt-Ergänzungen im Laufe des Jahres 2017 veröffentlicht. Die Formulierung wurde so gewählt, dass die bekannte Durchführung beibehalten werden konnte. Mit diesem Verfahren wird neben der Qualität auch die Quantität der Feinanteile feiner



Der Schlagversuch wurde durch die Technische Universität München so angepasst, dass eine gute Korrelation zwischen den ermittelten Schlagzertrümmerungswerten der beiden Prüfkörnungen 8/12,5 mm und 5/8 mm erreicht wurde.

Gesteinskörnungen angesprochen. Auf die quantitative Begrenzung der produkttypischen Feinanteile durch Waschen auf dem 0,063-mm-Sieb entsprechend EN 933-1 vor der Bestimmung des Sandäquivalent-Wertes wird verzichtet. Es wird die Gewinnung der Messprobe sowie die Durchführung beschrieben.

Bei einer Überarbeitung der ETV-StB-BW kann auf die TP Gestein-StB (Teil 4.2.1) Bezug genommen werden. Ein Mehraufwand bei der werkseigenen Produktionskontrolle (WPK) sowie ein Absenken des Qualitätsniveaus für Schichten ohne Bindemittel aus Kalkgestein konnte für die Natursteinindustrie in Baden-Württemberg erfolgreich abgewendet werden. Die Verankerung der Prüfdurchführung auch im Anhang der Prüfnorm EN 933-8 ist nach wie vor unser Ziel.

Im Jahr 2016 wurden folgende Normen-Entwürfe veröffentlicht:

- prEN 1097-2:
  Prüfverfahren für mechanische und physikalische Eigenschaften von Gesteinskörnungen –
  Teil 2: Verfahren zur Bestimmung des Widerstandes gegen Zertrümmerung
- prEN 1097-8:
  Prüfverfahren für mechanische und physikalische Eigenschaften von Gesteinskörnungen –
  Teil 8: Bestimmung des Polierwertes

Im Anhang B der prEN 1097-2 wurde eine alternative Prüfkörnung 5/8 mm für den Schlagversuch ergänzt, damit Gesteinsproduzenten, welche produktionsbedingt die Standardprüfkörnung 8/12 mm nicht gewinnen können, einen Nachweis des Widerstandes gegen Zertrümmerung mit dem Alternativverfahren Schlagversuch ermöglicht wird. Dieser Entwurf enthält auch einen neuen Anhang H mit zusätzlichen Sieben zur Bewertung des Los-Angeles-Prüfverfahrens für Gleisschotter. Gegenüber DIN EN 1097-8:200910 wurde ein normativer Anhang E „Herstellung der Referenzgesteinsprobekörper für das Pendelgerät und Konditionierung von Gleitkörpern" neu hinzugefügt und Schutzsiebe eingeführt.

Die Überarbeitung der DIN EN 933-5 „Prüfverfahren geometrische Eigenschaften von Gesteinskörnungen: Teil 5: Bestimmung des Anteils an gebrochenen Körnern in groben Gesteinskörnungen" ist noch nicht abgeschlossen. Es laufen aktuell Diskussionen hinsichtlich einer praxisnäheren Definitionsfindung für gebrochene und gerundete Oberflächen.

Im Jahr 2017 ist folgende Norm nach Überarbeitung erschienen:

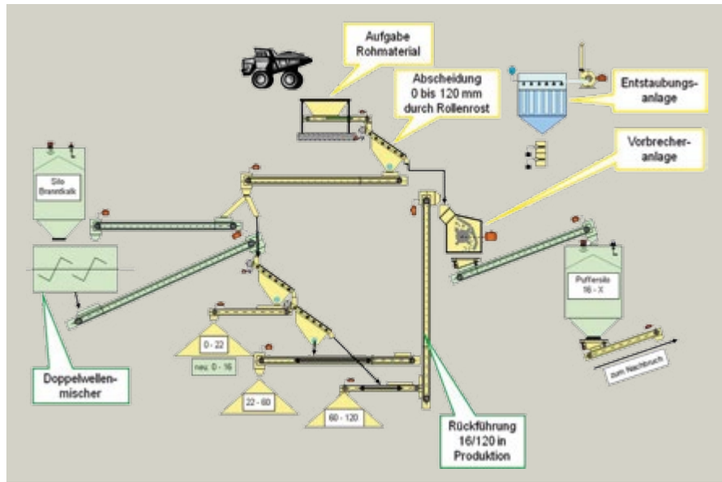
- DIN EN 13179-1:
  Prüfverfahren für mineralische Füller in bitumenhaltigen Mischungen –
  Teil 1: Delta Ring und Kugel-Verfahren

Gegenüber der alten Ausgabe wurden redaktionelle Änderungen und Übersetzungskorrekturen vorgenommen. Diese Norm kann beim Beuth-Verlag www.beuth.de bestellt werden.

ÜBERARBEITETE TEILE DER TP GESTEIN-STB ERSCHEINEN IN KÜRZE

Folgende überarbeitete TP Gestein-StB-Teile werden in Kürze veröffentlicht:

- TP Gestein-StB, Teil 3.4
  „Haftung zwischen Gesteinskörnungen und Bitumen"
- TP Gestein-StB, Teil 3.6
  „Versteifende Wirkung von Füller auf Bitumen"
- TP Gestein-StB, Teil 3.9
  „Bestimmung des Calciumhydroxidgehaltes in Mischfüllern"
- TP Gestein-StB, Teil 4.2.1
  „Bestimmung des Sandäquivalent-Wertes der Kornklasse 0/2 mm mit einem produkttypischen Feinanteil größer 10 M.-%"
- TP Gestein-StB, Teil 6.2
  „Untersuchung auf Sonnenbrand"
- TP Gestein-StB, Teil 6.6.2
  „Wasserempfindlichkeit von Füller"
- TP Gestein-StB, Teil 6.6.3
  „Wasserempfindlichkeit von feinen Gesteinskörnungen Schüttelabriebverfahren"



Fließbild zum Aufbereitungsprozess der MSW Mineralstoffwerke Südwest GmbH & Co. KG im Steinbruch Mönsheim (Vorbruch)

Aufgabematerial 0/120 mm

REFERENTENENTWURF DER MESS- UND EICHVERORDNUNG (MESSEV-E) – „BAGATELLGRENZE" IN HÖHE VON 20 EURO NETTO/TONNE

Die praktische und rechtskonforme Umsetzung der neuen Mess- und Eichverordnung, wonach keine dauerhaft gespeicherten Tara-Gewichte bei Wiegevorgängen verwendet werden dürfen (§ 26 Abs. 2 der MessEV), führt beim Verkauf der Massengüter Sand, Kies, Schotter und Recycling-Baustoffe seit 01.01.2015 zu Umsetzungsproblemen in der Praxis. Aus Kapazitätsgründen können Investitionen in Radladerwaagen, Wiegebänder oder einer zusätzlichen Fahrzeugwaage (plus Personal) die Folge sein. Bisher wurde den Betrieben „im Einzelfall eine ausreichend lange Frist für die Umsetzung gewährt". Die Problematik wurde sowohl seitens des ISTE, als auch durch die Bundesverbände bei jeder sich bietenden Gelegenheit bei den zuständigen Mess- und Eichbehörden aber auch auf Bundeseben eingebracht. Auf Bundesebene setzt sich ein großer Kreis von Bundesverbänden aber auch von Bundesministerien für eine Änderung der MessEV in unserem Sinne ein. Das BMWi hat Ende des Jahres 2016 einen Referentenentwurf zur Änderung der MessEV-E veröffentlicht. Dieser sieht u.a. vor, die Regelung zur Speicherung und Nutzung von Taragewichtswerten bei Kraftfahrzeugen (§ 26 Abs. 2 S. 2 MessEV-E) zu überarbeiten. Das BMWi plant nun eine Wertgrenze von 20 Euro/Tonne Ladung einzuführen (§ 26 Abs. 2, S. 3 MessEV-E). Erst bei Überschreitung dieser Grenze muss zweimal gewogen werden; darunter dürfen gespeicherte Tarawerte verwendet werden. Ausweislich der Begründung zum RefEntw erfolgt die Änderung, um die Durchführung von Wägungen im Geschäftsalltag im unteren Preisbereich deutlich zu vereinfachen und Standzeiten zu verkürzen. Der jüngste Vorstoß einer großen Verbändegemeinschaft in Sachen „Nutzung gespeicherter Taragewichtswerte", den Passus komplett zu streichen, war nicht von Erfolg gekrönt. In der letzten Bund/Länder-Sitzung „Gesetzliches Messwesen" wurde der Verbändevorschlag abgelehnt. Es bleibt also vorerst bei der im Referentenentwurf eingefügten Regelung einer „Bagatellgrenze" in Höhe von 20 Euro netto/Tonne.

FORSCHUNGSAKTIVITÄTEN

COMBIMIX-VERFAHREN DER MSW MINERALSTOFFWERKE SÜDWEST GMBH & CO. KG ERHÄLT DEUTSCHEN ROHSTOFF-EFFIZIENZ-PREIS 2016

Ein neues Verfahren zur Reinigung von Kalkstein erhöht die Ressourceneffizienz des Steinbruchs in Mönsheim deutlich – von etwa 65 auf über 90 Prozent. Diese Technologie, die großtechnisch erstmals in Deutschland eingesetzt wird, leistet somit einen wichtigen Beitrag zur effizienten Nutzung von Rohstoffen und zum Erhalt natürlicher Lebensräume. Betreiber des Schotterwerks ist das mittelständische Familienunternehmen MSW Mineralstoffwerke Südwest GmbH & Co. KG mit Sitz in Stuttgart-Untertürkheim. Der Muschelkalk, der dort abgebaut wird, enthält einen hohen Anteil Lehm und Schluff, der das Wertgestein verunreinigt. Deshalb konnten im Durchschnitt 30 bis 35 Prozent des im Steinbruch abgebauten Materials nicht vermarktet werden – der lehmhaltige Siebschutt wurde als Erdaushub wieder im Steinbruch verfüllt.

Das Verfahren, das zusammen mit dem Maschinenbauunternehmen BHS Sonthofen GmbH entwickelt wurde, ist auf den ersten Blick relativ einfach. Bis der Prozess jedoch in die Praxis überführt

Der Bau einer Betonfahrbahndecke mit Waschbetonoberfläche unter Verwendung von gebrochenen Gesteinskörnungen aus Alpine Moräne auf der Bundesautobahn A 5 bei Rastatt erfolgte im Jahr 2007. Trotz besonderer Beanspruchungen durch Verkehr, Tausalz und Klima weist diese nach zehn Jahren Nutzungsdauer immer noch den Neubauzustand auf.

werden konnte, waren schon einige Versuche nötig. Zunächst wurde im Labor hochreaktiver Branntkalk mit dem Muschelkalk vermischt. Nachdem die Ergebnisse positiv waren, wurden weitere Versuche direkt im Werk gefahren. In der Praxis wird nun durch die dosierte Zugabe von etwa 0,8 Prozent Branntkalk das lehmhaltige Vorsiebmaterial 0 bis 120 Millimeter in einem Doppelwellenmischer abgelöscht, sodass sich die unerwünschten Lehmanteile vom Stein lösen. Diese werden mit einem relativ geringen verbleibenden Steinanteil bei etwa 22 Millimeter abgesiebt, das gereinigte Material 22 bis 120 Millimeter wird an den Vorbruch und damit in den Aufbereitungsprozess zurückgeführt. Auf diese Weise sinkt der Rohstoffeinsatz, normiert auf eine Jahresproduktion von 365.000 t, um rund 130.000 t, also um etwa 25 % – die Rohstoffeffizienz erhöht sich damit von zuvor etwa 65 bis 70 % auf etwa 93 %. Da etwa 25 % des Materials nicht mehr verfüllt werden müssen, spart das BHS-Verfahren auch Platz in der Aushubdeponie, der für die Einlagerung anderer Stoffe genutzt werden kann. Der Energieeinsatz des Werkes sinkt durch das Verfahren pro Jahr um rund 235.000 kWh elektrischen Strom und 100.000 Liter Diesel. In der Summe ergibt sich eine Reduzierung des Energieaufwandes von 17 %. Im Oktober 2015 fiel der Startschuss für den Bau der Anlage. Bereits seit April 2016 wurden erfolgreiche Probeläufe absolviert, bevor Anfang Juni 2016 die offizielle Inbetriebnahme stattfand. Für diese fortschrittliche und umweltfreundliche Technologie erhielt das Unternehmen eine Förderung von über 150 000 Euro aus dem Umweltinnovationsprogramm des Bundes. Als Krönung der Innovationsfreude erfolgte dann am 16. Februar 2017 die Auszeichnung auf Bundesebene. Im Berliner Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) nahmen MSW-Geschäftsführer Benedikt Fahrland sowie Vertreter von BHS den Deutschen Rohstoffeffizienz-Preis 2016 entgegen. Der ISTE gratuliert zu dieser Auszeichnung!

WASCHBETONERPROBUNGSSTRECKE MIT GEBROCHENEM KIES AUS DEM OBERRHEIN

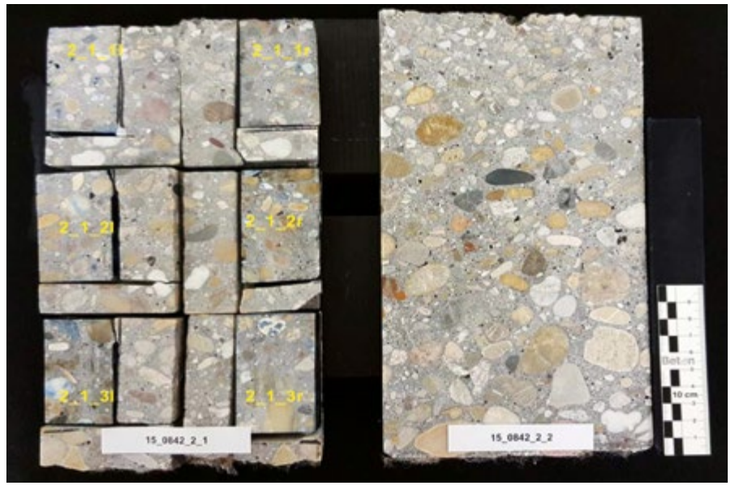
Aus dem Bereich der Forschungsaktivitäten der Fachgruppe Sand und Kies im ISTE haben wir im Jahr 2012 über die durch VDZ ermittelten Dehnungsmessungen der entlang der Autobahn ausgelagerten Betonkörper berichtet. Diese bestätigten die bislang guten Erfahrungen mit der seit 2007 unter Verkehr befindlichen Waschbetonerprobungsstrecke mit Oberrheinsplitte auf der Bundesautobahn A 5 bei Malsch. Die ausgelagerten Prüfkörper wurden mit der gleichen Betonrezeptur wie die Fahrbahn hergestellt und dienen der zerstörungsfreien Beurteilung der Alkaliempfindlichkeit in Abhängigkeit der Liegedauer unter Praxisbedingungen.

Ende 2015 erfolgte eine augenscheinliche Begutachtung der ca. 400 m langen Erprobungsstrecke auf der A 5 durch Vertreter der Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (MPA) am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Die visuelle Begutachtung bestätigte den im Rahmen der Zustandserfassung und Bewertung (ZEB) festgestellten guten Zustand. Es wurden zusätzlich an Bohrkernen aus der Erprobungsstrecke Dünnschliffanalysen durchgeführt, um das Langzeitverhalten hinsichtlich Alkali-Kieselsäure-Reaktion (AKR) festzustellen. Die Untersuchungen ergaben keinen Hinweis auf eine schädigende Alkali-Kieselsäure-Reaktion.

KIT führte auch eine Bestandsaufnahme möglicher AKR-induzierter Schadensfälle auf Bundesautobahnen in Baden-Württemberg auf Grundlage einer umfassend erhobenen Literatur- und Dokumentenstudie durch. Neben Daten aus öffentlich verfügbaren Quellen flossen in die Auswertung auch Informationen aus behördlichen Dokumenten sowie mündliche Angaben der Behördenvertreter ein, die auf Anfrage zur Verfügung gestellt wurden. Die seitens der MPA Karlsruhe befragten Institutionen umfassten Bundesbehörden sowie die Regierungspräsidien des Landes Baden-Württemberg mit ihren zuständigen Baureferaten und ihren Autobahnmeistereien. Insgesamt ergab die Auswertung des zur Verfügung stehenden Datenmaterials keinen nachgewiesenen oder gemeldeten AKR-induzierten Schadensfall im Untersuchungsgebiet. Dies deckt sich mit der Antwort der Bundesregierung in der Drucksache 18/2688 des Deutschen Bundestags mit Datum vom 29.09.2014, in welcher Baden-Württemberg nicht in der Liste gemeldeter AKR-Schäden vertreten ist. Aufgrund der im Allgemeines Rundschreiben Straßenbau Nr. 04/2013 des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aufgeführten Meldeverpflichtung für AKR-Verdachtsfälle kann somit auch der Rückschluss gezogen werden, dass zum Zeitpunkt des Berichts keine AKR-induzierten Schadensfälle auf Bundesautobahnen in Baden-Württemberg bekannt gewesen sind.

Es zeigt sich somit, dass die Allgemeinen Rundschreiben Straßenbau (ARS Nr. 15/2005 und Nr. 12/2006) durch die Einschränkung des wirksamen Alkaligehaltes der im Straßenbau einzusetzenden Zemente als AKR-vorbeugende Maßnahme in Baden-Württemberg erfolgreich waren.

Hierzu folgt eine ausführliche Veröffentlichung der gewonnenen Erkenntnisse.



Durch die gute Polierresistenz der an der Waschbetonoberfläche freigelegten Gesteinskörnungen aus Alpine Moräne weist die Erprobungsstrecke nachhaltig gute Griffigkeit auf.

Es wurde keine schädigende Alkali-Kieselsäure-Reaktion bei den Dünnschliffanalysen, die den gesamten Querschnitt des Bohrkerns umfassten, festgestellt.

ÜBERARBEITETER LEITFADEN „GESTEINSKÖRNUNGEN RICHTIG KENNZEICHNEN“

Der Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO) hat Ende November 2016 Informationen und Hinweise zur Umsetzung der EU-Bauproduktenverordnung sowie zur weiteren Kennzeichnung in aktualisierter Form veröffentlicht. Die neue Version 3.0 wurde mit ISTE-Newsletter 11-12/2016 den ISTE-Mitgliedern zur Verfügung gestellt und ersetzt die Version 2.0 aus März 2013. Die Überarbeitung beinhaltet weiterentwickelte Beispiele für Leistungserklärungen und CE-Kennzeichnung, sie gibt Hinweise zum Umgang mit dem Wegfall des Ü-Zeichens für AKR sowie zur weiteren Kennzeichnung und zu Angaben auf dem Lieferschein. In die Neufassung eingeflossen sind u.a. Hinweise und Erkenntnisse aus dem Dialog mit der Koordinierungsstelle der Marktüberwachung, den delegierten Rechtsakten zur Leistungserklärung, Praxiserfahrungen mit Produktanforderungen und zusätzlichen Vorschriften sowie Rückfragen zu bestehenden Diskrepanzen zwischen BauPVO und Normen.

BAUPRODUKTVERORDNUNG UND UMWELTRELEVANTE MERKMALE

HINTERGRUND

Die EU-BauPV regelt im Rahmen der sogenannten „wesentlichen Anforderung an Bauprodukte“ unter Nr. 3 auch Anforderungen an „Hygiene, Gesundheit und Umweltschutz“. Für die Steine- und Erdenindustrie ist die hier ergänzte Betrachtung der Freisetzung gefährlicher Stoffe in Grundwasser, [Meeresgewässer], Oberflächengewässer oder Boden besonders relevant. Insbesondere weil bei der Umsetzung im Rahmen der CE-Kennzeichnung zukünftig nicht zwischen Primärrohstoffen und „gebrauchten Stoffen“ unterschieden wird. Zur Umsetzung der wesentlichen Anforderung Nr. 3 der EU-BauPV sollen zunächst unter dem Mandat M/366 (EU KOM, März 2005) Labormethoden u.a. zur Bestimmung der Freisetzung von Schadstoffen aus Bauprodukten entwickelt werden. Diese Arbeiten werden im Technischen Komitee CEN TC 351 „Construction products – Assessment of release of dangerous substances“ durchgeführt, welches im Jahr 2005 gegründet wurde. Des Weiteren sollen dann unter dem Mandat 125/rev (EU KOM, ergänzt im Juni 2010), die harmonisierten Produktnormen so überarbeitet werden, dass die Grundanforderung 3 eingehalten wird und CE-Produkte ohne zusätzliche nationale Anforderungen in nationalen Märkten platziert werden können. Die Voraus-

Mit der Verabschiedung der Vornorm eines Säulenversuches CEN TS 16637-3 wurde ein Kompromiss umgesetzt. Die Säulenversuchsmethode geht nun in die Validierungsphase.

Unter dem erweiterten Mandat 125/rev der Europäischen Kommission sollen nun die harmonisierten Produktnormen unter Berücksichtigung der Freisetzung von Schadstoffen überarbeitet werden.

EUROPEAN COMMISSION

AMENDMENT TO:

MANDATE TO CEN/CENELEC

CONCERNING THE EXECUTION OF STANDARDISATION WORK

FOR HARMONISED STANDARDS ON

AGGREGATES

(M 125)

setzungen hierfür sind im Mandat 125/rev detailliert beschrieben und können wie folgt zusammengefasst werden:

- Sicherstellung, dass der Gehalt und die Freisetzung von als gefährlich eingestuften Substanzen aus Bauprodukten jeglichen EU-/nationalen Grenzwert unterschreiten.
- Schaffung transparenter, verständlicher Systeme für die Produktdeklaration, damit die Hersteller die Konformität ihrer Produkte mit den regulatorischen Anforderungen feststellen können.
- Messung der Stofffreisetzungspotentiale (oder der bloßen Präsens verbotener Stoffe oder der Gehalte von Stoffen, die nicht im Eluat gemessen werden können) unter Verwendung der Labormethoden aus dem CEN TC 351.
- Es sind alle Stoffe zu berücksichtigen, die in EU-Verordnungen und durch die EU notifizierten nationalen Verordnungen geregelt sind. In einem ersten Schritt dienen Vorschlagslisten (sogenannte Indicative List) zur Orientierung, die alle 5 Jahre überprüft werden und erweiterbar sind.
- Wenn eine eindeutige Definition und Deklaration der Produkte und/oder deren Verwendung in einer harmonisierten Produktnorm und damit verbunden ein Ausschluss bestimmter Stoffe/Komponenten/Materialien möglich ist, kann eine Laboranalyse vermieden oder auf relevante Parameter beschränkt werden.

STAND DER NORMUNG VON LABORMETHODEN DURCH CEN/TC 351

Das CEN/TC 351 „Bewertung der Freisetzung gefährlicher Stoffe aus Bauprodukten" besteht aus den 5 Arbeitsgruppen (Working Groups, WG): WG 1: „Freisetzung in Boden und Wasser", WG 2: „Innenraumluft", WG 3: „Radioaktivität", WG 4: „Terminologie" und WG 5: „Analyse von Feststoffgehalten und Eluaten".

Für die Steine- und Erdenindustrie sind, vor dem Hintergrund der nun anstehenden Überarbeitung der harmonisierten Produktnormen unter dem Mandat 125/rev (siehe oben), die Entwicklungen in der WG 1: „Freisetzung in Boden und Wasser" besonders relevant. Es wurden mittlerweile drei verschiedene Vornormen verabschiedet:

- CEN/TS 16637-1: Bauprodukte – Bewertung der Freisetzung von gefährlichen Stoffen – Teil 1: Leitfaden für die Festlegung von Elutionsverfahren und zusätzlichen Prüfschritten (November 2014)
- CEN/TS 16637-2: Bauprodukte – Bewertung der Freisetzung von gefährlichen Stoffen – Teil 2: Horizontale dynamische Oberflächenelution (November 2014)
- CEN/TS 16637-3: Bauprodukte – Bewertung der Freisetzung von gefährlichen Stoffen – Teil 3: Horizontale Perkolationsprüfung im Aufwärtsstrom (Dezember 2016)

Für die beiden Elutionsverfahren TS-2 und TS-3 wird nun das Validierungsverfahren eingeleitet, so dass für die Jahre 2018/2019 validierte endgültige Europäische Normen vorliegen könnten (EN).

Für die Umweltklassifizierung ungebundener Gemische im Straßen-, Wege- und Erdbau sind der geplante Säulenversuch zur Untersuchung körniger Bauprodukte und das Probenaufbereitungsverfahren wichtig. Nach jahrelangem fachlichen Disput um die Probenaufbereitung und weitere Versuchsparameter (siehe detailliert im Jahresbericht 2015/2016) wurde nun mit der Verabschiedung der Vornorm CEN TS 16637-3 ein Kompromiss umgesetzt: Der Korngrößenanteil < 4 mm soll bei Materialien, die aufbereitet werden müssen, mindestens 45 Massenprozent bis maximal 55 Massenprozent betragen und es wird eine mittlere Pumprate entsprechend einer Kontaktzeit von ca. 7,5 h eingestellt. Unter Ausnutzung der zulässigen Abweichungen von der Säulengeometrie und der Pumprate kann der Versuch, was die Versuchsdauer, also den Zeit- und Kostenaufwand angeht, nun nahe an der deutschen Norm DIN 19528 betrieben werden, mit welcher im Rahmen des Verordnungsprozesses zur geplanten Mantelverordnung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) nun Erfahrungswerte vorliegen. Wenig praktikabel bleibt die Anforderung an den

Praxisnah informierte der ISTE über aktuelle Themen aus dem Bereich der Sprengtechnik.

Korngrößenanteil < 4 mm mit mindestens 45 Massenprozent bis maximal 55 Massenprozent. Zwar ist dies gegenüber der ursprünglichen Forderung, die gesamte Körnung auf mindestens 95 Massenprozent < 4 mm zu zerkleinern schon ein deutlicher Fortschritt. Da aber die meisten gängigen Kornverteilungen (z.B. 0/32, 0/45) weniger als 45 Massenprozent einer Kornfraktion < 4 mm besitzen, ist in Zukunft oftmals ein umständlicher Aufbereitungsschritt durch Sieben und Zerkleinern erforderlich. Neben diesem praktischen Problem kann die Aufbereitung zu einer Veränderung des Materials und dessen Freisetzungseigenschaften führen. Das Zentrum für Angewandte Geowissenschaften der Universität Tübingen (ZAG Tübingen) hat aktuell das Projekt „Evaluierung der Bewertungsverfahren im Kontext mit der Verwertung mineralischer Abfälle in/auf Böden, Teil I: Stofffreisetzungsverhalten mineralischer Abfälle" für das Umweltbundesamt (FKZ: 371374228/1) abgeschlossen (wird in Kürze auf www.uba.de veröffentlicht). Es kann gezeigt werden, dass die Konzentrationsüberschätzungen gegenüber dem DIN-Säulenversuch mit zunehmendem Anteil der auf < 4 mm zerkleinerten Kornfraktion zunehmen. Deutliche Abweichungen gibt es deshalb zwischen der Säulennorm DIN EN 14405 aus dem EU-Abfallrecht (Forderung eines Anteils der Kornfraktion < 4 mm von mindestens 90 Massenprozent) und der DIN-Norm. Die Abweichungen zwischen dem jetzt als Vornorm verabschiedeten Kompromiss aus dem Bauproduktenrecht und der deutschen Norm liegen nun eher nicht mehr im bewertungsrelevanten Bereich. Der jahrelange Einsatz der deutschen Delegierten (unter anderem auch aus dem ISTE) in diesem CEN-Gremium hat sich also gelohnt. Anderenfalls hätte aus dem Bauproduktenrecht ein Säulenversuch gedroht, der Konzentrationen aufgrund der Veränderung von Lieferkörnungen (Kornzerkleinerung, neue frische Kontaktflächen anderes pH-Milieu) systematisch stark überschätzt. Bei direkter Übernahme der EU-Normen in die deutsche Rechtsetzung könnten durch diese Effekte die deutschen Grenzwerte nicht mehr eingehalten werden. Die Ressourceneffizienzziele im Bereich der Kreislaufwirtschaft in Deutschland wären – ohne Anlass aus Sicht des Umweltmedienschutzes – gefährdet (vgl. Jahresbericht 2015/2016 und unter www.dafstb.de und www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/produkte/bauprodukte/eu-recht-fuer-bauprodukte zum Download bereit).

VORSCHLÄGE ZUR UMSETZUNG VON MANDAT 125/REV DURCH CEN/TC 154 GESTEINSKÖRNUNGEN

Die technischen Produktkomitees (TC) im CEN müssen zukünftig für die Bauprodukte festlegen, welche Parameter mit den Labormethoden aus CEN/TC 351 untersucht und wie die Produkte bezüglich der Umwelteigenschaften klassifiziert werden müssen. Es wird deshalb zukünftig für die Steine- und Erdenbranche ganz besonders wichtig sein, sich in den einschlägigen Produkt-Komitees, dem CEN TC 154 „Gesteinskörnungen" und dem CEN TC 227 „hydraulisch gebundene und ungebundene Gemische" zu positionieren. Der ISTE steht hierzu in engem Kontakt mit dem Bundesverband MIRO, der Delegierte in das CEN TC 154 entsendet.

Im CEN/TC 154 Gesteinskörnungen werden zur Umsetzung des Mandats 125/rev erste Vorschläge diskutiert:

Vorgeschlagene Deklarationsklassen:

- 3 Klassen für jeden geregelten, gefährlichen Stoff
- eine Klasse unterhalb der niedrigsten europäischen Grenzwerte
- eine „deklarierte" Klasse für die Angabe des maximalen Freisetzungspotentials, wenn dieses oberhalb der niedrigsten europäischen Grenzwerte liegt
- eine „keine Anforderungen" Klasse für Märkte, für die keine entsprechenden Regelungen vorliegen (Leistungen, für die keine Angaben gemacht werden, sind mit dem Vermerk „NPD – no performance determined / keine Leistung festgelegt" zu versehen und müssen nicht in die CE-Kennzeichnung übernommen werden.

Bei einer gemeinsamen Informationsveranstaltung mit dem Deutschen Asphaltverband referierte u. a. Rechtsanwalt Dr. Torsten Schwarze (2.v.r.), Partner bei Morgan, Lewis & Bockius LLP, Frankfurt über die rechtlichen Voraussetzungen für Liefergemeinschaften im Asphaltstraßenbau.

Die Berücksichtigung der Endanwendung ist maßgebend:

- Freisetzungspotential geregelter, gefährlicher Stoffe unter Freisetzungsbedingungen in der relevanten Endanwendung
- Falls notwendig Untergruppen für Gesteinskörnungen.

Unter Berücksichtigung der Endanwendung im gebundenen Einbau, wie zum Beispiel Betone und Mörtel, sieht CEN/TC 154 derzeit keinen Grund die Freisetzung geregelter, gefährlicher Stoffe in die Europäischen Normen aufzunehmen, wenn ausschließlich natürliche Gesteinskörnungen, rezyklierte Gesteinskörnungen, Stahlwerksschlacken oder Blähton eingesetzt werden.

Bei natürlichen Gesteinskörnungen für ungebundene Bauweisen, die vom Niederschlagswasser durchströmt werden können, ist die Bewertung ungleich schwieriger. Zwar geht das CEN/TC 154 auch hier davon aus, dass die allermeisten natürlichen Gesteinskörnungen, die den TC 154 Normen entsprechen, keine geregelten, gefährlichen Stoffe in Mengen freisetzt, die in der Nähe irgendeines Grenzwertes irgendeines Mitgliedsstaats der EU liegen. Dennoch beabsichtigt CEN/TC 154 hierfür ein Erstbewertungsverfahren zu erarbeiten, das es gestattet, Rohstoffquellen zu identifizieren/zu unterscheiden, die eventuell ein Risiko darstellen, und solche, die alle Anforderungen erfüllen. Dazu soll eine Datenbank/ein Dossier mit Informationen zur Freisetzung geregelter, gefährlicher Stoffe aus natürlichen Gesteinskörnungen aus definierten regionalen/stratigraphischen Rohstoffvorkommen erstellt werden.

UMWELTVERTRÄGLICHKEIT NATÜRLICHER GESTEINSKÖRNUNGEN

Nach wie vor gibt es für natürliche Gesteinskörnungen in Deutschland keine technischen oder gesetzlichen Vorschriften, aus denen Umweltanforderungen für das in Verkehr bringen natürlicher Gesteinskörnungen ableitbar wären. Das Umweltministerium Baden-Württemberg bestätigt weiterhin, dass der hierzu einschlägige Erlass über die „Nichtanwendbarkeit abfalltechnischer Regelwerke auf mineralische Primärrohstoffe" von 2002 vom damaligen Ministerium für Umwelt und Verkehr unbefristet gültig ist. Allerdings bleibt den Behörden in speziellen Einzelfällen immer vorbehalten aus Gründen des Grundwasser- und/oder Bodenschutzes einengende Maßstäbe auch an die einzusetzenden Primärrohstoffe anzulegen. Im Berichtszeitraum 2016/2017 wurde bei Ausschreibungen von Baumaßnahmen im Straßenbaubereich dennoch immer wieder auch für Primärbaustoffe wie Kies und Sand oder Naturstein der Nachweis der Umweltverträglichkeit verlangt.

Vor dem Hintergrund der Diskussionen um die CE-Kennzeichnung „Umwelt" auf EU-Ebene im Rahmen der BauPV ist es nun dringend erforderlich sich mit den Freisetzungspotentialen der wichtigsten Gesteine in Baden-Württemberg zu beschäftigen. Der Güteschutz Naturstein hat beschlossen im Rahmen einer kleinen Pilotstudie ausgewählte Gesteine aus Baden-Württemberg mit dem EU-Säulenversuch CEN/TS 16637-3:2016 zu untersuchen.

UMWELTRELEVANTE MERKMALE FÜR RC-BAUSTOFFE

Damit Rc-Baustoffe (Bau- und Abbruchabfälle, Bauschutt) und Bodenmaterial (Boden und Steine, Bodenaushub) weiterhin sinnvoll eingesetzt werden können, arbeitet der ISTE in den DIN-Gremien des Normausschuss Wasserwesen und des Gemeinschaftsausschusses Wasserwesen/Bau sowie in den europäischen Gremien CEN TC 351 (siehe oben) und CEN TC 292 (Umweltnormung im Bereich der Abfallrichtlinie) mit. Durch den direkten Kontakt und Erfahrungsaustausch des ISTE mit der Umweltverwaltung Baden-Württemberg und dem BMUB gestaltet der ISTE insbesondere die geplante Ersatzbaustoffverordnung und die Novelle der Bundes-Bodenschutzverordnung aktiv mit (siehe unten: Kapitel „Umweltschutz"). In Baden-Württemberg sind weiterhin die „Vorläufigen Hinweise zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial" aus dem Jahr 2004 und die Verwaltungsvorschrift zur „Verwertung von als Abfall eingestuftem Bodenmaterial" aus dem Jahre 2007 des damaligen Ministeriums für Umwelt und Verkehr einschlägig. Die Erlasse wurden erneut verlängert und behalten bis zum Inkrafttreten der MantelV des BMUB, längstens jedoch bis 31.12.2017 ihre Gültigkeit.

Technik-Seminar der Schotterindustrie mit anschließender Exkursion organisiert durch ISTE und Güteschutz Naturstein Baden-Württemberg.

Vor dem Hintergrund der Diskussionen um die CE-Kennzeichnung „Umwelt" auf EU-Ebene im Rahmen der BauPV und der Normung von Säulenversuchen im Bauprodukten- und Abfallrecht laufen verschiedene Forschungsvorhaben des Umweltministeriums in Stuttgart und des Umweltbundesamtes. Es werden die Freisetzungspotentiale von Recycling-Baustoffen und Hausmüllverbrennungsaschen vergleichend an Parallelproben nach DIN- (DIN 19528) und EU-Säulenversuchen (DIN EN 14405, Abfallrecht und CEN/TS 16637-3: 2016, BauPV) untersucht. Hierfür hat das ZAG Tübingen im Rahmen des oben zitierten UBA-Projektes auf 10 Bauschuttproben aus Baden-Württemberg aus der „Probenahme- und Analysenkampagne zur Verifizierung der Auswirkungen der Ersatzbaustoffverordnung auf den Einsatz von Rc-Baustoffen in Baden-Württemberg" des Umweltministeriums (HPC-Studie, 2016) zurückgegriffen. Im Rahmen eines weiteren UM-Projektes „Probenahme- und Analysenkampagne zur Verifizierung der Auswirkungen der Novellierung der Bundesbodenschutzverordnung auf die Verteilung der jährlich 25 Mio. Tonnen Bodenaushub in Baden-Württemberg" (ZAG-Studie, in Arbeit) werden derzeit 50 Bodenproben gesammelt und Rückstellproben für vergleichende EU-Säulenversuche bereitgehalten.

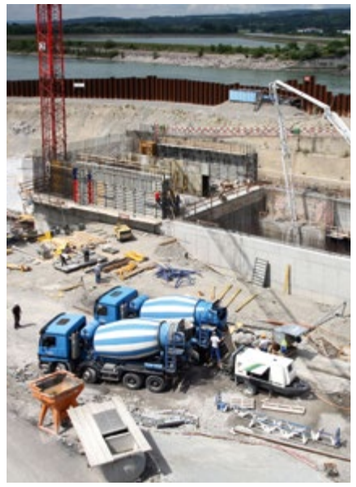
VERANSTALTUNGEN

18. Oktober 2016
TECHNIK-SEMINAR DER SCHOTTERINDUSTRIE
Technische Regelwerke für Gesteinskörnungen und Baustoffe gibt es viele, die sich auch noch oft und schnell ändern. Um hier wieder auf dem neuesten Stand zu sein, folgten rund 60 Interessierte der Einladung des Industrieverbandes Steine und Erden und des Güteschutzes Naturstein Baden-Württemberg zu der gemeinsamen Fortbildungsveranstaltung mit anschließender Exkursion ins Schotterwerk der Firma Gebr. Heinz Schotterwerke GmbH & Co. KG.

23. November 2016
DAV-ISTE VERANSTALTUNG „LIEFERGEMEINSCHAFTEN"
Ein Beitrag zur Ausräumung der Verunsicherungen innerhalb der Asphaltbranche hinsichtlich der Zulässigkeit von Liefergemeinschaften. Es wurden die rechtlichen Vorgaben des Bundeskartellamtes kritisch durchleuchtet, die bei der Überarbeitung der ZTV Asphalt-StB diskutierten technischen Anforderungen an die Liefergemeinschaften sowie die abweichenden technischen Regelungen in Baden-Württemberg, welche die Berücksichtigung der regional verfügbaren Gesteinskörnungen ermöglichen, präsentiert.

9. Februar 2017
6. BAUSTOFF-TECHNIK-TAG
Rund einhundert Verantwortliche der Baustoffwirtschaft informierten sich über die herausfordernden Aspekte des offenporigen Asphalts, über aktuelle Arbeitsschwerpunkte der Verbände MIRO und BTB bis hin zu Wissenswertem aus der Aufbereitungstechnik. (siehe Exkurs ab Seite 57)

20. März 2017
SPRENGSEMINAR
Spezialisten des Deutschen Sprengverbandes, der Berufsgenossenschaft Rohstoffe und chemische Industrie (BG RCI) sowie erfahrene Praktiker der Sprengtechnik informierten praxisnah. Neue Erkenntnisse hinsichtlich der Sprengverfahren und der Reduzierung von Erschütterungen wurden präsentiert.



Gesteinskörnungen, Bindemittel, Wasser und Zusatzmittel sind die wesentlichen Grundkomponenten für Transportbeton. Kurze Transportwege und zügiger Betoneinbau auf der Baustelle sichern die Frischbetonqualität.

TRANSPORTBETON

Unsere Fachgruppe Transportbeton arbeitet thematisch eng vernetzt mit den anderen Fachgruppen der angrenzenden Bundesländer. Neben den gemeinsamen Ausbildungsinitiativen für Betonprüfer und Betontechnologen, vergleichbaren regionalen Ausgangsstoffen für Beton, weitreichenden Infrastrukturprojekten wie beispielsweise die Schnellbahnstrecke Stuttgart–Ulm, sind es insbesondere auch die Dienstleistungen der Transportbetonindustrie für Bauunternehmer, die immer wichtiger werden.

Das anhaltende Bevölkerungswachstum und der damit verbunden Boom des Wohnungs- und Wirtschaftsbaus, aber auch die Investitionen in Infrastrukturbauten auf Rekordniveau führen zu weiteren Nachfragesteigerungen nach Transportbeton: seitens der ausführenden Bauunternehmen können die Baugenehmigungen deshalb oft nur verspätet abgearbeitet werden. Es stellt sich nicht die Frage, ob gebaut wird, sondern wann gebaut werden kann. Planer und Bauausführende wünschen hierzu bessere Kommunikation und mehr Unterstützung im Rahmen des Projekts „BetonBauQualität", das derzeit breiten Raum ein nimmt und der Transportbetonindustrie eine Chance bietet, herausragende, profitable und dauerhafte Lösungen gemeinsam mit den anderen Bauschaffenden zu schaffen. Der Bundesverband Transportbeton e.V. (BTB) hat dies für 2017 auf den Punkt gebracht: „Zusammen wirken!".

Auf unserer zweiten gemeinsamen Mitgliederversammlung der Fachabteilung Transportbeton des Bayrischen Industrieverbandes Steine und Erden e.V. (BIV) und der Fachgruppe Transportbeton im ISTE am 01.06.2016 in Bad Hindelang haben wir unser Netzwerk im Süden weiter ausgebaut. Wir arbeiten eng vernetzt, bündeln unsere Kräfte und zeigen nach außen Geschlossenheit, unser Leitmotiv lautet: „Besser gemeinsam, gemeinsam besser".

Insbesondere ist aber durch die Tätigkeit unserer ehren- und hauptamtlichen Vertreter in den Gremien des Bundesverbandes der Deutschen Transportbetonindustrie ein Kompetenzteam verfügbar, in dem schneller Informationsaustausch, sich abzeichnende Entwicklungen oder Fragestellungen unserer Mitglieder gebündelt und zeitnah umsetzungsfähigen Lösungen zugeführt werden. Gemeinsam sorgen wir für regionale, praktikable, effektive und anwenderfreundliche Antworten, kennen viele Planer und Verwender sowie sind eng vernetzt mit allen Hochschuleinrichtungen und den vier Regierungspräsidien und stehen anschließend für die geleistete Arbeit auch gerade.

SACHSTAND DER NEUEN ERARBEITUNG DER NEUEN BETONNORM DIN 1045-2

In den EU-Mitgliedsstaaten gilt vielfach bereits die neue DIN EN 206:2014-07, zwischenzeitlich ist sogar eine Ausgabe aus dem Jahr 2017 verfügbar. In Deutschland ist die Einführung an zahlreichen Einsprüchen gescheitert (s. letzter Jahresbericht), weshalb bei uns insbesondere an einer Überarbeitung der nationalen Anwendungsnorm DIN 1045-2:2014-08 gearbeitet wird. Schwerpunkt sind Änderungen aufgrund der BetonBauQualitäts-Aspekte. Als Lösungsansatz wird die „DAfStb-Richtlinie Tragwerke aus Beton, Stahlbeton und Spannbeton – Gesamtheitliche Regelungen für die Bemessung und Konstruktion, Beton und Ausführung" mit folgender Gliederung erstellt:

Teil 1: Allgemeines und Betonbauqualitätsklassen (BBQ)
Teil 2: Ergänzende Anforderungen hinsichtlich Bemessung und Konstruktion
Teil 3: Ergänzende Anforderungen an den Beton
Teil 4: Ergänzende Anforderungen hinsichtlich Bauausführung

Weitere Überarbeitungsschritte ergeben sich aufgrund der Änderungen der Gesteinsnormen, der Auswertesystematik bei den Konformitätsnachweisen, der neuen Festlegungen zur Bauausführung nach DIN 1045-3 u.v.m.

Ob Studenten im Praktikum, Berufsquereinsteiger oder Erwachsenenweiterbildung: Der praktische Umgang mit Frischbeton in unseren Übungen schärft die Sinne und das Verständnis für diesen „künstlichen Stein": handwerklich hergestellte Betonobjekte aus Transportbeton.

INFORMATIONSZENTRUM BETON GMBH (IZB)

Die neue Ausrichtung des IZB lautet „Lebenswerte Lebensräume". Hierdurch soll die Wertigkeit des Baustoffes Beton besser zur Geltung kommen. Das neue Logo des IZB und die Verwendung der Transportbeton-Partnerlogos bringen dies zum Ausdruck. Die Transportbetonindustrie ist über den Beirat im IZB auch direkt vertreten. Uns ist es wichtig, dass Praxisvertreter, die mit dem Baustoff Beton im Tagesgeschäft zu tun haben, sich aktiv in die Gremienarbeit des IZB einbringen. Die Finanzierung transportbetonspezifischer Projekte wurde in unveränderter Höhe beschlossen.

Der neu herausgegebene Bauteilkatalog ist auch für die Anbieter von Transportbeton eine gute Arbeitshilfe, mit der bei Bauteilen die Expositionsklasse, die Feuchtigkeitsklasse, die Mindestdruckfestigkeitsklasse, die Mindestbetondeckung und die Überwachungsklasse zugeordnet werden können. Er bietet Hilfestellung für die praktische Durchführung von Planungsvorgängen um dauerhafte und wirtschaftliche Betonbauwerke zu erstellen. Neben der Tragfähigkeit und der Gebrauchstauglichkeit legt die Betonnormung gleichrangig die Dauerhaftigkeit von Betonbauteilen als Entwurfskriterium fest. Im Hochbau wird von einer beabsichtigten Nutzungsdauer von mindestens 50 Jahren unter üblichen Instandhaltungsbedingungen ausgegangen (DIN 1045-2, Anhang F).

AUS- UND WEITERBILDUNG

Wir betreiben vielfältige, umfassende Nachwuchsarbeit und arbeiten bei den nachfolgend aufgeführten Kampagnen aktiv mit. Auf Landesebene ist dies das Ausbildungsprogramm der ARGE Beton, deren Träger die Landesvereinigung Bauwirtschaft Baden-Württemberg, das InformationsZentrum Beton, der Deutsche Beton- und Bautechnik-Verein, der Fachverband Beton- und Fertigteilwerke sowie der ISTE Baden-Württemberg sind.

Unsere Veranstaltungen in Karlsruhe, Mannheim, Sigmaringen, Bühl, Geradstetten und Stuttgart im Kreis von Mitgliedern und Nichtmitgliedern waren mit über 500 Teilnehmern sehr gut besucht und behandelten Themen wie Produktionstechnik, werkseigene Produktionskontrolle, CE-Ausgangsstoffe nach Bauproduktenverordnung, Farbpigmente in Beton, elektronische w/z-Wert Messung, Transportbeton für die Energiewende, Flüssigkeitsdichte Betone (FD/FDE-Beton), Schäden an Betonbauteilen, Transportbeton im kommunalen Straßenbau, regionale Besonderheiten beim AKR-Nachweis, Betonpumpen – inklusive Schnittstellen zu Abnehmern sowie Neuerungen der Regelwerke u.v.m.

Das jährlich durchgeführte, zweitägige Seminar „Fortbildung für E-Schein-Inhaber und Betoningenieure" ist zwischenzeitlich die zentrale Plattform zur Vertiefung und Auffrischung der Kenntnisse geworden. Mit den Ausbildungsplattformen „Basiswissen Beton" oder „Fachgerechter Bewehrungseinbau in der Praxis" werden Grundlagen zu Themenschwerpunkten wie z.B. Bauausführung mit Transportbeton oder Betonfertigteilen angeboten. Auf Wunsch wurden auch In-house -Schulungen durchgeführt.

Alle Lehrgänge wurden vom Europäischen Sozialfonds bezuschusst. Somit ergab sich je nach Förderungsstufe eine Reduzierung der Teilnehmergebühr zwischen 30 und 50 Prozent.

Große Bauvorhaben im Infrastruktur- oder Wirtschaftsbau erfordern effiziente Transport- und Einbaulogistik: Betonpumpen fördern den Frischbeton direkt zum Einbauort mit beliebigen Förderstrecken oder Pumphöhen.

FORTSETZUNG DER BUNDESWEITEN KAMPAGNE „VERFAHRENSMECHANIKER“ SOWIE AUS- UND WEITERBILDUNG – LERNPLATTFORM „ZEMENT, KALK, BETON“

Neben Broschüre und Ausbildungsfilmen wurden zuletzt auch Poster und ein Leitfaden für Unternehmen erstellt. Darüber hinaus sind die Erstellung einer Lehrermappe, der Ausbau der Pressearbeit, der Auftritt in weiteren Ausbildungsportalen und digitalen Medien von großer Bedeutung. Unternehmen erhalten z.B. Unterstützung Ausbildungsbetrieb zu werden und das duale Ausbildungssystem sowie Ausbildungsordnung und Ausbildungsrahmenplan einschließlich rechtlicher Grundlagen werden dargelegt. Auf der anderen Seite werden Hinweise zur Suche von Auszubildenden, Anforderungsprofile und überbetriebliche Kooperationen dargelegt. Eine Karte mit über 200 Ausbildungsbetrieben ergänzt die Informationen.

Das digitale Lernen wird zukünftig ein wesentlicher Baustein der Wissensvermittlung sein, mehrere Hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben sich bei der Lernplattform registriert. Mit neuer personeller Verstärkung auf Bundesebene werden wir zeitnah eine interaktive, am eigenen Notebook geführte Veranstaltung dazu durchführen.

IHK-PRAXISTRAINING VERTRIEB BAUSTOFFE STEINE UND ERDEN

Unsere eigenen Qualifizierungsveranstaltungen zur Schulung der Verkäufer zementgebundener Baustoffe haben gezeigt, dass bei unseren Mitgliedern Bedarf besteht. Nunmehr hat unser Bundesverband BTB ein Konzept aufgestellt. Mit der Einstiegsqualifikation „Betonprüfer“ ist die Pilotanwendung des IHK-Praxistrainings „Vertrieb Baustoffe Steine und Erden“ bei Mitgliedunternehmen in Bayern und Baden-Württemberg in Erprobung. Die Bearbeitung der Lehrinhalte mit Zertifizierung durch die IHK ist abgeschlossen. Das Training kann unternehmensintern und begleitend zum Arbeitsprozess in Zusammenarbeit mit der IHK erfolgen.

Es ist angedacht, das IHK-Praxistraining auch unternehmensextern und „en bloc“ als mehrtägiger Kurs (z.B. 4 mal 5 Tage), anzubieten. Nach Abschluss und Auswertung der Pilotphase kann ab 2018 flächendeckend mit diesem Ausbildungsmodul gestartet werden.

ENTWICKLUNG EINES MEISTERKURSES „VERFAHRENSMECHANIKER“

Unser Bundesverband BTB startete ein Programm zur Entwicklung eines Meisterkurses „Verfahrensmechaniker“. Nachdem nun auch der Bundesverband Mineralische Rohstoffe e. V. (MIRO) Interesse an der Einführung eines solchen Kurses hat, ist das gemeinsam mit dem Berufsbildungswerk der Fertigteilindustrie e. V. (BBF) und der Sozialpolitischen Arbeitsgemeinschaft (SPA) geplante Vorhaben erfolgversprechend. Die Erfahrungen des VDZ bei der Ausbildung zum Industriemeister sollen bei der Umsetzung helfen.

PUMPFÄHIGKEIT VON BETON – AUSSTEUERUNG DER FRISCHBETONEIGENSCHAFTEN

Zementleimgehalt und Sieblinie der Gesteinskörnung bestimmen wesentlich die Pumpfähigkeit von Beton. Hierzu haben wir Merkblätter und Leitfäden für Betonhersteller und –Verwender im vergangenen Geschäftsjahr zur Verfügung gestellt. Bislang sind immer noch einige Einflussgrößen auf die Pumpfähigkeit wissenschaftlich-technisch nicht erforscht, insbesondere auch wegen der Unterschiede der regional verfügbaren Ausgangsstoffe und deren chemisch-physikalischen Interaktion.

Auf die Mischung kommt es an: Für Beton gibt es zahlreiche Rezepturen mit unterschiedlichen Zutaten, die auf jede Baustelle und auf jeden Einsatzbereich speziell abgestimmt werden.

Das Forschungsvorhaben „Zielsichere betontechnische Gestaltung und Optimierung des Pumpens von Frischbeton“ wird deshalb an der TU Dresden durchgeführt. Dabei wird auch eine Laborsimulation zur Pumpfähigkeit entwickelt. Der Abschlussbericht wird 2018 erwartet, die Ergebnisse werden in die neuen Regelwerke einfließen.

FLÜSSIGBODEN ALS ZEITWEISE FLIESSFÄHIGER, SELBSTVERDICHTENDER VERFÜLLBAUSTOFF AUS BÖDEN UND BAUSTOFFEN (ZFSV)

Die Verwendung von Flüssigboden ist ein innovatives Verfahren für den Bau der Leitungstrassen für die Energiewende und den kommunalen Infrastrukturbau. Der Baustoff ermöglicht neue und flexible Bauweisen im Tief- und Leitungsbau mit diesen Vorteilen:

- Verfüllung zeit- und kostensparender gegenüber Füllboden
- optimale Verdichtung auch unterhalb von Leitungspaketen zur Vermeidung von Schäden durch Setzung
- Verhindern späterer Nachsetzungen von Grabenverfüllungen
- schneller Baufortschritt bei geringerem Personaleinsatz

In zahlreichen Seminaren für Kommunen, Planer und Energieversorger informiert das Informationszentrum Beton und ermöglicht es den regionalen Transportbetonwerken, über die Produkte zu informieren. Die Zertifizierung der Produkte kann über den Baustoffüberwachungs- und Zertifizierungsverband BÜV-ZERT erfolgen.

BTB-POSITIONSPAPIER „BIETER- UND LIEFERGEMEINSCHAFTEN IN DER DEUTSCHEN TRANSPORTBETONINDUSTRIE“

Das Papier erläutert die tatsächlichen Gegebenheiten und Umstände, aufgrund derer sich Unternehmen im Transportbetonbereich für die Bildung von Bieter- und Liefergemeinschaften entscheiden. Ziel ist es, ein gemeinsames Verständnis mit dem Bundeskartellamt zu entwickeln, welche Umstände in der Transportbetonindustrie die Bildung von Bieter- und Lieferemeinschaften erforderlich machen. Für die Unternehmen lässt sich daraus eine Orientierung für ihre eigenen unternehmerischen Entscheidungen entwickeln. Das Bundekartellamt begrüßte diese Vorgehensweise.

GEFÄHRDUNGSBEURTEILUNG TRANSPORTBETON UND BETONPUMPEN

Die Berufsgenossenschaft Rohstoffe und chemische Industrie (BG RCI) hat eine Software zur Erstellung von Gefährdungsbeurteilungen herausgegeben. Die „Baukasten-Gefährdungsbeurteilung Transportbeton / Betonpumpen“ enthält eine Beschreibung typischer Arbeitsbereiche, Tätigkeiten und Gefährdungen. Diese können auf die werksspezifischen Gegebenheiten angepasst werden: schrittweise Risiko- und Gefährdungsbeurteilung mit unmittelbarer Verfahrensdokumentation. Somit auch einfach und schnell in jegliche innerbetriebliche Managementsysteme integrierbar. Nach einem interaktiven EDV-Workshop in unserem Verbandshaus konnten Mitglieder die unternehmensspezifische Umsetzung am eigenen Notebook unter Anleitung der BG RCI erlernen. Wir setzen die gute und konstruktive Zusammenarbeit mit der BG RCI im Rahmen der neue Präventionsstrategie „VISION ZERO. Null Unfälle – gesund arbeiten!“ gerne fort.

Alt und Neu im architektonischen Zusammenspiel – Transportbeton ist ein unerlässlicher Baustoff für die Verwirklichung der Phantasie der Architekten.

EINSATZ VON TRANSPORTBETON IM KOMMUNALEN STRASSENBAU – SACHSTAND DER UMSETZUNG

Das Land Baden-Württemberg beurteilt die Betonbauweise positiv, so die Landtagsanfrage der FDP in Sachen Kreisverkehre aus Beton – Auszug aus einem Schreiben von Minister Winfried Hermann:

„Bei Kreisverkehrsplätzen mit einer sehr hohen Verkehrsbelastung in Verbindung mit einem hohen Schwerverkehrsanteil, wie beispielsweise bei Anschlüssen von Gewerbegebieten oder Knotenpunkten bei Tank- und Rastanlagen, ist die Betonbauweise gesamtwirtschaftlich eine sinnvolle Alternative. Bei der Wahl der Knotenpunktart sind weiterhin verkehrliche Aspekte neben den Herstellungs- und Unterhaltungskosten zu beachten."

Zwischenzeitlich greifen jedoch immer weniger die langjährigen positiven Erfahrungen und es werden Gutachten/Performanceprüfungen zur Einstufung in hoch beanspruchte Belastungsklassen sowie WS-Bauweisen vorgeschrieben. Ein umfassendes Forschungsvorhaben ist beim VDZ in Bearbeitung, dessen Ergebnisse aber erst ab dem Jahr 2018 umgesetzt werden können. Bis dahin werden Einzelfallentscheidungen über die Ausführung einer Betonbauweise bestimmen.

R-BETON/BETON MIT RC-GESTEINSKÖRNUNGEN

Aus umweltpolitischen Gründen besteht unverändert Nachfrage nach R-Beton. Eine häufig aufgetretene Frage ist die Ausweisung der eingesetzten Rc-Gesteinskörnung auf dem Transportbeton-Lieferschein nach der DAfStb-Richtlinie „Beton nach DIN EN 206-1 und DIN 1045-2 mit rezyklierten Gesteinskörnungen nach DIN EN 12620". Folgender Zusatz ist erforderlich: „Verwendung von rezyklierter Gesteinskörnung nach DIN EN 12620; keine Verwendung für Spannbeton". Auf Anfrage sind die verwendeten Anteile an rezyklierter Gesteinskörnung anzugeben.

Zwischenzeitlich sind die bauaufsichtlichen Zulassungen des DIBt für umweltrelevante Parameter bei Rc-Gesteinskörnungen aufgrund eines Einspruchverfahrens der EU gegen Deutschland aus („EUGH-Urteil") ausgelaufen. Inwiefern eine Neuherausgabe der DIN 4226-100 oder eine „Muster-Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen (MVV TB) als Anwendungsdokument am Ort der Verwendung bei der Bauausführung die Lösung sein werden, ist noch in Bearbeitung.

NEUE ZEMENT-MERKBLÄTTER

Die im Jahr 2017 neu herausgegebenen Zementmerkblätter B9 „Expositionsklassen für Betonbauteile im Geltungsbereich des EC2" sowie B20 „Zusammensetzung von Normalbeton – Mischungsberechnung" informieren zur Bemessung und Zusammensetzung von Beton. Betonbauteile müssen die zu erwartenden Beanspruchungen sicher aufnehmen und über viele Jahrzehnte dagegen widerstandsfähig bleiben. Dies verlangt eine sach- und materialgerechte Konstruktion, Bemessung, Baustoffauswahl und Bauausführung.

Die Merkblätter gibt es im Downloadbereich als kostenloses PDF unter: beton.org/zement-merkblaetter.

Zusammensetzung von Normalbeton – Mischungsberechnung

Innovationen: Der kommunale Betonstraßenbau steht auf der Agenda der Tiefbauämter und Baubürgermeister. Mit Erprobungsfeldern und Forschungsvorhaben werden Grundlagen geschaffen und danach zur Standardbauweise weiterentwickelt.

ABTEILUNG BETONPUMPEN IN UNSERER FACHGRUPPE TRANSPORTBETON

Die Abteilung Betonpumpen in der Fachgruppe Transportbeton befasste sich mit den Themen Technik und Verkehr im Hinblick auf Streckengenehmigungen nach § 29 und § 70 StVZO, Leichtbau und Abstützsicherung von Betonpumpen, Restbetonentsorgung in Leitung und Trichter, Analyse des Unfallgeschehens und Verbesserung der Arbeitssicherheit sowie Aus- und Weiterbildung von Betonpumpenmaschinisten und -Disponenten.

Aktuelle Zukunftsthemen sind:

- Lärmminderung von Betonpumpen als Arbeitsmaschine: einerseits für die Beschäftigten auf der Baustelle, andererseits für die Anwohner der Baustelle im Hinblick auf emissionsrechtliche Baustellengenehmigungen (z.B. Bauzeitbeschränkungen) einschließlich Lärmpegelmessungen im Baustellenbetrieb.
- Verbesserung der Diebstahlsicherheit von Betonpumpen. Bisherige Lösungen/Konzepte der Hersteller haben sich teilweise nicht bewährt, die Betonpumpenbetreiber werden mit den Kriminalämtern auf Landes- und Bundesebene weitergehende, individuelle Lösungen zur Diebstahlsicherheit erarbeiten.
- Anbringen eines „Schutzerders" an der Betonpumpe zur Erdung für verschiedene Baustellensituationen.
- Erstellung eines Musters für „Allgemeine Geschäftsbedingungen zur Anmietung von Betonförderanlagen mit und ohne Personal". Gegenstand sind die besonderen Dienstleistungsaspekte als Schnittstelle zwischen Transportbetonhersteller und Bauunternehmung.

Für die Qualifizierung der Disponenten und Betonpumpenfahrer werden spezielle Lehrinhalte zum Fördern von Beton vermittelt. Hierzu bietet der Arbeitskreis Betonpumpen-SÜD (Fachgruppen der Industrieverbände Rheinland-Pfalz/Hessen, Bayern und Baden-Württemberg) einen aktuellen und intensiven Informations- und Erfahrungsaustausch. Gebündelt werden die Interessen im Arbeitsausschuss Betonpumpen im Bundesverband der Deutschen Transportbetonindustrie in Zusammenarbeit mit der Berufsgenossenschaft Rohstoffe und Chemie (BG RCI) sowie den Betonpumpen-Herstellern.

Das neue Merkblatt „Pumpen von Beton" stellen wir gerne zur Verfügung. Es dient zur Unterstützung der Anwendung pumpfähiger Betone. Auf der Homepage www.pumpbeton.de präsentieren sich die verbandlich organisierten Betonpumpendienstleister. Das Merkblatt ist in zwei getrennten Veröffentlichungen herausgegeben worden. Zum einen gibt es den Leitfaden „Pumpen von Beton – Was ist auf der Baustelle zu beachten", der in der Praxis breit gestreut werden soll. Der zweite Teil der Veröffentlichung bezieht sich auf die Betonherstellung unter dem Titel „Pumpen von Beton – Was ist bei der Betonherstellung zu beachten", veröffentlicht als BTB-Praxistipp, der sich ausschließlich an unsere Mitgliedsunternehmen zur internen Verwendung richtet.

Ein innovatives Konzept und deshalb Ziel einer ISTE-Exkursion sind die Naturstromspeicher von Gaildorf. Hier werden Windkraft und Pumpspeicherkraftwerke kombiniert. Die Energiewende braucht Ideen ... und Beton!

VERANSTALTUNGEN

BAU DES TESTTURMS FÜR HOCHGESCHWINDIGKEITS-AUFZÜGE IN ROTTWEIL

Das bauliche „Highlight" über Rottweil ist der von Fa. ThyssenKrupp errichtete Testturm für Hochgeschwindigkeitsaufzüge, der sogar den Stuttgarter Fernsehturm überragt. Der von den renommierten Architekten Helmut Jahn und Werner Sobek entworfene Turm sieht neben Testschächten auch eine auf 232 Meter Höhe angeordnete gläserne Aussichtsplattform vor. Der Rohbau hat die Gesamthöhe von 244 Metern erreicht. Inzwischen ist bereits die Baustelle ein Besuchermagnet.

Mit unseren Fachexkursionen in Kooperation mit den Mitgliedsunternehmen TBU Bad Dürrheim und Holcim (Süddeutschland) GmbH bestand die Möglichkeit, Betontechnologie, Ausführung der Betonarbeiten mit Kletterschalung, Logistik und Qualitätskontrollverfahren persönlich kennen zu lernen. Ca. 16.000 Kubikmeter Beton, davon 11.000 Kubikmeter Gleitbeton, wurden verbaut. Für die erste Gleitschalung bis 80 Meter Höhe verwendete man den anspruchsvollen C50/60-Beton. Bis 130 Meter C40/50-Beton, ab 130 Meter wird auf Beton C30/37 umgestellt. Derzeit erfolgt der Ausbau.

Insiderwissen aus erster Hand verriet Klaus Strohmeier, Projektleiter der Ed. Züblin AG. Die Betonröhre wird von einem gedrehten PTFE-beschichtetem Glasfasergewebe umhüllt.

Im Turm selbst werden später Besucher- und Kundenräume, Werkstätten, Lager und Büros untergebracht sein. Auf 220 Meter ist unter anderem ein Vortragssaal geplant, auf 231 Meter die Aussichtsplattform für Besucher. Im Turm gibt es zwölf Aufzugs-Testschächte. Getestet und zur Serienreife gebracht werden soll hier außerdem ein supermoderner Multilift. Hierbei fahren mehrere Liftkabinen im gleichen Schacht vertikal und horizontal. Die Eröffnung ist für Herbst 2017 angekündigt.

EXKURSION DER FACHGRUPPE TRANSPORTBETON ZUM ERSTEN NATURSTROMSPEICHER DEUTSCHLANDS – DIE NEUE DIMENSION, STROM MIT WASSER ZU SPEICHERN

Die Landesregierung forciert den Ausbau der Windkraft und hat die Inbetriebnahme von 100 neuen Windkraftanlagen im Jahr 2016 verkündet. Ein Novum ist der Bau von vier Windenergieanlagen der neuesten Generation mit einem Rotordurchmesser von 132 Metern auf einem Höhenzug der Limpurger Berge: jedes Windrad steht quasi auf einem „Wasserturm", die allesamt zusätzlich talseitig mit einem Pumpspeicherkrafwerk bei einer Höhendifferenz von 200 Metern verbunden sind. Das Bundesumweltministerium fördert und begleitet diese einzigartige Innovation, der Wasserspeicher hat die Funktion einer „Batterie". Beton für den Bau der Anlagen und fließfähige Verfüllbaustoffe bei der kilometerlangen Leitungsführung sind die wesentliche Bausteine, die unsere Mitgliedsunternehmen mit kurzen Transportwegen just in time am gewünschten Einbauort zur Verfügung stellen.

FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

- Ausschreibungen produktneutral gestalten
- Vertragsbedingungen des Landes so gestalten, dass heimische Baustoffe effizient verwendet werden können
- Standardabbau im Straßenbau nicht zu Lasten der Dauerhaftigkeit; neue Bauweisen wissenschaftlich begleiten
- Kompetenznachweis und Weiterbildung durch Einschaltung von privaten Ingenieurbüros durch den/die Auftraggeber sicherstellen
- ausreichend Personal für Ausschreibung und Überwachung in den zuständigen Baureferaten und Straßenfachbehörden bereitstellen
- Berücksichtigung von heimischen und regionaltypischen Naturwerksteinen (verhindert ökologisch unsinnige Transporte von Übersee und sozial fragwürdige Kinderarbeit in Drittweltländern)

Robert Zimmermann vom Verkehrsministerium Baden-Württemberg referierte zu Lärmvorsorge und Lärmsanierung im Straßenbau.

Vortragende und ISTE-Referenten beim 6. Baustoff-Technik-Tag.
Der nächste Baustoff-Technik-Tag findet am 6. Februar 2018 wieder in Ostfildern statt.

6. BAUSTOFF-TECHNIK-TAG

Rund einhundert Verantwortliche der Baustoffwirtschaft informierten sich am 9. Februar 2017 im Haus der BaustoffIndustrie in Ostfildern auf dem 6. Baustoff-Technik-Tag, zu dem der ISTE wieder hochkarätige Referenten gewinnen konnte, die praxisgerechte Vorträge mitgebracht hatten.

In die Massenströme der Steine und Erden in Baden-Württemberg gewährte Thomas Beißwenger, Hauptgeschäftsführer des ISTE, interessante Einblicke. So verdeutlichten seine Ausführungen mit anschaulichen Grafiken unter anderem die Wichtigkeit von Primärrohstoffgewinnung trotz Baustoff-Recycling. Auf den vorderen Ausklappseiten sind die Massenströme der Steine und Erden in Baden-Württemberg grafisch dargestellt.

Die Referenten spannten einen gelungenen Bogen von herausfordernden Aspekten des offenporigen Asphalts, über aktuelle Arbeitsschwerpunkte der Verbände bis hin zu Wissenswertem aus der Praxis.

DER OFFENPORIGE ASPHALT SO SOLL ER SEIN I: LEISE

Werden bei der Planung von neuen Straßen Lärmpegelminderungsfaktoren (Korrekturwerte DStro) von 4 bzw. 5 dB erforderlich, kann derzeit nur der Offenporige Asphalt (kurz OPA) verwendet werden, da nur der OPA rechtlich anerkannte DStro-Werte in dieser Größenordnung aufweist. Darum ging es im ersten Themenblock, den Robert Zimmermann vom Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg (Stuttgart) eröffnete. Der Referent für Straßenbautechnik und -erhaltung berichtete vom schwierigen Unterfangen, neue lärmoptimierte Asphalte (wie z.B. SMA LA) in das bestehende Regelwerk aufzunehmen. Außerdem beleuchtete er die Begriffe Lärmvorsorge und Lärmsanierung genauer und unterstrich, dass Baden-Württemberg Vorreiter in Deutschland bezüglich Lärmsanierung ist. Als einziges Bundesland hat Baden-Württemberg zum Beispiel einen Lärmschutzbeauftragten. Der Offenporige Asphalt sei trotz seiner Probleme eine effektive Maßnahme, um das Reifen-Fahrbahn-Geräusch direkt am Ort der Entstehung zu reduzieren, da er Luft und Lärm „schluckt".

Im ersten Themenblock wurde neben der akustischen Wirksamkeit der offenporigen Asphaltbauweise auch ein Einsatz zur Optimierung der technischen Nutzungsdauer aufgezeigt.

SO SOLL ER SEIN II: VERFORMUNGSRESISTENT UND DAUERHAFT

Die einseitige Optimierung des Offenporigen Asphalts mit dem Ziel einer möglichst lang anhaltenden akustischen Wirksamkeit führte bei der Rezepturentwicklung von OPA zu höheren Hohlraumgehalten, welche zu mangelnder Prozesssicherheit und Substanzverlust des fertigen Belags führten – dies erläuterte Thomas Behle von der Hohenloher Asphalt-Mischwerke GmbH & Co KG (Heilbronn). Zur Verbesserung der Dauerhaftigkeit und Prozesssicherheit stellte er einen Optimierungsansatz der Asphaltindustrie dar, so dass durch Dosierung von bis zu 5 M.-% Sand eine Erhöhung des inneren Widerstandes gegen Substanzverlust erreicht werden soll, ohne nennenswerte Verschlechterung des initialen Lärmminderungsverhaltens. Abschließend zeigt er auf, wie das Gebrauchsverhalten von Asphaltkonzepten hinsichtlich der Dauerhaftigkeit im Labor vergleichend bewertet werden kann.

Die Verfahren zur Ermittlung und Bewertung der Griffigkeit von Offenporigen Asphalten mussten weiterentwickelt werden, da der OPA gegenüber dichten Belägen bautechnische Besonderheiten wie beispielsweise die Dränage des Oberflächenwassers sowie einen einkörnigen Kornaufbau ohne Anteile an Sanden aufweist. Dieser Aspekt wurde auch im ersten Themenblock behandelt.

Dr.-Ing. Christine Kellermann-Kinner und Dr. Olaf Enger

Über hundert Teilnehmer beim 6. Baustoff-Technik-Tag in Ostfildern

MÖGLICH: PROGNOSEN FÜR GRIFFIGKEIT

Griffigkeit war das zentrale Thema im Vortrag von Dr.-Ing. Christine Kellermann-Kinner von der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt). Warum man heute im Straßenbau mehr performance-orientierte Prüfverfahren durchführen sollte, das erläuterte die Referentin am Beispiel der Griffigkeit. Dazu wurden die Besonderheiten offenporiger Asphalte hinsichtlich der Griffigkeitsmessung und des Griffigkeitspotentials in zwei Forschungsprojekten untersucht, mit dem Ergebnis, dass das Polierverhalten nach Wehner/Schulze zur Bestimmung eines Endpolierwertes offenporiger Asphalte anwendbar ist. Hierzu befindet sich derzeit ein Bewertungshintergrund in der Erarbeitung.

Festzuhalten ist, dass das Verfahren nach Wehner/ Schulze (PWS) ein performance-orientiertes Prüfverfahren ist, mit dem im Labor bei der Typprüfung Aussagen gemacht werden können, ob für die Straßen über ihre Nutzungsdauer eine ausreichende Griffigkeit erwartet werden kann.

ALLES IM FLUSS: KENNZEICHNUNGEN UND LEISTUNGSERKLÄRUNG

Über die aktuellen Arbeitsschwerpunkte der Verbandsarbeit aus dem Bereich Normung für Gesteinskörnungen berichtete Dr. Olaf Enger vom Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V. (Köln). Für eine korrekte Kennzeichnung von Gesteinskörnungen verwies er auf den überarbeiteten Leitfaden, den die Teilnehmer mit den Tagungsunterlagen erhalten haben. „Es ist alles im Fluss – ich hoffe, ich kann ihnen ein bisschen die Flussrichtung erläutern", sagte Stefan Janssen, ebenfalls vom Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V. (Duisburg). Er informierte über zukünftige Regelungen für Baustoffgemische nach TL SoB-StB und erklärte, dass „die Leistungserklärung das zentrale Dokument sein wird". Zu allen wesentlichen Merkmalen werden darin die Kategorien durch den Hersteller angegeben und die Fremdüberwachung wird entfallen. Damit kein Vertrauensbruch zwischen Baustoffhersteller und Abnehmer entsteht, ist geplant, die sogenannte Verbandsempfehlung, welche im Jahr 2004 für die Regelung der CE-Gesteinskörnungen herausgegeben wurde, zu überarbeiten und mit Empfehlungen für die Baustoffgemische zu ergänzen.

STEINIGER WEG: EINHEITLICHE BETONBAUQUALITÄT

Nahtlos wechselte der Baustoff und zwar mit dem Vortrag von Dr. Olaf Aßbrock vom Bundesverband der Deutschen Transportbetonindustrie e.V. (Berlin). Aufgrund der zahlreichen Einsprüche der Bauindustrie zur neuen Normengeneration EN 206 sind neue Entwurfs-, Liefer- und Einbaukonzepte erforderlich. Gefordert ist ein Konsens mit den Werkzeugen, die Europa bietet. Es besteht also Handlungsbedarf zur Angleichung an neue Bauverfahren, Vielfalt der Ausgangsstoffe sowie Bemessungsverfahren. Für alle Bauwerke muss die gleiche Sicherheit gelten, die Qualitätsanforderungen sollten über alle Bereiche klassifiziert werden. BBQ – also Betonbauqualität – lautete hier das geflügelte Wort, unter dem Dr. Olaf Aßbrock unter anderem das Grobkonzept zukünftiger Betonbauqualitätsklassen darstellte. Und irgendwann ist es dann vielleicht sogar soweit: Es gibt ein einheitliches Konzept in ganz Europa. Doch bis dahin ist in Deutschland noch die EN 206-1(2000) und die DIN 1045-2 (2008) die maßgebende Betonnorm.

Markus Zimmermann und Benedikt Fahrland

Stefan Janssen und Ulrich Kretschmer

Dr. Olaf Aßbrock und Thomas Behle

NICHT ZU UNTERSCHÄTZEN: NORMEN

Was sich bei den Prüfnormen für Gesteinskörnungen ändert – das erläuterte Markus Zimmermann, der als einer der Geschäftsführer der Baustoffprüfgesellschaft mbH direkt aus der Praxis berichtete. Er unterstrich die Wichtigkeit von Normen, vor allem bezüglich Rechtssicherheit und sagte: „Wer Normen missachtet, kann schnell im Wettbewerb zurückfallen." Normen sollten also gekannt und dann auch angewandt werden. „Wir unterstützen sie gerne dabei", unterstrich Markus Zimmermann und erläuterte anschließend die neue Bestimmung des Anteils an gebrochenen Körnern in groben Gesteinskörnungen. Nicht unerwähnt ließ er die geplante Aufnahme der Prüfkornklassen 5/8 mm und 35/45 mm für das Prüfverfahren Schlagversuch. Er wies darauf hin, dass das LA-Verfahren das Referenzprüfverfahren und das Schlagverfahren das Alternativverfahren ist. Seitens der Bauindustrie wurden Bedenken hinsichtlich Doppelprüfungen (LA und SZ) geäußert. An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, dass die Deklaration entweder auf Basis der LA-Wert an der Körnung 10/14 oder der SZ-Wert an der Körnung 8/12,5 erfolgen kann.

PRAXISNAH UND VERSTÄNDLICH: ERSTE BRANCHENREGEL DER DGUV

Praxisnah ging es weiter und zwar mit der Vorstellung der ersten Branchenregel der Deutschen Gesellschaft für Unfallverhütung (DGUV), die Ulrich Kretschmer von der Berufsgenossenschaft Rohstoffe und chemische Industrie (Nürnberg) präsentierte. Die erste Schrift dieses neuen Formats widmet sich der „Gewinnung und Aufbereitung von mineralischen Rohstoffen" und fasst alle maßgeblichen Informationen zum Arbeitsschutz in der Steine- und Erdenindustrie für Unternehmerinnen und Unternehmer zusammen – inklusive Vorschläge für eine wirksame Prävention.

„Sie lässt Arbeiten noch zu und verhindert es nicht", betonte Kretschmer. Nun hofft der Fachmann, dass das neue Präventionsinstrument in der Praxis akzeptiert und in der täglichen Arbeit praktisch umgesetzt wird. „Denn das ist das Wichtigste."

INNOVATIV UND UMWELTFREUNDLICH: BRANNTKALKZUGABE BEI DER AUFBEREITUNG

Den Ressourcenverbrauch in einem Natursteinbetrieb um ein Drittel senken. Wer möchte das nicht? Benedikt Fahrland, Geschäftsführer der Heinrich Mertz Kies- und Sandwerke GmbH & Co. KG (Stuttgart) erläuterte das neue Verfahren, das im Steinbruch in Mönsheim aus lehmdurchsetztem Vorsiebmaterial noch weiteres Wertgestein „zaubert". Durch die dosierte Zugabe von Branntkalk wird das lehmhaltige Vorsiebmaterial 0 bis 120 mm in einem Doppelwellenmischer abgelöscht, so dass sich die unerwünschten Lehmanteile vom Stein lösen (siehe auch Kapitel „Forschungsaktivitäten").

Die Nutzung des Rohstoffes steigt dadurch von bisher etwa 65 Prozent auf über 90 Prozent. Ein Vorgehen das überzeugt – auch das Bundesumweltministerium. „Wir haben den Umweltinnovationspreis erhalten und wurden zum Deutschen Rohstoffeffizienzpreis nominiert", sagte Fahrland stolz. Mitte Februar erfolgte die Preisverleihung.

Und nach einem vollbepacktem Tag mit jeder Menge Informationen aus Theorie und Praxis waren sich die Teilnehmer der Tagung einig: Es war einmal mehr eine äußerst interessante Veranstaltung, die der ISTE im Haus der Baustoff-Industrie auf die Beine gestellt hatte.

»Umwelt- und Naturschutz, Rohstoffgewinnung und Ressourceneffizienz durch Recycling gehören zusammen! Deshalb erarbeiten wir gemeinsam mit Verwaltung und gesellschaftlichen Gruppen der Bürgergesellschaft nachhaltige Lösungen.«

Tino Villano,
Opterra Zement GmbH,
Vorsitzender des Umwelt- und Rohstoffausschusses im ISTE

DAFÜR STEHEN WIR:

Natur-, Arten-, Boden- und Grundwasserschutz und andere Flächennutzungen schränken die Rohstoffgewinnung stark ein und führen zunehmend zur Schließung von Rohstoffgewinnungsstätten. Mittelfristig ist unsere dezentrale, nachhaltige Versorgungstruktur mit heimischen mineralischen Rohstoffen gefährdet – mit vielen Nachteilen für Klima, Umwelt und Natur und das ist nicht nachhaltig! Aus rein rohstoffgeologischer Sicht ist für die meisten mineralischen Rohstoffe unserer Industrie in der nahen Zukunft keine Verknappung zu befürchten. Tatsächlich kann aber eine weitere Verschärfung der Nutzungskonflikte zu einer Verknappung der heimischen mineralischen Rohstoffe führen, die nur durch Import von Steinen mit oft reichlich Geokonfliktpotential ausgeglichen werden kann.

Wesentliche Aufgabe des ISTE ist es, die Interessen der Mitglieder im Themenbereich Natur-, Arten-, Boden- und Grundwasserschutz gegenüber Landesregierung, Parlament, Behörden auf allen Verwaltungsebenen und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten und die Rahmenbedingungen für eine dezentrale, nachhaltige und umweltgerechte Rohstoffgewinnung mitzugestalten.

Die Mitarbeit in Verordnungs- und Gesetzgebungsvorhaben des Landes, des Bundes und der Europäischen Union steht damit im Mittelpunkt der ISTE-Fachabteilung Umwelt- und Naturschutzpolitik.

KOOPERATION UND MITARBEIT AUF ALLEN EBENEN

Der ISTE arbeitet intensiv mit Forschungseinrichtungen, Fachbehörden und Verbänden zusammen und forciert privat-öffentliche Forschungskooperationen, um Ergebnisse der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung für die Arbeit der Steine- und Erdenindustrie besser verfügbar zu machen.

Zudem erarbeitet der ISTE mit einem interdisziplinären Team von Biologen, Ingenieuren, Geologen und Juristen Fachkonzepte im Umweltbereich, erstellt Fachbroschüren in enger Zusammenarbeit mit den Umweltbehörden und bringt Forschungsinitiativen in die Fachgremien der Bundesverbände ein. Hierzu arbeiten ISTE-Mitarbeiter und ehrenamtliche Unternehmensvertreter in den relevanten Gremien der Fachverwaltungen (z. B. Naturschutz- und Wasserbeirat), der deutschen und europäischen Normung (Deutsches Institut für Normung, DIN; Europäisches Normungskomitee, CEN) sowie in den politischen Steuerungsgremien des Landes und des Bundes mit. Diese Arbeit erfolgt entweder durch eine direkte Mitarbeit als Delegierte der Bundesverbände nach dem „Best-off-Prinzip" oder indirekt durch die Mitarbeit in den Gremien des Bundesverbandes Mineralische Rohstoffe (MIRO) und des Bundesverbandes Baustoffe – Steine und Erden e.V. (BBS).

Auf diese Weise werden die Interessen der Mitglieder auf allen Ebenen (Land, Bund, Europa) vertreten.

Warum muss ein Landesverband die europäische Umweltpolitik im Blick haben? Mehr als 75 % der Umweltgesetzgebung ist bereits in europäischer Hand. EU-Gesetze und Verordnungen wirken sich in kürzester Zeit auf die Länderpraxis aus (z. B. IED-Richtlinie). Die Unternehmen vor Ort kennen die Probleme bei der Umsetzung am besten. Deshalb müssen Landesverbände diese Fragestellungen frühzeitig direkt oder indirekt über die Bundesverbände in Europa einbringen.

Durch die Gewinnung von Rohstoffen entstehen Lebensräume, die durch seltene und gefährdete Tiere und Pflanzen besiedelt werden oder landwirtschaftlich bzw. forstwirtschaftlich zu nutzende Flächen. Die Chancen sind vielfältig. Wir helfen gerne weiter.

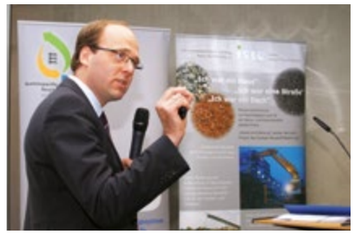
VERANSTALTUNGEN

Ein umfassendes Veranstaltungsangebot für die Bereiche Genehmigungsverfahren, Umweltrecht, biologische Vielfalt in Abbaustätten, Forstliche Rekultivierung, Technische Rekultivierung, Ressourceneffizienz und nachhaltige Georessourcennutzung, hochqualitatives Baustoffrecycling, Mantelverordnung sowie Workshops, Seminare und Lehrgänge zu aktuellen Themen runden das Leistungsspektrum ab. Die starke Nachfrage und die Zusammensetzung der Teilnehmer (neben unseren Mitgliedern sind stets viele Vertreterinnen und Vertreter der Umweltverwaltung und der Umweltfachbehörden anwesend) bestätigen die fachliche Hochwertigkeit und das Informationsniveau unserer Veranstaltungen.

BERATUNGSLEISTUNGEN

Durch die Erfahrungen und das Wissen aus zahlreichen Verfahrensbeteiligungen als Träger öffentlicher Belange und der häufigen Beteiligung an Genehmigungsverfahren in allen Regionen des Landes sowie aus der Beteiligung an der Umsetzung von Gesetzen und Verordnungen verfügt der ISTE über einen besonderen Erfahrungsschatz, zum Beispiel über

- den Umfang und die Untersuchungstiefe der Umweltmedien Boden, Wasser, Klima/Luft sowie Arten/Biotope,
- die Anforderungen an die Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft,
- fachliche Fragestellungen bezüglich Boden- und Grundwassergefahrenabschätzung und sich daraus ergebende Anforderungen an Rohstoffgewinnung und Recycling,
- fachliche Fragestellungen bei der Umsetzung von Maßnahmenplänen (z. B. EU-Wasserrahmenrichtlinie oder Natura 2000),
- die Art und Höhe von Sicherheitsleistungen,
- die üblichen und rechtmäßigen Nebenbestimmungen der Genehmigung oder
- die Genehmigungsgebühren.



Nach über 10 Jahren fachpolitischem Diskurs wurde mit dem Kabinettsbeschluss der sogenannten Mantelverordnung (MantelV) ein wichtiger Meilenstein erreicht. Michael Heugel und Dr. Axel Kopp (BMUB), Dr. Bernd Susset (ISTE und QRB), Peter Dihlmann und Martin Kneisel (UM) (v.l.o.n.r.u.) stellen die Verordnungen auf Veranstaltungen des ISTE vor.

UMWELTSCHUTZ

MANTELVERORDNUNG AUF DER ZIELGERADEN? KABINETTSBESCHLUSS VOM 3. MAI 2017

Am 3. Mai 2017 hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) nach über 10 Jahren fachpolitischem Diskurs mit dem Kabinettsbeschluss der sogenannten Mantelverordnung (MantelV) einen wichtigen Meilenstein erreicht. „Mit diesem Verordnungspaket ist uns eine für alle Beteiligten tragfähige Lösung gelungen. Es wird ein praxistaugliches System für die Verwertung mineralischer Abfälle geben, das bundesweit ein hohes Schutzniveau für Mensch, Boden und Grundwasser festschreibt", so Bundesumweltministerin Hendricks in ihrer Pressemitteilung vom 3. Mai 2017. Als „Kernstück" bezeichnet Hendricks die Ersatzbaustoffverordnung (EBV), die „den Einbau in technische Bauwerke regelt, die die Belange des Boden- und Grundwasserschutzes wahren." Hinsichtlich der Bundes-Bodenschutzverordnung (BBodSchV) betont Hendricks: „Die BBodSchV [...] wird künftig auch regeln, welche Materialien zur Verfüllung von Abgrabungen [...] genutzt werden dürfen und für welche Materialien andere Verwertungs- und Entsorgungswege gefunden werden müssen [...]" und die „...Verbesserungen im vorsorgenden Bodenschutz, durch die Möglichkeit der Anordnung einer bodenkundlichen Baubegleitung [...]" erreicht werden.

Der Kabinettsbeschluss ist ein Meilenstein für das BMUB. Bis zum Inkrafttreten der MantelV müssen aber noch viele Hürden genommen werden und dies in Wettkampfzeit:

- Die EU-Notifizierung ist am 5. Mai 2017 gestartet (2017/176/D), die Stillhaltefrist endet am 07. August 2017.
- Die Verordnung liegt bereits als Bundestagsdrucksache 18/12213 zur Bundestagsabstimmung vor, die wohl bis Ende Juni erfolgt.
- Das Bundesrats-Plenum wird für den 22. September angestrebt.

Wie der Zeitplan des BMUB verrät, will man den Bundesratsbeschluss schnell herbeiführen, um das Verfahren noch in dieser Legislaturperiode abzuschließen. Alles andere wäre mit unabsehbaren Verzögerungen verbunden.

ISTE, QRB und die Bundesverbände BRB, MIRO und BBS haben sich seit nunmehr schon 10 Jahren intensiv in den Verordnungsprozess eingebracht, um eine bundeseinheitliche Regelung von für die Steine- und Erdenindustrie ganz zentralen Tätigkeitsbereichen zu erreichen. Nur durch ein bundeseinheitliches und rechtsverbindliches Regelwerk können wir die Recyclingquoten in Baden-Württemberg auf dem bisherigen schon sehr hohen Niveau halten sowie Rechts- und Planungssicherheit bei der Verfüllung und Rekultivierung von Abgrabungen erhalten. Erstmalig wird aufgrund von Verbundforschungsprojekten ein fachlich begründetes und zwischen Boden-, Grundwasserschutz und Kreislaufwirtschaft abgestimmtes Gesamtkonzept vorgelegt. Ein Scheitern der Mantelverordnung würde die Unsicherheiten und rechtlichen Bedenken bei allen Beteiligten weiter erhöhen. Der uneinheitliche Vollzug würde so weiterlaufen. Insbesondere müssten Ländererlasse, die nicht mehr dem im Verordnungsverfahren der MantelV neu geschaffenen Stand der Technik entsprechen und deren Rechtsqualität längst in Frage gestellt ist, in 16 Bundesländern neu verhandelt werden. Damit würde die Akzeptanz gegenüber Ersatzbaustoffen zusätzlich verringert, der Einsatz von Ersatzbaustoffen weiter reduziert, noch größere Massen als bisher berechnet in die Deponierung gelenkt und die politischen Ressourceneffizienzziele der Bundes- und Landesregierungen konterkariert. Ein Entsorgungsnotstand wäre, mit allen negativen Folgen für die Bauwirtschaft und -konjunktur, unvermeidbar.

Deshalb werden sich ISTE, QRB und unsere Bundesverbände in den nächsten Monaten bei den Bundestagsabgeordneten und den Umwelt- und Wirtschaftsministerien der Länder massiv für einen positiven Abschluss des Verordnungsverfahrens einsetzen. Hierfür sind noch einige, aber aus unserer Sicht machbare, Änderungen in der MantelV erforderlich, die wir im Folgenden anhand der verschiedenen Verordnungsentwürfe analysieren.

Das „Planspiel Mantelverordnung" war ein sinnvolles Instrument zur Identifizierung von Praxisproblemen. Sieben Praktiker aus dem Mitgliederkreis des ISTE haben sich in Berlin eingebracht. Danke.

ERGEBNISSE „PLANSPIEL MANTELV" UND UMSETZUNG IM REFERENTENENTWURF VOM 6. FEBRUAR 2017 – WESENTLICHE INHALTLICHE ÄNDERUNGEN

Der Kabinettsfassung vom 3. Mai 2017 war ein Referentenentwurf der MantelV vom 6. Februar 2017 vorausgegangen. Dieser bildete die Grundlage für die mündliche und schriftliche Anhörung der Verbände am 2. März 2017 und der Länder am 3. März 2017. Grundlage für den Referentenentwurf war der dritte Arbeitsentwurf der MantelV vom 23. Juli 2015, den wir im Jahresbericht 2015/2016 analysiert haben. Auf dem 19. Baustoff-Recyclingtag am 27. Oktober 2016 hatten Michael Heugel, Leiter des Referates Recht des Bodenschutzes und der Ressourceneffizienz sowie Bergrecht des BMUB und Dr. Axel Kopp, Regierungsdirektor im Referat Produktionsabfälle, gefährliche Abfälle, Deponierung des BMUB, erste Ergebnisse des Planspiels „MantelV", den aktuellen Stand des Verordnungsverfahrens und auch schon erste Änderungspläne für den Referentenentwurf vorgestellt.

Der lange Weg des BMUB zum Kabinettsentwurf der Mantelverordnung	
13. 11. 2007	Arbeitsentwurf einer Artikelverordnung zur Regelung des Einbaus von mineralischen Ersatzbaustoffen in technischen Bauwerken und zur Änderung der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung
06. 01. 2011	1. Arbeitsentwurf einer Mantelverordnung zur Festlegung von Anforderungen für das Einbringen und das Einleiten von Stoffen in das Grundwasser, an den Einbau von Ersatzbaustoffen und für die Verwendung von Boden und bodenähnlichem Material
31.10. 2012	2. Arbeitsentwurf einer Mantelverordnung zur Festlegung von Anforderungen für das Einbringen oder das Einleiten von Stoffen in das Grundwasser, an den Einbau von Ersatzstoffen und für die Verwendung von Boden und bodenähnlichem Material
23.07. 2015	3. Arbeitsentwurf einer Mantelverordnung zur Festlegung von Anforderungen für das Einbringen oder das Einleiten von Stoffen in das Grundwasser, an den Einbau von Ersatzbaustoffen und zur Neufassung der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung
06.02. 2017	Referentenentwurf der Verordnung zur Einführung einer Ersatzbaustoffverordnung, zur Neufassung der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung und zur Änderung der Deponieverordnung und der Gewerbeabfallverordnung
03.05. 2017	Kabinettsfassung der Bundesregierung einer Verordnung zur Einführung einer Ersatzbaustoffverordnung, zur Neufassung der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung und zur Änderung der Deponieverordnung und der Gewerbeabfallverordnung
05. 05. 2017	Bundestagsdrucksache 18/12213 und EU- Notifizierung 2017/176/D

ERGEBNISSE DES „PLANSPIELS MANTELV"

Im Januar 2017 wurde das Planspiel „MantelV" des BMUB abgeschlossen. Unter Beteiligung von sieben ISTE-Mitgliedsunternehmen wurden im Rahmen so genannter Planspieltage die Praxisprobleme der Verordnung diskutiert. Des Weiteren wurden durch die Universität Tübingen neue Datengrundlagen geschaffen und durch die Prognos AG Stoffstromverschiebungen abgeschätzt. Im Folgenden werden ohne Anspruch auf Vollständigkeit einige wesentliche Ergebnisse vorgestellt.

Im Rahmen der Planspieltage nannten die Teilnehmenden zahlreiche Aspekte, die eine Akzeptanz und Anwendbarkeit der Verordnung aus ihrer Sicht be- bzw. verhindern. Es lassen sich folgende besonders häufig und intensiv diskutierte grundsätzlichen Probleme und Änderungserfordernisse zusammenfassen:

- Harmonisierung zwischen den Artikeln der MantelV hinsichtlich Probenahme- und Analysemethoden erforderlich.
- Bedarf zur Regelung von Vorerkundung von technischen Bauwerken vor Abriss und der Verwendung am Anfallort / bei Umlagerungen.

Mit der Novelle der Bundes-Bodenschutzverordnung will Bundesumweltministerin Barbara Hendricks erstmalig bundeseinheitlich die Verfüllung von Abgrabungen regeln. Die Verwaltungsvorschrift des Umweltministeriums für die Verwertung von Bodenmaterial aus dem Jahr 2007 würde damit abgelöst werden.

- Behördliche Vollzugsfragen klären, wie die Feststellung des „höchsten zu erwartenden Grundwasserabstandes" und die einheitliche und flächendeckende Festlegung von Gebieten mit erhöhten Schadstoffgehalten (natürliche Hintergrundbelastungen) und mit Böden mit mehr als 10 Volumenprozent mineralischen Fremdbestandteilen.
- Reduktion des Aufwandes für Lieferscheine und Anzeigepflichten.

DATENGRUNDLAGEN

Das Zentrum für Angewandte Geowissenschaften der Universität Tübingen (ZAG Tübingen) hat im Rahmen des Planspielauftrages die verfügbaren Messdatengrundlagen zu Stoffkonzentrationen in WF-2-Eluaten aller in der EBV erfassten mineralischen Ersatzbaustoffe aktualisiert. Nachfolgend werden exemplarisch für Recycling-Baustoffe, Bodenmaterial und Gleisschotter die Ergebnisse der prozentualen Zuordnungen zu den Materialklassen bzw. zu nicht EBV-geeigneten Material aufgeführt.

Rc-Material
Rc-1: 47 %, Rc-2: 28 %, Rc-3: 17 %
nicht geeignet: 8 %

Bodenmaterial (BM)
keine hinreichend repräsentativen Messdaten für eine rein auf die Materialqualität bezogene Zuordnung des Materialstroms Bodenmaterial zu Materialklassen BM

Gleisschotter (GS)
GS-0: 6 %, GS-1: 22 %, GS-2: 37 %, GS-3: 28 %, n. geeignet: 8 %

STOFFSTROMVERSCHIEBUNGEN

Mithilfe eines Stoffstromkaskadenmodells hat die Prognos AG neben den rein messtechnischen Materialklassifizierungen des ZAG auch Aspekte wie die technische Eignung, das Gesamtpotential an verfügbaren technischen Bauwerken sowie das Marktpotenzial bzw. die Marktnachfrage nach mineralischen Ersatzbaustoffen berücksichtigt.

Im Ergebnis zeigt sich:

- Die Verfüllung von Bodenmaterial nimmt um mindestens 28,5 Mio. bis maximal 32,8 Mio. t/a ab. Der wesentliche limitierende Faktor ist der TOC-Grenzwert von 1 Massenprozent.
- Berücksichtigt man den Parameter TOC nicht, nimmt die Verfüllung von Bodenmaterial um mindestens 2,2 Mio. t/a bis maximal 17,3 Mio. t/a ab.
- Die Verwertung in technischen Bauwerken (EBV) nimmt um rd. 10,2 Mio. t/a zu, davon entfallen 3,0 Mio. t/a auf die günstigen Materialqualitäten und Einbauweisen (offen oder teildurchströmt) und 7,2 Mio. t/a auf ungünstigere Qualitäten und geschlossene Einbauweisen.

WESENTLICHE INHALTLICHE ÄNDERUNGEN IM REFERENTENENTWURF DER MANTELV VOM 6. FEBRUAR 2017

Im Referentenentwurf vom 6. Februar 2017 wurden viele Ergebnisse des im Dezember 2016 abgeschlossenen „Planspiels MantelV" aufgegriffen und umgesetzt. Der ISTE hat eine detaillierte Analyse der Unterschiede zum Arbeitsentwurf 2015 erarbeitet und in den Mitgliederversammlungen der Fachgruppe Recycling und Boden des QRB und in Gremien wie zum Beispiel URA mit den Mitgliedern diskutiert. Im Folgenden werden nur die wesentlichen Änderungen aufgezeigt:

Die Novelle der Grundwasserverordnung wurde aus dem Referentenentwurf gestrichen und soll in einem separaten Verordnungsverfahren weiterverfolgt werden.

In der geplanten ErsatzbaustoffV erfolgte die Aufnahme einer praktikablen Eingangs-Annahmekontrolle, eine korrekte Umsetzung von DIN-Normen für die Probenahme in der Güteüberwachung und eine klare Regelung zur Feststellung des Grundwasserabstandes (gemessene +0,3 Meter). Es gab allerdings entgegen der Planspielempfehlungen keine wesentlichen Änderungen bei den Dokumentationspflichten und den Angaben im Lieferschein. Auch mit der geplanten BBodSchV ist das BMUB bezüglich der Regelungen zur Verfüllung von Abgrabungen deutlich auf die Steine- und Erdenindustrie zugegangen.

Die Mantelverordnung zur Regelung von Recycling und Verfüllung liegt mittlerweile dem Bundestag zur Abstimmung vor. Sind die dort geregelten Grenzwerte durch Rc-Baustoffe und Bodenmaterial aus Baden-Württemberg einhaltbar?

STELLUNGNAHMEN DER GESTEINSINDUSTRIE ZUM REFERENTENENTWURF DER MANTELV

Für weitere Änderungen des Referentenentwurfs hat sich ISTE in die schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen der Bundesvereinigung Recycling-Baustoffe e.V. (BRB) und des Bundesverbandes Steine und Erden (BBS) zur EBV und gemeinsam mit dem Bayerischen Industrieverband Steine und Erden (BIV) in die Stellungnahmen des MIRO sowie des BDI zur Novelle der BBodSchV eingebracht. Der Referentenentwurf der MantelV vom 6. Februar 2017 wird grundsätzlich unterstützt, die Ergebnisse des Planspiels und deren Umsetzung gewürdigt. Es verbleiben folgende wesentlichen Forderungen zur EBV und Novelle BBodSchV:

STELLUNGNAHMEN ZUM REFERENTENENTWURF DER NOVELLE BBODSCHV

1. Anpassung der Lieferscheindokumentation – Vereinfachungen insbesondere für industrielle Nebenprodukte und Materialen mit „Ende der Abfalleigenschaft"
2. Generelle Vorerkundungs- und Deklarationspflicht für Abfallerzeuger und -besitzer am Anfallort der Bauabfälle
3. Harmonisierung von Verwertungs- und Beseitigungsrecht durch Vereinheitlichung der Untersuchungsmethoden und der Probenahmemethoden von nicht aufbereiteten Boden EBV/BBodSchV (Einführung von DIN-Methoden in BBodSchV statt veralteter Normbezüge z.B. zur LAGA PN 98)
4. Anpassung der DepV hinsichtlich Probenahme-, Probeaufbereitungs- und Analyseverfahren (Einführung WF 2)
5. Abfallerzeugereigenschaft – Streichung der Ausführungen in der Verordnungsbegründung, Bauherren in die Pflicht nehmen
6. „Runder Tisch – MantelV" – begleitender Erfahrungsaustausch unter Beteiligung der Praxis zur Überprüfung der Auswirkungen und Folgen

STELLUNGNAHMEN ZUM REFERENTENENTWURF DER NOVELLE BBODSCHV

1. Praxisgerechte Präzisierung der Ausnahmeregelung nach § 8 (7) (Verfüllung anderer Materialien als Boden mit höheren Werten, (zum Beispiel Verfüllleitfaden Bayern),
2. Verfüllungen in empfindlichen Gebieten nach § 8 (4): mehr Abweichungen zulassen, Übernahme der Regungen Z0* III A aus Baden-Württemberg,
3. zu § 6 (10): TOC (Gehalt an organischen Kohlenstoff im Feststoff), Satz 4 streichen dieser engt wieder auf Umgebungsgestein < 1 M.-% ein,
4. zu § 4 (4) Bodenkundliche Baubegleitung: Streichung oder nur für durchwurzelbare Bodenschichten.

KABINETTSFASSUNG VOM 3. MAI 2017 – WAS HAT SICH NOCH GEÄNDERT?

Die Kabinettsfassung hat im Zuge der mündlichen und schriftlichen Anhörungen von Verbänden und Ländern und den Abstimmungen des BMUB mit den Bundesressorts nochmals deutliche Änderungen erfahren. Auch diese hat ISTE im Detail analysiert und in die Mitgliederversammlungen und Gremien eingebracht. In der EBV werden als Überwachungsstellen in der Güteüberwachung neben den RAP-Stra Prüfstellen auch Stellen zugelassen, die nach der DIN EN ISO/IEC 17065 akkreditiert sind. Die erweiterte Fremdüberwachung (ausführlicher Säulenversuch mit erweitertem Untersuchungsumfang alle 2 Jahre) wurde ersatzlos gestrichen. Es wurde eine Überwachung von Feststoffwerten für Recycling-Baustoffe im Rahmen des Eignungsnachweises und bei jeder zweiten Fremdüberwachung und ggf. im Rahmen der Annahmekontrolle eingeführt. Werden die Feststoffgehalte unter Berücksichtigung der zulässigen Überschreitungen überschritten, sind die Ursache zu ermitteln und Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen. Der Sicherheitsabstand zzgl. zum höchsten gemessenen Grundwasserstand wurde von 0,3 Meter auf 0,5 Meter erhöht. Lieferscheine und Anzeigepfichten wurden nicht vereinfacht. Die Länder können die Erfassung der Angaben der Anzeige in einem Kataster regeln.

Trotz aller fachpolitischen Debatten um die Mantelverordnung, die Praxis des Baustoff-Recyclings in Baden-Württemberg muss weiterlaufen: ISTE und QRB führten wieder zweitägige Grundkurse mit Theorie und Praxis und integriertem Auffrischungskurs zur Erhaltung der Sach- und/oder Fachkunde durch. Den Gastgebern bmk in Weißlensburg und Fa. Feess in Kirchheim unter Teck danken wir herzlich.

In der BBodSchV wurde der Schwellenwert, ab der die zuständige Behörde für die Zulassung eines Vorhabens eine bodenkundliche Baubegleitung verlangen kann, von 1000 m² auf 3000 m² erhöht. Der Schwellenwert für die Befreiung von einer analytischen Untersuchung für Materialien ohne Anhaltspunkte für erhöhte Schadstoffgehalte wurde von 300 m³ auf 500 m³ erhöht und entspricht damit der durch ISTE eingeforderten Regelung nach VwV Boden Baden-Württemberg. Der Gehalt an organischem Kohlenstoff (TOC) ist nicht mehr grundsätzlich sondern nur noch bei Hinweisen auf erhöhte Gehalte (insbesondere dunkle Bodenfarbe) zu bestimmen. Die stark einengende Festlegung im bisherigen Satz 4, dass der Gehalt an organischem Kohlenstoff möglichst die Gehalte der ursprünglichen Bodenschicht am Ort des Auf- oder Einbringens oder in dessen Umgebung entsprechend der Einbautiefe nicht überschreiten sollen, wurde ersatzlos gestrichen. Bzgl. des Auf- oder Einbringens von Materialien nach § 8 (3) „*-Materialien" in empfindlichen Gebieten, wie insbesondere Karstgebieten [....] kann Material bis zur Höhe des Vorsorgewertes der Bodenart Ton zugelassen werden, wenn günstige Materialeigenschaften und Standortbedingungen vorliegen. Damit wurde die durch ISTE geforderte Z0* IIIA-Regelung in Baden-Württemberg weitgehend umgesetzt. Der Sulfatwert von BM-0* war bisher nur ein Screeningparameter Jetzt gilt: Bei Überschreitung des Wertes ist die Ursache zu prüfen. Handelt es sich um naturbedingt erhöhte Sulfatkonzentrationen, ist eine Verwertung innerhalb der betroffenen Gebiete möglich. Außerhalb dieser Gebiete ist über die Verwertungseignung im Einzelfall zu entscheiden.

WEITER VERBANDSARBEIT IM VERORDNUNGSPROZESS

Änderungen können nur noch über die Bundestagsabgeordneten im Rahmen der Bundestagsabstimmung und über die Landesministerien (insbesondere Umwelt- und Wirtschaftsministerien) im Bundesrat eingebracht werden.

Die Bundesverbände sind sich einig, dass ein Scheitern der Mantelverordnung zur weiteren Verunsicherung in der Branche und Infragestellung der Ländererlasse führen wird. Damit wäre unseren Unternehmern alles andere als geholfen. Dieser Zustand muss unbedingt vermieden werden.

WEITERE NOTWENDIGE ÄNDERUNGEN AUS SICHT DES ISTE

Der Materialwert für Sulfat von BM-0* sollte wie im Referentenentwurf wieder auf einen Screeningparameter zurückgeführt werden. Die „Karstregelung" zur Verfüllung von Z0*IIIA – Bodenmaterial wurde aufgrund der Einlassungen des ISTE zwar weitgehend umgesetzt. Die Formulierungen „kann" und „günstige" Materialeigenschaften und Standortbedingungen sind jedoch unpräzise. Es muss heißen: „In empfindlichen Gebieten [...] ist das Auf- und Einbringen von Materialien bis zur Höhe der Vorsorgewerte für die Bodenart Ton zulässig.

SIND DIE MATERIELLEN ANFORDERUNGEN FÜR DIE VERWERTUNG VON RC-BAUSTOFFEN UND DIE VERFÜLLUNG VON BODENMATERIALIEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG EINHLATBAR?

RECYCLING-BAUSTOFFE

Die Analyse im Jahresbericht 2015/2016 behält ihre Gültigkeit, weil sich keine einstufungsrelevanten Änderungen der Materialwerte zwischen dem Arbeitsentwurf der MantelV vom 23. Juli 2015 und der Kabinettsfassung vom 3. Mai 2017 ergeben haben. Demnach führen die Materialwerte von Rc-Baustoffen zu kaum relevanten Verschiebungen der Quoten in der Klasse Rc-1 (bzw. bisher Z 1.1) und zu einer leichten Verschiebung von Rc-2 (bzw. Z1.2) nach Rc-3 bzw. Z2 in Baden-Württemberg. Allerdings wird befürchtet, dass man im Zuge der Innenstadtverdichtung in Zukunft erst vermehrt in den Baubestand mit hohen Sulfatpotentialen eingreift. Damit könnten sich die Eluateigenschaften bzgl. Sulfat zukünftig verschlechtern und Sulfat wieder zum limitierenden Faktor für die Zuordnung zu Materialklasse Rc-1 bzw. Z 1.1 werden.

In Baden-Württemberg dürfen Z 1.1-Rc-Baustoffe auf unbefestigten Flächen aufbereitet und gelagert werden. Zukünftig müssten Rc-1-Materialien auf befestigten Flächen gelagert werden, weil die neue Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nicht mehr auf die MantelV abgestimmt wurde. Nicht alle Rc-Anlagen verfügen über befestigte Flächen und Sickerwasserableitungen wie im hier gezeigten Rc-Werk.

BODENMATERIAL ZUR VERFÜLLUNG VON ABGRABUNGEN „VERFÜLLKÖRPER"

Bisher nach der Verwaltungsvorschrift des Umweltministeriums für die Verwertung von als Abfall eingestuftem Bodenmaterial (VwV Boden, 2007) als Z0 eingestufte Bodenmaterialien sind auch zukünftig zulässig, weil hier lediglich die einfachen Vorsorgewerte ausschlaggebend sind und der TOC-Wert nicht als Grenzwert fungiert. Der Untersuchungsumfang nach § 8 (2) wurde gegenüber der LAGA TR Boden und der VwV Boden deutlich reduziert (Feststoffwerte nur für Schwermetalle, PAK, BaP, EOX und PCB, Werte für KW, BTX, LHKW entfallen, keine Eluatwerte für pH, Lf, Cl, Sulfat, Cyanide und Phenolindex).

Bisher nach VwV Boden (2007) als Z0* eingestufte BM sind bei alleiniger Betrachtung der Feststoffwerte auch zukünftig zulässig. Es müssen allerdings nach § 8 (3) die Eluatwerte im WF 2-Eluat beachtet werden: Der Eluatwert im WF 2-Eluat von Sulfat ist nicht zwingend ein Grenzwert, Schwermetalle, PCB und PAK sind im Eluat nur dann maßgeblich, wenn der einfache Vorsorgewert im Feststoff überschritten wird. Auch dies bedeutet eine deutliche Vereinfachung und Reduktion des Untersuchungsumfanges gegenüber allen bisherigen Regelungen.

SIND ELUATWERTE IM WF 2-ELUAT DURCH BADEN-WÜRTTEMBERGISCHE BÖDEN UND BODENAUSHUB EINHALTBAR?

Nach vorliegenden ersten Untersuchungsergebnissen aus dem Planspiel und einer Studie aus NRW sind die WF 2-Eluatwerte einhaltbar. Die Daten sind für Baden-Württemberg aber zu lückenhaft. Das Umweltministerium Baden-Württemberg hat deshalb eine „Probenahme- und Analysenkampagne zur Verifizierung der Auswirkungen der Novellierung der Bundesbodenschutzverordnung auf die Verteilung der jährlich 25 Mio. Tonnen Bodenaushub in Baden-Württemberg" in Auftrag gegeben. Das Forschungskonsortium unter der Federführung des ZAG Tübingen und Beteiligung des Instituts für Baustoffprüfung und Umwelttechnik GmbH (IBE) und des Gewerblichen Instituts für Umweltanalytik GmbH (GIU) untersucht derzeit 59 Rückstellproben aus der LUBW-Bodenuntersuchungskampagne 2004 und 50 neu beschaffte Proben von Bodenaushub aus Baustellen und Bodenmaterialien aus Abgrabungen. Es werden alle eingeführten und geplantenTestverfahren durchgeführt (Feststoffextraktion, WF 10- und WF 2-Schütteleluate, WF 2-Säulenversuche). Eine systematische Auswertung der Ergebnisse wird eine verbesserte Einschätzung der Folgen der Novelle der BBodSchV erlauben. Der Schlussbericht wird in den nächsten Monaten erwartet. Wir berichten auf dem 20. Recycling-Baustofftag am 24. Oktober 2017.

DIE NEUE VERORDNUNG ÜBER ANLAGEN ZUM UMGANG MIT WASSERGEFÄHRDENDEN STOFFEN (AWSV) TRITT AM 1. AUGUST 2017 IN KRAFT

Auch hier kommt ein langwieriges Verordnungsverfahren zum Abschluss. Die bis dato 16 Landesverordnungen zur Regelung der wasser- bzw. stoffrechtlichen Anforderungen an überwachungspflichtige Anlagen werden durch diese Bundesverordnung abgelöst. Zielsetzung ist ein einheitliches System und Schutzniveau zu konkretisieren, insbesondere zur Einstufung von wassergefährdenden Stoffen und Gemischen, zur Konkretisierung der Anforderungen an Anlagen bei Umgang mit den oben genannten Stoffen und Gemischen und der konkreten Betreiberpflichten. Schon im Jahr 2012 hatte sich der ISTE auf dem Recycling-Baustofftag beim BMUB dafür eingesetzt nicht praktikable Anforderungen an die Befestigung von Flächen zur Lagerung von wassergefährdenden festen Gemischen herauszunehmen. Tatsächlich wurde erreicht, dass in § 26 für die Lagerung von Input-, Z 1.2, Z 2- bzw. später Rc-2, Rc-3- Materialien die Flächen nicht mit einer flüssigkeitsdichten Schicht oder in Beton- oder Asphaltbauweise zu befestigen sind. Nun heißt es in § 26: „[...] die Flächen so zu befestigen sind, dass das dort anfallende Niederschlagswasser auf der Unterseite der

Für eine umweltgerechte Rohstoffgewinnung investieren unsere ISTE-Unternehmen in technisch aufwendige Anlagen, wie zum Beispiel Absetzbecken zur Einhaltung von Trübewerten bei der Einleitung in Oberflächengewässer.

Befestigung nicht austritt [...]." Das viel diskutierte Problem, dass Rc-Baustoffe in Baden-Württemberg selbst der besten Qualität Z 1.1 bzw. Rc-1 nicht in den Genuss der Ausnahmen von der Einstufung als allgemein wassergefährdend nach AwSV §10 (1), 2. und 3. kommen ist noch nicht gelöst. ISTE wird sich bei den Bundesverbänden und bei der Politik dafür einsetzen, dass die AwSV im Rahmen der MantelV dahingehend geändert wird, dass wenn das Gemisch ein Nebenprodukt nach § 19 der Ersatzbaustoffverordnung oder ein Material, das nach § 20 Ersatzbaustoffverordnung seine Abfalleigenschaft beendet hat enthält, dieses nicht als allgemein wassergefährdend einzustufen ist, darunter würde dann auch Rc-1 fallen.

ROHSTOFFGEWINNUNG UND BODEN-/GRUNDWASSERSCHUTZ

Bei der Erweiterung von Steinbrüchen/Baggerseen treten Nutzungskonflikte mit dem Grundwasserschutz (Rohstoffgewinnung in Wasserschutzgebieten oder anderen hydrogeologisch sensiblen Gebieten, wie zum Beispiel Karst) auf. Einzelne Behörden und Wasserversorger befürchten, dass die Rohstoffgewinnung grundsätzlich das Grundwasser gefährdet. Konkrete Nachweise für einen Grundwasserschaden durch Rohstoffgewinnung einerseits oder einen absoluten Ausschluss jeglicher Gefährdungen andererseits gibt es nicht. Dies darf aber keinesfalls dazu führen, dass schon auf Regionalplanungsebene aus Vorsorgegründen Pauschalverbote für die Rohstoffgewinnung in Wasserschutzgebieten festgelegt werden.

Das Zentrum für Angewandte Geowissenschaften hat am 13. Mai 2015 allen potentiellen Kooperationspartnern (Umweltverwaltung, Wissenschaft, Wasserversorger, ISTE) einen Forschungsantrag für ein Pilotprojekt KARST vorgestellt. Übergeordnete Ziele sind eine generelle Bewertung des Nutzungskonflikts „Rohstoffgewinnung vs. Trinkwassergewinnung" und die Weiterentwicklung von Kriterien sowie von Beurteilungswerkzeugen nach dem heutigen Stand der Technik. Konkret soll die Bewertung möglicher Stoffeinträge und des Transports und Verbleibs von Stoffen in Karst/Kluftgrundwasserleitern, insbesondere im Vergleich zu möglichen Einflüssen sonstiger Nutzungen wie Landwirtschaft, Siedlungen, Abwasserbehandlung, etc., am Beispiel einer Detailstudie ermittelt werden. Fernziel könnte ein Screeningtool für Planung und Genehmigung sein.

Die Mitgliederversammlung der Fachgruppe Naturstein hat im Jahr 2015 beschlossen dieses Projekt zusammen mit den Wasserversorgern und dem Land Baden-Württemberg anteilig finanziell zu unterstützen. Am 26. September 2016 fand das Auftaktmeeting bei der Ammertal-Schönbuch-Gruppe statt. Die bisherigen Ergebnisse zeigen keine Steinbruch-bedingten Kontaminationen. Partikelbeladungen mit organischen Schadstoffen an der Bronnbachquelle werden auf urbane/industrielle Quellen zurückgeführt. Der Schwerpunkt aktueller Arbeiten liegt in der Erweiterung des Modellgebietes und weiteren Beprobungen von Grundwasserbrunnen.

UVPG-ÄNDERUNGSGESETZ

Der Entwurf sieht vor, die gesetzliche Grundlage an die UVP-Änderungsrichtlinie (2014/52/EU,16. April 2014) anzupassen. Darüber hinaus soll die Novelle zum Anlass genommen werden, das Bundesrecht zu vereinfachen, zu harmonisieren und anwenderfreundlicher auszugestalten. Die verwaltungsseitige Vorprüfung, ob eine Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) besteht, soll mit dem Entwurf klarer und detaillierter geregelt werden. Außerdem soll sichergestellt werden, dass die Umweltverträglichkeitsprüfung bei Projekten mit voraussichtlich erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt nicht durch eine Aufsplitterung der Vorhaben umgangen wird.

Der ISTE hat sich an der Erstellung der Stellungnahme der Baustoffverbände umfassend beteiligt und im weiteren Verfahren auch bei einem Gespräch im Bundesumweltministerium und bei Abstimmungsgesprächen mit dem BDI

Die heimische Rohstoffgewinnung muss langfristig gestärkt werden. Sie sichert Umweltkompatibilität, Arbeitsschutz, Dezentralität und minimierte Transportwege.

mit eingebracht. Hier konnten durch Einbringung von Praxisbeispielen aus Baden-Württemberg in Ergänzung zu den Ausführungen der Bundesverbände die Auswirkungen des Gesetzes dargelegt werden. Ebenso wurden Verbesserungsvorschläge, die eine tatsächliche Vereinfachung im Genehmigungsverfahren ergeben würden, eingebracht werden.

Eine Verbesserung stellt z.B. die Regelung zur UVP-Pflicht bei kumulierenden Vorhaben dar: Diese ergibt, z.B. bei kleineren, beieinanderliegenden aber betrieblich unabhängigen Kiesgruben und entsprechend dazukommenden Erweiterungen Vereinfachungen. Erfreulich ist aus Sicht der Steine-Erden-Industrie auch die Möglichkeit zum Absehen von einer Vorprüfung für Vorhaben der entsprechenden Größenordnung, wenn der Vorhabenträger direkt eine UVP durchführen möchte. Dies kann insbesondere zur Verfahrensbeschleunigung beitragen, wenn ohnehin mit einer UVP-Pflicht nach Durchführung der Vorprüfung zu rechnen gewesen wäre.

Da das UVP-Modernisierungsgesetz nicht vor Ende der Umsetzungsfrist der UVP-Änderungsrichtlinie umgesetzt werden konnte, entfalten derzeit wesentliche Vorschriften der Änderungs-Richtlinie unmittelbare Wirkung im nationalen Recht.

FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

- Es muss ein Rohstoffbewusstsein in der Gesellschaft geschaffen werden, das neben Ressourceneffizienz durch Recycling auch auf die heimische Rohstoffgewinnung setzt. Dabei sind die Vorteile der heimischen Rohstoffgewinnung herauszustellen.
- Politik und Verwaltung müssen eine nachhaltige Nutzung und Entwicklung von Rohstoffgewinnungsstätten sicherstellen. Hierzu gehört auch die Ausweisung von neuen Abbaustätten: Dezentralität bei der Rohstoffgewinnung ist dringend wünschenswert, durch planerische Fehlsteuerungen aber mehr und mehr gefährdet.
- Ausufernde finanzielle und administrative Belastungen müssen beseitigt werden – zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit heimischer Unternehmen sind klare politische Bekenntnisse erforderlich!
- Der allgemeine Trend der kurzen Anhörungsfristen in den Beteiligungsverfahren muss umgekehrt werden. Sollte sich die Tendenz fortsetzen, wäre ein wesentliches Element demokratischer Teilhabe gefährdet und damit letztlich auch in der Wirtschaft die Akzeptanz weiterer gesetzlicher Belastungen.
- Die solide Abschätzung der Folgen von Gesetzesvorhaben ist Aufgabe des Gesetzgebers, wird aber immer stärker der betroffenen Industrie überlassen. Zusätzlich werden deren Resultate und Warnungen ignoriert bzw. nicht in hinreichendem Umfang berücksichtigt.
- Zielkonflikte zwischen Ökonomie und Ökologie müssen im Rahmen einer nachhaltigen und abgestimmten Umwelt- und Wirtschaftspolitik gelöst werden.
- Rahmenbedingungen in der Kreislaufwirtschaft verbessern! Nur durch systematische Erfassung von Abfallströmen kann der schleichenden Reduzierung der Entsorgungskapazitäten entgegengewirkt werden. Dabei sind ökologische wie wirtschaftliche Aspekte, z. B. Dezentralität und Verwertungsmöglichkeiten, gleichermaßen zu berücksichtigen.
- Unterstützung bei der Entwicklung geeigneter Umweltrahmenbedingungen für die erforderliche dezentrale und nachhaltige Rohstoffgewinnung des Landes Baden-Württemberg.
- Schlüssige Politik bezüglich der Zielsetzung der Ressourceneffizienz durch Recycling und des Boden- und Grundwasserschutzes.
- Bereitstellung von mehr Fachpersonal für die mit dem Umweltmedienschutz befassten öffentlichen Stellen zur Erarbeitung von fachlichen Kriterien für eine umweltgerechte Georessourcennutzung.
- Klare Ordnungspolitik im Bereich des Baustoff-Recyclings, um sicherzustellen, dass nur güteüberwachte und -geprüfte Recyclingbaustoffe umweltverträglich dort eingesetzt werden, wo sie eingesetzt werden dürfen.

Würdiger geht es nicht:
Im Rahmen einer Festveranstaltung mit Bundespräsident Joachim Gauck erhalten Professor Angelika Mettke und QRB-Vorstandsmitglied Walter Feess am 30. Oktober 2016 den Umweltpreis.

Hartmut Koch-Czech, Geschäftsführer der Eduard Merkle GmbH und Vorsitzender der Fachgruppe Kalk im ISTE, erhält von Umweltminister Franz Untersteller eine Auszeichnung für nachhaltiges und ressourceneffizientes Wirtschaften.

Bei sportlichen Wettkämpfen würde man von einem Medaillenregen sprechen. Gleich vier Mitgliedsunternehmen des ISTE haben es seit dem letzten Geschäftsbericht auf Siegertreppchen geschafft.

DEUTSCHER UMWELTPREIS

Den mit insgesamt 500.000 Euro dotierten Deutschen Umweltpreis erhielten im Oktober 2016 der ISTE-Mitgliedsunternehmer Walter Feess und die Cottbuser Recycling-Expertin Prof. Dr. Angelika Mettke, zusammen mit dem niederländischen Unternehmer und Fairphone-Gründer Bas van Abel. Bundespräsident Joachim Gauck überreichte ihnen diesen international höchstdotierten Umweltpreis in Würzburg.

Walter Feess arbeitet seit vielen Jahren mit seinem Erdbauunternehmen an der Entwicklung und Weiterentwicklung moderner Methoden des Bauschuttrecyclings. Er gilt bundesweit in der Branche als Unternehmer, der vorbildlich ökologisch sinnvolle Teilbereiche der Kreislaufwirtschaft in ökonomisch realistische Techniken umsetzt.

ISTE-Präsident Peter Röhm erklärte aus Anlass der Verleihung: „Unser Verband ist stolz, einen solchen Unternehmer in seinen Reihen zu haben. Mit dieser Entscheidung rückt die Deutsche Bundesstiftung Umwelt mehr als einen einzelnen Unternehmer in den Blick. Sie zeigt: Die Steine und Erden-Branche sucht nach Lösungen und gibt Antworten auf umweltpolitische Probleme und Fragen!"

Feess – schon 2004 Gründungsmitglied des QRB – sei heute ein glühender Verfechter von Recycling-Beton. R-Beton sei zwar nicht das Allheilmittel zur Steigerung von Recyclingquoten; hier gelte es noch viel zu forschen und zu entwickeln und politische Wünsche mit der Realität zu vereinen. Aber genau daran arbeite Feess, so Röhm.

Weit über hundert Recycling-Werke in Baden-Württemberg sorgen dafür, dass die maximale Recycling-Quote nahezu erreicht wurde (siehe Massenstrom-Grafik im Aufklapp vorne).

SPITZENREITER BEI RESSOURCENEFFIZIENZ

Die Heinrich Feess GmbH & Co. KG zählt zusammen mit der Eduard Merkle GmbH & Co. KG – vertreten durch ihren Geschäftsführer Hartmut Koch-Czech – nun zu den ressourceneffizientesten Unternehmen im Land. Die im Rahmen des Ressourceneffizienzkongresses in Karlsruhe ausgezeichneten 50 Betriebe gehören zur Landesinitiative „100 Betriebe für Ressourceneffizienz".

Die Eduard Merkle GmbH & Co. KG verbessert in ihrem Steinbruch Michelreibershalde in Blaubeuren-Altental die Aufbereitung eines Kalkstein-Lehm-Gemenges durch die Integration einer Trockenwäsche. Jedes Jahr fallen bis zu 65.000 Tonnen unverkäufliches Vorsiebmaterial an. Dieses Material wird bisher deponiert, soll aber künftig als wirtschaftlich verwertbarer Rohstoff genutzt werden. Dadurch können bis zu 65.000 Tonnen pro Jahr weniger abgebaut werden. Eingespart werden auch jährlich ca. 50.000 kWh Strom, 20.000 Liter Dieselkraftstoff und 5 Tonnen Sprengstoff.

Die Heinrich Feess GmbH & Co. KG verzichtet beim Recycling von Boden und Bauschutt auf die Entsorgung des Materials über Deponien. Statt dessen praktiziert sie die Aufbereitung von Bauabfällen und deren Rückführung in den Wirtschaftskreislauf durch eine Nassklassierung. Dieses Verfahren wurde bei Feess deutlich weiterentwickelt.

Den Bundes-Ressourceneffizienzpreis 2016 erhält der neu gewählte stellvertreten Vorsitzende der Fachgruppe Naturstein, Benedikt Fahrland (4.v.l.), im Februar 2017.

Dr. Rolf Mohr (2.v.l.) nimmt stellvertretend für Jürgen Trautner den 1. Preis der Stiftung Steine-Erden-Bergbau in Weimar entgegen.

ROHSTOFFEFFIZIENZPREIS 2016 FÜR MSW MINERALSTOFFWERKE SÜDWEST

Zusammen mit der BHS-Sonthofen GmbH gewannen die MSW Mineralstoffwerke Südwest GmbH & Co. KG einen der Rohstoffeffizienzpreise 2016 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Im Steinbruch Mönsheim setzt die Firma nun ein neues Verfahren zur Reinigung von Kalkstein ein, durch Zusatz von Branntkalk. MSW-Geschäftsführer Benedikt Fahrland und sein Kollege von BHS-Sonthofen nahmen die Auszeichnung in Berlin aus der Hand von Staatssekretär Uwe Beckmeyer und Prof. Dr. Ralph Watzel entgegennehmen, des Präsidenten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und Vorsitzenden der Jury.

Das Schotterwerk in Mönsheim produziert jährlich rund 400.000 Tonnen unterschiedlicher Gesteinskörnungen und Baustoffgemische. Unbefriedigend verlief bisher die Aufbereitung des stark lehmdurchsetzten Muschelkalks – das abgebaute Material blieb ungenutzt im Steinbruch liegen. Durch die dosierte Zugabe von ca. 0,8 Prozent Branntkalk wird das lehmhaltige Vorsiebmaterial jetzt abgelöscht, so dass sich die unerwünschten Lehmanteile vom Stein lösen. Die Nutzung des Rohstoffes steigt dadurch von bisher 65 auf über 90 Prozent. Außerdem reduziert sich der Energiebedarf um fast 20 Prozent. Das CO_2-Minderungspotential liegt bei 30 Tonnen pro Jahr. Kernstück des neuen Verfahrens ist ein modifizierter Doppelwellenmischer, den die BHS Sonthofen GmbH als Mischtechnik-Spezialist in ihrer Produktpalette bereit hielt.

PREIS FÜR WISSENSCHAFTLICHE LANGZEIT-DOKUMENTATION

Meichle + Mohr und der von der Firma beauftragte Landschaftsökologe Jürgen Trautner wurden beim 16. Baustoffkolloquium des Unternehmerverbandes Mineralische Rohstoffe (UVMB) in Weimar mit einem Förderpreis ausgezeichnet. Damit würdigte die „Stiftung Steine Erden Bergbau und Umwelt" Leistungen und Verdienste um eine wirtschaftliche und umweltverträgliche Versorgung mit Rohstoffen sowie um den Erhalt nachhaltiger Entwicklungschancen.

Jürgen Trautner (Arbeitsgruppe für Tierökologie und Planung, Filderstadt) wurde für seine Arbeit „Entwicklung einer Kiesabbaulandschaft im Hegau am Bodensee – Ergebnisse aus Untersuchungen zur Vegetation und Fauna im Zeitraum 1992 bis 2013" geehrt. Über zwei Jahrzehnte hatten er und seine Fachkollegen mit Unterstützung der Firma Meichle + Mohr Flora und Fauna in Kiesgewinnungsstätten beobachtet und dokumentiert. Ihr Fazit: Eingriffe in die Natur durch Kiesabbau sind zugleich auch Entwicklungs- und Verbesserungschancen für tierisches und pflanzliches Leben.

Nach Ansicht der Jury liefert der Beitrag einen überzeugenden, innovativen Lösungsansatz, wie Umweltbelastungen bereits während des aktiven Tagebaubetriebes verringert und erhebliche Ressourcen gespart werden können. Stellvertretend für den kurzfristig verhinderten Trautner nahm Firmenchef Dr. Rolf Mohr den Preis entgegen.

Film anschauen
auf youtube:
„Rohstoffgewinnung
und Naturschutz"

Ein besonderes Erlebnis ist immer wieder die Beringung junger Uhus, die zahlreich in unseren Rohstoffgewinnungsstätten brüten, wie hier bei unserer Mitgliedsfirma Rösch. Der Abgeordnete Andreas Glück, naturschutzpolitischer Sprecher der FDP und Hobby-Kettensägen-Bildhauer genoss es, beim Uhu-Beringen dabei zu sein.

NATURSCHUTZ

NOVELLE DES BUNDESNATURSCHUTZGESETZES

Die Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) enthält Anpassungen, die sich aus aktuellen Entwicklungen in der deutschen Naturschutzpolitik bzw. im deutschen Naturschutzrecht ergeben. Die Änderungen betreffen u.a. die Einrichtung des Biotopverbunds durch die Bundesländer sowie artenschutzrechtliche Anpassungen.

Der länderübergreifende Biotopverbund wurde bereits mit der Novelle des BNatSchG von 2002 in das BNatSchG aufgenommen. Demnach sollen 10 % der Fläche eines jeden Landes vom länderübergreifenden Biotopverbund umfasst sein. Ziel des länderübergreifenden Biotopverbundes ist die Förderung der biologischen Vielfalt und infolgedessen der effektive Schutz der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes. Die Änderung des BNatSchG beinhaltet die Einführung einer Umsetzungsfrist des Biotopverbunds bis 31. Dezember 2027. In der Naturschutzstrategie Baden-Württemberg wurde das Ziel formuliert, dass Abbaustätten in den Biotopverbund einbezogen werden sollen, da sie neben ihrem überdurchschnittlichen Vorkommen an seltenen und gefährdeten Arten speziell vor dem Hintergrund des Klimawandels und der damit verbundenen Artenverschiebungen wichtige Trittsteine und Ausbreitungsinseln für die Tier- und Pflanzenarten darstellen.

Im Bereich des Artenschutzrechts wird durch die Änderung des BNatSchG in Übereinstimmung mit der sich namentlich auf betriebs-, aber auch bau- und anlagenbezogene Risiken beziehenden Rechtsprechung das sogenannte Tötungsverbot dahingehend eingeschränkt, dass der unvermeidbare Verlust einzelner Exemplare durch ein Vorhaben nicht automatisch und immer einen Verstoß gegen das Tötungsverbot darstellt. Vielmehr setzt ein Verstoß voraus, dass durch das Vorhaben das Tötungsrisiko für Individuen der betroffenen Art signifikant erhöht wird. Der Bedeutungsgehalt von „signifikant" wird nach der Rechtsprechung in einigen Urteilen auch mit dem Begriff „deutlich" gleichgesetzt. Diese Einschränkung trägt dem Gebot der Verhältnismäßigkeit Rechnung. Der in der Praxis bewährte Signifikanzansatz nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts wird mit dieser Regelung bestätigt.

Eine weitere Änderung im Bereich des Artenschutzrechts bezieht sich auf die im Rahmen eines zugelassenen Eingriffs in Natur und Landschaft erforderlichen Maßnahmen, die zum Schutz der Tiere zur Erhaltung der Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebendenden Tiere der besonders geschützten Arten unternommen werden. Demnach liegt kein Verstoß gegen die verbotenen Handlungen des Nachstellens, des Fangens oder der Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen vor, soweit sie im Rahmen einer erforderlichen Maßnahme zum Schutz der Tiere bzw. ihrer Entwicklungsformen und zur Erhaltung der Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätte im räumlichen Zusammenhang entsprechend den fachlichen Standards und Sorgfaltspflichten erfolgen und die Beeinträchtigungen auch im Übrigen unvermeidbar sind. Damit ist klargestellt, dass bei Handlungen zum Zwecke der Umsiedlung unter Erhaltung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätte davon auszugehen ist, dass kein Verstoß gegen das artenschutzrechtliche Fangverbot vorliegt.

Durch das Ökokonto können Kompensationsmaßnahmen vorgezogen umgesetzt werden. Zahlreiche Unternehmen der Steine- und Erdenindustrie haben diese Möglichkeit bereits genutzt.

Die Beschlussfassung des Bundesrates zur Novelle des BNatSchG ist in der Sitzung des Bundesrates 31. März 2017 erfolgt. Im Rahmen des Anhörungsverfahrens haben zahlreiche Verbände weitergehende Forderungen eingebracht, um den Ansatz „Natur auf Zeit" auch im Bereich des Artenschutzrechts zu verankern. Im BNatSchG wurde leider kein entsprechender Ansatz aufgenommen. In der Bundesratssitzung wurde jedoch ein Antrag angenommen, wonach der Bundesrat die Bundesregierung bittet, mit der Europäischen Kommission zu klären, wie eine Regelung unionsrechtskonform ausgestaltet werden müsste, die den Artenschutz gewährleistet aber gleichzeitig die (Wieder-) Aufnahme einer zulässigen Nutzung innerhalb einer bestimmten Frist von den Verboten nach § 44 Absatz 1 und 2 BNatSchG freistellt. In der Begründung hierzu wurden die damit verbunden Chancen für die biologische Vielfalt in Steinbrüchen und Kiesgruben explizit genannt. Der ISTE hat sich in den gesamten Prozess intensiv eingebracht und wird diesen weiterhin begleiten.

EVALUATION DER ÖKOKONTO-VERORDNUNG

In der Begründung zur Ökokonto-Verordnung (ÖKVO) aus dem Jahr 2010 wird ausgeführt, dass – abhängig vom Vorliegen ausreichend repräsentativer Erfahrungswerte – nach spätestens fünfJahren insbesondere das Verfahren, die ökokontofähigen Maßnahmen und die auf fachlichen Konventionen beruhenden Bewertungsvorgaben einer Prüfung unterzogen werden sollen. Auch der ISTE hatte im Anhörungsverfahren in 2010 die Forderung einer Evaluation auf Basis ausreichender Erfahrungswerte eingebracht. Das Verfahren zur Evaluation der ÖKVO wurde Ende 2016 gestartet.

Ziele der Evaluation sind die Prüfung und Optimierung des gesamten Verfahrensablaufs, der ökokontofähigen Maßnahmen, der Bewertungsvorgaben und der Webanwendung sowie die Ermittlung des Bedarfs an Hilfsmaterialien in Form von Arbeitshilfen, Leitfäden und Checklisten. Zur Durchführung der Evaluation wurde ein beratender Projektbeirat eingerichtet, der aus den betroffenen Ministerien, Verbänden und sonstigen Institutionen besteht. Der ISTE ist über den Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie e.V. (LVI) eingebunden. Die Flächenagentur Baden-Württemberg GmbH ist ebenfalls im Beirat.

Darüber hinausgehend soll in Baden-Württemberg eine umfassende Kompensationsverordnung geschaffen werden. Die rechtliche Grundlage hierzu bildet § 18 Absatz 3 Naturschutzgesetz Baden-Württemberg. Im Rahmen des Entstehungsprozesses der Kompensationsverordnung wird zu prüfen sein, ob und welche Bewertungsvorgaben für naturschutzrechtliche Eingriffe und Kompensationsmaßnahmen verbindlich geregelt werden.

Das Evaluationsprojekt soll Ende 2017 abgeschlossen werden. Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg als Verordnungsgeber entscheidet anschließend über das „Ob und Wie" der Umsetzung des Evaluationsberichts und wird gegebenenfalls den Entwurf einer Novelle zur ÖKVO oder einer Kompensationsverordnung vorlegen und die Verbands- und Ressortanhörung einleiten.

Das naturschutzrechtliche Ökokonto hat sich mittlerweile zu einem für alle Beteiligten sinnvollen Instrument entwickelt. Die Bewertungssystematik der ÖKVO bietet dabei die Möglichkeit, einen sachgerechten Umgang mit Eingriffen in Natur und Landschaft darzustellen. Der ISTE wird die Evaluation sowie eine etwaige Erarbeitung einer Kompensationsverordnung des Landes weiterhin intensiv begleiten, um sicherzustellen, dass die mit den Vorhaben der Steine- und Erdenindustrie verbundenen Besonderheiten berücksichtigt werden.

Die Biodiversitätsdatenbank liefert fundierte und aktuelle Informationen zu Arten und Lebensräumen und dokumentiert die Entwicklung der biologischen Vielfalt in Abbaustätten.

BIODIVERSITÄTSDATENBANK FÜR DIE STEINE- UND ERDENINDUSTRIE

Steinbrüche, Kiesgruben und Baggerseen stellen „Reserveflächen" und „Trittsteinbiotope" für die biologische Vielfalt dar. Durch anthropogen initiierte „natürliche" Dynamik werden zahlreiche Tier- und Pflanzenarten sowie Biotopstrukturen gefördert, die in der dicht besiedelten und intensiv genutzten Landschaft nur noch selten vorkommen. Aufgelassene Abbaustätten weisen hohe Artenzahlen, mit einem hohen Anteil gefährdeter Pflanzen- und Tierarten auf. Eng verzahnt treten verschiedenste Ausbildungen von Biotoptypen auf, die häufig gefährdet, selten und bedroht sind. Dass diese Erkenntnis auch für betriebene Abbaustätten gilt, konnte durch Arbeiten der letzten zwei Jahrzehnte eindrücklich und auf breiter fachlicher Basis belegt werden.

Die Chancen von Abbaustätten für die Erhaltung und Entwicklung der biologischen Vielfalt können nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Klimawandels und der damit verbundenen Artenverschiebungen verstärkt genutzt werden und sind Rückzugsgebiete für seltene und bedrohte Arten, Lebensgemeinschaften und Biotoptypen, fungieren als Kernlebensräume, Trittsteinbiotope und Biotopverbundelemente und können in der Kulturlandschaft eine wichtige Funktion innerhalb des Biotopverbundes ausfüllen.

Die Biodiversitätsdatenbank des ISTE soll die Entwicklung der biologischen Vielfalt in Abbaustätten auswerten und dokumentieren. Damit soll die Möglichkeit geschaffen werden, eine Übersicht über das Vorkommen bedeutsamer Arten und Biotope zu bekommen. Fundierte (und aktuelle) Biodiversitätsdaten sind für eine fachliche Bewertung des Erfolgs von Naturschutzmaßnahmen unverzichtbar.

Das Projekt „Biodiversitätsdatenbank für die Steine- und Erdenindustrie" wurde 2011 gestartet und von Beginn an von einem Arbeitskreis unterstützt, in dem neben Unternehmen der Steine- und Erdenindustrie (u. a. Knauf Gips KG, Schwenk Zement KG) auch Planungs- und Ingenieurbüros (arguplan GmbH, AG.L.N., Flächenagentur Baden-Württemberg GmbH, Spang.Fischer. Natzschka. GmbH) vertreten sind. Die Biodiversitätsdatenbank wurde mittlerweile zur Eingabe von Biodiversitätsdaten freigegeben.

Die Biodiversitätsdatenbank basiert auf dem Geoinformationssystem der Steine- und Erdenindustrie (GisInfo-Service) und soll künftig gemeinsam mit weiteren Verbänden und Unternehmen der Steine- und Erdenindustrie auf Bundesebene weiterentwickelt werden. Die bundesweite Ausdehnung der Datenbank inkl. der Anpassungen an länderspezifische Anforderungen soll spätestens 2018 beginnen. Der Bundesverband Baustoffe Steine und Erden fungiert dabei als organisatorische Klammer, Träger sind die teilnehmenden Bundesfachverbände unter Einbindung ihrer Landesverbände.

REFIT-PROGRAMM – KEINE REVISION DER NATURA 2000-RICHTLINIEN

Die Europäische Kommission überprüfte bis 2016 die beiden EU-Naturschutzrichtlinien (Vogelschutzrichtlinie von 1979 und FFH -Richtlinie von 1992) hinsichtlich ihrer Wirksamkeit. Diese Überprüfung – Fitness Check genannt – erfolgte im Rahmen des REFIT-Programms, das 2012 von der EU-Kommission initiiert wurde, um zur Förderung von Wachstum und Arbeitsplätzen unnötige Bürokratie abzubauen.

2016 hat das Parlament mit großer Mehrheit einen Bericht zur Halbzeitbilanz der EU-Biodiversitätsstrategie verabschiedet und verdeutlicht, dass es an den geltenden Naturschutz-Richtlinien festhalten will. Demnach müssen nicht die gesetzlichen Vorgaben, sondern die Umsetzung verbessert werden. U.a. wurde ausgeführt, dass die Naturschutz-Richtlinien reichlich Flexibilität bieten, um ihre Umsetzung unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Anforderungen zu ermöglichen. Die EU-Kommission gab schließlich am 07.12.2016 ihre Schlussfolgerung zum Fitness Check bekannt: Die Richtlinien bleiben unverändert. Am 16.12.2016 wurde auch das „Staff Working Document" mit den abschließenden Ergebnissen der EU-Kommission veröffentlicht. Die Kommissionsmitteilung lautete, dass die Richtlinien unerlässlich für die EU-Naturschutzpolitik sind, aber die Umsetzung verbessert werden muss.

Die Kommission kündigte an, in 2017 einen Aktionsplan vorzulegen, um die Umsetzung der beiden Richtlinien zu verbessern und die Kohärenz mit anderen Politikbereichen zu stärken. Wichtige Herausforderungen sollen dabei die Verfügbarkeit und Zielgerichtetheit von Fördermitteln, das Schließen von Wissenslücken und personellen Engpässen, effektives Management von Natura 2000-Schutzgebieten, umfassendes Einbeziehen von Stakeholdern und Politikintegration sein.

Der ISTE teilt die Ansicht, dass die Naturschutz-Richtlinien ausreichend Flexibilität bieten, nicht und wird sich weiterhin auf allen Ebenen in die Diskussionen einbringen und für einen sachgerechten Umgang mit Abbaustätten werben. Arten-und Habitatschutz muss auch für Vorhaben der Industrie verhältnismäßig und rechtssicher gestalten werden.

NABU und ISTE helfen beim Bundesprogramm Biologische Vielfalt bedrohten Tierarten. Mit einfachen Tümpeln aus Beton können Populationen von Gelbbauchunken gesichert und vernetzt werden.

BUNDESPROGRAMM BIOLOGISCHE VIELFALT – STÄRKUNG UND VERNETZUNG VON GELBBAUCHUNKEN-VORKOMMEN

Das bundesweite Projekt zur „Stärkung und Vernetzung von Gelbbauchunken-Vorkommen in Deutschland" im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt geht langsam in die Zielgerade. Das Projekt ist 2012 gestartet und ist Teil eines Förderprogramms des Bundesamtes für Naturschutz, das mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gefördert wird.

Projektträger ist der NABU Niedersachsen, Projektpartner sind die NABU Landesverbände Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. In den letzten Jahren wurden in Baden-Württemberg zahlreiche Maßnahmen umgesetzt und sehr erfolgreich Kleingewässer und Tümpel-Komplexe für die Gelbbauchunke angelegt. Die Steine- und Erdenindustrie hat sich dabei auch in diesem Jahr wieder in der Vernetzung von Gelbbauchunkenvorkommen engagiert. Typische Maßnahmen waren die Schaffung von Rohbodenflächen, die Anlage von Laich- und Aufenthaltsgewässern sowie die Schaffung von Winterquartieren. In sieben der acht Projektregionen wurden in insgesamt 46 Projektgebieten Maßnahmen umgesetzt und dabei 530 Tümpel geschaffen sowie 616 Tümpel erneuert. Insgesamt wurden damit seit Projektbeginn mehr als 6000 Tümpel neu angelegt oder optimiert.

Im Jahr 2016 wurde erstmals ein neuer, innovativer Ansatz zum Schutz der Gelbbauchunke in einem Steinbruch in Baden-Württemberg getestet. Dabei wurden mehrere flache Becken aus Beton hergestellt, die als Laichgewässer für die Gelbbauchunke dienen. Die Becken sind 100 cm lang, 60 cm breit und 25 cm tief und haben zwei abgeschrägte Wände, um einen leichten Ein- und Ausstieg der Amphibien zu ermöglichen. Wichtig sind Versteckmöglichkeiten und untergetauchte Zweige, an denen die Gelbbauchunken die Eier befestigen können. Die Betontümpel wurden sofort von der Gelbbauchunke angenommen und daneben auch von Wechselkröten zur Reproduktion genutzt. Durch ihre kompakte Form verdunstet nicht viel Wasser und die Tümpel trocknen nicht vorzeitig aus.

Auch die gute Zusammenarbeit mit Abbauunternehmen hat in 2016 in der breiten Unterstützung eines EU-Projektantrags (insgesamt 61 Unterstützerschreiben) für ein Folgevorhaben ab 2018 mit den Zielarten Gelbbauchunke, Geburtshelferkröte, Kreuzkröte und Kammmolch geführt. Ein Großteil der Projektgebiete befindet sich auch in diesem Folgeprojekt in Abbaustätten.

Das Praxisseminar forstrechtlicher Ausgleich war wie immer gut besucht. Spannend ist insbesondere die Schnittstelle zwischen Waldrecht und Artenschutz.

FORSTRECHTLICHER AUSGLEICH – WALDAUSGLEICHSBÖRSE

Bei einer unbefristeten Waldumwandlung sind forstrechtlich vorgegebene Ausgleichsmaßnahmen erforderlich. Hierzu gehört insbesondere der Ausgleich durch „Ersatzaufforstung im räumlichen Zusammenhang". Der räumliche Zusammenhang ist gewahrt, wenn diese innerhalb des Naturraums 3. Ordnung (analog BNatSchG) oder in dem nächstgelegenen benachbarten Naturraum 3. Ordnung (analog NatSchG BW) erfolgen. Die Ausnahme bilden Eingriffe in den Bestand des Walds in Verdichtungsräumen, dort soll die Ersatzaufforstung möglichst in der Nähe der Eingriffe erfolgen. Für die kleinflächigen Naturräume 3. Ordnung („Fränkisches Keuper-Lias-Land", „Hochrheingebiet" und „Mainfränkische Platten") gilt, dass der räumliche Zusammenhang gewahrt ist, wenn die Ersatzaufforstung in einem benachbarten Naturraum 3. Ordnung bzw. der gleichen Raumkategorie nach dem Landesentwicklungsplan erfolgt. Im Rahmen des forstrechtlichen Ausgleichs wird im Regelfall eine „standortgerechte, naturnahe Aufforstung" anerkannt. Der forstrechtliche Ausgleich erfolgt üblicherweise über eine flächengleiche Ersatzaufforstung.

In Baden-Württemberg werden jedes Jahr – unabhängig von Ersatzaufforstungsverpflichtungen – Flächen aufgeforstet oder der natürlichen Sukzession überlassen. Dadurch steigt der Anteil der Waldfläche trotz örtlicher Eingriffe seit Jahren an. Die vorhandene Waldzunahme wird mittlerweile durch die Bevorratung von Ersatzmaßnahmen für den forstrechtlichen Ausgleich verfügbar gemacht. Zusätzlich werden kontinuierlich geeignete Sukzessionsflächen identifiziert, um in Abstimmung mit den Eigentümern diese Flächen dann ebenfalls für den forstrechtlichen Ausgleich zur Verfügung zu stellen. Die bevorrateten Ersatzmaßnahmen können bei Bedarf von einem Vorhabenträger zum Zwecke des forstrechtlichen Ausgleichs in Anspruch genommen werden. Dadurch können zeitliche und finanzielle Belastungen vermieden werden, die durch die Suche nach geeigneten Flächen und den dort umsetzbaren Ersatzmaßnahmen entstehen. Durch den Handel mit Aufforstungsmaßnahmen kann der forstrechtliche Ausgleich damit – vergleichbar mit dem naturschutzrechtlichen Ökokonto – durch „fremde Gutschriften" bewältigt werden.

Auch in 2016 / 2017 wurden durch die für die Genehmigung der Erstaufforstungen zuständigen Unteren Landwirtschaftsbehörden oder durch die Flächenbesitzer selbst aus vielen Naturräumen in Baden-Württemberg Flächen für die Waldausgleichsbörse gemeldet. Die Anfrage durch Vorhabenträger ist groß und v.a. in den Regierungsbezirken Stuttgart und Tübingen konnten bereits zahlreiche Flächen zur Verfügung gestellt werden.

Die Referenten des 4. Ökokonto-Tages mit Umweltminister Franz Untersteller (Mitte), der das Ökokonto als Instrument lobte, das längst eine wichtige Funktion im Naturschutz hat.

150 Teilnehmer nutzten die Gelegenheit, sich zu den bundesweiten Erfahrungen mit dem Ökokonto, der geplanten Evaluierung der ÖKVO und Praxisbeispielen auszutauschen.

VERANSTALTUNGEN

21. Juni 2016
SEMINAR EINGRIFFSREGELUNG UND ÖKOKONTO IM BAU- UND PLANUNGSRECHT

Seminar der Flächenagentur Baden-Württemberg GmbH in Kooperation mit STKautz-Rechtsanwälte mit über 50 Teilnehmern in Ostfildern. Workshop zu den Themen Umweltgutachten im Bau- und Planungsrecht, Gebiets- und Artenschutzrecht, rechtliche und naturschutzfachliche Anforderungen in der Vorhabenzulassung, Zuordnung, rechtliche Sicherung und Unterhaltungszeitraum.

5. Juli 2016
FORSTRECHTLICHER AUSGLEICH UND ANFORDERUNGEN AN DEN AUSGLEICH VON NATURA 2000 LEBENSRAUMTYPEN BEI DER ROHSTOFFGEWINNUNG

ISTE und ForstBW führten zum sechsten Mal ihr gemeinsames Seminar mit ca. 70 Teilnehmern durch. In diesem Seminar lag der Fokus des Seminars, das in Engstingen-Haid und Sonnenbühl stattfand, auf den Anforderungen des Ausgleichs von Natura 2000-Lebensraumtypen bei der Rohstoffgewinnung. Referenten des Seminars waren Dr. Steffen Kautz, STKautz Rechtsanwälte, München, der die natur- und forstrechtlichen Anforderungen in den Zulassungsverfahren erläuterte, Markus Maier, Prokurist Gebr. Herrmann Schotterwerk GmbH & Co. KG, Sonnenbühl-Genkingen, welcher die Rohstoffsicherung und das Steinbrucherweiterungsvorhaben vorstellte, Dr. Dietrich Kratsch, Referatsleiter im Regierungspräsidium Tübingen, der auf die Erfordernisse der FFH-Verträglichkeitsprüfung und Dr. Gunther Matthäus, Gruppe für ökologische Gutachten Detzel & Matthäus, der die naturschutzrechtlichen Anforderungen an die Genehmigungsplanung vorstellte. Am Nachmittag konnten sich die Teilnehmer einen Eindruck über die Neuanlage von Flachland-Mähwiesen sowie Kohärenzsicherungsstandorten für den Ausgleich des Lebensraumtyps Waldmeister-Buchenwald verschaffen.

21. und 22. Juli 2016
SACHKUNDELEHRGANG LAGA PN 98

Zweitägiger Grundkurs mit Theorie und Praxis und integriertem Auffrischungskurs zur Erhaltung der Sach- und/oder Fachkunde in Weißlensburg. Im Auffrischungskurs wurden auch schon die neuen DIN-Normen für die MantelV des Bundes besprochen.

27. Oktober 2016
19. BAUSTOFF-RECYCLINGTAG

Ressourcenschonung, Nachhaltigkeit und die angekündigte bundesweite Mantelverordnung standen im Mittelpunkt des 19. Baustoff-Recycling-Tages des Industrieverbandes Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. (ISTE) in Filderstadt. Der Staatssekretär im Stuttgarter Umweltministerium, Dr. Andre Baumann, stellte das Projekt einer landesweiten Rohstoff-Strategie vor und plädierte für einen intensiven Dialog aller Beteiligten. Der ISTE würdigte auf diesem wichtigsten Branchentreffen im Südwesten besonders seinen Mitgliedsunternehmer Walter Feess und die Cottbuser Recycling-Expertin Prof. Dr. Angelika Mettke. Ihnen hat Bundespräsident Joachim Gauck drei Tage später, am 30.10.2016 in Würzburg, diesen mit 500.000 Euro höchstdotierten Umweltpreis Europas verliehen. Zentrales fachliches Thema war die geplante Mantelverordnung des Bundes mit denErgebnissen des Planspiels „MantelV" des Bundes und deren Umsetzung im geplanten Referentenentwurf Mantelverordnung (weitere Informationen im Exkurs auf Seite 89).

9. November 2016
4. ÖKOKONTO-TAG BADEN-WÜRTTEMBERG

Der 4. Ökokonto-Tag der Flächenagentur stieß auf enormes Interesse und wurde von über 150 Vertretern der Unternehmen, Kommunen, Planungsbüros und Genehmigungsbehörden besucht. „Das Ökokonto hat längst eine wichtige Funktion im Naturschutz", lobte Landesumweltminister Franz Untersteller die Regelung bei der Eröffnung des 4. Ökokonto-Tages der Flächenagentur Baden-Württemberg. Er hoffe, dass es mit Hilfe einer Evaluation auch

Referenten der Informationsveranstaltung Versicherungen in der Steine- und Erdenindustrie (v.l.n.r.): Volker Leucht, Helen Krebs, Thomas Weber (Südvers), Manuel Sedlak, Heinz Sprenger (ISTE), Tanja Ohren, Florian Sprenger, Meike Breimaier (Südvers).

Beim Genehmigungsverfahrensseminar berichtete Michael Heugel vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit über den aktuellen Stand der Mantelverordnung.

gelinge, die derzeit noch existierenden verschiedenen Regelungen in einer einheitlichen Kompensations-Verordnung des Landes zu bündeln.

Zu den Referenten gehörte Anne Schöps, Vorsitzende des Bundesverbandes der Flächenagenturen in Deutschland, die in ihrem Vortrag einen bundesweiten Blick auf das Ökokonto warf und die wesentlichen Qualitätsmerkmale für die Planung von Ökokonto-Maßnahmen aufzeigte. Einen detaillierten Überblick über aktuelle Rechtsfragen beim Ökokonto und über die geplante Kompensations-Verordnung des Landes gab Wolfgang Kaiser, Leiter des Referates für Biotop- und Artenschutz/Eingriffsregelung im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft.

Weitere Referenten waren Peter Dreher, Untere Naturschutzbehörde Landkreises Biberach, Michaela Österle vom Bauamt der Gemeinde Oberderdingen, Jochen Paleit, Bürgermeister der Gemeinde Kappel-Grafenhausen, Jürgen Trautner, Arbeitsgruppe für Tierökologie und Planung, Sabine Schädle, Holcim (Süddeutschland) GmbH und Prof. Dr. Christian Küpfer von der HfWU in Nürtingen, die über ihre Erfahrungen mit der Anwendung der Ökokonto-Verordnung berichteten.

29. November 2016

19. GENEHMIGUNGS-VERFAHRENSSEMINAR

zusammen mit der Rechtsanwaltskanzlei Dolde Mayen und Partner (Stuttgart) und der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Bergbau- und Mineralgewinnungsbetriebe e.V. (ABBM). Über 120 Teilnehmer nutzten die Gelegenheit sich über die aktuellen Entwicklungen in Baden-Württemberg und auf Bundesebene bezüglich Genehmigungsverfahren für die Betriebe der Steine- und Erdenindustrie zu informieren, u.a. aktueller Stand des Gesetzesentwurfes zur Anpassung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes, der Mantelverordnung und der TA Luft sowie die geplante Evaluierung der Ökokonto-Verordnung. Dass es zu einem, allerdings schwierigen, Wandel in den Genehmigungsverfahren in den vergangenen Jahren kam, stellte Tino Villano, Vorsitzender des Umwelt- und Rohstoffausschusses (URA) des ISTE, fest. Obwohl der Abbau der Rohstoffe politisch gewollt ist, werden Vorhaben von einzelinteressenverfolgenden Beteiligten erschwert. Dass es beim Blick über den Zaun ähnlich aussieht, verdeutlichte Dr. Lothar Ulsamer, Daimler AG (Stuttgart). Das 520 Hektar große Testgelände für ein Prüf- und Technologiezentrum in Immendingen wird bereits gebaut. Kiesabbaugenehmigungen werden immer mehr zum Lotteriespiel und dauern immer länger, konnte auch Oliver Mohr, Geschäftsführer der Firma Meichle und Mohr GmbH (Immenstaad) berichten. Dass Kiesabbau für den Naturschutz jedoch gleichzeitig hohe Potenziale birgt – das zeigte Landschaftsökologe Jürgen Trautner, Arbeitsgruppe für Tierökologie und Planung in Filderstadt, der von 1992 bis 2013 den Kiesabbau im Radolfzeller Stadtwald und südlich von Steißlingen untersuchte und die Ergebnisse in einem Buch zusammenfasste. Weitere Referenten waren Dr. Gerhard Bronner (Vorsitzender des LNV), Lothar Benzel (ISTE), Wilfried Franke (VerbandsdirektorRegionalverband Bodensee-Oberschwaben), Dr. Winfried Porsch (Dolde Mayen und Partner), Michael Heugel (BMUB) , Walter Nelles (MIRO), Wolfgang Kaiser (Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft) und Dr. Markus Röhl (HfWU).

21. und 22. März 2017

SACHKUNDELEHRGANG LAGA PN 98

Zweitägiger Grundkurs mit Theorie und Praxis und integriertem Auffrischungskurs zur Erhaltung der Sach- und/oder Fachkunde in Kirchheim unter Teck.

Kompetentes Referentinnen- und Referententeam beim Seminar Ökokonto (v.l.n.r.):. Elke Leitner, Marcus Haas (Flächenagentur), Steffen Kautz (STKautz-Rechtsanwälte), Manuel Sedlak und Dr. Martin Meier (Flächenagentur)

23. Mai 2017

ARBEITSKREIS FREMD-ÜBERWACHUNG DES QRB

Gemeinsam mit Vertreten des Umweltministeriums und der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) diskutieren QRB-Mitglieder (Recyclingunternehmen und Prüfinstitute) die Umsetzung der Güteüberwachung nach Rc-Erlass durch QRB. Im Rahmen dieser Sitzung wurden auch die geplanten Änderungen in der Güteüberwachung gemäß geplanter Mantelverordnung des Bundes, die Entwicklung einer GIS-basierten Güteüberwachungsplattform QEB 2.0 zur operativen Umsetzung der MantelV und die Produktzertifizierung für mobil hergestellte Rc-Baustoffe diskutiert.

22. Juni 2017

INFORMATIONSVERANSTALTUNG VERSICHERUNGEN IN DER STEINE- UND ERDENINDUSTRIE

gemeinsam mit der Südvers-Gruppe. Informationsveranstaltung zu den Themen Rekultivierungsbürgschaften, Sicherheitsleistungen für die Lagerung von Abfällen, Umwelthaftung, Umweltschadensrecht, Fuhrpark und Flottenmanagement und Risiken bei der Abgrenzung von Betriebsflächen zu öffentlichen Verkehrsflächen im Haus der BaustoffIndustrie in Ostfildern.

29. Juni 2017

SEMINAR ÖKOKONTO – VON DER MASSNAHMENIDEE ÜBER DIE UMSETZUNG BIS ZUR ANRECHNUNG

in Kooperation mit dem Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie e.V. (LVI), der Forstkammer Baden-Württemberg e.V. und STKautz-Rechtsanwälte mit 90 Teilnehmern. Workshop zu den Themen Eingriffsregelung im Bau- und Naturschutzrecht, Rechtliche Grundlagen des Ökokontos, ökokontofähige Maßnahmen, Anforderungen an die Maßnahmen- und Vorhabenplanung, Unterschiede Ökokonto nach BauGB und BNatSchG, Multifunktionalität von Ökokonto-Maßnahmen, Bewertungsvorgaben, Praxisbeispiele Ökokonto-Maßnahmen, Produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen, Förderung spezifischer Arten, Antragstellung, Unterhaltung und rechtliche Sicherung, Refinanzierung und Kompensationsverzeichnis.

FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

- Genehmigungsverfahren müssen die rechtssichere Durchführbarkeit der Rohstoffgewinnung ermöglichen. Dabei sind die Besonderheiten von Abbauvorhaben zu berücksichtigen, z.B. die Tatsache, dass während der Abbauphase zahlreiche gefährdete Arten einwandern, die zu Konflikten mit dem Artenschutzrecht führen können. Es müssen Lösungsansätze diskutiert werden, die bereits im Rahmen der Genehmigungsverfahren Anwendung finden können.
- Abbaustätten müssen in den landesweiten Biotopverbund integriert werden. Sie tragen zur Lösung des Problems der abnehmenden Artenvielfalt bei.
- Die Evaluierung der Ökokonto-Verordnung (ÖKVO) muss als Chance verstanden werden, das Instrument Ökokonto als kooperatives System der Naturschutzsteuerung zu optimieren.
- Bei der Ausweisung von Schutzgebieten müssen nachgewiesene Rohstoffvorkommen beachtet werden.

EXKURS ABBAUSTÄTTEN – FABRIKEN FÜR BIOLOGISCHE VIELFALT

Hoher Besuch anlässlich eines besonderen Projektes: Umweltminister Franz Untersteller MdL (3.v.l.) würdigt die über zwanzigjährigen Monitoringergebnisse einer Kiesgrube im Hegau. Mit dabei Dorothea Wehinger MdL.

EINZIGARTIGE BEOBACHTUNGSDATEN VON FAUNA UND FLORA VON KIESGRUBEN AM WESTLICHEN BODENSEE

Es ist eine Studie, wie es sie so noch nicht gab: Über zwei Jahrzehnte lang untersuchte der Zoologe Jürgen Trautner mit seinen Kollegen die Entwicklung von Fauna und Flora in ehemaligen Kiesabbauflächen des Unternehmens Meichle + Mohr am Bodensee. Heraus kam das Buch „Entwicklung einer Kieslandschaft im Hegau und am westlichen Bodensee". Das Fazit dieser außergewöhnlichen wissenschaftlichen Arbeit: Kiesgruben sind Fabriken für biologische Vielfalt! Denn Vögel, Reptilien, Amphibien, Käfer – sie alle holen sich ihren Lebensraum zurück.

Finanziert wird die immer noch weiter gehende und jährlich zwischen 9.000 und 30.000 Euro kostende Arbeit von Meichle + Mohr, dem Kieswerk Schray und dem bei der Stadt Radolfzell und der Gemeinde Steißlingen eingerichteten Umweltfonds. Entsprechend der Abbaumenge werden in den Fonds fünf Cent pro Tonne eingezahlt. Allein für den Abbau im Radolfzeller Stadtwald sind das jährlich bis zu 50.000 Euro. Die Fonds fördern Maßnahmen in der Stadt Radolfzell und in der Gemeinde Steißlingen.

Die Studie geht zurück auf die Initiative des Meichle + Mohr-Gesellschafters und ISTE-Ehrenpräsidenten Dr. Rolf Mohr, der sich schon seit vielen Jahren für den Naturschutz engagiert. Er wollte es nach kontroversen Diskussionen mit Naturschützern vor mehr als zwei Jahrzehnten genau wissen und die Frage beantworten, wie genau sich eine Abbaustätte im Laufe der Rohstoffgewinnung und danach mit der Natur verträgt. Was sind ehemalige Abbauflächen? Verwüstete Landschaften oder Paradiese aus zweiter Hand?

Das Buch zeigt: Die ehemaligen Kiesabbauflächen in Radolfzell und Steißlingen mit teils der Natur überlassenen Bereichen sind keine „Wüsten in der Landschaft". Sie werden zu für den Naturschutz wichtigen Rückzugsgebieten gefährdeter Tierarten, wie Flussregenpfeifer, Neuntöter, Laufkäfer, Zauneidechsen oder Gelbbauchunken. „Die offenen Kies-, Lehm- und Sandböden werden von Arten besiedelt, die in der heutigen Kulturlandschaft kaum noch Überlebensmöglichkeiten haben", sagt Trautner. Er vergleicht diese Flächen mit natürlichen Flusslandschaften, mit Abbruchkanten und Uferbereichen, die früher auch die Landschaft im Hegau und am Bodensee bestimmt haben. Ein Prallhang ähnele der Abbauwand einer Kiesgrube, die Kiesbänke denen der Abbausohle.

DEKADEN- STATT MOMENTAUFNAHMEN – UNTERSUCHUNGEN LAUFEN MINDESTENS BIS 2023 WEITER

Trautner räumt ein, dass nur ein Teil der gefährdeten Arten auf diesen Flächen einen Lebensraum finden wird und viele auch nur auf Zeit: „Die potenzielle Funktion von Kiesabbaugebieten für den Naturschutz, insbesondere für gefährdete Arten der Tierwelt, ist im Stadtwald Radolfzell und in Steißlingen zweifelsohne verwirklicht. Im Abbaufortschritt bilden sich – meist relativ kurzlebige – Lebensräume mit sehr hoher Bedeutung für eine große Zahl an seltenen und gefährdeten Arten aus. Solche Potenziale sollen künftig verstärkt genutzt und weiter entwickelt werden."

„Wir als Kiesabbauunternehmer werden die Ergebnisse der 20 Jahre andauernden und im Buch festgehaltenen Untersuchungen dafür nutzen, um die wieder aufgeforsteten und die sich selbst überlassenen ehemaligen Abbauflächen so natürlich wie möglich zu gestalten", verspricht Rolf Mohr. Das sogenannte Monitoring laufe noch weiter. Der Untersuchungsauftrag sei bis 2023 verlängert worden, so Mohr. Dabei sollen dann auch rastende und ziehende Wasservögel an dem mit Beginn des Nassabbaus im Jahr 2009 im Stadtwald Radolfzell neu entstandenen Kiessee erfasst werden.

Minister Franz Untersteller, Buchautor Jürgen Trautner, und Initiator und ISTE-Ehrenpräsident Dr. Rolf Mohr stellen die wichtigsten Ergebnisse von zwanzig Jahren Monitoring in der Kiesgrube Stadtwald Radolfzell vor.

GROSSE KIESGRUBEN BIETEN VIELFÄLTIGE LEBENSRAUMMÖGLICHKEITEN. SCHON DER „NORMALBETRIEB" DER KIESGRUBE WIRKT SICH POSITIV AUS.

Bei seinem Besuch in Steißlingen würdigte der baden-württembergische Umweltminister Franz Untersteller die Studie und das Engagement ihrer industriellen Auftraggeber. Um den laufenden Abbau und den Artenschutz zu kombinieren, müssten am Rande der Abbauflächen Ruhezonen angelegt werden, in denen Kröten und Frösche ungestörte Laichgewässer finden. Für den Minister ist es „die hohe Kunst", die während des Abbaus immer wieder genutzten und neu geschaffenen Lebensräume, auch über das Ende der Rohstoffgewinnung hinaus, möglichst lange als Sonderstandorte zu erhalten. Weil die Flächen aber häufig für Gewerbegebiete oder Wiederaufforstung vorgesehen seien, sei es sehr wichtig, Habitate für Kreuzkröte, Flussregenpfeifer und Co. möglichst frühzeitig in die Planungen mit einzubeziehen. Die Untersuchungen in Radolfzell und Steißlingen hätten gezeigt, dass das Gelände während und unmittelbar nach Ende des Abbaus von hoher artenschutzfachlicher Bedeutung sei.

Kies- und Sandabbaustätten könnten langfristig nur dann einen hohen Wert für den Natur- und Artenschutz erlangen, wenn dieses Ziel von Beginn an in den Genehmigungsverfahren berücksichtigt werde, so der Umweltminister. Gewerbegebiete oder Wiederaufforstungen müssten zumindest auf Teilflächen ausgeschlossen werden. Wenn während der Rekultivierung darauf geachtet werde, besonders die Extremstandorte zu erhalten, würden die Chancen gut stehen, dass spezialisierte Arten auf den Flächen dauerhaft Fuß fassen können. Ehemalige Abbauflächen seien auch wichtig für den Biotopverbund.

Vom Besuch des Umweltministers in Radolfzell wurde ein kleiner Film erstellt, der auf youtube abgerufen werden kann.

„Damit sind wir dem Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie ein gutes Stück näher gekommen."
Dr. Rolf Mohr, Ehrenpräsident des ISTE

Das Buch „Entwicklung einer Kiesabbaulandschaft im Hegau am westlichen Bodensee" ist im Buchhandel erhältlich: ISBN 978-3-943599-47-3

»Öffentlichkeitsarbeit ist keine platte Werbung – sie basiert auf nachhaltiger Kommunikation und Information.
Das Vermitteln unserer Themen vor Ort schafft ein breites Verständnis für unsere Industrie und unser Tun.«

Sabine Schädle,
Holcim (Süddeutschland) GmbH,
Stellvertretende Vorsitzende
des Ausschusses
für Öffentlichkeitsarbeit

DAFÜR STEHEN WIR:

Jeder Baden-Württemberger verbraucht statistisch gesehen pro Stunde zwei Hände voll mineralischer Rohstoffe. Das entspricht einem Kilogramm Natursteine, Sand und Kies, Gips, Kalk, Zement und andere Rohstoffe. Im Jahr sind dies 10 Tonnen, die pro Einwohner gewonnen werden.

Deutlich sichtbar sind Steine bei Gebäuden und Straßen: Über 80 Prozent der abgebauten Gesteine werden in der Bauindustrie verwendet. Wenig bekannt ist hingegen, dass zum Beispiel Kalk in der Zahnpasta steckt, zur Herstellung von Stahl und Zucker benötigt wird und als Trennmittel dafür sorgt, dass Toastbrotscheiben und Kaugummistreifen nicht aneinander kleben. Darüber hinaus sind mineralische Rohstoffe an der Herstellung von fast allen industriellen Produkten beteiligt.

Darüber informiert der ISTE mit verschiedenen Veröffentlichungen, Infomaterial und Pressemeldungen. Verwaltung und Fachöffentlichkeit können sich auf Fortbildungsveranstaltungen zu verschiedenen Themen informieren. Jährlich informiert der Verband auf rund 40 Veranstaltungen über vielfältige Themen. Einen Überblick gibt der Internetauftritt www.iste.de.

Öffentlichkeitsarbeit ist keine Arbeit mit schnellen Erfolgen. Der ISTE legt dabei großen Wert auf Nachhaltigkeit und Kontinuität.

Zeigen, was in der Gewinnungsstätte passiert: Gemeinderäte, Bürgermeister, Landräte, Abgeordnete sowie die Bevölkerung werfen gerne einen „Blick hinter die Kulissen".

UNTERRICHTSMATERIAL FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER VON MORGEN

Der ISTE bietet regelmäßige Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer sowie für Erzieherinnen und Erzieher an. Zusammen mit Pädagogen und Geologen wurde der GeoKoffer entwickelt, der von den Schulen mit Begeisterung angenommen wird – 350 GeoKoffer sind inzwischen im Einsatz.

AUSSTELLUNGEN – BAU- UND ROHSTOFFE VOR ORT ERLEBEN

Ein weiterer Baustein sind Ausstellungen wie das Spiel- und Erlebnisgelände „steine im fluss" in Konstanz, das gemeinsam mit dem Staatlichen Naturkundemuseum Stuttgart und dem Bodensee-Naturmuseum gestaltet wurde. Dort lernen seit über zehn Jahren Kinder mit ihren Lehrerinnen und Lehrern und Erzieherinnen und Erziehern spielerisch, wie spannend Geologie sein kann und wie rohstoffreich unser Land ist.

Das „Klassenzimmer am See" am Stuttgarter Max-Eyth-See, einem ehemaligen Baggersee, steht für Schulausflüge aus der ganzen Region zur Verfügung und wird von der Christoph-Sonntag-Stiphtung betrieben.

Auf dem Hausberg von Baden-Baden, dem Merkur, ist mit „Merkurs Würfel – eine geologische Zeitreise durch Baden-Baden" ein weiterer Ausstellungsschwerpunkt entstanden.

VERANSTALTUNGEN – QUALIFIZIERTE WEITERBILDUNG UND AUSTAUSCH SIND WICHTIG

Verbände verbinden: Deshalb führen wir zahlreiche Tagungen, Seminare, Workshops und Exkursionen durch. Gemeinsam mit zahlreichen Kooperationspartnern aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Verbänden helfen wir, dass auf den Veranstaltungen neben Sachinformationen auch immer genügend Raum zum gegenseitigen Kennenlernen und Austausch besteht.

JUNIOREN IM ISTE – ICH SAMMLE TÄGLICH ERFAHRUNG

Das „Junioren"- Angebot im ISTE richtet sich an junge Menschen, die häufig bereits Verantwortung in unseren Mitgliedsunternehmen tragen oder künftig maßgeblich in der Unternehmensleitung wirken sollen.

Dieser Zielgruppe bieten wir eine Plattform zu ungezwungenem Kennenlernen und Gedankenaustausch – zur Bildung und Pflege persönlicher Netzwerke in der Branche. Daneben versuchen wir stets, den Teilnehmern Eindrücke und Erfahrungen zu vermitteln, die ihnen anderswo nicht geboten werden, frei nach dem Motto: „**I**ch **s**ammle **t**äglich **E**rfahrung" – ISTE eben.

Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die jungen Unternehmer zu erleichtern, bieten wir immer wieder auch Aktionen an, die für die ganze Familie geeignet und interessant sind.

Die kleine GeoBox und die ganz große Politik. Der Ministerpräsident klärt die Bundeskanzlerin über die mineralischen Rohstoffe Baden-Württembergs auf.
Eine willkommene Pause von der Politik und ein Einblick in 500 Mio. Jahre Erdgeschichte.

Erfolgreicher Ausstellungsstand des ISTE beim BDI-Rohstoffkongress

ISTE AUSSCHUSS FÜR ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Der ISTE Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit hat sich im Berichtszeitraum am 11. Oktober 2016 in Schelklingen bei der HeidelbergCement AG und am 22.März 2017 in Ostfildern getroffen und über Projekte, Finanzen und Aktivitäten gesprochen. Dabei wurden Ideen geprüft, bewertet, verworfen oder geboren In der Herbstsitzung 2017 haben sich die AK-Mitglieder mit strategischen Fragen der Öffentlichkeitsarbeit des ISTE befasst. Dabei wurde festgestellt, dass die inhaltliche Arbeit, Zielgruppe und Ergebnisse der Öffentlichkeitsarbeit keiner strategischen Änderung bedürfen. Zusätzlich wird die Regionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit Regionalplanfortschreibungen stärker in den Fokus gerückt.

Der Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit hat beispielsweise beschlossen, die Landessonderausstellung „BauBionik – Biologie trifft Architektur", die ab dem 18. Oktober 2017 bis Ende Mai 2018 im Stuttgarter Naturkundemuseum Schloss Rosenstein gezeigt wird, zu unterstützen. Initiatoren dieses Projektes sind das Staatliche Museum für Naturkunde Stuttgart und die Universität Stuttgart. Ausstellungspartner sind die Universitäten Stuttgart, Freiburg und Tübingen, das SMNS, die Deutsche Forschungsgemeinschaft und das Fraunhofer Institut.

Der vom ISTE erstellte Film über die Besuche des Umweltministers Franz Untersteller und des Umweltstaatssekretär Dr. Andre Baumann wurden vom Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit inhaltlich und von der Machart her begrüßt.

BDI-ROHSTOFFKONGRESS AM 5. JULI 2016 IN BERLIN

Zwei Tage vor der Stallwächter Party in Berlin präsentierte sich der ISTE mit einem ansprechenden und großen Stand beim BDI-Rohstoffkongress, bei dem Vertreter aus Politik (z.B. der damalige Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und die Bundesministerin für Bildung und Forschung Johanna Wanka) und Verwaltung (Bundeswirtschaftsministerium, Bundesumweltministerium) sowie zahlreiche Unternehmens- und Verbandsvertreter teilgenommen haben. Der ISTE-Stand erfreute sich großer Aufmerksamkeit, denn derartige Auftritte mit sinnvollen und ideenreichen Geschenken sind durchaus seltener auf Bundesebene zu finden. Wir freuen uns, dass beispielsweise der Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO) das ISTE-Konzept aufgegriffen und seine Außenwirkung auf Parteitagen verstärkt.

DIE GEOBOX: ERSTE AUFLAGE VERGRIFFEN, NEUE AUFLAGE IN BEARBEITUNG

Die ersten 1.000 GeoBoxen, die „kleine Schwester" des GeoKoffers, waren sehr schnell vergriffen. Sie dienten als sehr persönliches und authentisches Geschenk unser Branche an Politiker, Referenten bei Veranstaltungen oder auch schlicht als Gesprächsstoff zwischen der Bundeskanzlerin und dem Ministerpräsidenten auf der Stallwächterparty der Landesvertretung in Berlin.

Aufgrund der hohen Nachfrage dieses sympathischen Geschenkes wurden in der ersten Auflage nochmals 1.000 Stück hergestellt und bestückt sowie eine zweite Auflage (GeoBox 2.0) konzipiert.

GEOBOX NORDSCHWARZWALD

Die GeoBox des ISTE war Vorbild für das GeoEntdeckerset Nordschwarzwald, das von Dr. Andreas Megerle (Erlebnis Südwest) und Bernd Schuler (xxdesignpartner) entwickelt wurde. GeoTouren lassen Groß und Klein die Landschaft und ihre geologischen Besonderheiten völlig neu erleben. Ergänzt werden diese durch eine GeoBox mit Steinen des Nordschwarzwalds und einem GeoKompakt-Buch mit dem nötigen Hintergrundwissen. Im Vorwort des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann wird auch der GeoKoffer lobend erwähnt.

Natürlich erhält auch der EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger eine GeoBox anlässlich seines Besuchs auf der Winterarbeitstagung des ISTE.

Gemeinsamer Stand mit der Fa. Holcim Süddeutschland GmbH auf der Didacta 2017

GEOKOFFER UND SCHIEFERERLEBNIS AUF DER DIDACTA 2017

Bereits zum zweiten Mal präsentierten sich die Fa. Holcim Süddeutschland GmbH und der ISTE auf einem gemeinsamen Stand auf der weltgrößten Bildungsmesse, der Didacta, im Februar 2017. Der ISTE warb mit dem GeoKoffer um die Aufmerksamkeit der zahlreichen Lehrerinnen und Lehrer, die Fa. Holcim informierte über das Werkforum und über das SchieferErlebnis Dormettingen.

An einzelnen Messetagen war auch Dr. Andreas Megerle zu Gast, der das GeoEntdeckerset Nordschwarzwald präsentierte, das vom Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord gefördert und vom ISTE unterstützt wurde.

ISTE AUF FACEBOOK – EINE ZWISCHENBILANZ

Seit zwei Jahren präsentiert sich der ISTE regelmäßig auf Facebook. Das soziale Netzwerk dient dabei sowohl der Kommunikation nach innen in Richtung der eigenen Mitglieder, als auch als Visitenkarte gegenüber der breiten Öffentlichkeit. Jenseits der klassischen Medien lassen sich so in informativer und persönlicher Weise Inhalte der Branche transportieren – aktuell, unabhängig von Redaktionsschlüssen und Themenvorgaben.

Dazu gehören immer wieder GeoKoffer-Übergaben. Sie dokumentieren – zumeist reich bebildert – das Engagement des ISTE und seiner Mitgliedsunternehmen vor Ort. Diese bekommen durch den Facebook-Auftritt des ISTE auch Gelegenheit, ihre individuellen Situationen zu thematisieren und bei Konflikten die Unterstützung durch den Verband zu verdeutlichen und die Sichtweise der Steine- und Erdenindustrie zu vermitteln.

Zum Facebook-Auftritt gehören auch Berichte über die diversen und vielfältigen Veranstaltungen des ISTE, von seinen Seminaren und Fachtagungen genauso wie von den Kongressen, Winterarbeitstagungen und Jahreshauptversammlungen. Besonders letztere erfahren eine intensive Berichterstattung, die aktuell beginnt, sich dann aber vertiefend über mehrere Tage hinzieht. So haben auch Mitglieder, die nicht anwesend sein konnten, und Außenstehende Gelegenheit, Inhalte, Themen und Positionen des ISTE kennenzulernen.

Diese Visitenkarte nach außen verstetigt auch den Kontakt zu Politikern, die ihrerseits meistens ausgesprochen „Facebook-affin" handeln. Regelmäßig bekommt der ISTE auf diese Weise beispielsweise Likes von Mitgliedern der baden-württembergischen Landespolitik.

Inzwischen hat die Seite des ISTE auf Facebook über 900 Likes erhalten. Hinzu kommen die „Daumen" für die einzelnen Beiträge. Diese erreichen oftmals zwischen 3.000 und 5.000 Personen.

Das GeoEntdeckerset Nordschwarzwald besteht aus einer GeoBox mit neun wichtigen Gesteinen des Nordschwarzwalds samt Entdeckerlupe, einem 100-seitigen GeoKompakt-Buch mit Hintergrundwissen und diversen GeoTouren-Broschüren, erhältlich im Online-Shop des Naturparks: www.naturparkschwarzwald.de.

An einem Modell im Besucherzentrum der Laichinger Tiefenhöhle werden die Mechanismen der Verkarstung und Höhlenentstehung aber auch die Rohstoffgewinnung erläutert.

Der ISTE beteiligt sich regelmäßig mit einem Stand beim jährlichen Geopark-Fest. Diesmal war das Fest am 18. Juni 2017 in Sontheim an der Brenz.

PARTNERSCHAFT: GEOPARK SCHWÄBISCHE ALB MIT UNESCO-STATUS

GEOPARK DER SUPERLATIVE

Als Geoparks werden Landschaften ausgezeichnet, die ein bedeutendes geologisches, archäologisches und kulturhistorisches Erbe besitzen. Auf der Schwäbischen Alb wurde bereits 2002 ein Geopark eingerichtet. Als fossilreiches Karstgebirge mit einem tertiären Vulkanismus, einem Meteorkrater und der Eiszeitkunst besitzt die Schwäbische Alb ein weltweit herausragendes erdgeschichtliches Erbe. Die erdgeschichtliche Vielfalt ist der Grund warum der Geopark 2015 als ein UNESCO-Geopark anerkannt wurde. Aufgabe des Geoparks Schwäbische Alb ist es, Geologie und Erdgeschichte für Menschen erlebbar zu machen, Geotope zu schützen und einen Beitrag zur Regionalentwicklung zu leisten.

DER ISTE IST EIN WEGBEGLEITER DES GEOPARKS

Der ISTE ist ein langjähriger Weggefährte des Geoparks. Als Mitglied im Geopark-Verein sowie über die Mitarbeit im Beirat des Geoparks hat der ISTE die Entwicklung des Geoparks seit seinen Anfängen mit begleitet.

In 2015 wurde zwischen dem ISTE und dem Geopark eine Partnerschaft auf den Weg gebracht, die zunächst auf die Dauer von drei Jahren ausgelegt ist. Die Partnerschaft und der dazu gehörige Vertrag wurden im April 2015 im Steinbruch Moeck (Grabenstetten) im Rahmen eines Pressetermins besiegelt.

Der Geopark unterstützt Maßnahmen mit dem Ziel, Geologie und Erdgeschichte in Wert zu setzen und für die Gesellschaft nutzbar zu machen. Er befürwortet deshalb auch den Abbau von Massenrohstoffen wie Kalk, Kies, Sand und Ton, sofern der Abbau auf nachhaltige Weise erfolgt und bedeutende Geotope durch den Abbau nicht beeinträchtigt werden. Der Geopark ist kein Träger öffentlicher Belange. Auf Eingriffe in Natur und Landschaft kann er rechtlich nicht Einfluss nehmen.

EINE PARTNERSCHAFT ZU BEIDERSEITIGEM NUTZEN

Die Partnerschaft zwischen dem Geopark und ISTE unterstützen aktuell 40 Mitgliedsbetriebe des ISTE auf der Schwäbischen Alb durch Entrichtung eines finanziellen Beitrags. Der Beitrag ist gestaffelt und orientiert sich an der Betriebsgröße. So kommt ein Finanzvolumen von 20.000 Euro zustande, die der Geopark zur Wahrnehmung seiner satzungsgemäßen Aufgaben, aber auch zur Finanzierung der im Rahmen der Partnerschaft geplanten Projekte verwenden kann.

Für den Geopark ergeben sich zahlreiche Nutzenaspekte. Ein wichtiges Ziel der Partnerschaft ist es, Menschen für Geologie und Erdgeschichte zu interessieren. Wichtige Orte, wo Erdgeschichte erlebt werden kann, sind Abbaustätten, v.a. Steinbrüche. Da die Gesteinsschichten dort offen zutage liegen, bieten sich glänzende Einblicke in den Bauch der Schwäbischen Alb.

Abbaustätten sind aber auch Hotspots der Biodiversität. Hier kommen hochspezialisierte Tiere und Pflanzen vor, die es in unserer Kulturlandschaft fast nicht mehr gibt, weil deren ursprüngliche Lebensräume verloren gegangen sind. Abbaustätten ermöglichen aber

Gut ausgestattet geht es mit dem neu gewählten Vorsitzenden des Geoparks Schwäbische Alb, Markus Möller, in den „Bauch" der Schwäbischen Alb. Herr Möller ist hauptberuflich erster Landesbeamter des Alb-Donau-Kreises.

auch eine verlässliche und günstige Versorgung der Bevölkerung mit täglich benötigten Rohstoffen, deren Abbau verbrauchsnah und damit nachhaltig erfolgt.

Die Partnerschaft ermöglicht es dem Geopark, Steinbrüche, Kies, Sand- und Tongruben für die Bildungsarbeit zu nutzen. Viele Werke sind Partner des Geoparks und öffnen zu diesem Zweck ihre Abbaustätten.

Aber auch der ISTE profitiert von der Partnerschaft. Wer Abbaustätten auf diese Weise kennen gelernt hat, der wird mehr Verständnis entwickeln für die Notwendigkeit des Abbaus von Gestein und damit auch für die möglichen (unangenehmen) Folgeerscheinungen, die der Gesteinsabbau mit sich bringen kann. Weiterhin profitieren die Unternehmen durch einen Imagegewinn u. a. aus der Verwendung des Geopark-Signets.

GEMEINSAME AKTIVITÄTEN

2015 wurde ein AK GeoPark-Allianz im ISTE eingerichtet mit dem Auftrag, die Projekte, die im Rahmen der Partnerschaft geplant sind, zu koordinieren. Die Sitzungen finden zweimal im Jahr statt.

Der Geopark feiert jährlich am dritten Sonntag im September den bundesweiten „Tag des Geotops". An diesem Tag werden ausgewählte Geotope der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und vorgestellt. 2015 beteiligten sich die beiden Unternehmen Gebr. Heinz Schotterwerke GmbH & Co. KG in Willmandingen sowie SWK Schotterwerk Kirchen GmbH & Co. KG in Ehingen-Kirchen am Tag des Geotops und öffneten ihre Werkstore. Das Publikumsinteresse war sehr groß.

Am 11. September 2016 fand im Steinbruch der Fa. Eduard Merkle GmbH & Co. KG in Blaubeuren-Altental wiederum das Kunstevent „Kunst im Steinbruch" statt. Die beliebte Ausstellung mit zahlreichen renommierten europäischen Künstlern findet alle zwei Jahre statt und begeistert die zahlreichen Teilnehmer (ca. 2.000 bis 3.000 Besucher). 2016 war auch der Geopark mit einem Stand vertreten und präsentierte sich dem Publikum. Der Steinbruch ist überdies ein bedeutendes Geotop, in dem man die Entstehung von fossilen Schwammriffen lehrbuchhaft sehen kann. An den Führungen des Geoparks durch das Geotop nahmen zahlreiche interessierte Besucher teil.

Zunehmender Beliebtheit erfreut sich der sogenannte „Tag der Steine in der Stadt". Dieser bundesweit begangene Tag fand am 16. Oktober 2016 statt. Die Geopark-Infostellen Museum Ehingen und das Werkforum der Fa. Holcim, Dotternhausen beteiligten sich mit erdgeschichtlichen Stadtspaziergängen in Ehingen bzw. Balingen an dieser Aktion. Auf ausgewählten Routen führen Experten durch die Stadt und geben Auskunft über interessante Gebäude und die zum Bau verwendeten Gesteine. Diese Art der Bildungsarbeit bietet gute Ansätze, Interesse für Geologie und Baustoffe zu wecken und Einblicke in die Baustoffwirtschaft zu geben.

Der Geopark unterstützt die Vermittlung des ISTE-GeoKoffers an Schulen. Möglichkeiten der Übergabe des Koffers an Schulen ergaben sich in 2015 im Rahmen der Regio-Messe im Landkreis Reutlingen durch Ministerpräsident Kretschmann und im Rahmen der Einweihung der Geopark-Infostelle Entdeckerwelt Bad Urach an das dortige Graf-Eberhard-Gymnasium.

Die Partnerschaft zwischen ISTE und Geopark ist für beide Seiten ein Gewinn. Es gibt den Wunsch der Partner, die Partnerschaft um weitere drei Jahre zu verlängern.

Jeder Lehrer und jede Lehrerin wollten den „Sechser" von der ISTE-Ausstellung Merkurs Würfel auf dem Merkurberg bei Baden-Baden berühren.
Hergestellt wurde der Würfel aus Baden-Badener Kieselsteinen der Fa. EKS durch die Fa. Kronimus, alles in Baden-Baden. Verbrauchsnah!

GEOGRAPHIELEHRER AUF GEOLOGISCHER ZEITREISE

Seit über 15 Jahren kooperiert der ISTE mit dem Verband Deutscher Schulgeographen, Landesverband Baden-Württemberg e.V. und veranstaltet jährlich eine Exkursion für Geographielehrerinnen und -lehrer zu interessanten Abbaustätten und Projekten im Land.

Auf geologischen Spuren durch Baden-Baden – 30 Geographielehrer unternahmen eine außergewöhnliche erdgeschichtliche Exkursion. Sie besuchten auf ihrer geologischen Zeitreise die Thermalquellenstadt und ihren „Hausberg", den Merkur. Gleichzeitig hatten sie Gelegenheit, bei zwei Werksbesichtigungen eine besonders naturverträgliche Rohstoffgewinnung (Firma EKS Eugen Kühl u. Söhne GmbH & Co. KG) und die Fertigung moderner Baustoffe am Beispiel von Betonsteinen (Firma Kronimus AG Betonsteinwerke) kennenzulernen.

„Gesteine vor Ort – Industrie zum Anfassen" – so lautete der Tenor dieser Informationstour. Am Kühlsee in Sandweier etwa erläuterte am Abbaufeld Christiane Ritter, Geschäftsführerin im Kieswerk Kühl, wie Kies gewonnen wird. Sie zeigte auch die vorbildlich rekultivierten Uferbereiche (https://www.youtube.com/watch?v=C9jULZ8Fhgc). Kiesabbau sei ein Eingriff in die Natur, den man aber wieder ausgleiche – etwa mit neuen Flachwasserzonen. Das 1953 gegründete Kieswerk hat heute 14 Mitarbeiter, die teilweise in zwei Schichten arbeiten.

Ein Kunde des Kieswerks, der viel Sand benötigt, ist das benachbarte Betonsteinwerk der Firma Kronimus AG, somit auch die nächste Station der Exkursionsteilnehmer. Über 550 Mitarbeiter in vier Werken in Deutschland und Frankreich produzieren für Kronimus Bordsteine, Mauerscheiben, Pflastersteine, Stufen oder Gestaltungselemente. Insgesamt bietet der Firmenkatalog über 600 Formate in 20 verschiedenen Farben, die auf über 400 Musteranlagen ausgestellt werden, wie Unternehmenschef Martin Kronimus erklärte.

Technikleiter Guido Maier und Marketingchef Martin Ehrentraut demonstrierten in der Praxis, was das Unternehmen aus dem Sand vom Kühlsee so alles schafft. Die Exkursionsteilnehmer verfolgten die Entstehung, das Nachbearbeiten und das Schleifen von Pflastersteinen. „Wir sind das erste deutsche Unternehmen, das sandgestrahlte Pflaster und Platten produziert hat", erzählte Firmenchef Martin Kronimus stolz und nannte einige Prestigeobjekte wie unter anderem der Place de la République in Paris und natürlich den Betonwürfel in Baden-Baden auf dem Gipfel des Merkurs.

Davon überzeugten sich die Pädagogen selbst und fuhren mit der Merkurbahn auf den 700 Meter hohen Baden-Badener Hausberg. Mit an Bord: Experte Wolfgang Kohler, der die geologische Ausstellung „Merkurs Würfel" anschaulich erläuterte. Das Konzept des Lehr- und Kunstpfades, bei dem man in wenigen Schritten eine geologische Zeitreise durch Baden-Baden unternehmen kann, geht auf ihn zurück. Es ist ein gemeinsames Projekt des Naturparks Schwarzwald Mitte/Nord, der Stadt Baden-Baden, des ISTE sowie regionaler Unternehmen wie unter anderem der Kronimus AG.

Der ISTE stellte den Pädagogen schließlich den Geokoffer vor, der für den Unterricht an allen Schulen konzipiert wurde und über die Entstehung, Gewinnung und Verwendung der heimischen Rohstoffe informiert.

Eine beispielhafte Veranstaltung. Für 2017 steht noch kein Exkursionsziel fest. Vorschläge sind jede Menge vorhanden.

Die Referenten des sehr gut besuchten 19. Baustoff-Recycling-Tages (links). Aus Anlass der Vergabe des Deutschen Umweltpreises an das ISTE-Mitglied Walter Feess wurde das Programm kurzfristig umgestellt.

NEUE ANLÄUFE BEI RESSOURCENSCHONUNG UND KREISLAUFWIRTSCHAFT

BRANCHE EHRT UMWELTPREISTRÄGER WALTER FEESS UND PROF. DR. ANGELIKA METTKE

Ressourcenschonung, Nachhaltigkeit und die angekündigte bundesweite Mantelverordnung standen im Mittelpunkt des 19. Baustoff-Recycling-Tages des Industrieverbandes Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. (ISTE) in Filderstadt. Der Staatssekretär im Stuttgarter Umweltministerium, Dr. Andre Baumann, stellte das Projekt einer landesweiten Rohstoff-Strategie vor und plädierte für einen intensiven Dialog aller Beteiligten. Der ISTE würdigte auf diesem wichtigsten Branchentreffen im Südwesten besonders seinen Mitgliedsunternehmer Walter Feess und die Cottbuser Recycling-Expertin Prof. Dr. Angelika Mettke. Ihnen verlieh Bundespräsident Joachim Gauck am 30. Oktober 2016 in Würzburg den Deutschen Umweltpreis.

„Ressourcenschonung ist Teil der baden-württembergischen DNA" sagte Staatssekretär Baumann in seiner Rede. Die grün-schwarze Koalition in Stuttgart habe sich vorgenommen, in dieser Legislaturperiode eine landesweite Rohstoff-Strategie zu erarbeiten. Diese sei ein Novum. Es gelte die verschiedenen Interessen so zu verknüpfen, dass sowohl den Bedürfnissen der Rohstoffindustrie und damit der Bauherren, als auch des Naturschutzes, des Gewässerschutzes und künftiger Generationen Rechnung getragen werde. Kreislaufwirtschaft verlange von allen Kompromisse, sei aber langfristig ohne Alternative, sagte Baumann, der bis vor einem halben Jahr Landesvorsitzender des Nabu in Baden-Württemberg war.

ISTE-Präsident Peter Röhm würdigte Walter Feess und Prof. Dr. Angelika Mettke als Pioniere und Vorbilder der Recyclingwirtschaft. Besonders ihr Engagement, ihr Erfindungsreichtum und ihre Hartnäckigkeit bei der Entwicklung von Recycling-Beton sei lobenswert. Röhm plädierte mit Blick auf die Massenströme bei Bauabfällen gleichzeitig dafür, realistisch zu bleiben: „R-Beton hat bestimmt Zukunft, und für seine Entwicklung und seinen Einsatz werden die beiden zu Recht auch ausgezeichnet. Er macht allerdings nur ein Prozent der Recycling-Baustoffe aus. Wir alle müssen dafür werben, dass qualitativ hochwertige Rc-Baustoffe künftig nicht mehr als Abfall, sondern als Produkte von Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit wahrgenommen werden." Dazu biete die Verleihung des Deutschen Umweltpreises durch den Bundespräsidenten einen wunderbaren Anlass.

Prof. Dr. Angelika Mettke, die aus Cottbus telefonisch zugeschaltet war, und Walter Feess betonten beide das Potenzial, das sie in Rc-Baustoffen sehen. R-Beton sei zwar mengenmäßig noch vernachlässigbar, müsse aber als „Leuchtturm der Recyclingtechnik" verstanden werden. Seine Einsatzmöglichkeiten würden erst nach und nach durch Forschung und Pilotprojekt erarbeitet und entwickelt. Feess machte seinen Kollegen im ISTE Mut, diese Entwicklungsmöglichkeiten zu nutzen. Gleichzeitig forderte er Politik und Verwaltung in Landkreisen und Kommunen zu mehr Offenheit beim Einsatz von Rc-Baustoffen auf.

Hauptthema des Baustoff-Recycling-Tages war jedoch der Stand der Umsetzung der Mantelverordnung (siehe Seite 62 ff.).

Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut (o.l.) hielt die Festrede auf der Jahreshauptversammlung des ISTE und gratulierte dem ISTE-Vorstand mit Peter Röhm an der Spitze zur Wiederwahl.

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG 2017 DES ISTE IN KONSTANZ

Traditionell im Wechsel mit Baden-Baden veranstaltet der ISTE seine Jahreshauptversammlungen in Konstanz. In diesem Jahr war die Stadt am Bodensee wieder an der Reihe. Und auch diesmal hatte der Verband mit Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut ein prominentes Mitglied der baden-württembergischen Landesregierung zu Gast.

Die Tagung prägte vor allem verbandspolitische Harmonie, denn die rund 140 Unternehmer bestätigten einstimmig die bisherige Führung in ihren Ämtern. Gleichzeitig machten sie aber auch ihre Sorge um langfristige Abbaumöglichkeiten mineralischer Rohstoffe im Land deutlich. Und dies formulierte die Spitze des ISTE klar gegenüber dem Ehrengast, der Wirtschaftsministerin.

„Der Steine- und Erdenbranche in Baden-Württemberg geht es gut!" Sichtlich zufrieden konnte der wiedergewählte ISTE-Präsident Peter Röhm diese Aussage treffen. Die Auftragsbücher seien voll, die Betriebe ausgelastet und die zahlreichen Baustellen belebt. Im Wohnungsbau, aber auch im Infrastrukturbau gehe es voran. Das sei nach Jahren knapper Kassen und politischen Zögerns auch nötig gewesen. Allerdings sei das nicht selbstverständlich.

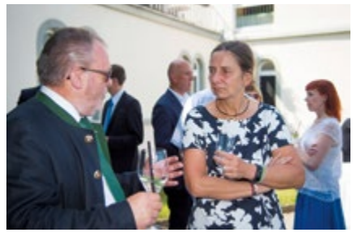
Damit diese Entwicklung auch andauere, müsse man vorsorgen, so Röhm. Er sehe das Zukunftsproblem weniger bei den Finanzen, sondern bei der Rohstoffsicherung. Es sei künftig keineswegs mehr gesagt, dass die Produkte der Steine- und Erdenindustrie auch wirklich dort abgebaut werden können, wo es eigentlich nach Rechtslage möglich wäre. Im Lande gebe es eine Reihe von entsprechenden Brennpunkten.

Wirtschaftsministerin Dr. Hoffmeister-Kraut machte deutlich, dass sie diese Herausforderung kenne. Sie sprach das Thema „Raumordnung und Rohstoffsicherung" an. Künftig könnten Festlegungen zur Rohstoffsicherung für Sicherungsgebiete auf rund 25 Jahre anstatt wie bisher auf rund 20 Jahre ausgelegt werden. Damit werde eine noch langfristigere Rohstoffvorsorge für die Bauwirtschaft mit regionalen und heimischen Baurohstoffen möglich. Allerdings seien vielfach auch Kompromisse nötig. Nicht immer könne der gewünschte Standort auch realisiert werden. Die Landesregierung arbeite aber an einer nachhaltigen Rohstoffstrategie, die den sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Aspekten Rechnung trage.

Einen weiteren Themenschwerpunkt sprach die Ministerin an: Die Herausforderungen des Wohnungsbaus, der landesweit zwar deutlich zugelegt habe, aber immer noch nicht den realen Bedarf decke. In einer Zwischenbilanz ihres Ressorts thematisierte sie besonders die Digitalisierung und deren Herausforderungen. Auch für eine klassische Branche wie die Steine- und Erden-Industrie sei Digitalisierung ein wichtiges Zukunftsthema, das nicht nur Konsequenzen in der Produktion durch Vernetzung von Maschinen habe, sondern bis hin zur Mitarbeiterführung und -weiterbildung reiche. Man solle das Thema mutig und offensiv angehen, Ängste seien fehl am Platze: „Digitalisierung kann nur funktionieren, wenn die Gesellschaft sie akzeptiert und mitgestaltet."

Mit Freude habe sie die Wiederwahl des ISTE-Präsidiums zur Kenntnis genommen, sagte die Ministerin. Im Dialog habe man zusammen bei Problemen immer gute Lösungen gefunden; das solle auch so bleiben: „Der ISTE ist gut aufgestellt!" Ausgesprochen erfreut quittierten die Unternehmer die Komplimente der Ministerin: „Sie sind uns ganz wichtige Partner!" Sie lobte besonders das Konzept des GeoKoffers, das unter der Federführung des ISTE entwickelt wurde.

Die Mitglieder bestätigten den ehrenamtlichen Vorstand einstimmig und ohne jegliche Diskussion in seinem Amt. Neben Präsident Peter Röhm wurden die beiden Vizepräsidenten Peter Rombold und Christian Knell für weitere drei Jahre wiedergewählt.



Die zweitgrößte Baustelle des Landes ist die künftige Daimlerteststrecke in Immendingen. Diese war Ziel einer ISTE-Juniorenexkursion.
Für Entspannung sorgte eine Rundfahrt im „ultraterrain" am Rande des Geisinger Steinbruchs der Fa. GKS.

ISTE-JUNIOREN WERFEN BLICK IN DIE ZUKUNFT DES AUTOMOBILS

Die Junioren des ISTE informierten sich in Immendingen über eines der größten Bauvorhaben im Land: den Bau der Daimler-Pkw-Teststrecke. Über eine Bauzeit von ca. drei Jahren sollen insgesamt 3,4 Mio. Kubikmeter Boden bewegt werden. Nichts davon verlässt das ca. 500 ha große Gelände. Vielmehr wird das Material zur Modellierung der insgesamt 56 Straßenkilometer verwendet. Hinzu kommen 12 km Schotterwege und ca. 30 ha Asphaltfläche. Das Testgelände ist also ein beachtliches Straßenbauprojekt. Da nicht nur das bewegte Erdreich auf dem Gelände verbleiben, sondern auch die zusätzlich benötigten Baustoffe erklärtermaßen regional beschafft werden sollen, sind auch umliegende Mitgliedsunternehmen eingebunden.

Bei dem sehr auf Schonung der Umwelt bedachten Projekt hätten die Baustoffe nach der ersten Planung per Bahn angeliefert werden sollen. Das Projektmanagement ließ sich jedoch unter Mithilfe des ISTE überzeugen, dass die regionale Versorgung am Ende nachhaltiger ist, auch wenn die Lieferung per Lkw erfolgt.

Von den weit gediehenen Erdbauarbeiten auf der ehemaligen Konversionsfläche konnten sich die Exkursionsteilnehmer unter Führung von Dr. Lothar Ulsamer, dem Leiter für föderale und kommunale Projekte der Daimler AG, ein Bild machen. Das Prüf- und Technologiezentrum soll 2018 in Betrieb genommen werden. Hier sollen insbesondere Zukunftstechnologien wie autonomes Fahren realitätsnah erprobt werden.

Fazit der ISTE-Junioren: Ein Großkonzern wie die Daimler AG steht mit Blick auf Projekt-Genehmigungen im Prinzip vor denselben Problemen wie mittelständische Rohstoffunternehmen. Nur Transparenz und Dialog können zu für alle Seiten akzeptablen Ergebnissen führen.

Einen Bericht zur ISTE-Junioren-Exkursion zum Brenner-Baisistunnel finden Sie auf Seite 102.

GEOKOFFER ALS BRANCHEN-BOTSCHAFTER

Auch im Laufe des vergangenen Berichtsjahres wechselten wieder zahlreiche GeoKoffer die Besitzer; in den verschiedensten Bildungseinrichtungen des Landes dienen sie seitdem als willkommene und begehrte Bereicherung der Lehrmittelsammlungen. Für die Sponsoren – Mitgliedsunternehmen des ISTE – und für den Verband selbst bieten die medial begleiteten Übergaben regelmäßig Gelegenheit, die Themen und Anliegen der Branche nach außen zu tragen. In den meisten Fälle erklärten sich Landespolitiker bereit, GeoKoffer im Namen der Spender zu übergeben.

Unabhängig von den Übergaben der GeoKoffer bietet der ISTE auch den Lehrern Gelegenheit, im Rahmen von Fortbildungsveranstaltungen dieses moderne Lehrmittel in all seinen Facetten kennenzulernen.

GeoKoffer sind auch präsent auf den eigenen sowie den vom ISTE besuchten Veranstaltungen wie den baden-württembergischen Landesparteitagen, der Stallwächterparty, den Fachtagungen oder der Winterarbeitstagung. Auf der jüngsten Didacta in Stuttgart, Europas größter und wichtigster Bildungsmesse, war der ISTE prominent mit einem eigenen Stand vertreten. Hier konnte der Verband Pädagogen aus der ganzen Bundesrepublik den GeoKoffer und seine Vorzüge präsentieren. Immerhin enthält er 14 der wichtigsten Bausteine des Landes – Handstücke typischer in Baden-Württemberg vorkommender Gesteine, umfangreiches Informationsmaterial und Anleitungen zu Experimenten. Mit ihm gestaltet sich der Geographie- und Geologie-Unterricht zu einem Erlebnis.

Mehr Informationen zum GeoKoffer: www.geokoffer.de

OFFIZIELLE GEOKOFFER-ÜBERGABEN VON BUNDES-, LANDES- UND KOMMUNALPOLITIKERN MIT ISTE-UNTERSTÜTZUNG UND PRESSETERMINEN:

Datum	Empfänger	unterstützt durch
12.05.2016	Schulzentrum Efringen-Kirchen	Lhoist Western Europe Rheinkalk GmbH, Efringen-Kirchen
06.06.2016	Hartmanni-Gymnasium, Eppingen	Klaus Reimold GmbH, Gemmingen
20.06.2016	Schloss-Gymnasium, Kirchheim Teck	Heinrich Feeß GmbH & Co. KG, Kirchheim Teck
19.07.2016	Evangelisches Montessori Schulhaus, Freiburg	KVG GmbH, Hartheim
23.09.2016	Studienkolleg St. Johann, Aulendorf	Josef Rack GmbH, Bad Saulgau
23.09.2016	Störck-Gymnasium, Bad Saulgau	Josef Rack GmbH, Bad Saulgau
11.11.2016	Realschule Flügelau, Crailsheim	Schön + Hippelein GmbH & Co. KG, Satteldorf
14.11.2016	Freie Evangalische Schule Lörrach e.V., Lörrach	KVG GmbH, Hartheim
15.11.2016	Ludwig-Uhland Schule, Heimsheim	Heinrich Mertz Kies- u. Sandwerke GmbH & Co. KG, Heimsheim
28.11.2016	Melanchthon Gymnasium, Bretten	Opterra GmbH, Walzbachtal
28.11.2016	Edith-Stein-Gymnasium, Bretten	Opterra GmbH, Walzbachtal
27.03.2017	Bischoff-Sproll Bildungszentrum, Biberach	K.S.V. Kies- und Sand-Vertrieb Biberach GmbH & Co. KG, Biberach
05.05.2017	Wirtemberg Gymnasium, Stuttgart	Heinrich Mertz Kies- u. Sandwerke GmbH & Co. KG, Stuttgart
18.05.2017	Hebelgymnasium Schwetzingen	Heinrich Krieger KG, Neckarsulm
19.5.2017	Sichelschule in Balingen	Valett & Ott GmbH, Albstadt

WINTERARBEITSTAGUNG 2017 IN TELFS

SKI UND RODEL GUT – STEINE UND ERDEN SEHR GUT

Es war eine WITA, wie es sie so noch nicht gab: Mit einer Rekordbeteiligung von über 270 Personen – davon allein fast 220 Fachteilnehmer – und einem Hotel der Spitzenklasse, dem Interalpen-Hotel Tyrol, schlug diese Winterarbeitstagung 2017 alles bisher Dagewesene. Das Motto: Ski und Rodel gut – Steine und Erden sehr gut.

Erstmals hatte die Steine- und Erden-Branche einen EU-Kommissar zu Gast. Der neue EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger mahnte eindringlich zu einer gemeinsamen digitalen Strategie der Mitgliedsländer. Anderenfalls sehe er mittel- und langfristig die wirtschaftliche Bedeutung der EU gefährdet. Der Politiker sprach sich für einen schnellen Netzausbau zum neuen digitalen Standard 5G aus. Der sei eine technische Revolution. Er prognostizierte für die kommenden Jahre Investitionen von 500 Mrd. Euro in den Netzausbau.

Die Bedeutung der kommenden Digitalisierung für die Steine- und Erden-Industrie verdeutlichte Werner Seifried von der Liebherr-Hydraulikbagger GmbH in Kirchdorf. Die „Baustelle 4.0 mit 5G" bedeute Steuerung in Echtzeit. Es gehe dabei um die einzelne Maschine in einem System wie auch um einen Verbund. Förderprozesse ließen sich optimieren und Umweltbelastungen minimieren. Am Ende könnten autonom arbeitende Maschinen stehen.

ROHSTOFFGEWINNUNG UND NATURSCHUTZ – KEINE WIDERSPRÜCHE

Einen eigenen Themenblock stellten Rohstoffsicherung und Naturschutz dar. Dr. Andre Baumann, Staatssekretär im baden-württembergischen Umweltministerium, bekannte sich klar zum Abbau heimischer mineralischer Rohstoffe, legte aber auch großen Wert auf den bewussten und nachhaltigen Umgang mit ihnen. Planungssicherheit, regionaler und dezentraler Abbau sowie einfachere gesetzliche Vorschriften seien im Interesse aller und deshalb zentrale Elemente in der Rohstoffstrategie des Landes. Er sprach sich eindringlich für ein Miteinander von Steine- und Erdenindustrie und Naturschutz aus. Dazu gehöre auch ein pragmatischer Umgang mit sogenannten Wanderbiotopen. Er betonte die Bedeutung eines landesweiten Biotopverbunds. In die „grüne Infrastruktur des Landes" solle man auch vorhandene Abbaustätten einbeziehen.

Für das praktische Miteinander zwischen Naturschutz und Rohstoffindustrie sah Dr. Norbert Schäffer, Vorsitzender des Bayerischen Landesbundes für Vogelschutz (LBV), gute Erfolgschancen. Auch er plädierte für einen undogmatischen Umgang mit Wanderbiotopen. Einen anderen Zugang zum Thema Natur wählte der renommierte

Programm, Referenten und Hotel sorgten für das teilnehmerstärkste Gruppenbild (266 Köpfe!) in der fast siebzigjährigen Geschichte der Winterarbeitstagungen des ISTE. 2018 findet die WITA vom 14. bis 17. Januar in Längenfeld statt.

Regensburger Botaniker Prof. Dr. Peter Poschlod. Man solle unseren heutigen Lebensraum und seine aktuelle Artenvielfalt als Kulturerbe begreifen; dem müsse auch der Naturschutz Rechnung tragen.

BLICK IN EINE UNGEWISSE ZUKUNFT

Neben fachlichen Themen standen aktuell-politische. Naher Osten, Bürgerkriege, Flüchtlingsströme, islamistischer Terror, Machtstreben Russlands – Stichworte für Dr. Karl-Heinz Kamp, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS). In den MENA-Staaten (Middle East and North Africa) seien die Konflikte über alles hinausgegangen, was man bisher gesehen habe. Konflikte drohten zu metastasieren. Auch die EU könne durchaus scheitern. Deutschland müsse deshalb eine verantwortliche Außen- und Sicherheitspolitik betreiben, zu der auch Investitionen gehörten.

NEUE HAUPTSCHLAGADER FÜR DEN VERKEHR

Namhafte Investitionen – immerhin 10 Mrd. Euro – für das Zusammenwachsen Europas werden zwischen Österreich und Italien am Brenner Basistunnel getätigt. Prof. Dr. mult. Konrad Bergmeister, Vorstand der Betreibergesellschaft BBT SE, stellte diese längste unterirdische Eisenbahnverbindung der Welt vor.

Er beschrieb eine riesige ingenieurtechnische Herausforderung: 64 Kilometer Distanz durch den Berg sind zu überbrücken. Es gelte dreimal zu bohren: zwei Haupttunnel und einen Versorgungsstollen. Mit Querschlägen und vier Zufahrtstunneln käme man auf 230 Kilometer. 2026 sollen die ersten Züge rollen. Die Bedeutung für den Personen- und den Güterverkehr in Europa sei enorm. Immerhin würden pro Jahr 160 Mio. Tonnen Güter über die Alpen transportiert, ein Drittel davon über den Brenner. Der BBT beseitige nach seiner Fertigstellung ein verkehrstechnisches Nadelöhr. 40 WITA-Teilnehmer hatten Gelegenheit, die Tunnelbaustelle zu besuchen.

DAS EIGENE UNTERNEHMEN FIT MACHEN

Blicke auf Arbeitswelt und Unternehmenspraxis warfen der Journalist Erik Albrecht, Co-Autor des Buches „Die heimlichen Revolutionäre – wie die Generation Y unsere Welt verändert", und Dr. Wolfgang Setzler, Gründer und Chef des „Instituts für Absatzforschung und kundenorientiertes Marketing" in Achern.

Albrecht beschrieb Welt- und Lebensauffassung der zwischen 1985 und 2000 Geborenen. Sie wollen sich möglichst viele Optionen offen halten, Arbeit solle bereichern, aber nicht unbedingt nur im finanziellen Sinne. Das habe direkte Konsequenzen für Unternehmen, die solche Mitarbeiter beschäftigen.

Setzler erläuterte die Wirtschafts- und Arbeitswelt aus der Sicht von Unternehmen und Unternehmern. Auch er identifizierte die Mitarbeiterzufriedenheit als heute enorm wichtige Größe. Unternehmer sollten sich mehr in andere hineinversetzen, in Mitarbeiter als auch in Kunden. Psychologisches Grundwissen sei mehr denn je gefragt.

GAST UND GASTGEBER AUF DER „STALLWÄCHTERPARTY" DER LANDESVERTRETUNG IN BERLIN

Schon zum zweiten Mal war der ISTE auf der jährlichen Stallwächterparty der baden-württembergischen Landesregierung vertreten. Mit ihrem traditionellen Sommerfest setzen die Stuttgarter immer wieder in ihrer Berliner Landesvertretung Maßstäbe. Dazu gehört auch die Präsenz der heimischen Wirtschaft.

In bewährter Zusammenarbeit mit der Fleischerinnung des Landes lockte der ISTE die Gäste in die schönste Ecke des Gartens: es gab Leckereien vom Taurusrind, gute Weine aus dem Kalkwerk Istein, interessante Informationen und kompetente Gesprächspartner. Die Stallwächterparty ist für die ehren- und hauptamtlichen Vertreter des ISTE eine Mischung aus harter Arbeit und großem Vergnügen, denn auf der Stallwächterparty treffen sich ausgesprochen wichtige Multiplikatoren.

Bei diesem 53. Sommerfest der baden-württembergischen Landesregierung in der deutschen Hauptstadt gaben sich neben den Mitgliedern des Stuttgarter Kabinetts unter Ministerpräsident Winfried Kretschmann sowie zahlreichen Abgeordneten des Landtages und des Bundestages auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble die Ehre.

„Die Stallwächterparty bot dem ISTE auch in diesem Jahr wieder eine hervorragende Plattform zur Darstellung seiner Aktivitäten als auch zur Vermittlung seiner Themen", stellt ISTE-Präsident Peter Röhm fest. „Unser Verband vertritt ja nicht einige wenige Unternehmen der Großindustrie, sondern viele hundert Mittelständler. Und die machen das Rückgrat der baden-württembergischen Wirtschaft aus." Es sei für jedes Unternehmen und für jeden Verband eine Auszeichnung, bei einer solchen Veranstaltung vertreten zu sein. Dazu werde man eingeladen, da könne man sich nicht einkaufen. Röhm: „Hier treffen sich die Spitzen

Die Stallwächterparty ist ein gesellschaftspolitischer Höhepunkt in der Landesvertretung in Berlin. Der ISTE durfte schon zum zweiten Mal dabei sein.

aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Medien. Sie ist ein Mikrokosmos unseres Bundeslandes. Und hier lassen sich die Themen der Steine- und Erden-Industrie bestens kommunizieren und in die Mitte der Gesellschaft tragen."

Auch 2016 konnte sich die Liste der prominenten Gäste am Stand sehen lassen. Mitglieder der Landesregierung suchten das Gespräch: Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Innenminister Thomas Strobl, Verkehrsminister Winfried Hermann. Die Staatssekretäre Dr. Andre Baumann und Volker Ratzmann schauten vorbei. Und natürlich viele Abgeordnete aus Bundestag und Landtag, beispielsweise Kerstin Andreae MdB, Nicole Razavi MdL, Andreas Schwarz MdL.

Besonderes Engagement am ISTE-Stand zeigte 2016 das ISTE-Mitglied HeidelbergCement AG. Das Unternehmen demonstrierte nicht nur sein Engagement für Nachhaltigkeit in Deutschland, sondern präsentierte auch seinen internationalen Wettbewerb um den „Quarry Life Award".

Wie bereits im vergangenen Jahr stand wieder ein GeoKoffer zur Verlosung. Auch die „kleineren Schwestern" des Geokoffers, die GeoBoxen mit ihren neun Gesteinen, wurden wieder ausgewählten Gästen geschenkt. Eine erhielt Deutschlands Regierungschefin Dr. Angela Merkel.

Das Fazit der ISTE-Organisatoren: „Auch in diesem Jahr hat sich die Präsenz des ISTE bei der Stallwächterparty in Berlin wieder gelohnt. Unser Kommunikationskonzept mit den Elementen Sympathie, Informationen und Dialog wurde bestens angenommen. So mancher wird unsere Industrie jetzt bestimmt aus einem anderen Blickwinkel wahrnehmen."

Der Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit des ISTE hat beschlossen, am 6. Juli 2017 wieder dabei zu sein.

Neben allen turnusmäßigen Fachgruppen- und Ausschuss-Sitzungen führte der ISTE im Berichtszeitraum eine Vielzahl von Seminaren und Informationsveranstaltungen mit mehr als 2.000 Teilnehmern durch.

30. Juni bis 2. Juli 2016
BESICHTIGUNG BAUSTELLE BRENNER BASISTUNNEL, INNSBRUCK
Jungunternehmertreffen des Bayerischen und Baden-Württembergischen Steine- und Erden-Verbandes

5. Juli 2016
SEMINAR „FORSTRECHTLICHER AUSGLEICH“
in Sonnenbühl

7. Juli 2016
STALLWÄCHTERPARTY DER LANDESVERTRETUNG BADEN-WÜRTTEMBERG
in Berlin

15. Juli 2016
GISINFOSERVIE-NUTZERWORKSHOP

21. Juli 2016
LAGA PN 98 SACHKUNDELEHRGANG
in Weißlensburg

2. August 2016
FACHEXKURSION ZUM AUFZUGSTURM NACH ROTTWEIL

5. August 2016
BUCHÜBERGABE AN MINISTER UNTERSTELLER
in der Kiesgrube Stadtwald in Radolfzell

11. September 2016
KUNST IM STEINBRUCH
im Steinbruch der Fa. Merkle in Altental

21. September 2016
ISTE JUNGUNTERNEHMERKREIS BESUCHT DIE NEUE DAIMLER TESTSTRECKE
in Immendingen

21. September 2016
GRÜNFORUM LANDESGARTENSCHAU
in Öhringen

18. Oktober 2016
FORTBILDUNGSSEMINAR „13. TECHNIKTAG DER SCHOTTERINDUSTRIE“
in Frommenhausen

19. Oktober 2016
FACHEXKURSION DER FACHGRUPPE TRANSPORTBETON ZUR GROSSBAUSTELLE IM WALD FÜR WINDRÄDER
bei Oberkochen

21. Oktober 2016
FACHEXKURSION MIT GEOGRAPHIELEHRERN
im Raum Baden-Baden

27. Oktober 2016
19. BAUSTOFF-RECYCLING-TAG
in Filderstadt

7. November 2016
GEOKOFFER-SCHULUNG
in Ostfildern

9. November 2016
4. ÖKOKONTO-TAG
in Ostfildern

23. November 2016
GEMEINSAME INFO-VERANSTALTUNG DAV-ISTE
in Ostfildern

29. November 2016
19. STEINE- UND ERDENSEMINAR – GENEHMIGUNGSVERFAHREN FÜR DIE BETRIEBE DER STEINE- UND ERDENINDUSTRIE
in Ostfildern

7. Januar 2017
EXKURSION IN DIE KIESGRUBE STADTWALD RADOLFZELL
im Rahmen der Naturschutztage von NABU und BUND

15. bis 18. Januar 2017
64. WINTERARBEITSTAGUNG 2017
im Hotel Interalpen in Telfs

7. Februar 2017
INFORMATIONSVERANSTALTUNG FLACHWASSERZONEN FÜR DEN TEILRAUM OBERRHEIN
in Offenburg

9. Februar 2017
6. BAUSTOFF-TECHNIK-TAG 2017
in Ostfildern

14. bis 18. Februar 2017
ISTE UND GEOKOFFER AUF DER DIDACTA
Messe Stuttgart

8. März und 5. April 2017
MORGENRUNDE MIT STEINKUNDE
mit Landtagsabgeordneten
in Stuttgart

20. März 2017
INFORMATIONSVERANSTALTUNG SPRENGUNGEN IN DER STEINE- UND ERDENINDUSTRIE – AKTUELLES UND ENTWICKLUNGEN
in Ostfildern

21./22. März 2017
LAGA PN 98 SACHKUNDELEHRGANG
in Kirchheim

3. April 2017
LEHRERFORTBILDUNG GEOKOFFER
in Ostfildern

9. Mai 2017
SITZUNG VON PRÄSIDIUM UND BEIRAT DES ISTE
in Ostfildern

16. Mai 2017
PERSONALLEITERSCHULUNG
in Ostfildern

18. Mai 2017
PERSONALLEITERSCHULUNG
in Ostfildern

23. Mai 2017
MITGLIEDERVERSAMMLUNGEN DER FACHGRUPPE RECYCLING-BAUSTOFFE UND BODEN UND QRB
in Ostfildern

1. und 2. Juni 2017
ISTE-JAHRESHAUPT-VERSAMMLUNG UND MITGLIEDERVERSAMMLUNGEN DER FACHGRUPPEN NATURSTEIN SOWIE SAND UND KIES
in Konstanz

22. Juni 2017
INFORMATIONSVERANSTALTUNG VERSICHERUNGEN IN DER STEINE- UND ERDENINDUSTRIE
gemeinsam mit der Südvers-Gruppe
in Ostfildern

27. Juni 2017
BERGBAU- UND STEINE- UND ERDENTAG DER ABBM
in Kooperation mit dem ISTE
in Bamberg

28. Juni 2017
MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER FACHGRUPPE TRANSPORTBETON
auf der Burg Hornberg
in Neckarzimmern

Die allerwichtigsten Termine wurden in der Grußkarte zum Jahreswechsel 2016/2017 angekündigt.

Beeindruckendes Nord-Süd-verbindendes Bauwerk. ISTE Junioren besuchen den Brenner-Basistunnel.
Mit dabei: Die Juniorinnen und Junioren des Bayerischen Schwesterverbandes.

Zünftiger Beginn der „Abschiedsreise" des scheidenden BIV-Präsidenten, Wolfgang Liebscher (l.) mit ISTE-Präsident Peter Röhm

ISTE- UND BIV-JUNIOREN-FACHEXKURSION ZUR BAUSTELLE DES BRENNER-BASISTUNNELS UND ZU DEN HIGHLIGHTS SÜDTIROLS

AUFTAKT MIT WEISSBIER UND WEISSWÜRSTEN

Treffpunkt Sulzemoos, bayrische Weißwürste und Bier… Wie hätte unsere Exkursion besser beginnen können? In einem komfortablen Reisebus begann unsere Fahrt in Richtung Österreich. Die letzten unserer Jungunternehmer-Truppe sammelten wir südlich von München ein. Ein Glässchen Sekt auf der Reise, ein herzhaftes österreichisches Essen im Wippertalerhof in Steinach am Brenner, dann noch eine halbe Stunde Busfahrt – und schon fanden wir uns am Eingang zum Brenner Basistunnel wieder.

ERST VON NORD IN DEN TUNNEL …

Bei einer ersten kurzen Durchfahrt ließen sich die Dimensionen dieses Bauwerks erahnen. Wirklich bewusst wurde uns das Ausmaß aber erst bei der Besichtigung einer der geplanten Deponieflächen. Obwohl nur ein Teil des Gesamtaushubs von rund 17 Mio. Kubikmeter Material in das Gebiet eingebracht werden, sind die Dimensionen beeindruckend. Nach der Besichtigung des Nordportals beeindruckte uns im Besucherzentrum die Öffentlichkeitsarbeit des Großprojekts. Neben technischen Details werden dort auch Historie und Vorteile des Brenner Basistunnels (BBT) vermittelt. So versteht jeder den Tunnelbau.

… UND DANN VON SÜD

Nach der Besichtigung der Baustelle auf österreichischer Seite fuhren wir nach Italien, um das Südtiroler Pendent anzuschauen. Mit dem Bus ging es in einen der imposanten Logistikstollen des BBT. Überdeckt von mehr als 1000 m hochinteressanter Gesteinsschichten besichtigten wir die Montagehalle der Tunnelbohrmaschine (TBM). Nach der Montage der TBM soll sie für eine mobile Aufbereitungsanlage genutzt werden. In dieser wird der geförderte Aushub dann zu Beton weiterverarbeitet und zurück an die Ortsbrust gepumpt. Der Besuch endete in einer lokalen Brauerei.

Im gastlichen Sporthotel Zoll in Sterzing bei ausgezeichneten Essen und schließlich an der Bar konnte man trefflich Kontakte knüpfen oder pflegen.

ERDPYRAMIDEN, SÜDTIROLER WEIN UND SCHLUTZKRAPFEN

Am zweiten Tag der Exkurison begrüßte uns das schöne Örtchen Sterzing mit blauem Himmel und heiterem Sonnenschein – optimales Wetter für den Besuch der Erdpyramiden. Ab Oberbozen marschierten wir los. Umgeben von der Natur und der tollen Aussicht auf die Berge eine sehr kurzweilige Wanderung. Nach etwa zweieinhalb Stunden erreichten wir die Erdpyramiden – bizarr anmutende, kegelförmige Gebilde. Die etwa zehn bis 15 Meter hohen Pyramiden entstanden in Böden aus späteiszeitlichem Moränelehm. Das Material ist zwar in trockenem Zustand steinhart, wird jedoch im Regen weich wie Brei. Nur die Bereiche, die durch Gesteinsbrocken im Lehm stabilisiert sind, werden vom Regen verschont – daher die markante Form. Zusätzlichen Schutz vor Regen bietet der sogenannte „Deckstein", der sich auf der Spitze jeder Pyramide befindet. Fällt dieser, wird sie mit jedem Regen kleiner. Unklar ist, wie lange es dauert, bis eine Pyramide entsteht. Dies kann bis zu tausend Jahre dauern.

Im „Kaserhof" erwartete uns neben Südtiroler Köstlichkeiten auch ein wunderschöner Blick auf die Dolomiten. Für den Nachmittag stand die Besichtigung des Weingutes „Pacherhof" in Brixen auf dem Programm – Weinprobe inklusive. Der Hof, seit dem 11. Jahrhundert in Familienbesitz, liegt inmitten einer wunderschönen Wein- und Reblandschaft. Geführt wird er heute durch Andreas Huber, Enkel des damaligen Weinpioniers Josef Huber. Exzellente Weine und die eine oder andere amüsante Anekdote – was für ein ereignisreicher Tag! Er endete mit einem zünftigen Hüttenabend, einer richtigen Jausen und echten Südtiroler „Schlutzkrapfen".

Die architektonischen und flüssigen Genüsse Südtirols erleben. Mit dem ISTE und dem BIV.

Bleiben trotz allem auf dem Boden: unsere Gastautoren Sophia Röhm, Maximilian Kern, Raphael Kern

ARCHITEKTONISCHER HÖHEPUNKT: DAS MESSNER MOUNTAIN MUSEUM CORONES

Der dritte und letzte Tag unserer Juniorenreise führte uns an die Talstation des Kronplatzes, dessen 2.275 Meter hohe Spitze wir nach einer 15-minütigen Fahrt mit der Bergbahn erreichten. Obwohl das Wetter nicht ganz mitspielte, war der Ausblick von dort oben atemberaubend. Als ob man über ganz Südtirol schauen könnte! Der uneingeschränkte Blick in alle vier Himmelsrichtungen reicht weit über die Landesgrenzen hinaus und zeigt die Lienzer Dolomiten im Osten, den Ortler im Westen, die Marmolata im Süden und das Zillertal im Norden.

Aber nicht genug mit dem imposanten Panorama: Hier oben gibt es auch ein Museum. Eingearbeitet in den Berg, wie eine Höhle, steht am Rande des Kronplatzes das Messner Mountain Museum Krone (MMM Corones). Das MMM Corones ist eines von sechs Bergmuseen des berühmten Extrembergsteigers Reinhold Messner. Entworfen wurde es von der Architektin Zaha Hadid, deren Baustil (fast ausschließlich mit Beton realisiert) einem jeden ISTE-Mitglied das Herz höher schlagen lässt. Der für die Architektin typische futuristische Betonbau schmiegt sich perfekt an den Berg an, so dass so wenig wie möglich in die Natur eingegriffen wird.

Das Museum selbst dokumentiert den von Reinhold Messner geprägten traditionellen Alpinismus. Es wird die Entwicklung des modernen Bergsteigens der letzten 250 Jahre mithilfe von Ausrüstungsgegenständen erzählt. Das Besondere dieses Museums ist jedoch, dass die umgebende Natur mit ihrer Bergkulisse durch die großen Fenster ins Innere gebracht wird. In dieser Bergkulisse spiegelt sich die Kindheit Reinhold Messners wider, der in dieser Region aufgewachsen ist. Dieses Museum ist auch ein Ort der Stille, der Entschleunigung und unvergesslicher Ausblicke.

Die Busfahrt zurück nach Deutschland war ausgelassen und perfekt geeignet für einen informativen Austausch unter den Junioren. Abschließend kamen alle rechtzeitig zum Anpfiff des Spitzenspiels Deutschland gegen Italien im Rahmen der Fußball Europameisterschaft 2016 zu Hause an – mit einem gehörigen Plus an positiven Erfahrungen …

ORGANISATIONSSTRUKTUR DES ISTE

Stand 30. Juni 2017

VORSTAND

Präsident Peter Röhm

Vizepräsidenten Peter Rombold
Christian Knell

Ehrenpräsidenten Max Kern
Dr. Rolf Mohr
Hans-Martin Peter

Führung des Verbandes unter Beachtung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung

Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V.

Alle ISTE-Mitglieder wählen auf der Jahreshauptversammlung den Vorstand für die Dauer von 3 Jahren.

PRÄSIDIUM

Beton- u. Fertigteilwerke	Friedrich Gebhart
Gips/Gipsplatten	Jörg Schanow
Kalk	Hartmut Koch-Czech
Naturstein	Peter Rombold
Naturwerkstein	Albrecht Lauster
Rc-Baustoffe u. Boden	Christa Szenkler
Sand und Kies	Michael Peter
Transportbeton	Dr. Erwin Kern
Zement	Christian Knell
Ausschuss für Umwelt- und Rohstoffpolitik	Tino Villano
Sozialpol. Ausschuss	Martin Kronimus
Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit	Peter Röhm

Erarbeitung wirtschafts- und sozialpolitischer Leitlinien / Geschäftsordnung und Geschäftsverteilungsplan

Die Vorsitzenden der Ständigen Ausschüsse sind Teil des Präsidiums.

Die Fachgruppenvorsitzenden sind Teil des Präsidiums.

BEIRAT

von Fachgruppen gewählte Obleute der vier Regierungsbezirke
Freiburg
Karlsruhe
Stuttgart
Tübingen

Der Beirat schlägt der Mitgliederversammlung Präsident und Vizepräsidenten zur Wahl vor.

Die Fachgruppen wählen die Obleute der Regierungsbezirke und die Vertreter für die Ausschüsse.

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Fachgruppen
Gips/Gipsplatten
Kalk
Naturstein
Naturwerkstein
Rc-Baustoffe und Boden
Sand und Kies
Transportbeton
Zement
sonstige Unternehmen

Korp. Mitgliedsverband Fachverband Beton- und Fertigteilwerke Baden-Württemberg e.V.

Fördermitglieder ohne Stimmrecht

Die ISTE-Mitgliederversammlung/Jahreshauptversammlung ist oberstes Beschlussorgan in allen Angelegenheiten.

STÄNDIGE AUSSCHÜSSE

AUSSCHUSS FÜR UMWELT- UND ROHSTOFFPOLITIK

Vorsitzender Tino Villano
Stellv. Vorsitzender Oliver Mohr

SOZIALPOLITISCHER AUSSCHUSS

Vorsitzender Martin Kronimus
Stellv. Vorsitzender Jörg Schanow

AUSSCHUSS FÜR ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Vorsitzender Peter Röhm
Stellv. Vorsitzende Heike Flickinger
Sabine Schädle

ARBEITSKREISE

TECHNISCHE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER FACHGRUPPE SAND UND KIES

TECHNIK UND QUALITÄT DER FACHGRUPPE NATURSTEIN

ARTENSCHUTZ UND ABBAUSTÄTTEN

GISINFOSERVICE

BIODIVERSITÄTSDATENBANK

Abstimmung Austausch

Abstimmung Austausch

Abstimmung Austausch

Abstimmung Austausch

Abstimmung Austausch

Dienstleistung und Beratung

GESCHÄFTSSTELLE

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Hauptgeschäftsführer
Thomas Beißwenger
Wirtschafts-, Rohstoff- und Umweltpolitik, Öffentlichkeitsarbeit, Personal, Finanzen
Tel. 0711 32732-122, beisswenger@iste.de

Stellv. Hauptgeschäftsführer
Heinz Sprenger
Tarifpolitik und Arbeitsrecht
Justiziariat, Steuern und Kooperationen
Tel. 0711 32732-110, sprenger@iste.de

REFERENTINNEN UND REFERENTEN

Dr. Michael Aufrecht
Fachgruppe Transportbeton mit Abteilung Betonpumpen
Tel. 0711 32732-415, aufrecht@iste.de

Lothar Benzel
Rohstoffsicherung, Raumordnung, Geoinformation, Genehmigungsverfahren
Tel. 0711 32732-119, benzel@iste.de

Dr. Leyla Chakar
Fachgruppe Sand und Kies, Fachgemeinschaft Asphalt
Tel. 0711 32732-116, chakar@iste.de

Kai Fischer
Verkehrspolitik, Fachgruppen Naturstein, Naturwerkstein, Abteilung Mörtel der Fachgruppe Transportbeton
Tel. 0711 32732-136, k.fischer@iste.de

Arne Hilt
Arbeitsrecht, Tarifpolitik, Fachgruppen Gips, Kalk, Zement, Junioren
Tel. 0711 32732-112, hilt@iste.de

Dr. Dagmar Hoffmann
GisInfoService
Tel. 0711 32732-132, hoffmann@iste.de

Manuel Sedlak
Umweltrecht, Naturschutz
Tel. 0711 32732-134, sedlak@iste.de

Dr. Bernd Susset
Umweltschutz, Boden- und Wasserschutz, Fachgruppe Recycling-Baustoffe und Boden
Tel. 0711 32732-131, susset@iste.de

HAUS DER BAUSTOFFINDUSTRIE

Gerhard-Koch-Str. 2, 73760 Ostfildern
Tel. 0711 32732-100, Fax 0711 32732-127
verband@iste.de, **www.iste.de**

IN PERSONALUNION BETREUTE ORGANISATIONEN

BAUSTOFFPRÜFGESELLSCHAFT MBH

Geschäftsführer Dr. Michael Aufrecht
Heinz Sprenger
Markus Zimmermann

BAUSTOFFÜBERWACHUNGS- UND ZERTIFIZIERUNGSVERBAND BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.

Vorsitzender Lorenz Krieger
Geschäftsführer Dr. Michael Aufrecht
Heinz Sprenger

DIE BAU- UND BAUSTOFFZERTIFIZIERER BÜV-QMB-ZERT GBR

Vorsitzender Lorenz Krieger
Siegfried Röser
Geschäftsführer Dr. Michael Aufrecht
Dr. Ulrich Lotz

FLÄCHENAGENTUR BADEN-WÜRTTEMBERG GMBH

Geschäftsführer Thomas Beißwenger
Manfred Fehrenbach
Bernhard Kübler
Prokurist Manuel Sedlak

GÜTESCHUTZ NATURSTEIN BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.

Vorsitzender Peter Rombold
Geschäftsführer Kai Fischer

QUALITÄTSSICHERUNGSSYSTEM RECYCLING-BAUSTOFFE BADEN-WÜRTTEMBERG E.V. (QRB)

Vorsitzender Eberhard Ludwig
Geschäftsführer Dr. Bernd Susset

STEINE UND ERDEN SERVICE GESELLSCHAFT SES GMBH

Geschäftsführer Thomas Beißwenger
Prokuristin Doris Marquardt

VERBANDSHAUS DER BAUSTOFFINDUSTRIE BADEN-WÜRTTEMBERG GBR

Geschäftsführer Heinz Sprenger
Dr. Ulrich Lotz

BAUSTOFFÜBERWACHUNGS- UND ZERTIFIZIERUNGSVERBAND BADEN-WÜRTTEMBERG E.V. (BÜV-ZERT)

Wir sind eine von der DAkks (Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH) akkreditierte, nach Landesbauordnung und Bauproduktengesetz anerkannte Überwachungs- und Zertifizierungsstelle, die in der Region organisiert und unter einem gemeinsamen Dach bundes- und europaweit tätig ist.

Wir überwachen
- über 350 Hersteller von Gesteinskörnungen für den Ingenieur- und Straßenbau, Bahngemische sowie Transportbeton und Werkmauermörtel
- den Einbau von Beton auf Baustellen
- Sonderprodukte und -anwendungen wie Sportstättenbau, Spielsande, Deponiebaustoffe

Wir garantieren
- die bundeseinheitliche Überwachung und Zertifizierung
- Mitbestimmung in technischen Gremien
- unabhängige, kostengünstige und termingerechte Überwachung

Wir bieten ein umfassendes Leistungsangebot:
- Dienstleistungen zur Herstellung, Entwicklung und Vertrieb von Baustoffen sowie Qualifizierung von Mitarbeitern
- Informationsdienst zu aktuellen Auslegungsfragen von Regelwerken
- Zertifizierung von Qualitäts- und Umweltmanagementsystemen über unsere Zertifizierungsstelle BQ-Zert GbR

Über unsere Baustoffprüfgesellschaft mbH bieten wir in unseren akkreditieren Prüfstellen Ostfildern und Konstanz Prüfungen an Gesteinskörnungen für den Ingenieur- und Straßenbau an und unterbreiten gerne ein maßgeschneidertes Angebot.

Arbeitsschwerpunkte im Berichtszeitraum
- Aus- und Weiterbildungen für Kiesprüfer, Betonprüfer und Betontechnologen sowie Qualifizierung der Planer
- Betreuung der Mitlieder im Rahmen der Planung und Errichtung komplexer Bauvorhaben
- Erweiterung der Akkreditierungen des BÜV-ZERT BaWü e.V. und der Baustoffprüf GmbH
- Erfahrungsaustausch mit akkreditierten und notifizierten Stellen
- Zertifizierung von Prüfstellen und Baustofflaboratorien der Steine- und Erdenindustrie
- Prüfmittelkalibrierung
- Überwachung von Baustoffen im und für das angrenzende Ausland

Vorsitzender: Lorenz Krieger
Geschäftsführer: Dr. Michael Aufrecht und Heinz Sprenger

Mehr Informationen: www.buev.de

BÜV-ZERT
BAUSTOFFÜBERWACHUNGS- UND ZERTIFIZIERUNGSVERBAND
Baden-Württemberg e.V.

FLÄCHENAGENTUR BADEN-WÜRTTEMBERG GMBH

Die Flächenagentur Baden-Württemberg GmbH richtet sich an Grundstückseigentümer und Vorhabenträger, die Ökokonto-Maßnahmen durchführen oder Ökopunkte verkaufen bzw. erwerben wollen. Sie bietet umfassende Dienstleistungen für Investoren, die zur Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft verpflichtet sind. Ihre internetbasierte Handelsplattform, www.flaechenagentur-bw.de, ermöglicht den landesweiten Handel mit Ökopunkten und Kompensationsflächen.

Mit der Ökokonto-Verordnung (ÖKVO), die am 01. April 2011 in Kraft getreten ist, wurde die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung für den Außenbereich flexibilisiert und landeseinheitliche Regelungen für die Anerkennung und Bewertung von zeitlich vorgezogenen Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Ökokonto-Maßnahmen) eingeführt.

Die damit verbundene Möglichkeit, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bereits vor dem Eingriff durchzuführen und auf einem Ökokonto einzubuchen, wurde bereits von zahlreichen Akteuren genutzt. Insbesondere Vorhabenträger haben von der Möglichkeit der zeitlichen und räumlichen Flexibilisierung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung vielfach Gebrauch gemacht. Dadurch können zeitliche und finanzielle Belastungen vermieden werden, die durch die Suche nach geeigneten Flächen und den dort umsetzbaren Kompensationsmaßnahmen entstehen.

Das Ökokonto ist zwar ein „Maßnahmenkonto" und kein Geldkonto aber es ermöglicht, Projektziele unter Berücksichtigung der Kosten so zu wählen, dass der höchstmögliche Nutzen (auch für den Naturschutz) erreicht wird.

Arbeitsschwerpunkte im Berichtszeitraum
- Vermittlung von Ökopunkten für den naturschutzrechtlichen Ausgleich und Erstaufforstungsmaßnahmen für den forstrechtlichen Ausgleich
- Planung von Ökokonto-Maßnahmen, insbesondere in den Bereichen Wiedervernässung, produktionsintegrierte Kompensation und Förderung spezifischer Arten
- 4. Ökokonto-Tag Baden-Württemberg am 9. November 2016 in Ostfildern.
- Seminar Eingriffsregelung und Ökokonto im Bau- und Planungsrecht in Kooperation mit STKautz-Rechtsanwälte am 21. Juni 2016
- Erstellung von Umweltgutachten in der Bauleitplanung
- Umsetzung von Ökokonto-Maßnahmen und Kontrolle der ökologischen Entwicklung

Gesellschafter:
Stiftung Naturschutzfonds Baden-Württemberg
Landsiedlung Baden-Württemberg GmbH
Steine und Erden Service Gesellschaft SES GmbH

Geschäftsführer:
Thomas Beißwenger, Manfred Fehrenbach, Bernhard Kübler

Mehr Informationen: www.flaechenagentur-bw.de

Flächenagentur
Baden-Württemberg GmbH

GÜTESCHUTZ NATURSTEIN BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.

Der Güteschutz Naturstein Baden-Württemberg e.V. wurde 1971 mit dem Ziel gegründet, Qualität und Akzeptanz von Natursteinmaterial im gesamten Straßenbau zu fördern. Zu diesem Zeitpunkt gab es seitens der Straßenbauverwaltung große Vorbehalte gegen die Verwendung von Naturstein, speziell von Kalksteinmaterial in ungebundenen Schichten. Der Qualitätsgedanke, der bei Baustoffgemischen aus Kalkgestein sehr eng mit einer sorgsamen Gewinnung, Aufbereitung, Dosierung und der Einhaltung des Prüfmerkmals „Sandäquivalent" verbunden ist, steht für die Schotterindustrie und die Mitglieder des Güteschutzes Naturstein im Vordergrund. Die baden-württembergischen Sonderregelungen für den Straßenbau mit ausgewählten Prüfparametern sind in den Ergänzungen zu den Technischen Vertragsbedingungen im Straßenbau Baden-Württemberg (ETV-StB-BW, Teil Schichten ohne Bindemittel) beschrieben und für Baustellen der öffentlichen Hand verpflichtend.

Die 57 Unternehmen mit 75 Mitgliedswerken, die dem Güteschutz angehören, produzieren neben den üblichen Straßenbaustoffen überwiegend auch andere Qualitätsbaustoffe wie z.B. Gesteinskörnungen und Gesteinsmehle für Beton und Asphalt, Wasserbausteine oder auch Gleisschotter aus den Gesteinsvorkommen des Grundgebirges. Der Güteschutz Naturstein mit seinen drei vertraglich gebundenen Prüfstellen versteht sich als Interessenvertretung für alle technischen Fragestellungen der Natursteinindustrie sowie als Vermittler zwischen Produzenten und Abnehmern. Darüber hinaus sind Wissensvermittlung und Schulung rund um die Aufbereitung und Verwendung von Naturstein im Rahmen der Technik-Seminare mit Besichtigung der Abbaustätten wichtige Ziele des Vereins.

Die Mitglieder des Güteschutzes setzen auch in Zukunft auf Zuverlässigkeit und Qualität. Darauf können sich Bauherren und Kunden verlassen!

Schwerpunkte im Berichtszeitraum
- Verteilung der Broschüre „Qualität in Stein" (3. Auflage) im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit
- Informationsveranstaltung 13. Technik-Tag der Schotterindustrie mit Fachexkursion für ausschreibende Stellen zum Thema „Schichten ohne Bindemittel" am 18. Oktober 2016 in Frommenhausen
- Information und Stellungnahme zu Normentwürfen und Regelwerken aus dem Blickwinkel der Natursteinindustrie Baden-Württemberg
- Beratung ausschreibender Stellen zu Baustoffauswahl und Lieferquellen

Vorsitzender: Peter Rombold
Geschäftsführer: Kai Fischer

Mehr Informationen:
www.gsnst-bw.de

Güteschutz
Naturstein

QUALITÄTSSICHERUNGSSYSTEM RECYCLING-BAUSTOFFE BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.

Der Qualitätssicherungssystem Recycling-Baustoffe Baden-Württemberg e.V. (QRB) wurde 2004 auf gemeinsame Initiative der Industrie, dem damaligen Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg und der damaligen Landesanstalt für Umwelt gegründet und dient in erster Linie der Umsetzung des UVM-Erlasses „Vorläufige Hinweise zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial" vom 13. April 2004. Der QRB wurde als erste Gütegemeinschaft in Baden-Württemberg anerkannt und hat sich zur mitgliedsstärksten Güteüberwachungsgemeinschaft für Recycling-Baustoffe in Baden-Württemberg entwickelt. Nach den QRB-Anforderungen produzierte Recycling-Baustoffe von QRB-Mitgliedern können als Produkte anerkannt und vertrieben werden.

Stand heute haben sich 121 Unternehmen mit 149 Werken (davon 3 Fördermitglieder und 16 Prüfinstitute) dem QRB angeschlossen. Ziel ersten Ranges ist es, Rc-Baustoff-Hersteller in die Lage zu versetzen, mit ihren Rc-Baustoffen Produktstatus zu erreichen. Hierzu leistet QRB gemeinsam mit den Fremdüberwachungsinstituten, den Fachgremien und den durch QRB erstellten Leitfäden Hilfestellung.

Wesentliches Element ist das QRB-Datenbanksystem mit Kartendarstellung im Internet: Kunden, Aufsichtsbehörden und Bürger können so Unternehmen und Werke, die QRB- Produkte anbieten, recherchieren und sich schnell ein Bild zum Status der Recycling-Werke im QRB machen.

Mit der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg werden Statistiken über die Qualitäten der Recycling-Baustoffe ausgetauscht und bewertet.

Arbeitsschwerpunkte des QRB im Berichtszeitraum:
- Normungsarbeit in relevanten Gremien des DIN sowie in den europäischen (CEN) und internationalen (ISO) Gremien zur Standardisierung von Elutions- und Probenahmemethoden, Mitarbeit in Gremien der FGSV.
- Abschluss der Machbarkeitsstudie QEB 2.0 der WhereGroup GmbH zur Weiterentwicklung der QRB-Plattform für die geplante Ersatzbaustoffverordnung.
- Mitarbeit im Forschungsprojekt des Umweltministeriums Baden-Württemberg „Probenahme- und Analysenkampagne zur Verifizierung der Auswirkungen der Novellierung der Bundesbodenschutzverordnung auf die Verteilung der jährlich 25 Mio. Tonnen Bodenaushub in Baden-Württemberg"–Durchführung von Vorinspektionen im Rahmen des Aufnahmeverfahrens von Neumittgliedern.

Vorsitzender: Eberhard Ludwig
Geschäftsführer: Dr. Bernd Susset

Mehr Informationen:
www.qrb-bw.de

QRB

GREMIEN DES ISTE Stand 30. Juni 2017

PRÄSIDIUM DES ISTE

VORSTAND

Präsident
Peter Röhm, Röhm Kies GmbH & Co. KG, Wendlingen

Vizepräsidenten
Peter Rombold, Rombold & Gfröhrer GmbH & Co. KG, Ditzingen
Christian Knell, HeidelbergCement AG, Heidelberg

Ehrenpräsidenten
Max Kern, Sinzheim
Dr. Rolf Mohr, Meichle & Mohr GmbH, Immenstaad
Hans-Martin Peter, Hermann Peter KG, Rheinau

PRÄSIDIUMSMITGLIEDER

Fachgruppe Gips/Gipsplatten
Jörg Schanow, Knauf Gips KG, Iphofen
Stellv. **Stefan Berwanger**, HeidelbergCement AG, Haßmersheim

Fachgruppe Kalk
Hartmut Koch-Czech, Eduard Merkle GmbH & Co. KG, Blaubeuren

Fachgruppe Naturstein
Peter Rombold, Rombold & Gfröhrer GmbH & Co. KG, Ditzingen
Stellv. **Benedikt Fahrland**, MSW Mineralstoffwerke Südwest GmbH & Co. KG, Stuttgart

Fachgruppe Naturwerkstein
Albrecht Lauster, Lauster Steinbau GmbH, Stuttgart

Fachgruppe Recycling-Baustoffe und Boden
Christa Szenkler, bmk Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Talheim
Stellv. **Lucia Rehm**, SEBA Sekundärbaustoff-GmbH, Lottstetten

Fachgruppe Sand und Kies
Michael Peter, Hermann Peter KG, Rheinau
Stellv. **Oliver Mohr**, Meichle + Mohr GmbH, Immenstaad

Fachgruppe Transportbeton
Dr. Erwin Kern, BKG Transportbeton GmbH & Co. KG, Iffezheim
Stellv. **Christoph Ramsperger**, tbu Transport-Beton-Union GmbH & Co. KG, Bad Dürrheim

Fachgruppe Zement
Christian Knell, HeidelbergCement AG, Heidelberg

Fachverband Beton- und Fertigteilwerke Baden-Württemberg e.V. (Korporatives Mitglied im ISTE)
Friedrich Gebhart, Gisoton-Wandsysteme Baustoffwerke Gebhart & Söhne GmbH, Aichstetten

Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt und Rohstoffpolitik
Tino Villano, Opterra Zement GmbH, Walzbachtal
Stellv. **Oliver Mohr**, Meichle + Mohr GmbH, Immenstaad

Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses
Martin Kronimus, Kronimus AG, Iffezheim
Stellv. **Jörg Schanow**, Knauf Gips KG, Iphofen

Vorsitzender des Ausschusses für Öffentlichkeitsarbeit
Peter Röhm, Röhm Kies GmbH & Co. KG, Wendlingen
Stellv. **Heike Flickinger**, bmk Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Talheim
Stellv. **Sabine Schädle**, Holcim (Süddeutschland) GmbH, Dotternhausen

BEIRAT DES ISTE

FACHGRUPPE GIPS

Regierungsbezirk Freiburg
Georg Bantle, Gebrüder Bantle GmbH & Co. KG, Bösingen

Regierungsbezirk Karlsruhe:
Stefan Berwanger, HeidelbergCement AG, Haßmersheim

FACHGRUPPE KALK

Regierungsbezirk Freiburg
N. N.
Stellv. **Thomas Hauri**, Hans G. Hauri KG, Bötzingen

Regierungsbezirk Tübingen
Hartmut Koch-Czech, Eduard Merkle GmbH & Co. KG, Blaubeuren

FACHGRUPPE NATURSTEIN

Regierungsbezirk Freiburg
Sebastian Striebel, Wilhelm Bohnert GmbH & Co. KG, Ottenhöfen
Stellv. **Armin Ossola**, Ossola GmbH, Kappelrodeck

Regierungsbezirk Karlsruhe
Thomas Karcher, Hartmann GmbH & Co. KG Schotter- und Kalkwerk c/o Kies & Beton AG Baden-Baden
Stellv. **Hans-Martin Kübler**, Schotterwerk Johannes Mayer Betriebsgesellschaft mbH, Rohrdorf

Regierungsbezirk Stuttgart
Ralf Jessberger, Baresel GmbH & Co. KG, Ehningen
Stellv. **Baptist Schneider**, bmk Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Talheim

Regierungsbezirk Tübingen
Elisabeth Minst-Bailer, SWK Schotterwerk Kirchen GmbH & Co. KG, Munderkingen
Stellv. **Dieter Rösch**, Rösch Söhne GmbH & Co. KG, Laichingen-Feldstetten

FACHGRUPPE SAND UND KIES

Regierungsbezirk Freiburg
Michael Peter, Hermann Peter KG, Rheinau-Freistett
Stellv. **Daniel Hackenjos**, Artur Uhl Kies- und Schotterwerk GmbH & Co. KG, Breisach

Regierungsbezirk Karlsruhe:
Wolfgang Krieger, Heinrich Krieger KG, Neckarsteinach
Stellv. **Jochen Sämann**, Sämann Stein- und Kieswerke GmbH & Co. KG, Mühlacker

Regierungsbezirk Stuttgart
Peter Röhm, Röhm Kies GmbH & Co. KG, Wendlingen
Stellv. **Benedikt Fahrland**, Heinrich Mertz Kies- und Sandwerke GmbH & Co. KG, Stuttgart

Regierungsbezirk Tübingen
Alexander Dünkel, Kieswerke Dünkel GmbH & Co., Schemmerhofen
Stellv. **Jens Geiger**, Wenzelburger Kieswerke GmbH & Co. KG, Werk Unlingen

FACHGRUPPE NATURWERKSTEIN

Regierungsbezirk Stuttgart
Thomas Hippelein, Schön + Hippelein GmbH & Co. KG, Satteldorf

FACHGRUPPE RECYCLING-BAUSTOFFE UND BODEN

Regierungsbezirk Freiburg
Lucia Rehm, SEBA Sekundärbaustoff-GmbH, Lottstetten

Regierungsbezirk Karlsruhe
Christiane Ritter, BWG Baustoff-Wiederaufbereitungs GmbH & Co. KG, Baden-Baden

Regierungsbezirk Stuttgart
Baptist Schneider, bmk Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Talheim

Regierungsbezirk Tübingen
Eberhard Ludwig, BRS Baustoff-Recycling Sigmaringen GmbH, Villingen-Schwenningen

FACHGRUPPE TRANSPORTBETON

Regierungsbezirk Freiburg
Hans-Martin Peter, Hermann Peter KG, Rheinau
Stellv. **Alexander Hackenjos**, TBW Transportbetonwerk Umkirch GmbH, Freiburg

Regierungsbezirk Karlsruhe
Thomas Karcher, Rudolf Peter GmbH & Co. KG, Baden-Baden
Stellv. **Alexander Humbert**, Heidelberger Beton GmbH, Heidelberg

Regierungsbezirk Stuttgart
Martin Huthmacher, TBR Frischbeton Stuttgart GmbH & Co. KG, Stuttgart
Stellv. **Christian Rombold**, Rombold & Gfröhrer GmbH & Co KG, Ditzingen

Regierungsbezirk Tübingen
Christoph Ramsperger, tbu Transport-Beton-Union GmbH & Co. KG, Bad Dürrheim
Stellv. **Reinhold Brehm**, Transbeton Biberach GmbH & Co. KG, Biberach

FACHGRUPPE TRANSPORTBETON (ABTEILUNG BETONPUMPEN)

Christian Klafszky, Betonpumpenunion GmbH & Co. KG, Ulm

FACHGRUPPE TRANSPORTBETON (ABTEILUNG MÖRTEL)

Dr. Markus Pfeuffer, Heidelberger Fließestrich Südwest GmbH, Heidelberg

FACHGRUPPE ZEMENT

Regierungsbezirk Freiburg
Urs Kern, Holcim (Süddeutschland) GmbH, Dotternhausen

Regierungsbezirk Karlsruhe
Dr. Danilo Buscaglia, Opterra Zement GmbH, Walzbachtal

Regierungsbezirk Stuttgart
Gerhard Kaminski, Schwenk Zement KG, Ulm

Regierungsbezirk Tübingen
Christian Knell, HeidelbergCement AG, Heidelberg

RECHNUNGSPRÜFER DES ISTE

Christiane Ritter, EKS Eugen Kühl und Söhne GmbH & Co. KG, Baden-Baden
Klaus Veigel, Gebr. Zimmermann GmbH, Vaihingen/Enz

GESCHÄFTSSTELLE

Hauptgeschäftsführer
Thomas Beißwenger, Dipl.-Biologe

Stellvertretender Hauptgeschäftsführer
Heinz Sprenger, Rechtsanwalt

Referenten
Dr. Michael Aufrecht, Dipl.-Ingenieur
Lothar Benzel, Dipl.-Ingenieur
Dr.-Ing. Leyla Chakar, Magister Ingenieur
Kai Fischer, Dipl.-Ingenieur
Arne Hilt, Rechtsassessor
Dr. Dagmar Hoffmann, Dipl.-Geologin
Manuel Sedlak, Dipl. Wirtschaftsjurist
Dr. Bernd Susset, Dipl.-Geologe

Sekretariate/Assistenz
Sylvia Fischer
Martina Grühbaum
Doris Marquardt
Gudrun Müller
Karina von Ostrowski
Anne Spießhofer
Karin Zeh

STÄNDIGE AUSSCHÜSSE DES ISTE

AUSSCHUSS FÜR UMWELT- UND ROHSTOFFPOLITIK

Vorsitzender **Tino Villano**, Opterra Zement GmbH, Walzbachtal
Stellv. **Oliver Mohr**, Meichle + Mohr GmbH, Immenstaad

Gerd Allgaier, Kieswerk Tullius GmbH & Co. KG, Salem
Günther Assenheimer, SHB Schotterwerke Hohenlohe-Bauland GmbH & Co. KG, Osterburken
Benedikt Fahrland, Heinrich Mertz Kies- und Sandwerke GmbH & Co. KG, Stuttgart
Daniel Hackenjos, Artur Uhl Kies- und Schotterwerk GmbH & Co. KG, Breisach am Rhein
Dr. Christoph Heim, Wilhelm Geiger GmbH & Co. KG, Oberstdorf
Frank Hippelein, Schön + Hippelein GmbH & Co. KG, Satteldorf
Andreas Junginger, Holcim (Süddeutschland) GmbH, Dotternhausen
Gräfin Susanne Kesselstatt, J. Friedrich Storz Baustoffe GmbH & Co. KG, Tuttlingen
Michael B. Knobel, KVG GmbH Kieswerke, Tief- und Strassenbau, Hartheim
Hermann R. Klöpfer, Klöpfer GmbH & Co. KG, Winnenden
Hartmut Koch-Czech, Eduard Merkle GmbH & Co. KG, Blaubeuren-Altental
Hans-Martin Kübler, TBG Transportbeton Nagoldtal GmbH & Co. KG, Ebhausen
Dr. Helge-Alexander List, Valet u. Ott GmbH & Co. KG, Mengen-Rulfingen
Walter Minst, SWK Schotterwerk Kirchen GmbH & Co. KG, Munderkingen
Oliver Mohr, Geisinger Kalkstein Schotterwerk GmbH & Co. KG, Donaueschingen
Frank Nusser-Jungmann, Eckle GmbH, Langenau
Prof. Dr. Matthias Reimann, Knauf Gips KG, Iphofen
Christiane Ritter, EKS Eugen Kühl und Söhne GmbH & Co. KG, Baden-Baden
Steffen Ritter, Heinrich Krieger KG, Neckarsteinach
Dr. Markus Schauer, Schwenk Zement KG, Ulm
Dr. Ulrich Schneider, HeidelbergCement AG, Leimen
Bernd Schönebeck, Nord-Moräne-Kieswerke GmbH & Co. KG, Krauchenwies
Jürgen Schumann, Friedrich Schumann GmbH, Vellberg
Bruno Schwendemann, Vogel-Bau GmbH, Lahr
Christa Szenkler, bmk Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Talheim

Ständige Gäste
Pascal Bunk, Knauf Gips KG, Iphofen
Axel Dörr, Dörr Ingenieurbüro GbR, Leinfelden-Echterdingen
Jörn Ebeling, Heidelberger Sand und Kies GmbH, Waghäusel-Wiesental
Frank Eidam, Holcim Kies und Sand GmbH, Werk Malsch
Michael Giner, Heinrich Teufel GmbH & Co. KG, Straßberg
Hannes Grafmüller, Grafmüller GmbH, Zell am Harmersbach
Thomas Hinderhofer, Kies- und Schotterwerke Müller GmbH & Co. KG, Ostrach
Benjamin Hoffmann, Klöpfer GmbH & Co. KG, Winnenden
Günther Müller, Koch GmbH & Co. KG, Kieswerke und Transporte, Metzingen
Jochen Roeder, HeidelbergCement Technology Center GmbH, Leimen
Heiner Rohr, HeidelbergCement AG, Heidelberg
Markus Schwendemann, Uhl Kies- und Baustoff GmbH, Hausach
Sebastian Striebel, Wilhelm Bohnert GmbH & Co. KG, Ottenhöfen
Dr. Ulrich Tränkle, AG.L.N. Landschaftsplanung und Naturschutzmanagement, Blaubeuren
Dr. Stephan Zimmer, arguplan GmbH Beratung Planung Gutachten, Karlsruhe

SOZIALPOLITISCHER AUSSCHUSS

Vorsitzender **Martin Kronimus**, Kronimus AG Betonsteinwerke, Iffezheim
Stellv. **Jörg Schanow**, Knauf Gips KG, Iphofen

Hagen Aichele, Holcim (Süddeutschland) GmbH, Dotternhausen
Mirko Börner, Heidelberger Beton Karlsruhe GmbH & Co. KG, Karlsruhe
Edeltraud Guse, Holcim (Süddeutschland) GmbH, Dotternhausen
Alois Huber, Huber-Bau GmbH & Co. KG, Ottenhöfen
Martin Huthmacher, TBR Frischbeton Stuttgart GmbH & Co. KG, Stuttgart
Gerhard Kaminski, Schwenk Zement KG, Ulm
Hartmut Koch-Czech, Eduard Merkle GmbH & Co. KG, Blaubeuren-Altental
Dr. Christian Körber, HeidelbergCement AG, Heidelberg
Markus Maier, Gebr. Herrmann Schotterwerk GmbH & Co. KG, Sonnenbühl
Christof Leuchtner, Kronimus AG Betonsteinwerke, Iffezheim
Matthias Neumann, Braas GmbH, Oberursel
Sibylle Nowatius, Opterra Zement GmbH, Walzbachtal
Thomas Rühl, OMK Oberschwaben Moräne-Kies GmbH & Co. KG, Ostrach
Christiane Sämann-Welschenbach, Sämann Stein- und Kieswerke GmbH & Co. KG, Mühlacker
Heinz Schlecht, RMKS Rhein Main Kies und Splitt GmbH & Co. KG, Meißenheim
Petra Ulmer, Rombold & Gfröhrer GmbH & Co. KG, Ditzingen
Klaus Veigel, Gebr. Zimmermann GmbH, Vaihingen/Enz
Stephan Wehning, HeidelbergCement AG, Schelklingen
Christoph Wiedenmann, tbl Transportbeton Leutkirch GmbH & Co. KG, Leutkirch
Patrick Wieland, Hauraton GmbH & Co. KG, Rastatt
Thomas Zehlicke, EBRD Erdaushub und Bauschutt Recycling und Deponie GmbH & Co. KG, Bretten

Ständige Gäste
Gräfin Susanne Kesselstatt, J. Friedrich Storz Baustoffe GmbH & Co. KG, Tuttlingen
Dr. Ulrich Lotz, Fachverband Beton- und Fertigteilwerke Baden-Württemberg e.V., Ostfildern
Uwe Sommer, Albert Regenold GmbH, Bühl

GREMIEN DES ISTE

AUSSCHUSS FÜR ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Vorsitzender **Peter Röhm**,
Röhm Kies GmbH & Co. KG, Wendlingen
Stellv. **Heike Flickinger**, bmk Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Talheim
Stellv. **Sabine Schädle**, Holcim (Süddeutschland) GmbH, Dotternhausen
Hagen Aichele, Holcim Kies und Beton GmbH Marktgebiet Stuttgart, Stuttgart
Jörg Bayer, E. Bayer Baustoffwerke GmbH & Co. KG, Esslingen
Michael B. Knobel, Knobel Asphalt-Kies-Beton GmbH, Hartheim
Peter Leifgen,
Rheinkalk GmbH, Efringen-Kirchen
Klaus Rinderspacher,
Moräne-Kies GmbH & Co. KG, Hechingen
Dieter Rösch,
Rösch Söhne GmbH & Co. KG, Laichingen
Jochen Sämann, Sämann Stein- und Kieswerke GmbH & Co. KG, Mühlacker
Elke Schönig, HeidelbergCement AG, Heidelberg
Tino Villano, Opterra Zement GmbH, Walzbachtal

Ständige Gäste
Ulrich Nolting, InformationsZentrum Beton GmbH, Ostfildern
Gramatiki Satslidis,
Fachverband Beton- und Fertigteilwerke Baden-Württemberg e.V., Ostfildern
Alexander Schopp, Kieswerk Hardt GmbH & Co. KG, Stockach
Nadine Winter, Heinrich Feeß GmbH & Co. KG, Kirchheim T.-Bohnau
Tony Winter, SBR Stingel Baustoffrecycling GmbH, Schwenningen

AD HOC AUSSCHÜSSE

ARBEITSKREIS TECHNISCHE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER FACHGRUPPE SAND UND KIES

Patricia Brunner,
RHENO Kies und Splitt AG, Birsfelden
Uwe Dietz, KVB Kies – Vertrieb GmbH & Co. KG, Karlsdorf-Neuthard
Wolfgang Engler, SKV Sand-Kiesvertrieb Ulm GmbH & Co.KG, Langenau
Dr. Volker Hartmann,
SW Kies GmbH & Co. KG, Iffezheim
Thomas Rühl, OMK Oberschwaben Moräne-Kies GmbH & Co. KG, Ostrach
Michael Schmitz, Oberrhein-Handels-Union GmbH & Co. KG, Iffezheim
Thorsten Volkmer, KBI Kieswerk und Baustoff-Industrie Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim
Markus Zimmermann, Baustoffprüfgesellschaft mbH, Konstanz
Dr. Michael Aufrecht, ISTE, Ostfildern

ARBEITSKREIS TECHNIK UND QUALITÄT DER FACHGRUPPE NATURSTEIN / GÜTESCHUTZ NATURSTEIN

Walter Balbach, Rombold & Gfröhrer GmbH & Co. KG, Ditzingen
Joachim Burckhardt,
SWM Schotterwerke Markgröningen GmbH & Co. KG, Markgröningen
Benedikt Fahrland, Heinrich Mertz Kies- und Sandwerke GmbH & Co. KG, Stuttgart
Klaus Huppert, Jakob Bauer Söhne GmbH & Co. KG, Erkenbrechtsweiler
Thomas Karcher,
Hartmann GmbH & Co. KG, Mauer
Dietmar Körner, EKG mineral Handelscontor GmbH & Co. KG, Winnenden
Hans-Martin Kübler, Schotterwerk Johannes Mayer Betriebsgesellschaft mbH, Rohrdorf
Wolfgang Maier, SWB Schotterwerk Böttinger GmbH & Co. KG, Weilheim
Wolfgang Moeck, Alfred Moeck KG, Lenningen
Peter Rombold, Rombold & Gfröhrer GmbH & Co. KG, Ditzingen
Michael Schmitz, Oberrhein-Handels-Union GmbH & Co. KG, Iffezheim
Baptist Schneider, bmk Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Talheim
Dieter Veigel, Gebr. Zimmermann GmbH, Vaihingen/Enz-Roßwag
Martin Weiß, Paul Kleinknecht GmbH & Co. KG, Kupferzell
Dr. Martin Westermann,
SHB Schotterwerke Hohenlohe-Bauland GmbH & Co. KG, Osterburken

ARBEITSKREIS GISINFOSERVICE

Dr. Theodor Roppelt, Rohrdorfer Sand und Kies GmbH Deutschland, Rohrdorf
Dr. Markus Schauer,
Schwenk Zement KG, Ulm
Günther Müller, Koch GmbH & Co. KG Kieswerk und Transporte, Metzingen
Stefan Giese, Jörg Thomsen,
WhereGroup GmbH & Co. KG, Bonn
Dr. Dagmar Hofmann, Steine und Erden Service Gesellschaft SES GmbH
Katja Schaber-Mohr, Steine und Erden Service Gesellschaft SES GmbH
(bis 31.12.2016)
Darüber hinaus alle Nutzer der Basis-Version der Verbände sowie Nutzer des Grundstücksmoduls Plus und Server.

ARBEITSKREIS BIODIVERSITÄTSDATENBANK

Pascal Bunk, Knauf Gips KG, Iphofen
Stefan Giese, Frederik Häfker,
WhereGroup GmbH & Co. KG, Bonn
Dr. Markus Schauer,
Schwenk Zement KG, Ulm
Dr. Werner D. Spang,
Spang.Fischer.Natzschka GmbH, Walldorf
Dr. Ulrich Tränkle, AG.L.N. Blaubeuren
Dr. Stephan Zimmer, arguplan GmbH – Beratung Planung Gutachten, Karlsruhe

IN PERSONALUNION BETREUTE ORGANISATIONEN

BAUSTOFFPRÜFGESELLSCHAFT MBH

Geschäftsführer **Dr. Michael Aufrecht, Heinz Sprenger, Markus Zimmermann**

BAUSTOFFÜBERWACHUNGS- UND ZERTIFIZIERUNGSVERBAND BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.

Vorsitzender **Lorenz Krieger**,
Heinrich Krieger und Söhne KG, Neckarsulm
Geschäftsführer
Dr. Michael Aufrecht, Heinz Sprenger

DIE BAU- UND BAUSTOFFZERTIFIZIERER BÜV-QMB-ZERT GBR

Vorsitzende **Lorenz Krieger**,
Heinrich Krieger und Söhne KG, Neckarsulm
Siegfried Röser, GmbH & Co. KG, Obersontheim
Geschäftsführer
Dr. Ulrich Lotz, Dr. Michael Aufrecht

FLÄCHENAGENTUR BADEN-WÜRTTEMBERG GMBH

Geschäftsführer
Thomas Beißwenger, Manfred Fehrenbach Bernhard Kübler
Prokurist **Manuel Sedlak**
Projektleiter **Katrin Büttner, Marcus Haas, Gerhard Kottek, Elke Leitner, Dr. Martin Maier**
Projektassistenz **Karina von Ostrowski**

GÜTESCHUTZ NATURSTEIN BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.

Vorsitzender **Peter Rombold**,
Rombold & Gfröhrer GmbH & Co. KG, Ditzingen
Geschäftsführer **Kai Fischer**

QUALITÄTSSICHERUNGSSYSTEM RECYCLING-BAUSTOFFE BADEN-WÜRTTEMBERG E.V. (QRB)

Vorsitzender **Eberhard Ludwig**,
BRS Baustoff-Recycling Sigmaringen GmbH, Villingen-Schwenningen
Geschäftsführer **Dr. Bernd Susset**

STEINE UND ERDEN SERVICE GESELLSCHAFT SES GMBH

Geschäftsführer **Thomas Beißwenger**
Prokuristin **Doris Marquardt**

VERBANDSHAUS DER BAUSTOFF-INDUSTRIE BADEN-WÜRTTEMBERG GBR

Geschäftsführer
Heinz Sprenger, Dr. Ulrich Lotz

NETZWERK DES ISTE

ISTE-NETZWERK AUF LANDESEBENE

LANDESVEREINIGUNG BADEN-WÜRTTEMBERGISCHER ARBEITGEBERVERBÄNDE E.V.
www.agv-bw.de

Geschäftsführer-Konferenzen
Heinz Sprenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis Prozessvertreter
Arne Hilt, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis Bildungspolitik
Heinz Sprenger, ISTE, Ostfildern

BILDUNGSWERK DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN WIRTSCHAFT E.V.
www.biwe.de

Rechnungsprüfung
Heinz Sprenger, ISTE, Ostfildern

LANDESVERBAND DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN INDUSTRIE E.V. (LVI)
www.lvi.de

Vorstandsmitglieder
Christian Knell,
Sprecher der Geschäftsleitung Deutschland der HeidelbergCement AG, Heidelberg
Peter Röhm, Röhm Kies GmbH & Co. KG, Wendlingen

Arbeitsausschuss Energie
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Mittelstands- und Wirtschaftspolitik
Heinz Sprenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Umwelt
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Verkehr
Thomas Beißwenger, Kai Fischer
ISTE, Ostfildern

DEUTSCHER ASPHALTVERBAND E.V.
www.asphalt.de

Regionalvorsitzender
Stefan Schmidt-Weiss

stv. Regionalvorsitzender
Mathias Waggershauser

Weitere Regionalvorstandsmitglieder
Susanne Reichsgräfin von Kesselstatt
Michael Knobel
Bruno Schwendemann

ISTE-NETZWERK AUF BUNDESEBENE

BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN INDUSTRIE (BDI)
www.bdi-online.de

Vorstandsmitglied
Dr. Dominik von Achten,
HeidelbergCement AG, Heidelberg

Arbeitsausschuss Rohstoffpolitik
N. N.

Projektgruppe Wasserwirtschaft
Christa Szenkler, bmk Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Talheim

Arbeitskreis Naturschutz
Thomas Beißwenger, Manuel Sedlak
ISTE, Ostfildern
Pascal Bunk, Knauf Gips KG, Iphofen

Arbeitskreis Arten- und Habitatschutz
Manuel Sedlak, ISTE, Ostfildern
Pascal Bunk, Knauf Gips KG, Iphofen

BUNDESVERBAND BAUSTOFFE STEINE UND ERDEN E.V. (BBS)
www.baustoffindustrie.de

Präsident
Dr. Dominik von Achten,
HeidelbergCement AG, Heidelberg

Vizepräsident
Dr. Erwin Kern,
Kies- und Beton AG, Baden-Baden

Vorstandsmitglied
Dr. Gerd Hagenguth, RMKS Rhein Main Kies und Splitt GmbH & Co. KG, Wesel

Arbeitsausschuss Energie
Heinz Sprenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Recht
Heinz Sprenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Rohstoffe
Prof. Dr. Matthias Reimann,
Knauf KG, Iphofen
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Steuern
Heinz Sprenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Umwelt
Christa Szenkler, bmk Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Talheim
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Technik und Normung
Kai Fischer, ISTE, Ostfildern
Tino Villano, Opterra Zement GmbH, Walzbachtal

Arbeitsausschuss Verkehr
Heinz Sprenger, ISTE, Ostfildern

BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN TRANSPORTBETON-INDUSTRIE E.V. (BTB)
www.transportbeton.org

Präsident
Dr. Erwin Kern, Kies und Beton AG, Iffezheim

Vizepräsident
Pius Geiger,
Wilhelm Geiger GmbH & Co. KG, Oberstdorf
Ottmar Walter,
Heidelberger Beton GmbH, Heidelberg

Vorstand
Christoph Ramsperger,
tbu Transport-Beton-Union GmbH & Co. KG, Bad Dürrheim
Alexander Hackenjos,
Transportbeton Umkirch TBU Vertriebs GmbH & Co. KG, Freiburg

Koordinierungsausschuss
Raymund Böing,
HeidelbergCement AG, Leimen
Christiane Bohlmann,
HeidelbergCement AG, Heidelberg
Christian Klafszky,
Betonpumpenunion GmbH & Co. KG, Ulm

Arbeitsausschuss Betonpumpen
Christian Klafszky,
Betonpumpenunion GmbH & Co. KG, Ulm
Dr. Michael Aufrecht, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Betontechnologie und Umwelt
Raymund Böing,
HeidelbergCement AG, Leimen
Ingo Lothmann,
Heidelberger Beton GmbH, Heidelberg
Karsten Audehm,
Heidelberger Beton GmbH, Heidelberg
Eckhard Bohlmann,
HeidelbergCement AG, Heidelberg
Hans-Jürgen Herkt, peterbeton Rudolf Peter GmbH & Co. KG, Baden-Baden
Christian Klafszky,
Betonpumpenunion GmbH & Co. KG, Ulm
Werner Rothenbacher,
Schwenk Zement KG, Ulm
Jürgen Schowalter,
Märker Transportbeton GmbH, Harburg
Dr. Michael Aufrecht, ISTE, Ostfildern

Arbeitsgruppe Regelwerk für Beton (RfB)
Raymund Böing,
HeidelbergCement AG, Leimen
Eckhard Bohlmann,
HeidelbergCement AG, Heidelberg
Werner Rothenbacher,
Schwenk Zement KG, Ulm

Arbeitsausschuss Marketing
Christiane Bohlmann,
HeidelbergCement AG, Heidelberg
Thomas Karcher, peterbeton Rudolf Peter GmbH & Co. KG, Baden-Baden
Dr. Michael Aufrecht, ISTE, Ostfildern
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Wirtschaftspolitik
Thomas Karcher, peterbeton Rudolf Peter GmbH & Co. KG, Baden-Baden

NETZWERK DES ISTE

FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT DER DEUTSCHEN TRANSPORTBETON-INDUSTRIE E.V. (FTB)
www.transportbeton.org/branche/forschung/

Forschungsbeirat
Raymund Böing,
HeidelbergCement AG, Leimen
Werner Rothenbacher
Schwenk Zement KG, Ulm
Jürgen Schowalker,
Märker Transportbeton GmbH, Harburg
Dr. Michael Aufrecht, ISTE, Ostfildern

DEUTSCHER AUSSCHUSS FÜR STAHLBETON (DAFSTB)
www.dafstb.de

Technischer Ausschuss Beton – Unterausschuss Alkalikieselsäurereaktion (AKR)
Dr. Volker Hartmann, Oberrhein-Handels-Union GmbH & Co. KG, Iffezheim

BUNDESVERBAND MINERALISCHE ROHSTOFFE E.V. (MIRO)
www.bv-miro.org

Präsident
Dr. Gerd Hagenguth, RMKS Rhein Main Kies und Splitt GmbH & Co. KG, Wesel

Beirat
Peter Rombold, Rombold & Gfröhrer GmbH & Co. KG, Ditzingen
Michael Peter, Hermann Peter KG, Rheinau-Freistett

Haushalts- und Satzungskommission (HSK)
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Öffentlichkeitsarbeit (ÖA)
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern
Heike Flickinger, bmk Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Thalheim

Arbeitsausschuss Rohstoffsicherung, Umweltschutz, Folgenutzung (RUF)
Rudolf Sehring,
Sehring Sand & Kies GmbH & Co. KG, Langen
Dr. Gerd Hagenguth, RMKS Rhein Main Kies und Splitt GmbH & Co. KG, Wesel
Andreas Junginger,
Kies und Beton GmbH, Dotternhausen
Christiane Ritter, EKS Eugen Kühl und Söhne GmbH & Co. KG, Baden-Baden
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Steuern, Recht und Betriebswirtschaft (SRB)
Heinz Sprenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis Statistik (S)
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Gewinnungs- und Aufbereitungstechnik (GA)
Thorsten Volkmer,
KBI Kieswerk und Baustoff-Industrie Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim
Bernd Köllreutter,
Heinrich Krieger KG, Neckarsteinach
Kai Fischer, Dr. Leyla Chakar
ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Anwendungstechnik, Normung (AN)
Dr. Volker Hartmann, Oberrhein-Handels-Union GmbH & Co. KG, Iffezheim
Dr. Ulrich W. Gleichmar
Schotterwerk GmbH, Freiburg
Dr. Michael Aufrecht, Kai Fischer, Dr. Leyla Chakar, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis AKR Alkali-Kieselsäure-Reaktion – und IKA AKR
Dr. Ulrich W. Gleichmar,
Schotterwerk GmbH, Freiburg
Dr. Volker Hartmann, Oberrhein-Handels-Union GmbH & Co. KG, Iffezheim
Dr. Michael Aufrecht, Dr. Leyla Chakar
ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis Gabionen-Füllmaterial (G)
Arnold Magagna,
VSG Schwarzwald-Granit-Werke GmbH & Co. KG, Forbach
Kai Fischer, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis Arbeitssicherheit (AS)
Thorsten Volkmer, KBI Kieswerk und Baustoff-Industrie Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim

Europa-Ausschuss der Naturstein-Industrie (Euro-Schotter-Ausschuss)
Peter Rombold, Rombold & Gfröhrer GmbH & Co. KG, Ditzingen
Thomas Beißwenger, Kai Fischer
ISTE, Ostfildern

Arbeitsgemeinschaft Quarz (AGQ)
Thorsten Volkmer,
KBI Kieswerk und Baustoff-Industrie Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim

Forschungsgemeinschaft Mineralische Rohstoffe e.V. (FG MIRO)
Dr. Leyla Chakar, ISTE, Ostfildern

ad-Hoc Arbeitsgruppe Wasserrecht
Manuel Sedlak, ISTE, Ostfildern

Sollte diese Auflistung unvollständig oder fehlerhaft sein, teilen Sie uns Änderungen oder Ergänzungen bitte mit.
Wir werden diese im nächsten Jahresbericht gerne berücksichtigen.

BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN KALKINDUSTRIE E.V. (BV KALK)
www.kalk.de

Vorstand
Peter Leifgen, Rheinkalk GmbH, Kalkwerk Istein, Efringen-Kirchen
Hartmut Koch-Czech
Eduard Merkle GmbH & Co. KG, Blaubeuren

Ausschuss Arbeitsgestaltung und Betriebsorganisation
Thomas Gramespacher,
Hessler Kalkwerke GmbH, Wiesloch
Thomas Hauri,
Hans G. Hauri KG, Bötzingen
Hartmut Koch-Czech,
Eduard Merkle GmbH & Co., Blaubeuren
Peter Leifgen, Rheinkalk GmbH, Kalkwerk Istein, Efringen-Kirchen

Ausschuss Kalk
Frank Hauri, Hans G. Hauri KG, Bötzingen

Ausschuss Technik/Recht/Umwelt
Peter Leifgen, Rheinkalk GmbH, Kalkwerk Istein, Efringen-Kirchen

Arbeitskreis Brennen
Peter Leifgen, Rheinkalk GmbH, Kalkwerk Istein, Efringen-Kirchen

Arbeitskreis Prüftechnik
Peter Kühn, Rheinkalk GmbH, Kalkwerk Istein, Efringen-Kirchen
Dr. Cornelia Retzlaff,
Hans G. Hauri KG, Bötzingen

Arbeitskreis REACH
Peter Kühn, Rheinkalk GmbH, Kalkwerk Istein, Efringen-Kirchen

Arbeitskreis Gewinnung/Mechanische Verfahrenstechnik
Werner Schmid, Rheinkalk GmbH, Kalkwerk Istein, Efringen-Kirchen

BUNDESVEREINIGUNG DER DEUTSCHEN RECYCLING-BAUSTOFF-INDUSTRIE E.V. (BRB)
www.recyclingbaustoffe.de

Vorstand
Christa Szenkler, bmk Steinbruchbetriebe GmbH Co. KG, Talheim
Eberhard Ludwig, BRS Baustoff-Recycling Sigmaringen GmbH, Villingen-Schwenningen
Lucia Rehm,
SEBA Sekundärbaustoff-GmbH, Lottstetten

Arbeitsausschuss Technik und Umwelt
Christa Szenkler, bmk Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Talheim
Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern

DEUTSCHER NATURWERKSTEIN-VERBAND E.V. (DNV)
www.natursteinverband.de

Vizepräsident
Thomas Hippelein,
Schön & Hippelein GmbH & Co., Satteldorf

Kommission Bautechnik
Albrecht Lauster,
Lauster Steinbau GmbH, Stuttgart

Kommission Werbung und Öffentlichkeitsarbeit
Eva-Maria Hippelein,
Schön & Hippelein GmbH & Co., Satteldorf

BERUFSGENOSSENSCHAFT ROHSTOFFE UND CHEMISCHE INDUSTRIE (BG RCI)

Walter Minst, SWK Schotterwerk Kirchen GmbH & Co. KG, Munderkingen

SOZIALPOLITISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT STEINE UND ERDEN (SPA)
www.spa-steine-und-erden.eu

Martin Kronimus, Kroniums AG, Iffezheim
Heinz Sprenger, Arne Hilt
ISTE, Ostfildern

INDUSTRIEVERBAND WERKMÖRTEL E.V. (IWM)
www.iwm.de

Vorstand
Dr. Markus Pfeuffer,
Heidelberger Beton GmbH, Heidelberg

Arbeitskreis Marketing und Öffentlichkeitsarbeit
Andreas Gabriel, Knauf Gips KG, Iphofen

Arbeitskreis Mineralischer Mörtel
Achim Gebhart,
Schwenk Putztechnik GmbH & Co. KG, Ulm
Clemens Obert, Knauf Gips KG, Iphofen
Ulrich Steinlechner,
Schwenk Putztechnik GmbH & Co. KG, Ulm

Arbeitskreis Pastöse Produkte
Frank Frössel,
Schwenk Putztechnik GmbH & Co. KG, Ulm
Dieter Stauder, Knauf Gips KG, Iphofen

Arbeitskreis Umwelt und Gefahrstoffmanagement
Martin Göbel, Schwenk Putztechnik GmbH & Co. KG, Ulm
Sabrina Klimanszky, Knauf Gips KG, Iphofen
Stefan Schöne,
HeidelbergCement AG, Heidelberg

Arbeitskreis Wärmedämmsysteme
Dr. Christian Engert, Knauf Gips KG, Iphofen
Frank Frössel,
Schwenk Putztechnik GmbH & Co. KG, Ulm
Dieter Stauder, Knauf Gips KG, Iphofen

Arbeitskreis Technik und Marketing Estrichmörtel
Michael Brunn, Heidelberger Fließestrich Südwest GmbH, Eppelheim
Johann Endrass,
Schwenk Putztechnik GmbH & Co. KG, Ulm
Andres Seifert, Knauf Gips KG, Iphofen

NETZWERK DES ISTE

FORSCHUNGSGESELLSCHAFT FÜR STRASSEN- UND VERKEHRSWESEN E.V. (FGSV)
www.fgsv.de

01 Vorstand
Dr. Klaus Felsch,
HeidelbergCement AG, Schelklingen
Daniel Schulz, Oberrhein-Handels-Union GmbH & Co. KG, Iffezheim

0.2.2.4 Ersatzbaustoffverordnung (EBV)
Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern

GA 6.01 „Hydraulisch gebundene und ungebundene Mischungen" (s. NA 005-10-90 AA)
Kai Fischer, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss 5.3:
Bodenbehandlung
Frank Hauri,
Hauri KG, Bötzingen

Arbeitskreis 5.3.3:
Mischbindemittel
Frank Hauri, Hauri KG, Bötzingen
Manfred Zimmermann
Holcim (Süddeutschland), Dotternhausen

Lenkungsausschuss Gesteinskörnungen, Ungebundene Bauweisen
Thomas Rühl, OMK Oberschwaben Moräne-Kies GmbH & Co. KG, Ostrach
Dr. Martin Westermann
SHB Schotterwerke Hohenlohe Bauland GmbH & Co. KG, Osterburken
Dr. Leyla Chakar, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss 6.1:
Gesteinskörnungen
Markus Zimmermann,
Baustoffprüfgesellschaft mbH, Konstanz
Dr. Leyla Chakar, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis 6.1.1:
Polierresistenz und Polierprüfung
Markus Zimmermann,
Baustoffprüfgesellschaft mbH, Konstanz

Arbeitskreis 6.1.2:
Füller und Sandeigenschaften
Kai Fischer, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss 6.2:
Umweltverträglichkeit, Industrielle Nebenprodukte und Rc-Baustoffe
Jan Herrmann,
IBE Institut für Baustoffprüfung und Umwelttechnik GmbH, Langenbrettach

Arbeitskreis 6.2.7:
Auslaugverfahren
Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss 6.3:
Schichten ohne Bindemittel
Bernd Köllreutter,
Heinrich Krieger KG, Neckarsteinach
Michael Schmitz, Oberrhein-Handels-Union GmbH & Co. KG, Iffezheim
Dr. Martin Westermann,
SHB Schotterwerke Hohenlohe Bauland GmbH & Co. KG, Osterburken
Kai Fischer, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss 6.5:
Ländliche Wege
Kai Fischer, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss 6.6:
Pflasterdecken und Plattenbeläge
Kai Fischer, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis 6.6.3:
Überarbeitung der TL Pflaster-StB und ZTV Pflaster-StB
Michael Schmitz,
Oberrhein-Handels-Union GmbH & Co. KG, Iffezheim

Arbeitsausschuss 7.1:
Technische Vertragsbedingungen
Thomas Rühl, OMK Oberschwaben Moräne-Kies GmbH & Co. KG, Ostrach
Dr. Leyla Chakar, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss 7.1.1:
Asphaltbauweisen
„Neufassung Vertragsbedingungen"
Dr. Leyla Chakar, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss A 7.3:
Bauweisen
Dr. Leyla Chakar, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis 7.6.2:
Mörtelkomponenten
Frank Hauri, Hauri KG, Bötzingen

Lenkungsausschuss Betonbauweisen
Dr. Leyla Chakar, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss 8.1:
Technische Vertragsbedingungen
N. N.

Arbeitsausschuss 8.2:
Baustoffe
Dr. Volker Hartmann, Oberrhein-Handels-Union GmbH & Co. KG, Iffezheim
Dr. Michael Aufrecht, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis 8.2.4:
Waschbeton
Dr. Michael Aufrecht, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis 8.3.3:
Stadt- und Landstraßen sowie besondere Verkehrsflächen
Siegfried Riffel
HeidelbergCement AG, Heidelberg

Arbeitskreis 8.3.5:
Hinweise zur Bauweise „Betondecke auf KTSuB"
Uwe Dietz, KVB Kies-Vertrieb GmbH & Co. KG, Karlsdorf-Neuthard
Wolfgang Engler, SKV Sand-Kiesvertrieb Ulm GmbH & Co. KG, Langenau
Michael Schmitz, Oberrhein-Handels-Union GmbH & Co. KG, Iffezheim
Dr. Leyla Chakar, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss 8.4:
Oberflächen
Siegfried Riffel,
HeidelbergCement AG, Heidelberg

Arbeitsausschuss 8.5:
Erhaltungstechnologie
Siegfried Riffel,
HeidelbergCement AG, Heidelberg

Arbeitskreis 8.5.1:
Überarbeitung der ZTV BEB-StB 02
Siegfried Riffel,
HeidelbergCement AG, Heidelberg

ISTE-NETZWERK AUF EUROPÄISCHER EBENE

DEUTSCHES INSTITUT FÜR NORMUNG E.V.
www.din.de

CEN TC 351 Construction Products: Assessments of Release of Dangerous Substances
Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern

CEN/TC 444 Testmethods for environmental characterization of solid matrices
Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern

Ad-hoc-Gruppe Frostwiderstand von Gesteinskörnungen nach ZTV-ING
Walter Balbach, Rombold & Gfröhrer GmbH & Co. KG, Ditzingen
Kai Fischer, ISTE, Ostfildern

NA 005-07-15 AA „Gesteinskörnungen" (SpA zu CEN/TC 154, SC 1 bis SC 5 und SpA zu CEN/TC 227/WG 4)
Kai Fischer, ISTE, Ostfildern

NA 005-10-10 AA Asphalt (SpA zu CEN/TC 227/WG 1 = GA 7.01 der FGSV)
Dr. Leyla Chakar, ISTE, Ostfildern

NABau KOA 3 „Gesundheit, Hygiene, Umweltschutz"(SpAzu CEN/TC 351, CEN/TC 351/WG 1,4,5)
Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern

NA 005-53-01 GA „Gemeinschaftsarbeitsausschuss NABau/NAW; Boden und Grundwasser" (SpA zu CEN/TC 351) WG 1 u. CEN/TC 351/WG 1/AHG
Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern

NAW 119-01-02-05 UA Boden- und Abfallentsorgung, Eluierungsverfahren
Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern

NA 062-03-13 AA „Gemeinschaftsarbeitsausschuss NA 062/FGSV: Gesteinskörnungen, Prüfverfahren, Petrographie, Probenahme und Präzision"
Dr. Leyla Chakar, ISTE, Ostfildern

NAW 119-01-02.05 UA Boden- und Abfallentsorgung, Eluierungsverfahren, Arbeitskreis „Datenauswertung" (SpAzu CEN/TC 444/WG 1)
Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern

EUROPÄISCHER GESTEINSVERBAND (UEPG)
www.uepg.eu

UEPG Biodiversity Task Force Meeting
Dr. Michael Rademacher,
HeidelbergCement AG
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

EUROPÄISCHER TRANSPORTBETONVERBAND (ERMCO)
www.transportbeton.org/verband/ermco/

Vorstand
Dr. Erwin Kern, Kies und Beton AG, Iffezheim

Taskgroup „Herstellung und Transport"
Karsten Audehm,
Heidelberger Beton GmbH, Heidelberg

SONSTIGE AUSSCHUSSTÄTIGKEIT

GIW-KOMMISSION – KOMMISSION FÜR GEOINFORMATIONSWIRTSCHAFT DER BUNDESANSTALT FÜR GEOWISSENSCHAFTEN UND ROHSTOFF
www.geobusiness.org
GIW-Kommission eingestellt zum 31.12.2016, Nachfolge GIW-Kommission voraussichtlich INITIATIVE D21

Projektkoordinator
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Projektumsetzung
Katja Schaber-Mohr, Steine und Erden Service Gesellschaft SES GmbH

Kiesgewinnung und Grundwasserschutz
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Naturschutzbeirat Baden-Württemberg im Ministerium für ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Bundesprogramm Biologische Vielfalt über: NABU Niedersachen Projektbegleitenden Arbeitsgruppe – Stärkung und Vernetzung von Gelbbauchunken-Vorkommen in Deutschland
Thomas Beißwenger, Manuel Sedlak
ISTE, Ostfildern

GSV GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG UMWELTGERECHTER STRASSEN- UND VERKEHRSPLANUNG E.V.
www.gsv-verkehrundumwelt.de
Thomas Beißwenger, Kai Fischer
ISTE, Ostfildern

AKTION PRO MOBIL
www.lvi-online.de/index.php/aktion-pro-mobil.html
Thomas Beißwenger, Kai Fischer
ISTE, Ostfildern

EHRENAMTLICHE RICHTERTÄTIGKEITEN IN DER ARBEITS- UND SOZIALGERICHTSBARKEIT

Arbeitsgericht Karlsruhe
Wolfgang Krech,
Kies und Beton AG, Iffezheim

Arbeitsgericht Karlsruhe
Erich Lichtenberger,
Oberrhein-Handels-Union GmbH & Co. KG, Iffezheim

Arbeitsgericht Karlsruhe
Hans-Christoph Weiler,
HeidelbergCement AG, Heidelberg

Arbeitsgericht Mannheim
Matthias Trauth,
HeidelbergCement AG, Heidelberg

Arbeitsgericht Reutlingen
Thomas Fessler,
Otto Knecht GmbH & Co. KG, Metzingen

Arbeitsgericht Stuttgart
Ralf Jessberger,
Baresel GmbH & Co. KG, Ehningen

Arbeitsgericht Stuttgart
Cornelia Lauster,
Lauster Steinbau GmbH, Stuttgart

Arbeitsgericht Ulm
Karlheinz Jungbauer,
HeidelbergCement AG, Schelklingen

Arbeitsgericht Ulm
Ulrich Tillmann,
HeidelbergCement AG, Schelklingen

Arbeitsgericht Ulm
Bernhard Kaiser,
Schwenk Zement KG, Ulm

Arbeitsgericht Ulm
Gerhard Kaminski,
Schwenk Zement KG, Ulm

Arbeitsgericht Stuttgart
Wolfgang Geiselmann,
Scherrieble Baustoffe und Logistik GmbH & Co. KG, Esslingen

Sozialgericht Ulm
Dr. Gerd Quicker,
HeidelbergCement AG, Schelklingen

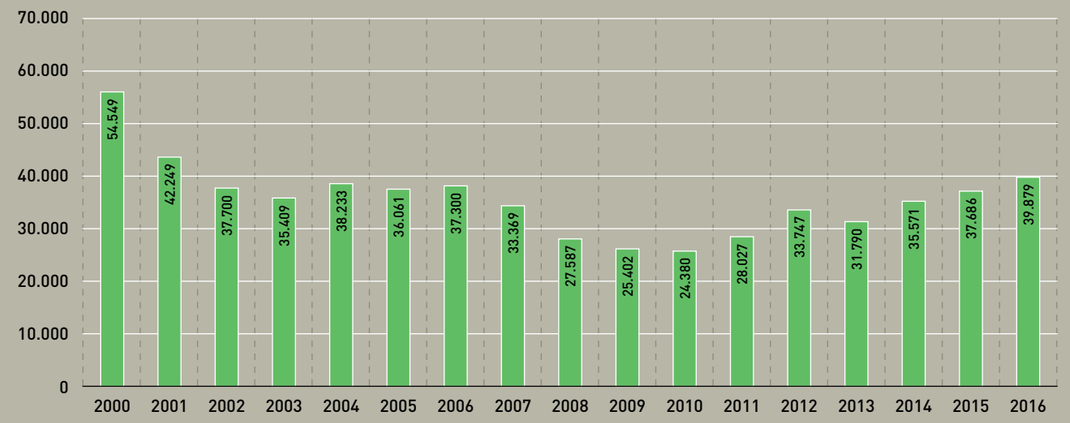
Sollte diese Auflistung unvollständig oder fehlerhaft sein, teilen Sie uns Änderungen oder Ergänzungen bitte mit.
Wir werden diese im nächsten Jahresbericht gerne berücksichtigen.

STATISTIK

BAUFERTIGSTELLUNGEN IN BADEN-WÜRTEMBERG

Wohngebäude und Nichtwohngebäude

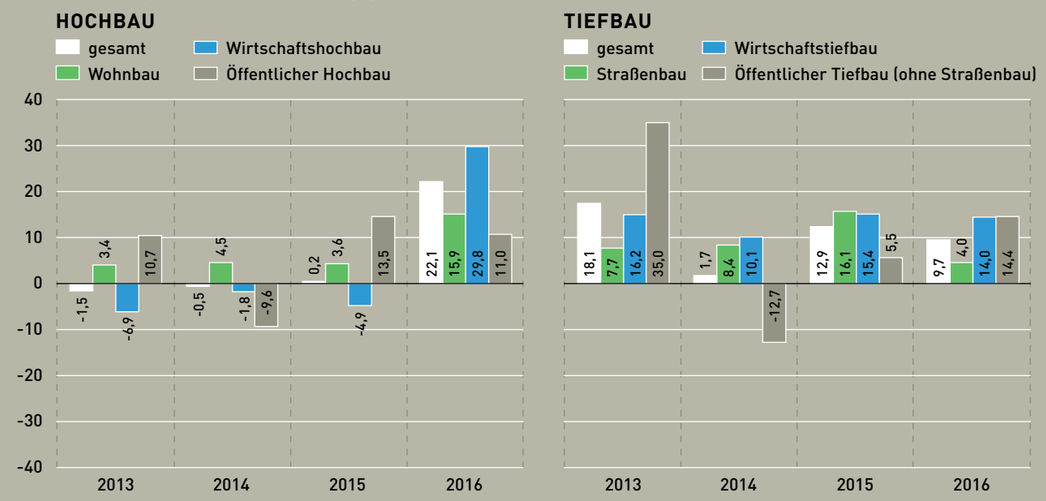
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



AUFTRAGSEINGÄNGE IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Veränderung der kumulierten Zahlen gegenüber Vorjahr in Prozent

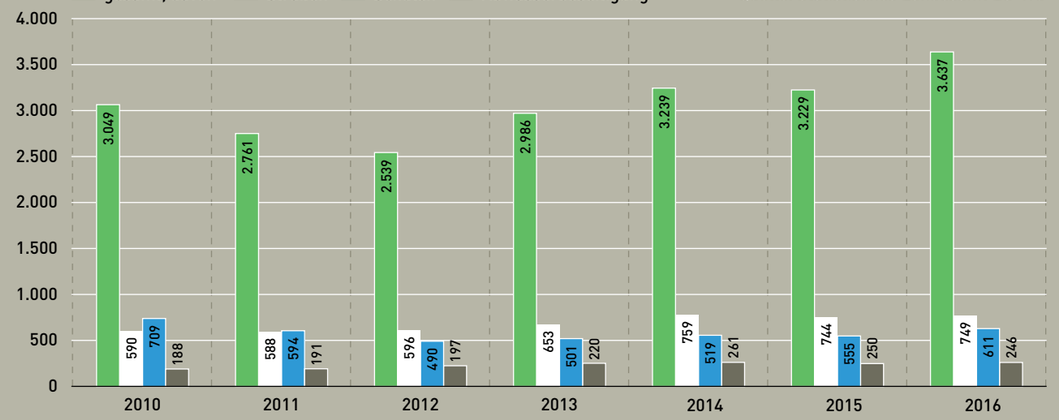
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



KOMMUNALE AUSGABEN FÜR BAUMASSNAHMEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG in Mio. Euro

gesamt, davon Straßen Schulen Abwasserbeseitigung

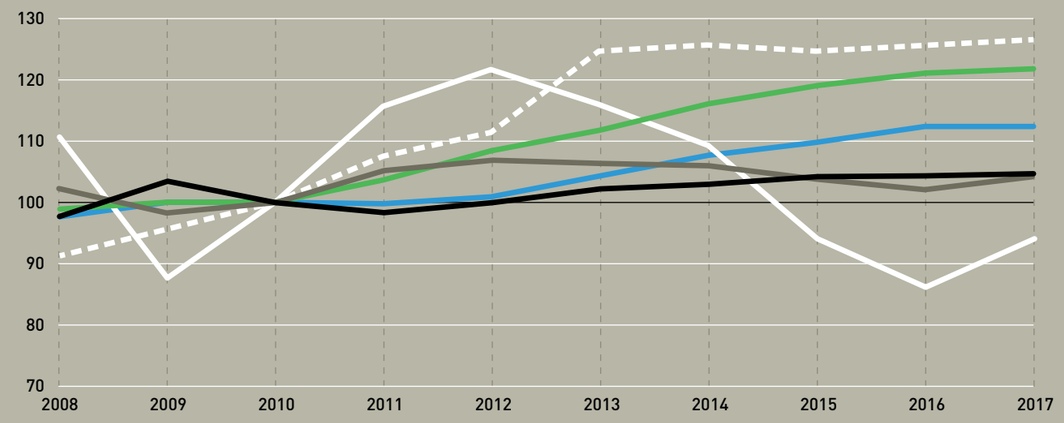
Quelle: Statistisches Landesamt Ba-Wü



KOSTENINDEX TRANSPORTBETON 2010 = 100 Prozent

Transportbeton Gesteinskörnungen Dieselkraftstoff
Personalkosten Bindemittel Elektrischer Strom

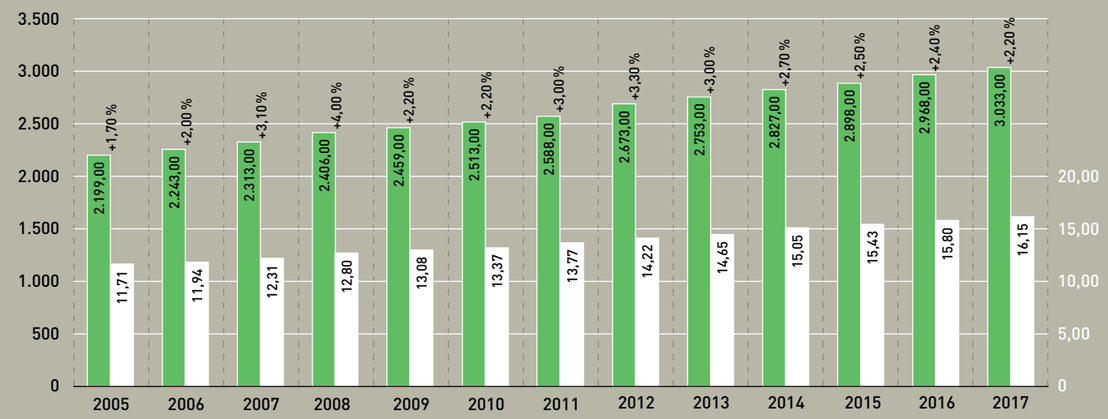
Quelle: BTB



TARIFLICHE MONATSGEHÄLTER UND STUNDENLÖHNE IN DER STEINE- UND ERDENINDUSTRIE BADEN-WÜRTTEMBERG in Euro

Monatsgehalt für kaufmännische und technische Angestellte am Beispiel der Gehaltsgruppe A 2
Stundenlohn für gewerbliche Arbeitnehmer am Beispiel der Lohngruppe 2, Wochenarbeitszeit: 37,5 Std.

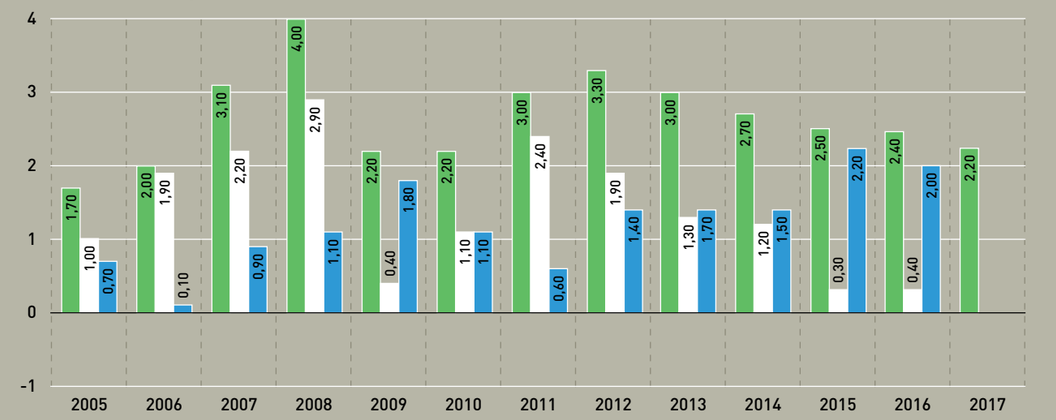
Quelle: ISTE



LOHNERHÖHUNG UND REALLOHNZUWACHS IN DER STEINE- UND ERDENINDUSTRIE BADEN-WÜRTTEMBERG in Euro

Lohnerhöhung Inflationsrate Reallohnzuwachs

Quelle: ISTE



IMPRESSUM

Herausgeber Industrieverband Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V. (ISTE)

Verantwortlich Thomas Beißwenger, Hauptgeschäftsführer

Inhaltliche Bearbeitung Dr.-Ing. Michael Aufrecht
Dipl.-Biol. Thomas Beißwenger
Dipl.-Ing. Lothar Benzel
Dr.-Ing. Leyla Chakar
Dipl.-Ing. Kai Fischer
Rechtsassessor Arne Hilt
Gramatiki Satslidis, FBF (Wohnungsbaupolitik)
Dr.-Geol. Dagmar Hoffmann (GisInfoService)
Dipl.-Wirtsch. jur. Manuel Sedlak
RA Heinz Sprenger
Dr. rer. nat. Bernd Susset, Dipl.-Geol.

Redaktionelle Bearbeitung Sylvia Fischer, Martina Grühbaum, Doris Marquardt, Gudrun Müller,
Karina von Ostrowski, Anne Spießhofer, Karin Zeh

Bilder Gerhard Bäuerle, Freier Fotograf, Gärtringen
Thomas Beißwenger, Stuttgart
Wilhelm Bohnert GmbH & Co. KG, Ottenhöfen
Bundesregierung / Sandra Steins
Deutsche Bahn AG
Deutsch & Franke, Balingen
Geopark Schwäbische Alb e.V., Münsingen
Alexander Grünewald, Peters Fotodesign, InformationsZentrum Beton GmbH, Ostfildern
Holcim Süddeutschland GmbH, Dotternhausen
Benedikt Fahrland, Mertz Kies- u. Sandwerke GmbH & Co. KG, Stuttgart
Fotolia
Steffen Fuchs, HeidelbergCement
Michael Hallwachs, Heinrich Feeß GmbH & Co. KG
Daniela Haussmann, Haussmann-Pressedienst, Frickenhausen
Arne Hilt, Ostfildern
Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V., Ostfildern
Klöpfer GmbH & Co. KG, Winnenden
Heinrich Krieger KG, Neckarsteinach
Maren Moster, Redaktionsbüro Schreibfaktorei, Engelsbrand
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg, Stuttgart
Sonja Reimann, Deutsches Baublatt, Garching
Thomas Ruffer, Fotografie, Berlin
Michael Schmitz, Oberrhein-Handels-Union GmbH & Co. KG, Iffezheim
Tobias Schwerdt, Schwerdt-Fotografie, Wiesenbach
Ulrike Sommer, Fotografie, Konstanz
Benjamin Stollenberg, Freier Fotograf, Ludwigsburg
Dr. Wolfgang Werner, Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB), Freiburg
Erhard Westiner, Technische Universität München

Gestaltung Bernd Schuler, xxdesignpartner, Stuttgart

Druck Offizin Scheufele, Stuttgart / 4.000 Stück

Berichtszeitraum 1. Juni 2016 bis 30. Juni 2017

© 2017 Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. (ISTE)

Industrieverband Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V. (ISTE)

Haus der BaustoffIndustrie
Gerhard-Koch-Straße 2
73760 Ostfildern / Scharnhauser Park
Tel. 0711 32732-100, Fax -127
verband@iste.de
www.iste.de

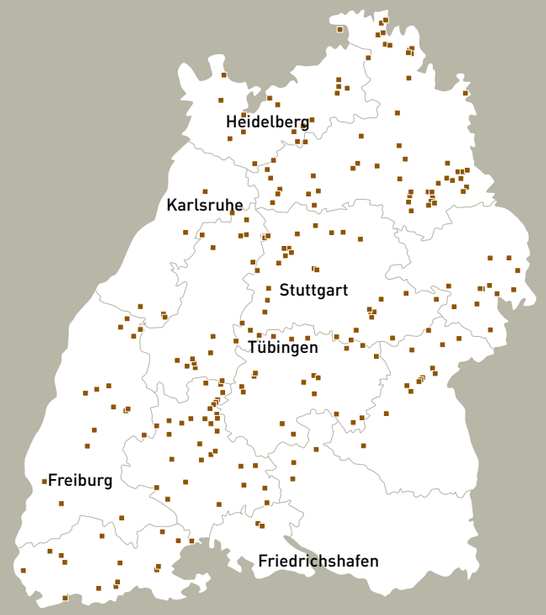
ROHSTOFFGEWINNUNG
IN BADEN-WÜRTTEMBERG

bitte aufklappen

IHR STEINBEDARF: 1 KG PRO STUNDE

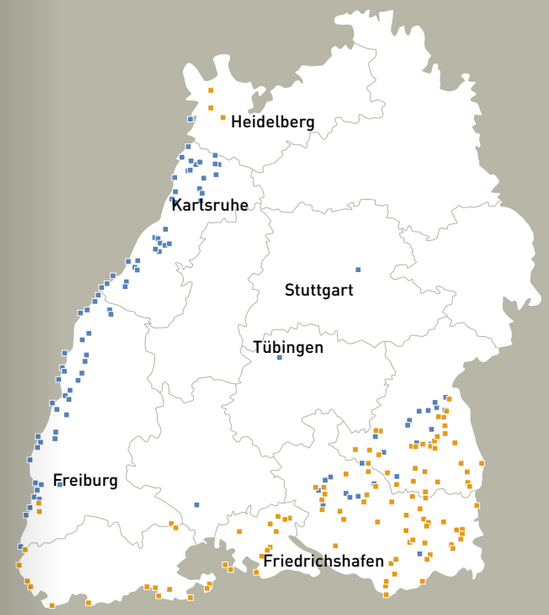
Schon morgens bei der Zahnhygiene haben Sie Kontakt mit der Steine- und Erdenindustrie: Die Grundsubstanz Ihrer Zahncreme ist Steinmehl. Auch das Haus, in dem Sie sicher geschlafen haben und die Straße, auf der Sie zur Arbeit fahren werden, sind mit Steinen gebaut.
Statistisch gesehen verbraucht so jeder von uns stündlich über 1 Kilogramm Natursteine, Sand, Kies, Gips oder Steinmehl. Macht im Jahr rund 10 Tonnen pro Kopf oder rund 100 Mio. Tonnen für das ganze Land – viel mehr als man morgens beim Zähneputzen denkt …

ROHSTOFFGEWINNUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG



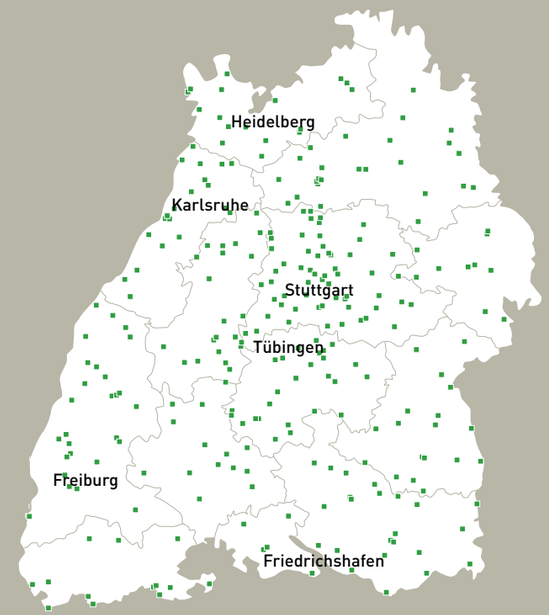
UNSERE STEINBRÜCHE

Unsere Steinbruchunternehmen gewinnen pro Einwohner und Jahr 5 Tonnen Gestein. Nach der Rohstoffgewinnung kehrt mit Hilfe der Steinbruchbetreiber die Natur zurück – biologische Vielfalt wird gefördert.



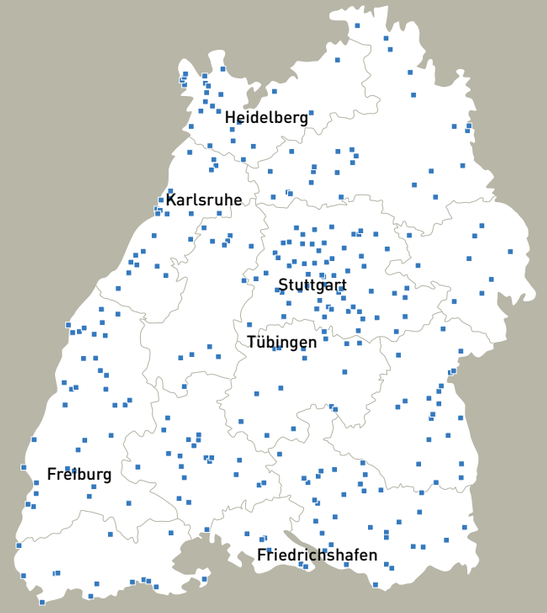
UNSERE KIESGRUBEN UND BAGGERSEEN

Der Ort der Rohstoffgewinnung ist an deren Vorkommen gebunden. Baggerseen (blau) in der Rheinebene und Kiesgruben (gelb) im Bereich der einstigen Gletscherausläufer sichern unseren Bedarf an Sand und Kies: 5 Tonnen pro Einwohner und Jahr.



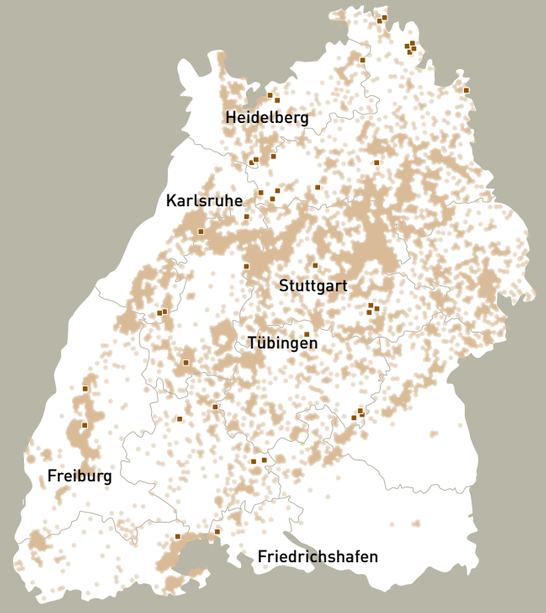
UNSERE TRANSPORTBETONWERKE

Unsere Transportbetonwerke produzieren pro Einwohner und Jahr fast 1 Kubikmeter Beton – und zwar dort, wo man ihn braucht.



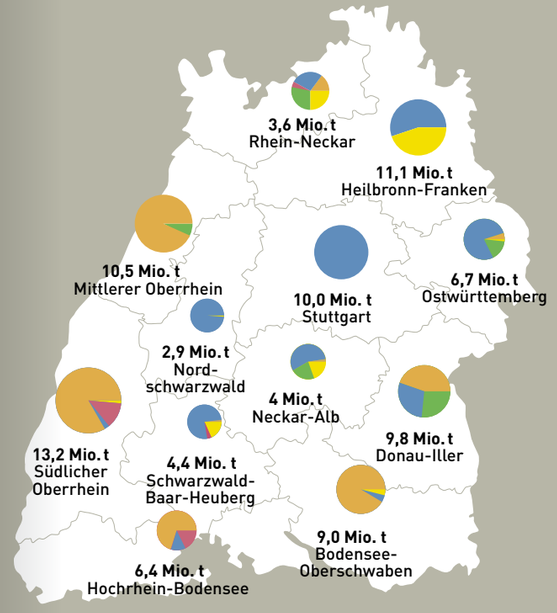
UNSERE BAUSTOFF-RECYCLINGWERKE

Durch Sortierung und Aufbereitung im Recyclingwerk werden aus Bauschutt hochwertige Recycling-Baustoffe, z. B. für den Straßen- und Kanalbau. 350 Baustoff-Recyclingwerke produzieren pro Einwohner und Jahr 1 Tonne Recycling-Baustoffe. Dadurch werden Primärressourcen geschont.



UNSERE NATURWERKSTEINBRÜCHE

Naturwerksteine aus dem Land schaffen durch Verwendung bei Bauwerken vor Ort eine unverwechselbare regionale Identität und darüber hinaus Arbeitsplätze. Von den ehemals fast 2.000 überwiegend kleinen Gewinnungsstellen in Baden-Württemberg (hellbraun) sind heute nur noch 46 Naturwerksteinbrüche in Betrieb (braun). Die Konkurrenz durch billige Überseeprodukte zweifelhafter Herkunft ist zu groß.

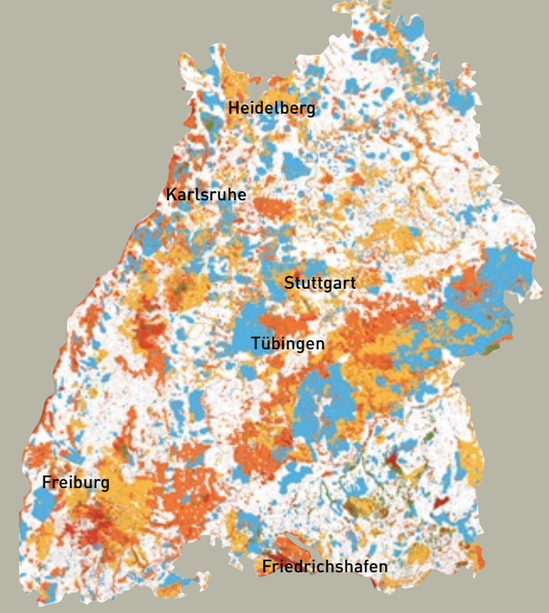


ABBAU NACH REGIONEN

In Baden-Württemberg werden jährlich zwischen 90 und 100 Mio. Tonnen Gestein abgebaut. Hierfür werden nur 0,004 % der Landesfläche neu in Anspruch genommen – die gleiche Fläche wird der Natur zurückgegeben.

- Kiese und Sande
- Natursteine/Karbonatgesteine
- Natursteine/Vulkanite, Metamorphite und Plutonite
- Zement- und Energierohstoffe
- Sonstige

Quelle: Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB), 2013



ABBAU MIT EINSCHRÄNKUNGEN

In Baden-Württemberg sind mehr als 60 Prozent der Fläche unter besonderen Schutz gestellt. Die noch verbleibenden „weißen" Flächen werden unter anderem für Siedlung und Verkehr, Land- und Forstwirtschaft genutzt. Für den Abbau von Steinen und Erden ist kaum noch Platz – dezentrale, verbrauchsnahe Rohstoffgewinnung mit kurzen Transportwegen steht auf dem Spiel.

Industrieverband Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V.

Baustoffe aus dem Land – für das Land

iste